



## STANDPUNKTE

FREIHANDEL ALS WAFFE IM GLO  
LINKER KANDIDAT DARF AUF D  
DAS ENDE DER BLOCKADE  
UNZUFRIEDEN MIT DEN ERBEN  
WEG ZUR NEUEN PARTEI IST NO  
LIBERAL ZU SEIN REICHT NICHT  
DIE PERIPHERIE MACHT MOBIL  
OHNE RÜCKSICHT AUF VERLUS  
URUGUAY AM SCHEIDEWEG  
IM SCHATTEN DES GAZA-KRIEG  
SOLIDARISCH MIT DEN STREIKE  
ZWIESPÄLTIGE BILANZ FÜR AFF  
VEREINIGTE STAATEN VON EUR  
GEIZ IST GAR NICHT GELI  
EIN HIMMEL VOLLER KANERAS  
MASSAKER IN MEXICO  
BILDE DICH GEFALLIGST SELBST

2014

---

## **IMPRESSUM**

Jahrbuch STANDPUNKTE 2014

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG  
**JAHRBUCH**  
**STANDPUNKTE 2014**

Mit der Publikationsreihe «Standpunkte» interveniert die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Debatten über Kapitalismus, Demokratie und sozialökologische Transformation. Sie bietet zugleich Raum für Diskussionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken. Die Beiträge mischen sich in die diversen politischen Kämpfe unserer Zeit ein, bringen emanzipatorische Positionen prägnant zum Ausdruck und zeigen Alternativen für eine friedliche, gerechte und solidarische Zukunft auf.

Gleich mehrfach stand im Jahr 2014 die Europäische Union im Fokus der «Standpunkte». Ihre Rolle als «Global Player» bei den Verhandlungen um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP wurde dabei ebenso beleuchtet wie die notwendige soziale und demokratische Transformation der Staatengemeinschaft. Weitere Themen im europäischen Kontext waren die zunehmende rechte Gewalt auf dem Kontinent sowie wachsende Möglichkeiten der Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern durch die Polizei. Die Autorinnen und Autoren setzten sich darüber hinaus unter anderem mit dem Zusammenhang von Konsumweisen und Klassenfrage sowie mit neuen Formen der Solidarität mit Streikenden auseinander.

Die «Standpunkte» richten ihren Blick zugleich über die Bundesrepublik und Europa hinaus. Der ökonomische Aufstieg der sogenannten BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika wurde dabei ebenso beleuchtet wie die gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Spektrum der Beiträge reichte dabei von Einschätzungen zu den Wahlen etwa in Brasilien und Uruguay über die Transformationsbemühungen der ecuadorianischen Regierung bis hin zu einer Analyse des jüngsten Gewaltausbruchs in Mexiko. Regierung und Opposition in Südafrika, Uranabbau in Tansania, das Ringen um Demokratisierung in Kambodscha und der Rechtsruck bei den Kongresswahlen in den USA waren weitere Themen. Bei den Standpunkte-Papieren mit außenpolitischem Bezug gab es zudem eine Neuerung. Bis zum Jahr 2013 trugen sie noch den Zusatz «International» – darauf haben wir, der internationalistischen Ausrichtung der Stiftung entsprechend, mit Beginn dieses Jahres verzichtet.

Die Beiträge in diesem Sammelband sind einschließlich der Angaben zu den Autorinnen und Autoren in der Fassung ihrer Erstveröffentlichung dokumentiert. Druckexemplare können – soweit vorrätig – per E-Mail an [bestellung@rosalux.de](mailto:bestellung@rosalux.de) geordert werden (siehe auch Umschlagseite 3). Das Jahrbuch ebenso wie die einzelnen Standpunkte lassen sich zudem kostenfrei unter [www.rosalux.de/publikationen](http://www.rosalux.de/publikationen) im portablen Dokumentenformat (pdf) herunterladen.

Berlin, im Dezember 2014

# INHALTSVERZEICHNIS

- 5** STANDPUNKTE 01/2014  
Matthias Monroy/Andrej Hunko  
Ein Himmel voller Kameras
- 9** STANDPUNKTE 02/2014  
Torge Löding  
Linker Kandidat darf auf den Sieg hoffen
- 13** STANDPUNKTE 03/2014  
Felix Knoke  
Bilde Dich gefälligst selbst!
- 18** STANDPUNKTE 04/2014  
Stefan Kunath/Sebastian Wormsbächer  
Vereinigte Staaten von Europa
- 22** STANDPUNKTE 05/2014  
Lutz Brangsch/Judith Dellheim/  
Frieder Otto Wolf/Gabi Zimmer  
Die «europäische Frage» und die Linken
- 26** STANDPUNKTE 06/2014  
John Neelsen  
Die Peripherie macht mobil
- 32** STANDPUNKTE 07/2014  
PG Macioti  
Liberal zu sein reicht nicht aus
- 36** STANDPUNKTE 08/2014  
Armin Osmanovic  
Unzufrieden mit den Erben Mandelas
- 40** STANDPUNKTE 09/2014  
Alejandro Mantilla Q.  
Fünfzig Jahre Einsamkeit
- 43** STANDPUNKTE 10/2014  
Melanie Müller  
Weg zur neuen Partei ist noch weit
- 46** STANDPUNKTE 11/2014  
Anne Steckner/Mario Candeias  
Geiz ist gar nicht geil
- 50** STANDPUNKTE 12/2014  
John Lütten/Jana Werner  
Solidarisch mit den Streikenden
- 54** STANDPUNKTE 13/2014  
Bruno Sonko  
Zwiespältige Bilanz für Afrika
- 58** STANDPUNKTE 14/2014  
Boaventura de Sousa Santos  
Die Bürgerrevolution in Ecuador am Scheideweg
- 62** STANDPUNKTE 15/2014  
Uri Weltmann  
Der lange Weg nach Gaza
- 66** STANDPUNKTE 16/2014  
Angelika Timm  
Im Schatten des Gaza-Kriegs

- 70** STANDPUNKTE 17/2014  
Liz Fekete  
Rechte Gewalt in Europa
- 74** STANDPUNKTE 18/2014  
Manuel Palz  
Das Ende der Blockade
- 78** STANDPUNKTE 19/2014  
Stefan Thimmel  
Uruguay am Scheideweg
- 82** STANDPUNKTE 20/2014  
Gerhard Dilger  
Stichwahl in Brasilien:  
Schafft es Dilma doch noch?
- 86** STANDPUNKTE 21/2014  
Martin Mrochen  
Massaker in Mexiko
- 90** STANDPUNKTE 22/2014  
Andreas Bohne  
Ohne Rücksicht auf Verluste
- 94** STANDPUNKTE 23/2014  
Stephan Kaufmann  
Freihandel als Waffe im globalen Machtkampf
- 98** STANDPUNKTE 24/2014  
Christian Jakob  
Ende des Verbots der PKK ist überfällig
- 102** STANDPUNKTE 25/2014  
Ethan Young  
Wettlauf nach rechts?

MATTHIAS MONROY / ANDREJ HUNKO

## EIN HIMMEL VOLLER KAMERAS

UNBEMANNT FIEGENDE SYSTEME MARKIEREN EINE NEUE DIMENSION DER ÜBERWACHUNG

Spätestens seit 2007 ist der Einsatz von Drohnen<sup>1</sup> auch ein Thema für die deutsche Polizei. Mehrere Landeskriminalämter nutzen fliegende Kameras für die alltägliche Arbeit. Meist kommen sogenannte Quadrocopter zum Einsatz, deren Name von vier an einem Rahmen montierten Rotoren abgeleitet ist. Ihre Zuladung beträgt rund ein Kilogramm, was die Überwachungskapazitäten deutlich beschränkt. Sollen Bilder in Echtzeit übertragen werden, muss der kleine Flugroboter zusätzlich mit Funktechnik ausgerüstet werden. Das autonome Fliegen entlang programmierter Routen ist noch untersagt, die batteriebetriebenen Quadrocopter dürfen auch von der Polizei nur auf Sicht gesteuert werden. So nimmt es nicht wunder, dass die Polizeibehörden auf größere Systeme mit noch mehr Nutzlast und größerer Reichweite schießen.

Ähnliches gilt für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Dort wünscht man sich Drohnen zum Einsatz bei Waldbränden oder bei Deichbrüchen in havarierten Atomanlagen. Die Drohnen müssten Lasten tragen, Hilfsgüter abwerfen oder mit Sensoren und Messgeräten ausgerüstet werden. Vor allem die EU tritt bei der Aufrüstung unbemannter Systeme vermehrt in Erscheinung: Zahlreiche Forschungsvorhaben untersuchen den polizeilichen Einsatz jener Drohnen, die bislang nur vom Militär geflogen werden. Hierzu gehören nicht nur unbemannte Helikopter, sondern auch die bekannten Drohnen Predator und Heron. Als Teststrecke hat sich das Mittelmeer etabliert, Einsatzgebiet ist die Migrationsbekämpfung. Die Langstreckendrohnen werden von Polizei und Militär im Rahmen von Operationen der EU-Grenzagentur FRONTEX erprobt. Bislang sind die Systeme lediglich mit Aufklärungssensoren bestückt. Das könnte sich ändern: Die EU finanziert ein Projekt zum Stoppen von Booten und Fahrzeugen aus der Luft.

### EINSÄTZE BEI FUSSBALLSPIELEN, DEMONSTRATIONEN UND GRILLPARTYS

Als eines der ersten Bundesländer hatte Sachsen 2008 zwei Komplettsysteme eines SensoCopters für zunächst ein Jahr angemietet.<sup>2</sup> Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) kündigte damals an, «Rädelsführer in der Menschenmenge» identifizieren und beweiskräftigere Bilder bei Gericht vorlegen zu wollen. Die SensoCopter werden vom Überlinger Rüstungskonzern Diehl BGT Defence in Kooperation mit der Firma Microdrones aus Kreuztal bei Siegen gebaut. Die Geräte, die auch mit Nachtsicht- und Wärmebildkameras ausgerüstet werden können, werden von der Landespo-

lizeidirektion Zentrale Dienste verwaltet, ihre Nutzung erfolgt über das Landeskriminalamt (LKA). Bislang steigt der SensoCopter insbesondere bei Fußballspielen und Demonstrationen in die Luft, in einem Fall wurde sogar die Grillparty eines linken Fußballclubs ausgeforscht. Auch Niedersachsen hatte 2008 einen Quadrocopter angeschafft, zum Zuge kam wieder die Firma Microdrones.<sup>3</sup>

Laut dem damaligen Innenminister Uwe Schünemann (CDU) könnten die fliegenden Kameras eine «Schlüsselstellung zur schnellen Informationsgewinnung» einnehmen, etwa für die «Vorbereitung von Maßnahmen der Spezialeinheiten der Polizei gegen bewaffnete Straftäter». Neben der Luftaufklärung, Einsatzführung, Beweissicherung und Dokumentation würde auch die Nutzung für die «nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr» infrage kommen, etwa bei Großschadenslagen oder Katastrophen.

Andere Bundesländer sind inzwischen nachgezogen. In Berlin fliegt ein AR 100 der Firma AirRobot, derzeit allerdings nur zur Tatortdokumentation für die Mordkommission. Das LKA Hessen hatte ab 2008 ebenfalls einen AR 100 geleast, will sich aber zu den Anwendungen nicht äußern. Um die Anstrengungen zu koordinieren, wurde 2007 eine gemeinsame Bundesländer-Projektgruppe Drohnen eingerichtet.<sup>4</sup> Sie unterstand der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder. Auch die Bundespolizei war an der Arbeitsgruppe beteiligt. Bislang werden dort die beiden Systeme ALADIN und FanCopter geflogen. Der FanCopter ist wie die Geräte der Länderpolizeien ein kleiner Quadrocopter, während ALADIN als «Elektrosegler mit Klapppropeller» bezeichnet wird. Beide Drohnen werden von der Firma EMT im bayerischen Penzberg gefertigt, die sich mit einem breiten Drohnensortiment

zum Hoflieferanten der Bundesregierung entwickelt hat. Fan-Copter und ALADIN sind längst in den Polizeialltag integriert, als Einsatzformen gelten die «Überwachung/Aufklärung im Rahmen von Schleusungen im Grenzbereich» oder das Ausforschen von Drogenanbauflächen. Sie werden aber auch für Observationen oder Zugriffe an Bahnanlagen eingesetzt. Mittlerweile testet die Deutsche Bahn selbst eine fliegende Kamera, um damit gerichts feste Beweise gegen Graffiti-KünstlerInnen zu erlangen, denen sie Sachbeschädigung vorwirft.

### **MEHR NUTZLAST UND ZUNEHMEND AUTOMATISIERTES FLIEGEN ANVISIERT**

Der Abschlussbericht der Bund-Länder-Projektgruppe Drohnen von 2008 ist als Verschlussache eingestuft, die Mitglieder hatten aber «weiteren Handlungsbedarf» angemahnt. Demnach seien dringend Änderungen der luftverkehrsrechtlichen Vorschriften und eine «Marktbeobachtung und -auswertung technischer Lösungen» erforderlich. Zwei Jahre später wurde Drohnen in der Neufassung der Luftverkehrsordnung mit der Formulierung «unbemanntes Luftfahrtgerät» ein eigener Status eingeräumt. 2012 folgte schließlich die Änderung des Luftverkehrsgesetzes. In der Begründung erklärt die Bundesregierung, «neben ihren ursprünglich militärischen Einsatzbereichen» kämen Drohnen zunehmend zur polizeilichen Gefahrenabwehr in Betracht.<sup>5</sup> Als weitere Einsatzbereiche gelten demnach die Feuerbekämpfung, die Verkehrsüberwachung und die Überwachung sensibler Objekte. Sogar ein zukünftig unbemannter «kommerzieller Fracht- oder sogar Personenverkehr» wurde als «langfristig möglich» angekündigt.

Die gewünschten polizeilichen Einsatzformen werden in zahlreichen Forschungsprogrammen entwickelt. Hierzu gehört vor allem der zunehmend automatisierte Flug mittels Satellitennavigation (GPS), aber auch die Ausrüstung mit weiteren Kameras und Sensoren. Andere Vorhaben beschäftigen sich mit dem Aufstieg in Schwärmen, um ganze Gebiete teilautonom zu überwachen.<sup>6</sup> Zur Verbesserung der Aufklärungskapazitäten kleiner und mittlerer Drohnen arbeitet das Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik an einem miniaturisierten Radar-Sensor, der auf Millimeterwellen-Technologie basiert, wie sie auch in Aufklärungssatelliten verbaut wird.<sup>7</sup> Wichtig für den zivilen und militärischen Einsatz ist die schnelle Echtzeitanalyse der Messdaten am Boden. Die Bundespolizei könnte, wäre sie mit dieser Technik ausgestattet, in Zukunft bei besonderen Anlässen auf die Unterstützung durch die Bundeswehr verzichten, die 2007 zum Beispiel gegen die G8-Proteste in Heiligendamm in Stellung gebracht wurde: Das Aufklärungsgeschwader Immelmann aus dem schleswig-holsteinischen Jagel überflog damals mit seinen Tornados mehrere Wochen lang Camps und Straßen und fertigte in 14 Missionen Aufnahmen an. Untersucht wurde, ob Bodenveränderungen Hinweise gaben auf «Erddepots» oder «Manipulationen an wichtigen Straßenzügen». Die Flugzeuge könnten also demnächst durch Flugroboter ersetzt werden. Die Schweiz hatte 2008 bereits Drohnen des Militärs genutzt, um Aktivitäten von DemonstrantInnen rund um den NATO-Gipfel in Strasbourg zu überwachen.

### **HERSTELLER WILL ZULASSUNG FÜR DEN ZIVILEN LUFTRAUM IN DEUTSCHLAND**

Das Bundesinnenministerium beauftragte die Bundespolizei 2007 mit der Durchführung eines Projektes zur «Validierung von UAS zur Integration in den Luftraum» (VUSIL), um Erkenntnisse zu Anforderungen an die Lufttüchtigkeit

zu gewinnen.<sup>8</sup> Erforscht wurden zunächst «Fragen der Verkehrssicherheit», darunter Gestaltung, Bauausführung, und Ausrüstung. In einer späteren Projektphase wurden Fragen zu Notlandeverfahren, zu Funkverbindungen und zu mitgeführter Sensorik untersucht. Die in VUSIL geflogene Drohne war vom Typ LUNA, die ebenfalls von EMT gefertigt wird. LUNA steht für «luftgestützte unbemannte Nahaufklärungsausstattung». Der Motorsegler mit Verbrennungsmotor hat einen Einsatzradius von rund 40 Kilometern und wird von der Bundeswehr seit 14 Jahren in Kriegsgebieten mitgeführt. Bei einem Gesamtgewicht von bis zu 40 Kilogramm kann das Gerät deutlich mehr Aufklärungs- und Überwachungstechnik befördern als die kleinen Quadrocopter. Seit 2011 werden von der Bundeswehr saudi-arabische Soldaten an exportierten LUNA geschult.<sup>9</sup> Inzwischen strebt EMT eine Zulassung für den zivilen Luftraum in Deutschland an – ein bislang einmaliger Vorgang. Die Drohnen sollen sich den Himmel dann mit regulären Flugzeugen teilen. So will der Hersteller in den Markt für Behörden mit Sicherheitsaufgaben vorstoßen.

Gern gesehener Partner bei Forschungsprojekten sind das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und die Deutsche Flugsicherung, die unter anderem an Ausweichverfahren unter Zuhilfenahme von Satelliten arbeiten. Dieses «See & Avoid» ist eine zwingende Voraussetzung, um für größere Drohnen überhaupt eine luftfahrtrechtliche Zulassung zu erhalten. Bislang ist lediglich der Betrieb in reservierten, für die übrige Luftfahrt gesperrten Lufträumen gestattet. Mit der Initiative «Single European Sky» verfolgt die EU-Kommission eine Integration größerer Drohnen in den allgemeinen zivilen Luftraum.<sup>10</sup> Unterhalb der Gewichtsgrenze von 150 Kilogramm regulieren die EU-Mitgliedstaaten den Zugang zum Luftraum selbst. Für alle schwereren Geräte (mit Ausnahme militärischer Flugroboter) ist die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mit Sitz in Köln zuständig.<sup>11</sup> In die Entwicklung entsprechender Standards ist auch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) der Vereinten Nationen eingebunden, die Drohnen mittlerweile ebenfalls als Luftfahrzeuge anerkannt hat.

Sowohl die EASA als auch die ICAO betreiben eigene Forschungen zur Kommunikation mit Bodenkontrollstationen, zur Navigation, zu Ausweichverfahren oder zur Flugsicherung. Ein Rüstungskonsortium unter Führung von Astrium und EADS Defence & Security erhielt von der Europäischen Verteidigungsagentur den Zuschlag für eine Studie, um mittels perfektionierter Satellitenkommunikation die Nutzung des zivilen Luftraums durch Drohnen zu ermöglichen. Die Ergebnisse laufen in internationalen Arbeitsgruppen zusammen. Das Geld kommt anteilig von der Kommission und der Organisation zur zentralen Koordination der Luftverkehrskontrolle in Europa (EUROCONTROL). Ein weiteres Drittel wird von der Industrie beigesteuert, darunter alle großen Rüstungsunternehmen in den EU-Mitgliedstaaten, aber auch Drohnenhersteller aus Israel oder den USA. Die Beteiligten können die Ergebnisse in eigenen Vorhaben verwerten.

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt könnten zukünftig Drohnen einsetzen. Dies geht aus einer Präsentation hervor, die ein Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums im Rahmen einer Serie von Workshops der Europäischen Kommission gehalten hat.<sup>12</sup> Dieser sogenannte UAS Panel Process wurde vor zwei Jahren von der Generaldirektion Unternehmen und Industrie gestartet. Bis 2012 wurden dort zahlreiche Vorträge gehalten, die sich mit der Verfügbarkeit und dem Einsatz von Flugrobotern unterschiedlicher Größe befasst haben. Eine Nutzung



von Drohnen durch den Verfassungsschutz dürfte aber zunächst unwahrscheinlich sein. Anders sieht es bei der Bundespolizei aus, die bereits 2011 auf der Ostsee Tests mit Helikopter-Drohnen durchführte.<sup>13</sup> Zum Einsatz kam die Drohne NEO-S300 der Schweizer Firma Swiss UAV AG. Derartige Drehflügler werden gewöhnlich als Vertical Takeoff and Landing (VTOL) bezeichnet. Sie können mehrere Stunden in der Luft bleiben, das Abfluggewicht liegt bei 30 bis 40 Kilogramm. Geübt wurden Starts und Landungen von einem Schiff der polizeilichen Küstenwache. In Deutschland verfügt die Firma EMT über eine Lizenz für den NEO-S300 und vertreibt das Gerät unter dem Namen MUSECO. EMT wirbt damit, die VTOL-Drohnen könnten «Wärmebild-, IR-Videokameras oder digitale Standbildkameras mit hoher Auflösung» tragen. Geplant ist nun eine deutsche Machbarkeitsstudie zu «maritimen Überwachungsmissionen», für die weitere Flüge über der Nordsee stattfinden sollen.

### **INDUSTRIE, KÜSTENWACHE UND MILITÄR TESTEN LANGSTRECKEN-DROHNEN ÜBER DEM MITTELMEER**

Viele weitere polizeiliche Anwendungsgebiete größerer Drohnen werden auf EU-Ebene erforscht. Weil Testflüge über Land mit umständlichen Genehmigungsverfahren eingefädelt werden müssen, wird das Mittelmeer nun zum Testgebiet für entsprechende Projekte der EU-Mitgliedstaaten. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist hierzu am Projekt «Demonstration of Satellites Enabling the Insertion of Remotely Piloted Aircraft Systems in Europe» (DeSIRE) beteiligt.<sup>14</sup> DeSIRE soll die Integration größerer Drohnen in den zivilen Luftraum befördern und basiert auf «satellitengestützter Führung». Probleme bereiten dabei die Zeitverzögerung in der Signalübertragung per Satellit oder die Entwicklung von Verfahren, die einen sicheren Flug auch bei Unterbrechung der Funkverbindung gewährleisten. DeSIRE ist ein Vorhaben der Europäischen Verteidigungsagentur und der Europäischen Raumfahrtagentur. Es steht unter Leitung der spanischen Küstenwache. Industriepartner sind die französischen und spanischen Rüstungskonzerne Thales und INDRA, die Komplettsysteme zur satellitengestützten Grenzüberwachung produzieren. Das Projekt ist wichtig: Zu Flugsimulationen des beteiligten DLR reiste seitens der Bundespolizei der Referatsleiter Achim Friedl selbst nach Spanien.<sup>15</sup> Friedl ist beim Bundesministerium des Innern zuständig für Technik und Logistik. Bislang verwaltet sein Ressort lediglich die vier kleinen Senkrechtstarter Fan-Copter und ALADIN. Im Frühjahr fand dann ein erster Testflug statt.<sup>16</sup> Geflogen wurde eine Heron-Drohne des israelischen Herstellers Israel Aerospace Industries, die auch von der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt wird. In sechs Kilometern Höhe wurde der allgemeine Luftraum durchquert und die Langstreckendrohne von spanischen Fluglotsen in Barcelona wie ein gewöhnliches Flugzeug behandelt.

DeSIRE stellt auf die Aufrüstung der Aufklärungsfähigkeiten des EU-Grenzüberwachungssystems EUROSUR ab, das vergangenen Dezember in Betrieb ging. In EUROSUR werden bereits existierende Überwachungssysteme zusammengeschaltet. Hierzu gehören die gemeinsamen Plattformen mehrerer Mitgliedstaaten zur Überwachung der Ostsee, des Schwarzen Meers, des Atlantiks oder des Mittelmeers. In einer Mitteilung der EU-Kommission werden auf mehreren Ebenen Forschungsvorhaben zum Einsatz von Drohnen in EUROSUR angeregt. Gefordert wird eine «geziel-

te Forschung und Entwicklung, um die Leistungsfähigkeit von Überwachungsinstrumenten und Sensoren (wie Satelliten, unbemannte Luftfahrzeuge/UAVs) zu steigern».<sup>17</sup>

### **FORSCHUNGEN ZU DROHNEN MIT POLIZEILICHEN «WIRKMITTELN»**

In einem weiteren millionenschweren Projekt forciert die EU deshalb die grenzpolizeiliche Aufklärung des Mittelmeers mit Drohnen, Satelliten und Ballons. Unter dem Namen CLOSEYE koordiniert die spanische Guardia Civil ein dieses Jahr begonnenes EU-Projekt unter dem holprigen Namen «Collaborative Evaluation of Border Surveillance Technologies in Maritime Environment by Pre-operational Validation of Innovative Solutions» (CLOSEYE).<sup>18</sup> Die EU finanziert CLOSEYE mit 9 Millionen Euro, die Gesamtkosten liegen bei mehr als 12 Millionen Euro. Geflogen wird eine Predator-Drohne, die vom US-Hersteller General Atomics gebaut wird. Zum feierlichen Start im Hauptquartier der Guardia Civil reisten neben den Projektpartnern auch Delegierte des deutschen Außen- und Wirtschaftsministeriums an, zu den weiteren Gästen gehörten zahlreiche Vertreter von Rüstungsfirmen.<sup>19</sup> Einführende Redebeiträge der EU-Kommission kamen von den Direktoren Unternehmen und Industrie sowie Maritime Angelegenheiten und Fischerei. Beteiligte von CLOSEYE sind die portugiesische Küstenwache und das italienische Militär. Zu den weiteren Partnern gehören die Weltraumagentur und das staatliche Forschungszentrum zu Luft- und Raumfahrt in Italien. Seitens der EU sind die Kommission sowie das Satellitenzentrum SatCen beteiligt. Laut der Projekt-Webseite von CLOSEYE gilt die EU-Grenzagentur FRONTEX als wichtiger externer Teilhaber und darf sogar im Management mitarbeiten. Zwar hat FRONTEX dort nur eine beratende Rolle. Die Experimente mit Drohnen werden aber in derzeit laufende FRONTEX-Operationen im Mittelmeer eingebunden, um den Nutzen der Technik zu bewerten.

Mit den beschriebenen EU-Projekten CLOSEYE und DeSIRE geht die Einführung von Drohnen für (grenz-)polizeiliche Zwecke in eine neue Runde. Sie bauen damit auf Workshops auf, mit denen FRONTEX seit 2009 die Nutzung kleiner und großer Drohnen zur «Überwachung von Land- und Seegrenzen» befördert.<sup>20</sup> Beinahe alle Flugroboter europäischer Hersteller wurden von den Herstellern präsentiert, einige wurden sogar in einer Flugschau gezeigt. Fast immer war die Bundespolizei zugegen. FRONTEX interessiert sich insbesondere für jene Drohnen, die in Europa derzeit nur militärisch genutzt werden. Hierzu gehören die israelische Heron, die US-amerikanische Predator oder die französische Patroller. In einer der FRONTEX-Präsentationen wurde auch die Spionagedrohne Euro Hawk vorgestellt, die eigentlich von der Bundeswehr in Serie beschafft werden sollte und vergangenen Sommer beinahe zum Rücktritt des Verteidigungsministers geführt hat. Auch EADS, der wichtigste europäische Teilhaber des Euro-Hawk-Auftrags, empfiehlt den Einsatz der Riesendrohne zur Verbesserung der «Homeland Security».<sup>21</sup> Unter anderem präsentierte auch der französische Rüstungskonzern Thales sein System Fulmar.<sup>22</sup> In einem Werbefilm wird ausdrücklich hervorgehoben, dass es zum Schutz gegen unerwünschte Migration eingesetzt werden kann. Die Fulmar fliegt bis zu 3.000 Meter hoch und rund 150 Kilometer pro Stunde. Thales hatte zuvor das EU-Forschungsprojekt Wide Maritime Area Surveillance angeführt und mit der spanischen Guardia Civil die grenzpolizeiliche Nutzung von Drohnen untersucht.<sup>23</sup> Fulmar-Drohnen operieren zur Kontrolle von Migration bereits in Malaysia.

Bislang waren Berichte über bewaffnete Polizeidrohnen eher Zukunftsmusik.<sup>24</sup> Jetzt will die EU auf diese Weise tatsächlich die Verfolgung von Kriminalität modernisieren. Unter dem Namen AEROCEPTOR startete die Kommission dieses Jahr ein Forschungsprogramm zur Nutzung von Drohnen, um flüchtende Fahrzeuge zu stoppen.<sup>25</sup> Das Akronym AEROCEPTOR kann als «Unterbrechung aus der Luft» interpretiert werden. Dabei geht es den Machern vor allem um unerwünschte Migration oder Drogenschmuggel: Die Drohnen sollen helfen, Autos oder Motorboote zu stoppen, wenn sich «nicht kooperative Fahrzeuge» einer Durchsuchung entziehen wollen. Laut einer Antwort der EU-Kommission sollen bei AEROCEPTOR Hubschrauber-Drohnen der Firma Yamaha erprobt werden.<sup>26</sup> Die Technologien, mit denen ein Fahrzeug «auf sichere Weise zum Halten gebracht werden soll», lesen sich wie Polizeiphantasien aus Entenhausen: Die Drohnen könnten Fahrzeuge per Lautsprecher zum Halten auffordern, diese mit Farbe markieren oder elektromagnetische Störungen zur Blockierung der Motorelektronik aussenden. Sofern dies nicht zum Erfolg führt, könnten Netze zum Einsatz kommen, in denen sich Räder von Fahrzeugen oder Propeller von Booten verwickeln. Möglich wäre auch das Versprühen eines «Spezial-Polymerschaumstoffs», der dann verhärtet und das Fahrzeug zum Halten zwingt. Auch von «Vorrichtungen zum Durchstechen der Reifen» ist die Rede.

## RIESIGER GEBRAUCHTMARKT NACH ABZUG AUS AFGHANISTAN UND IRAK

Auch im Bereich der Drohnen hält also militärische Technologie Einzug bei Polizei und Grenzbehörden. Dies bekräftigt auch Stefan Zoller, Vorstandsvorsitzender der EADS-Rüstungssparte Cassidian, wenn er den Nutzen eigentlich ziviler Forschungen für das Militär lobt: Es würde «in Zukunft kaum ein UAV geben, das nur für militärische oder nur für zivile Anwendungen eingesetzt wird».<sup>27</sup> Aufgrund ihrer Fähigkeiten könnten diese «Missionen auf beiden Gebieten abdecken». Wie weit die Begehrlichkeiten für größere Drohnen gediehen sind, hatte der australische Polizeiminister letztes Jahr deutlich gemacht: Zivile Sicherheitsbehörden könnten vom Rückzug westlicher Militärs aus Afghanistan profitieren, denn dadurch gebe es für Hunderte von gebrauchten Drohnen keine Verwendung mehr.<sup>28</sup> Aus diesem Pool könnten sich Polizei und Grenzbehörden bedienen und die Drohnen in die nationale Sicherheitsarchitektur integrieren, wie dies beim nahenden G20-Gipfel in Australien der Fall sein wird.

Tatsächlich dienen die EU-Projekte CLOSEYE und DeSIRE dazu, die Nutzung von den derzeit in Afghanistan geflogenen Drohnen Predator und Heron für polizeiliche Zwecke zu beforschen. Ginge es nach dem Chef einer europäischen Drohnen-Lobbyvereinigung, könnte selbst die allgemeine Kriminalität mit größeren Drohnen überwacht werden.<sup>29</sup> Als Beispiele nennt er die illegale Müllbeseitigung oder die Drogenbekämpfung. Auch Plünderungen bei Aufständen könnten demnach bequem aus der Luft überwacht werden. Ein Sprecher des EADS-Konzerns bringt die Riesendrohne Euro Hawk im Zusammenhang mit Grenzkontrollen, der Überwachung von polizeilichen Großereignissen und Atomanlagen sowie bei «Unruhen in Vorstädten» ins Spiel.

Die entsprechenden Forschungen zur polizeilichen Ausrüstung von Drohnen bereiten den Weg für zahlreiche problematische Anwendungen. Bereits der Einsatz von kleinen oder mittleren Hubschrauber-Drohnen zur Beobachtung aus der Luft ist datenschutzrechtlich bedenklich. Jedem

Upgrade, ob zur Spionage oder mit obskurer Polizeitechnik, muss also entgegengetreten werden. Deutlich wird, dass die Drohnen-Strategie der EU wie auch der Bundesregierung eine Angelegenheit mehrerer Ministerien ist. Insofern sollte sich auch der Widerstand dagegen nicht auf militärisch genutzte Drohnen beschränken.

Matthias Monroy ist Aktivist und Journalist. Seine Texte finden sich online unter: [digit.gipfelsoli.org](http://digit.gipfelsoli.org), auf Twitter @gipfelsoli. Er ist außerdem wissenschaftlicher Mitarbeiter von Andrej Hunko, Mitglied des Bundestages für die Fraktion DIE LINKE. Andrej Hunko ist seit 2009 Mitglied des Bundestages. Er ist im Ausschuss für Angelegenheiten der EU und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates tätig. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen die Krisenpolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten, die internationale Polizeizusammenarbeit, Überwachung und unbemannte Luftfahrtsysteme.

Der Text ist eine überarbeitete Fassung eines Beitrags aus dem von Peter Strutynski herausgegebenen Sammelband «Töten per Fernbedienung. Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg», Promedia Verlag, Wien 2013.

**1** Flugroboter werden gemeinhin als Unmanned Air Vehicles (UAV) bezeichnet. Werden auch Bodenstationen zur Steuerung oder Auswertung benötigt, gilt die Plattform als Unmanned Air System (UAS). Statt von Drohnen sprechen Luftfahrtorganisationen mittlerweile von Remotely Piloted Aircraft Systems (RPAS). **2** Sächsische Polizei testet fliegendes Auge für die Beweissicherung, in: heise online, 15.2.2008. **3** Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Pressemitteilung, 29.9.2008. **4** Bundestags-Drucksache 17/765, 22.2.2010. **5** Bundestags-Drucksache 17/8098, 8.12.2011. **6** Häufig begünstigte Zuwendungsnehmer sind die Firmen EADS (bzw. deren Ableger Cassidian und Astrium), Diehl BGT Defence, EMT, Elektroniksystem und Logistik GmbH (ESG), Industrieanlagen Betriebsgesellschaft mbH (IABG), Carl Zeiss Optronics GmbH, OHB Systems GmbH, Atlas Elektronik GmbH, Rheinmetall Defence, die Universität der Bundeswehr in München sowie etliche andere Hochschulen. **7** Vgl. <http://www.fhr.fraunhofer.de/de/geschaeftsfelder/luft-und-raumgestuetzte-radarsysteme/sumatra-millimeterwellen-sar-fuer-uav-gestuetzte-aufklaerung.html>. **8** Bundestags-Drucksache 16/12404, 24.3.2009. **9** Deutsches Militär unterstützt hochgerüsteten Grenzschutz in Saudi-Arabien, in: Telepolis, 8.3.2012. **10** Im September 2012 wurden Ziele und Maßnahmen der EU-Kommission im Papier «Towards a European strategy for the development of civil applications of Remotely Piloted Aircraft Systems» festgelegt. **11** Bundestags-Drucksache 17/12136, 21.1.2013. **12** Vgl. [http://ec.europa.eu/enterprise/docs/uas/53\\_Dittmar.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/docs/uas/53_Dittmar.pdf). **13** Bundestags-Drucksache 17/13646, 27.5.2013. **14** Vgl. <http://iap.esa.int/projects/security/DeSIRE>. **15** DLR untersucht maritime Flugmissionen mit unbemannten Luftfahrzeugsystemen, Mitteilung des DLR, 20.12.2012. **16** Vgl. <http://www.eda.europa.eu/info-hub/news/2013/04/26/successful-esa-eda-flight-demonstration-on-rpas-insertion-into-civil-air-space>. **17** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Prüfung der Schaffung eines Europäischen Grenzkontrollsystems (EUROSUR) (SEK(2008) 151); (SEK(2008) 152). **18** Vgl. [http://cordis.europa.eu/search/index.cfm?fuseaction=proj.document&PJ\\_LANG=EN&PJ\\_RCN=13797314&pid=97&q=FD8A9BBC079BD5FCECD584ADB3C3E6A7&type=adv](http://cordis.europa.eu/search/index.cfm?fuseaction=proj.document&PJ_LANG=EN&PJ_RCN=13797314&pid=97&q=FD8A9BBC079BD5FCECD584ADB3C3E6A7&type=adv). **19** La Guardia Civil lidera un proyecto europeo de innovación tecnológica que incorporará aviones no tripulados a la vigilancia marítima, Pressemitteilung der Guardia Civil, 18.4.2013. **20** Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko Nr. 5/296, 28.5.2013. **21** Vgl. [http://www.icao.int/Meetings/UAS/Documents/26\\_Caron-Jean\\_Cassidian\\_France\\_Presentation\\_ver\\_180412.pdf](http://www.icao.int/Meetings/UAS/Documents/26_Caron-Jean_Cassidian_France_Presentation_ver_180412.pdf). **22** Thales and Aerovisión present FRONTEX with an unmanned aerial vehicle for border control, Pressemitteilung von Thales, 16.1.2012. **23** Vgl. [http://www.academia.edu/3088463/Wide\\_Maritime\\_Area\\_Airborne\\_Surveillance\\_SoS](http://www.academia.edu/3088463/Wide_Maritime_Area_Airborne_Surveillance_SoS). **24** Vgl. <http://www.wired.com/dangerroom/2007/11/french-reveal-pl/>. **25** Vgl. <http://www.aeroceptor.eu>. **26** Antwort E-001904/2013 der EU-Kommission, 12.4.2013. **27** Vgl. <http://www.ingenieur.de/Themen/Flugzeug/Drohnen-Unbemannte-Flugzeuge-erobern-Himmel>. **28** Queensland police to use surveillance drones to combat crime ahead of G20 conference, in: Adelaide Now, 16.3.2013. **29** Vgl. [http://www.icao.int/Meetings/UAS/Documents/06\\_un-Blyenburgh\\_L-RPAS-EuroApproach\\_120414\\_V1\\_b.pdf](http://www.icao.int/Meetings/UAS/Documents/06_un-Blyenburgh_L-RPAS-EuroApproach_120414_V1_b.pdf).

TORGE LÖDING

## LINKER KANDIDAT DARF AUF DEN SIEG HOFFEN

GUTE CHANCEN FÜR REGIERENDE FMLN BEI PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL  
IN EL SALVADOR/RECHTE OPPOSITION ZERSTRITTEN

Eines hat die mächtige Rechte in El Salvador in den vergangenen Jahren bewiesen: Opposition liegt ihr nicht. Mit den Wahlen vor fünf Jahren war eher überraschend die bleierne Vorherrschaft der finanzstarken und gut organisierten rechten Oligarchie im Land zu Ende gegangen, nach Jahrzehnten der Militärdiktatur und einem Friedensschluss der Bürgerkriegsparteien im Jahr 1992, der schließlich in einer Präsidentialdemokratie mündete. Seit 2009 steht Mauricio Funes, ein moderater Journalist, der früher einmal für CNN gearbeitet hat, an der Spitze der salvadorianischen Regierung, gestützt durch eine politische Partei, die unmittelbar aus der ehemals sozialistisch-marxistisch orientierten Befreiungsbewegung FMLN<sup>1</sup> hervorgegangen ist. Während die erste linksgerichtete Regierung in El Salvador eine ansehnliche Bilanz vorweisen kann und sich die FMLN Hoffnungen auf eine erneute Mehrheit für ihren Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen Anfang Februar machen kann, hat sich die Rechte in der Opposition so zerstritten, dass eine Rückkehr an die Macht eher unwahrscheinlich erscheint.

Als Zehntausende von Menschen in der Nacht vom 15. auf den 16. März 2009 ins Zentrum der Hauptstadt San Salvador strömten und ihren neuen Präsidenten feierten, skandierte die Menge: «Sí, se pudo!» Mit diesem Slogan, der soviel bedeutet wie «Ja, wir haben es wirklich geschafft!», brachten sie den wohl wichtigsten Erfolg des damaligen Wahlsiegers Mauricio Funes auf den Punkt: die scheinbar allmächtige Rechte in demokratischen Wahlen zu schlagen. Bei der Beurteilung seiner (fast) fünfjährigen Regierungszeit gehen die Meinungen allerdings auseinander. «Die Bilanz der Regierung Funes ist positiv», analysiert der marxistische Ökonom und Volkspädagoge César Villalona, der mit seiner Organisation «Equipo Maíz» viele Jahre lang für die politische Bildung bei der FMLN verantwortlich war. Ganz oben auf seiner Liste stehen offenkundige Fortschritte bei der Armutsbekämpfung. Im Jahr 2009 zählten 38 Prozent der salvadorianischen Haushalte als «arm», im Jahr 2013 waren es nur noch 29 Prozent. Die «extreme Armut» konnte von 15 auf 8 Prozent im bevölkerungsreichsten Land Zentralamerikas gesenkt werden.

Das Rezept für diesen Erfolg liegt in einer fokussierten Sozialpolitik, deren Instrumente staatliche Hilfen nach dem Vorbild von «Fome Zero» (Null Hunger) in Brasilien und Nicaragua sind, sowie gezielte Maßnahmen zur Stärkung der landeseigenen Produktion, insbesondere im Agrarbereich. Auch im Kampf gegen die Korruption konnten zumindest Teilerfolge erzielt werden. Das Projekt «Ciudad Mujer» sowie neue Gesetz zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit

und Bekämpfung sexistischer Gewalt markierten in El Salvador zudem den Beginn einer staatlichen Politik zur Stärkung von Frauenrechten. Als wirksam hat sich sicherlich auch die neue Gesetzgebung zur Preiskontrolle von Medikamenten erwiesen: Mussten die Menschen in El Salvador vor fünf Jahren noch die höchsten Preise für Medikamente in ganz Lateinamerika zahlen, entsprechen diese heute dem Durchschnitt auf dem Kontinent. Dies hat wiederum die Kosten für den sogenannten Grundnahrungskorb im Land deutlich gesenkt. Nach Angaben der Regierung ist es darüber hinaus gelungen, die Analphabetenquote unter Erwachsenen auf dem Land von 23 auf 19 Prozent zu senken, im Landesdurchschnitt betrage sie jetzt nur noch 13 Prozent. Diese Angaben sind indes schwer zu überprüfen. Es gibt unter BildungsexpertInnen durchaus Kritik an der Anwendung des ursprünglich aus Kuba stammenden Alphabetisierungsprogramms «Yo sí puedo», da sich dieses inzwischen sehr stark von den in der nachrevolutionären Zeit in Kuba oder Nicaragua angewandten Methoden entfernt habe.

### DIE FMLN ZWISCHEN SOZIALEM FORTSCHRITT UND DEM VORWURF DER «VERBÜRGERLICHUNG»

Die zahlreichen Sozialreformen tragen ganz eindeutig die Handschrift des Sozialdemokraten Funes, der nicht vorhatte, sich mit den reichen Oligarchen seines Landes ernsthaft anzulegen. Aus Sicht vieler aus der FMLN, deren Politik immer

von sozialistischen und kommunistischen Ideen geprägt war, muss diese Politik als sehr halbherzig erscheinen. So bestätigt César Villalona: «An den kapitalistischen Produktionsverhältnissen hat diese Regierung nicht gerührt.» Also lediglich moderate Sozialpolitik anstatt radikalem Gesellschaftswandel hin zum Sozialismus? Das FMLN-Regierungslager verlautbart, mehr sei nicht drin gewesen, trotz weiterreichender Pläne. Denn schließlich sei die Machtbasis der Linken auch in El Salvador noch nicht stabil genug, um ohne die Unterstützung vom bürgerlichen Lager im Parlament regieren zu können. Tatsächlich ist die FMLN – obwohl sie seit 2009 die stärkste Fraktion stellt – bei ihren Gesetzesinitiativen immer auf Stimmen aus anderen Parteien angewiesen gewesen, unter anderem von der sozialdemokratisch orientierten Cambio Democrático/CD (Demokratischer Wandel) und der neoliberalen Gran Alianza por la Unidad Nacional/GANA (Große Allianz für die Nationale Einheit), einer Abspaltung von der vormaligen Regierungspartei, der Alianza Republicana Nacionalista/ARENA (Nationalistische Republikanische Allianz).

Nicht goutiert wird dieser Ansatz allerdings von den Kleinparteien der radikalen salvadorianischen Linken wie der Partido Socialista Centroamericana/PSOCA (Sozialistische Arbeiterpartei Zentralamerikas), die vor fünf Jahren noch zur Wahl der FMLN aufgerufen hatte. Heute wirft sie der FMLN «Verbürgerlichung» vor und ruft dazu auf, die Wahlen zu boykottieren oder ungültig zu wählen. Stattdessen fordert die radikale Linke die Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung, in der – wie zum Beispiel in Bolivien und Ecuador geschehen – Elemente einer progressiven staatlichen Politik festgeschrieben werden sollen.

In der aktuellen politischen Debatte werden diese Stimmen indes kaum wahrgenommen. Der Präsidentschaftskandidat, den die FMLN diesmal ins Rennen geschickt hat, ist der amtierende Vizepräsident und Mitbegründer der früheren Guerillabewegung: Salvador Sánchez Céren.<sup>2</sup> Der 69-Jährige erscheint auf den ersten Blick deutlich radikaler als der scheidende Präsident Funes, der weder FMLN-Kader noch Guerillero gewesen ist. An Cérens Seite kandidiert Óscar Ortiz – ebenfalls ehemaliger FMLN-Kämpfer – für den Posten des Vizepräsidenten. Ortiz gehört der moderaten Strömung innerhalb der Partei an und hat bei den Kommunalwahlen vor einem Jahr gegen den Trend sein Bürgermeisteramt in Santa Tecla zum dritten Mal mit 63 Prozent der Stimmen verteidigen können.

Dabei stehen in diesem Wahlkampf der FMLN nicht so sehr die Kandidaten im Vordergrund. So gilt Salvador Sánchez Céren eher als «netter und vertrauenswürdiger Mann des Volkes» und weniger als eine charismatische Führungspersönlichkeit mit überragenden rhetorischen Fähigkeiten. Vielmehr setzt man auf eine Vertiefung der begonnenen Reformen und eine Ausweitung der Sozialpolitik. Die Stärke der Kandidatur von Céren liegt in der allgemein guten Verankerung der FMLN – sowohl in den Städten als auch auf dem Land – und in den konkreten Erfolgen der aktuellen Regierung. Céren kann nicht zuletzt auch von den Schwächen seines Herausforderers von der rechten ARENA profitieren.

## **DIE SELBSTSCHWÄCHUNG DER ULTRARECHTEN**

Die ARENA hat ihre Wahlniederlage von 2009 bis heute immer noch nicht richtig verdaut. Gegründet wurde diese in ganz Zentralamerika einflussreiche und gut vernetzte Partei im Jahr 1980 von dem berüchtigten Chef der Todesschwa-

dronen, Roberto D'Aubuisson, einem der Verantwortlichen für die Ermordung des Befreiungstheologen und Bischofs von San Salvador, Óscar Romero, die der Auslöser für den blutigen zwölfjährigen Bürgerkrieg war. Die ultrarechte Partei regierte mehr als zwei Jahrzehnte lang das Land. In dieser Zeit wurde der bewaffnete Konflikt beendet (1992), drei Jahre später (1995) trat El Salvador der Welthandelsorganisation (WTO) bei, danach privatisierte die Regierung den Großteil der Staatsunternehmen, «dollarisierte» die nationale Ökonomie (2001), unterschrieb ein Freihandelsabkommen (CAFTA) mit den USA und anderen zentralamerikanischen und karibischen Ländern (2006) und verwandelte El Salvador von einer Agrar- in eine Dienstleistungsgesellschaft.

Die Selbstzerfleischung von ARENA begann unmittelbar nach Verkündigung ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2009, die der damalige FMLN-Kandidat Funes mit einer knappen Mehrheit von 51 Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Zunächst machten die Ultrarechten den Ex-Präsidenten Tony Saca (2004–2009) für den Machtverlust verantwortlich und schlossen ihn aus der Partei aus. Dieser gründete 2010 daraufhin mit einer Gruppe von ARENA-Abgeordneten die GANA, die sich inzwischen zur drittstärksten politischen Kraft entwickeln konnte und zurzeit über 11 Sitze im Parlament verfügt. Wenig später brach ARENA auch mit einer Reihe von traditionellen Koalitionspartnern wie der konservativen Kleinpartei Partido de la Conciliación Nacional/PNC (Partei der nationalen Aussöhnung) und steht damit heute ohne Verbündete relativ isoliert dar. Zudem verlief der Wahlkampf ihres Präsidentschaftskandidaten Norman Quijano zumeist sehr glücklos: Seine antikommunistische Hetzkampagne gegen die FMLN verfängt nicht. Zudem wird gegen seinen Wahlkampfberater, den Ex-Präsidenten Francisco Flores (1999–2004), mittlerweile wegen Korruptionsvorwürfen ermittelt. Weiterhin machte sich Quijano, der Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador ist, mit dem Versprechen lächerlich, allen SchulanfängerInnen noch in den ersten 100 Tagen seiner Regierung kostenlos Schuluniformen bereitstellen zu wollen. Denn die ersten 100 Tage der neuen Regierung werden vermutlich am 9. November 2014 enden, während das neue Schuljahr in El Salvador erst im Januar 2015 beginnt.

## **DIE NEUFORMIERUNG DES KONSERVATIVEN LAGERS**

Auch Tony Saca, der das Land in den Jahren 2004 bis 2009 regierte, hat sich wieder ins Rennen um die Präsidentschaft begeben, dieses Mal für ein moderat-konservatives Bündnis, an dem sich unter anderem die GANA und die Partido de Conciliación Nacional/PCN (Nationale Koalition) beteiligen. Als dieses Bündnis im Sommer 2013 aus der Taufe gehoben wurde, schien es aussichtsreicher, als es sich nun wenige Tage vor den Wahlen darstellt. Damals gab es viele Gerüchte um eine gewisse Annäherung des amtierenden Präsidenten Mauricio Funes, der sich angeblich mit sozialliberalen Kräften, womöglich sogar einer Abspaltung der FMLN, an dem Saca-Bündnis beteiligen wollte. Diese Gerüchte konnten weder belegt noch widerlegt werden.

Das Land stand im Frühling und Sommer 2013 nicht zuletzt unter dem Eindruck der Parlaments- und Kommunalwahlen, die im März stattgefunden haben und bei denen die FMLN deutlich schwächer abgeschnitten hat als erwartet. Die ARENA gewann 28 der 84 Abgeordnetenmandate sowie 116 von 262 Bürgermeisterposten. Besonders schmerzhaft ist, dass

es dem FMLN-Kandidaten und gleichnamigen Sohn von Jorge Schafik Handal<sup>3</sup> nicht gelungen ist, Bürgermeister in der Hauptstadt zu werden, wo der Präsidentschaftskandidat von ARENA, Norman Quijano, mit einer deutlichen Mehrheit von 63 Prozent der Stimmen sein Amt verteidigen konnte. Sogar in traditionellen FMLN-Hochburgen wie Soyapango oder Apopa kam es zu Stimmenverlusten zugunsten von ARENA. Der Partei GANA gelang es unterdessen, sich als neue politische Kraft – sie stellt neben 11 Parlamentsabgeordneten nun auch noch 16 BürgermeisterInnen – zu etablieren. Insbesondere aus linksliberalen Kreisen um Mauricio Funes wurde daraufhin Kritik am «orthodoxen Kurs» der FMLN laut, der angeblich für die Wahlschlappe verantwortlich sei.

Eine Einschätzung der politischen Ziele von Tony Saca und seinem neuen Mitte-Rechts-Bündnis fällt schwer. In seinen Wahlkampfaußagen bleibt Saca schwammig. Auf seiner Kampagnenseite öffnet sich als erstes eine Art Werbefenster, wo ein kostenloser Englischkurs, inklusive eines Stipendiums von 100 US-Dollar im Monat, angepriesen wird. Dabei handelt es sich aber nicht um die Anzeige von irgendeiner Sprachschule oder Stiftung, sondern um eines seiner Wahlversprechen. In Umfragen stagnieren die Werte für Saca, er liegt mit 10 bis 15 Prozent der Stimmen auf dem dritten Platz. Zweitplatzierte ist Norman Quijano mit Ergebnissen zwischen 34 und 37 Prozent. In allen Meinungsumfragen führt der Kandidat der FMLN Salvador Sánchez Céren, wobei die Werte zwischen 38 und 48 Prozent variieren. Mittlerweile kann auch niemand mehr die Loyalität von Mauricio Funes in Bezug auf Céren infrage stellen, denn der scheidende Präsident hat sich wiederholt in der Öffentlichkeit eindeutig für seinen Vizepräsidenten ausgesprochen. Und der Vorwurf des «Chavismus» und der «Orthodoxie», der auch innerhalb der FMLN immer mal wieder gegen den eher radikalen Flügel erhoben wurde, kommt inzwischen – offen ausgesprochen – nur noch aus dem rechtskonservativen Lager.

## UNGELÖSTE PROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN

El Salvador steht trotz zahlreicher Fortschritte in Gesellschaft und Politik weiterhin vor einer Reihe gewaltiger Herausforderungen. So fordert der Kandidat der Rechten Quijano – ähnlich wie seine Vorgänger von der ARENA, die damit wenig erreicht haben – eine «totale Militarisierung der Sicherheitspolitik» und schwelgt in hinlänglich bekannten Law-and-Order-Phantasien, um die weiterhin weit verbreitete Bandenkriminalität im Land in den Griff zu kriegen. Céren setzt in seinem Wahlkampf dagegen auf eine sachliche Auseinandersetzung mit solch schwierigen Fragen und auf eher leise Töne. Das Gewaltproblem bestreitet er nicht, aber er verweist auf Polizeistatistiken, wonach die Anzahl der täglichen Morde in El Salvador zwischen 2009 und 2013 von zwölf auf sieben und die Zahl der Entführungen und Nötigungen um zehn Prozent gesunken ist. Auch dies – so die Interpretation der FMLN – sei ein Erfolg der Regierung von Funes, die zum Beispiel auf die Einführung eines polizeiinternen Kontrollsystems gegen Korruption und Amtsmissbrauch gedrängt hat, mit dem Ergebnis, dass eine Reihe von Beamten, die mit wohl mit der Organisierten Kriminalität unter einer Decke steckten, inzwischen entlassen wurden. Mit dem Waffenstillstandspakt zwischen den größten Jugendbanden, der ebenfalls zum Gewaltrückgang beigetragen hat, möchte die FMLN und die amtierende Regierung indes nicht in Verbindung gebracht werden. Diesen habe die katholische Kirche

verhandelt, heißt es. Das beste Mittel der Bekämpfung der Bandenkriminalität, so der FMLN-Kandidat Céren, sei eine weitere Reduzierung der Armut.

An das sensible Thema der Bürgerkriegsverbrechen hat sich Mauricio Funes in seiner Regierungszeit allerdings nicht richtig herangetraut. Mit einer wichtigen Geste entschuldigte er sich bei der indigenen Bevölkerung für den Genozid, der unter der Militärdiktatur begangen worden ist, berief dann aber nur wenige Tage später Vertreter des Militärs in seine Regierung, was zu ernsthaften Spannungen mit Teilen der FMLN führte. Das im Zuge der Friedensverhandlungen Anfang der 1990er Jahre von den Militärs durchgesetzte Amnestiegesetz, das diese vor Ermittlungen wegen Völkermordes schützt, ist nach wie vor in Kraft, auch wenn der Oberste Gerichtshof derzeit über seine Aufhebung berät.

Außenpolitisch hat sich in der Ausrichtung El Salvadors unter Mauricio Funes gar nichts geändert: So wurde an dem neoliberalen Freihandelsabkommen CAFTA nicht gerührt, und auch das ähnliche gestrickte Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union wurde von der Regierung kritiklos durchgewunken – und dies ohne Widerstand aus der FMLN. Als das Militär im Sommer 2009 im Nachbarland Honduras putschte, verhielt sich Funes abwartend. Eine Initiative für eine Liberalisierung der Drogenpolitik aus anderen lateinamerikanischen Ländern lehnte er ab. Auch für die Verbesserung der oftmals recht schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der vielen MigrantInnen aus El Salvador in den USA hat er sich nicht wirklich eingesetzt. Auch dass heute nur noch 240 Menschen pro Tag El Salvador auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen – und nicht mehr 500, wie vor noch fünf Jahren –, rechnet sich die Regierung als einen Erfolg ihrer Sozialreformen an. Sicherlich dürfte die Wirtschaftskrise in den USA auch ein wesentlicher Grund für diesen Rückgang sein.

«Die Regierung Mauricio Funes verfolgte das gleiche zerstörerische kapitalistische Entwicklungsmodell, das unsere Zukunft bedroht», lautet die nüchterne Einschätzung des Ökonom Edgardo Mira, der für das Forschungszentrum Investitionen und Handel (CEICOM) tätig ist. Die Regierung habe beim Thema Extraktion von Edelmetallen zwar nicht im gleichen Maße wie ihre Vorgängerin einer unternehmerfreundlichen Politik betrieben, lehne aber den Entwurf zur Verfassungsänderung ab, den CEICOM mit anderen Organisationen, die den landesweiten Widerstand gegen Minen koordinieren, vorgeschlagen hat. «Hier herrscht absoluter Stillstand», so Mira, der findet, dass die Umweltpolitik die «größte unbeglichene Schuld» von Funes ist. Auch im aktuellen Wahlkampf spiele es keine Rolle beziehungsweise werde verdrängt durch die Forderung nach mehr Wirtschaftswachstum und besseren Investitionsbedingungen für das internationale Kapital. Am Ende des Jahres 2013 wurde im Parlament mit den Stimmen der FMLN ein neues Gesetz zur Förderung von Public-Private-Partnerships verabschiedet, das die weitergehende Privatisierung öffentlicher Güter ermöglicht. Und auch wenn aus Unternehmerkreisen zu hören ist, dass dies noch nicht weit genug gehe, hat die Regierung inzwischen auch noch ein «Assoziierungs- und Wachstumsabkommen» mit den USA unterschrieben, das darauf abzielt, die Sicherheit und Produktivität von Auslandsinvestitionen zu stärken. Auch hier also keinerlei Spur einer Suche nach einer Alternative zum kapitalistischen System.

Die Umweltbewegung war in den vergangenen fünf Jahren die einzige wirklich sichtbare und kontinuierlich aktive

soziale Bewegung im Land. Mit ihren vielfältigen Aktionen auf dem Land und in den Städten hat sie für Schlagzeilen gesorgt, insbesondere mit ihrer Kampagne für einen Stopp des umweltschädigenden Edelmetallabbaus im Tagebau. Damit konnte die Regierung soweit unter Druck gesetzt werden, dass es wenigstens keinerlei Verschlechterungen gegenüber dem Status quo gegeben hat. Trotz Einschüchterungsversuchen durch Bergbaugesellschaften aus Kanada und Australien, die aufgrund des Rückzugs von bereits erteilten Lizenzen den salvadorianischen Staat mit Millionen-Dollar-Klagen überziehen, kam es diesbezüglich zu keinen weiteren Zugeständnisse an die internationalen Multis. Im Wahlkampf hat sich die salvadorianische Umweltbewegung übrigens zurückgehalten und keinerlei Wahlempfehlung ausgesprochen.

### **WAS WÄRE VON EINEM ERNEUTEN WAHLSIEG DER FMLN ZU ERWARTEN?**

In den vergangenen fünf Jahren sind wichtige Bastionen der Oligarchie und ihrer ultrarechten Verbündeten gefallen. Nach dem Präsidentenamt gingen ihnen auch weitere zentrale öffentliche Posten wie zum Beispiel der des Obersten Staatsanwalts verloren. Ihr gegenwärtiger Präsidentschaftskandidat ist eher unbeliebt und scheint keine Aussichten auf einen Wahlsieg zu haben. Entschieden ist freilich noch nichts – und angesichts des salvadorianischen Wahlsystems ist Misstrauen gerechtfertigt: Traditionell wählen die Toten mit. Stimmenkauf unter der ländlichen und armen Bevölkerung ist genauso üblich wie der Versuch von ArbeitgeberInnen und GroßgrundbesitzerInnen, WählerInnen zu bedrohen und einzuschüchtern. Außerdem gibt es Berichte darüber, dass Lastkraftwagen bereits Grenzübergänge nach Guatemala und Honduras blockieren, um so die Lebensmittelversorgung in El Salvador zu beeinträchtigen und Chaos zu schaffen. Zu den rechten Regierungen in beiden Nachbarländern unterhält die ARENA beste Beziehungen.

Ob durch politische Überzeugungsarbeit, Erpressung, Stimmenkauf oder mithilfe von Destabilisierungsversuchen: Die Entscheidung darüber, ob El Salvador auch in den nächsten Jahren von der FMLN regiert werden wird, fällt sicherlich nicht am 2. Februar. Angesichts der letzten Umfrageergebnisse ist nicht davon auszugehen, dass einer der Kandidaten bereits im ersten Wahlgang die 50-Prozent-Hürde überspringen und so über seine Gegner triumphieren wird. Wahrscheinlich wird es im März einer Stichwahl zwischen den zwei Kandidaten mit den meisten Stimmen geben. Sollte Saca, wie zu erwarten ist, auf dem dritten Platz landen, wird es noch einmal spannend. Denn dann müssten sich seine AnhängerInnen entscheiden, ob sie zur Wahl des Kandidaten von ihrem verhassten ehemaligen Verbündeten ARENA aufrufen, zur Wahlenthaltung oder – wie sogar aus FMLN-Kreisen erwartet wird – zugunsten von Cerén.

Was würde es für El Salvador bedeuten, wenn letzterer im Juni 2014 tatsächlich als neuer Präsident des Landes vereidigt werden sollte? Im Regierungsprogramm,<sup>4</sup> das die FMLN zur öffentlichen Abstimmung gestellt hatte, verspricht Cerén unter anderem die Förderung von kleinen und mittelgroßen nationalen beziehungsweise lokalen Unternehmen, damit diese mit den transnationalen Konzernen besser konkurrieren können. Es wird zwar eine «solidarische Ökonomie» gefordert, in der Mitbestimmung und Kooperativen von ArbeiterInnen eine wichtigere Rolle spielen sollen, aber am Ende steht doch ganz oben auf der Agenda: «Wachstum durch die

Reaktivierung der nationalen Ökonomie» und die Stärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit im kapitalistischen Wettbewerb. Ob das zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit reicht, ist fraglich. Auf der anderen Seite würde ein Wahlsieg der Rechten vermutlich das Ende der meisten Sozialprogramme bedeuten und damit wieder zu verstärkter Armut führen.

Änderungen könnte es indes in der Außenpolitik geben: So fordert der FMLN-Präsidentschaftskandidat Céren nicht nur den Beitritt des Landes zu PETROCARIBE, einem 2005 geschlossenen Abkommen über Erdöllieferungen zum Vorzugspreis von Venezuela an einige lateinamerikanische und karibische Staaten, sondern auch zu der ebenfalls von Hugo Chávez initiierten Staatengemeinschaft ALBA (Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas). Das wäre nur konsequent, denn in den vergangenen fünf Jahren hat es eine faktische Annäherung des Landes an ALBA gegeben, und der größte Teil der Ressourcen, mit denen Funes die Sozialprogramme finanziert hat, sind Petro-Bolivars aus Venezuela. Man mag sich darüber streiten, ob dieser «Wandel» den Ansprüchen von demokratischen SozialistInnen und anderen Linken genügen kann. In der Nationalversammlung, über deren Zusammensetzung vor einem Jahr abgestimmt worden ist, wird sich der nächste Präsident El Salvadors jedenfalls nicht auf eine eigene politische Mehrheit stützen können: Von der ist die FMLN mit 31 der insgesamt 84 Abgeordneten der Nationalversammlung fast genauso weit entfernt wie die rechte ARENA mit 28 Mandaten. Damit ist jedes Reform- und Gesetzesvorhaben auf eine parteienübergreifende Zustimmung angewiesen, was die Erwartungen hinsichtlich weiterreichender Schritte in Richtung einer radikalen Transformation der Gesellschaft deutlich dämpfen sollte.

Torge Löding ist Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Mittelamerika und die Karibik in Mexiko-Stadt.

---

Unter folgendem Link kann kostenlos unser Lateinamerika-Newsletter abonniert werden: <http://is.gd/m6YL6N>.

---

<sup>1</sup> Die FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) wurde 1980 gegründet und ist nach dem kommunistischen Widerstandskämpfer Farabundo Martí, der bei einem Volksaufstand im Jahr 1932 erschossen wurde, benannt. <sup>2</sup> Céren vertrat damals die stärkste Strömung, die Fuerzas Populares de Liberación Farabundo Martí/FPL (Volkskräfte der Befreiung Farabundo Martí). Beteiligt an der Guerillabewegung FMLN waren noch die Partido Comunista de El Salvador/PCS (Kommunistische Partei von El Salvador) und drei weitere Organisationen. <sup>3</sup> Sein Vater Schafik Jorge Handal, der 2006 verstorben ist, war Mitbegründer der FMLN und später Fraktionsführer und Präsidentschaftskandidat der Partei. <sup>4</sup> Vgl. <http://issuu.com/salvadorpresidente/docs/elsalvadoradelante/21?e=6226994/5558800>.

FELIX KNOKE

## BILDE DICH GEFÄLLIGST SELBST!

### WIE DIE DIGITALISIERUNG DER BILDUNG UND DIE KONTROLLGESELLSCHAFT ZUSAMMENHÄNGEN

Die technologischen Neuerungen haben den Bildungssektor scheinbar kalt erwischt. Während Internetmedien sich anschicken, das Wissen zu befreien, und sich neue Formen der Bildung entwickeln, ringen die traditionellen Bildungsinstitutionen noch um den technischen Anschluss. Nur langsam dringen Tablet-Computer und Laptops in die Klassenzimmer vor. Nur zögerlich nutzen Lehrkräfte Internetforen zum Ideenaustausch mit ihren SchülerInnen. Dass diese gar ihren Lernstoff in Onlinekursen selbst organisieren oder LehrerInnen zur Verbesserung ihres Unterrichts Analyseprogramme heranziehen – längst Standard in modernen Onlinefortbildungsprogrammen –, ist im Schulalltag die große Ausnahme. Technische, pädagogische und nicht zuletzt auch Datenschutzgründe stehen einem wirklich digitalen Klassenzimmer noch im Wege.

Und das ist gut so. Denn die Bildung ist nicht in der Krise, das möchte ich hier zur Debatte stellen, weil sie der technischen und technologischen Entwicklung hinterherhinkt. Die Bildung ist in der Krise, weil sie einer Gesellschaft fremd geworden ist, die zunehmend auf Selbstausbeutung und Selbstkontrolle getrimmt ist. Anstatt nun blindlings dem technologischen Wandel zu folgen (oder besser: ihm nachzueifern), wäre es dringend nötig, dem Weltbild auf die Schliche zu kommen, das dem Wunsch nach digitalen Klassenzimmern zugrunde liegt. Das wäre auch eine Chance, die Fehler, die bei der Digitalisierung der Gesellschaft gemacht worden sind, in der Bildung nicht zu wiederholen.

Als in den späten Sechzigerjahren der Computer das Klassenzimmer revolutionieren sollte, herrschte Hochstimmung. Ansätze wie «programmierter Unterricht» und «kybernetische Pädagogik» sollten die Erkenntnisse der Verhaltensforschung in einen computerunterstützten Unterricht («CUU») überführen.<sup>1</sup> Technische Hilfsmittel galten als perfekte Lernmittel. Das ist kein Wunder in einer Zeit, die von der technologischen Gestaltbarkeit der Gesellschaft und Verwaltbarkeit der Menschen träumte – der Kybernetik. So wurde das Thema Lernen zur Speerspitze der technologischen Entwicklung: Maschinen sollten den Menschen helfen, und zwar individuell, effizient und unideologisch. Lernen erschien als maschineller Vorgang, das Lernen nach System als beste Methode, Wissen zu vermitteln. Aber Mitte der Siebzigerjahre war von dieser Euphorie nicht mehr viel übrig: Die Forschung konnten den neuen Bildungsmitteln keinen Erfolg nachweisen, die Zuckerbrot-und-Peitsche-Lernmethoden gerieten in Verruf. Die Bundesrepublik zog sich aus der Forschung und Förderung der CUU zurück. Erst in den Achtzi-

gerjahren wurde der Ruf nach Computern im Klassenzimmer wieder laut, was an den Schulen allerdings nur zu schlecht ausgestatteten Computerräumen und oberflächlichen Programmierkursen führte. Jetzt, 20 Jahre später, heißt es wieder: Technik ist der Schlüssel zur Wissensgesellschaft. Aber hat sich seit damals wirklich etwas verändert?

Die Erwartungen an digitale Lerntechniken, das sogenannte E-Learning, sind vielfältig: Interaktivität und Anschaulichkeit der Inhalte; flexiblere Lernmethoden, die auch komplexe Konzepte vermitteln können und den unterschiedlichen Fähigkeiten und Vorkenntnissen der Lernenden gerecht werden; die zeitliche und örtliche Unabhängigkeit des Lernens («Lernen, wann und wo man will») und natürlich die bessere Kontrollierbarkeit oder Überprüfbarkeit der Auszubildenden und der Auszubildenden. In den üblichen Aufzählungen werden auch einige Gegenargumente genannt: Die Technik bestimme die Inhalte, müsse beherrscht werden und sei anstrengender als herkömmliche Medien. Aber es gibt grundsätzlichere Probleme mit dieser neuen Form der Bildung – und dass sie «neu» ist, ist dabei noch das geringste. Eine Kritik, die an dieser (lern-)technischen Oberfläche stehen bleibt, greift zu kurz. Klar ist: Ihre Rolle als zentrale Orte der Bildung haben Schulen und Universitäten längst eingebüßt. Wie, wo und wer gebildet wird, wird derzeit neu entschieden. Denn die gesellschaftliche Verankerung von Bildung selbst ist in der Krise. Mit der neuen Technik verbreitet sich auch ein neuer Bildungsimperativ: Das Wissen der Welt steht dir offen, bilde dich gefälligst selbst! All das aber nur als eine Folge des technischen Fortschritts zu sehen, als ein Krieg des Alten gegen das Neue, ist der grundlegende Fehler all jener, die auf mehr Technik im Bildungsbetrieb drängen.

Man muss sich fragen: Geht es bei dieser angeblichen Reform der Bildung wirklich um Selbstermächtigung oder ist diese Krise doch nur das Resultat eines gestiegenen Selbstoptimierungsdrucks?

### TECHNIK IST NICHT NEUTRAL

Bildung ist im Umbruch. Immer schon. Neu ist, dass erstmals Technik nicht nur bestimmt, in welcher Form und an welchen Orten, sondern auch an welche AdressatInnen und mit welchen Inhalten Wissen vermittelt wird. Die Technik selbst, als Bildungsmedium, ist nicht mehr nur Infrastruktur, sondern tritt selbst aktiv auf. Sie verschiebt die Machtverhältnisse hin zu den Firmen und Interessen des technischen Fortschritts, den Apples und Bertelsmanns. Technik ist nicht neutral, die Internettechnik schon gar nicht. Sie ist Ausdruck einer kapitalistischen Leistungs- und Kontrollgesellschaft. Dass Bildung eine Ware ist, tritt in ihr immer stärker in den Vordergrund. Dementsprechend verändert sich das Verhältnis der Akteure der Bildung zueinander. Aus offenen Hierarchien werden Dienstleistungsstrukturen. Bildung wird gehandelt, in sie wird investiert, sie muss ständig aktualisiert und veredelt werden. Die Auszubildenden und Auszubildenden treffen sich «auf Augenhöhe» in Onlineforen, während draußen Telekommunikations- und Computerkonzerne, staatliche und privatwirtschaftliche Player um die Vermarktung von Wissen ringen. Man darf nicht vergessen: Das digitale Klassenzimmer ist immer auch ein wirtschaftliches Projekt, um an die reich gefüllten Bildungstöpfe heranzukommen.

Bildung ist immer an Medien und damit auch an die technischen Veränderungen in der Gesellschaft gebunden. Doch Computer und Internet sind mehr als ein Transportmedium von Wissen. Diese neue Technik bestimmt nicht nur die Auslieferung, sondern auch die Erscheinungsformen und Inhalte des Wissens – und nimmt damit eine aktive Rolle in dessen Vermittlung, also der Bildung, ein. Wer das Sagen über die Technik hat, hat das Sagen über die Inhalte, die darüber verbreitet werden, und darüber, wer Zugriff auf sie hat. Je stärker Bildung über neue technische Medien vermittelt wird, desto wichtiger ist eine technikkritische Perspektive. Wo, wann, wie und was wir in Zukunft lernen, ist untrennbar mit der technischen und technologischen Entwicklung und ihren sozialen Bedingungen verbunden. Für ein echtes Verständnis dieser Vorgänge ist es natürlich noch viel zu früh. Die Technologien der Massenkommunikation sind noch viel zu neu und viel zu sehr im Wandel, als dass man vernünftig von feststehenden Tatsachen sprechen könnte. Und so ist auch die Diskussion um *open education* (so wird die aktuelle Entwicklung der Bildung durchs Netz bezeichnet),<sup>2</sup> über öffentliche Wissensforen und die Technisierung des Klassenzimmers noch reichlich gespalten: optimistische Heilsversprechen auf der einen, technikfeindliche Abwehrhaltungen auf der anderen Seite. Technik muss in die Klassenzimmer, aber bitte nur streng kontrolliert. Studierende sollen Quellenarbeit im Internet beherrschen, aber bitte schön Wikipedia meiden. Apps fürs Sprachenlernen und Onlinekurse werden als hervorragende Mittel zum lebenslangen Lernen angepriesen – sind aber erst durch ein Offline-Zertifikat auch formell wirksam.

Ständig werden neue Bildungsformen gefunden und verworfen. Reichte für den Glauben an die Revolution hin zur Wissensgesellschaft vor wenigen Jahren noch der Blick auf das schnell wachsende, frei verfügbare Wissensangebot, geht es heute längst um die Bedingungen der Wissensver-

mittlung. OptimistInnen sehen in der Technik nicht nur eine Chance, sondern die Grundbedingung für die globale Wissensgesellschaft. Technik, so ihre Hoffnung, führt zu einer Demokratisierung des Wissens: Nicht soziale, sondern bloß technische Hürden stünden der Bildung der Massen im Wege. Schreite die technische Entwicklung voran, fielen die Zugangshürden; würden Geräte und Programme erschwinglicher, könnten immer mehr Menschen an der Wissensgesellschaft teilhaben – und das sei erstrebenswert. Für solche TechnikverfechterInnen ist Technik ein Mittel zur Selbstermächtigung. Beispiele für den Erfolg einer solchen Entwicklung kennen sie viele: Wikipedia «befreie» das Herrschaftswissen, ForscherInnen stellten unabhängig von akademischen Verlagen, deren finanziellen Bedingungen und Knebelverträgen ihr Wissen der Masse zur Verfügung, eine brodelnde Szene freier ProgrammiererInnen liefere (mit Open-Source-, freien oder kostenpflichtigen Programmen) die Werkzeuge zur Verarbeitung der Informationen. Und immer wieder: Allein schon die prinzipielle Offenheit des Internets führe zu einer Machtumkehr zugunsten der Masse. In einer Welt, in der Wissen Macht ist, haben die Macht, die Wissen machen. Dass sich die Machthabenden (also: Medienunternehmen und -konzerne) mit Verschärfungen des Urheberrechts, Abmahnungen und – siehe den Fall Aaron Swartz<sup>3</sup> – mit persönlichen «Hetzjagden» zur Wehr setzen, gilt dann als der indirekte Beweis für diese These der Reform durch Technik.

### WIKIPEDIA: VORBILD UND WARNUNG

Doch dieses Argument greift zu kurz, wie man zum Beispiel an der Kritik an Wikipedia sieht. War kürzlich noch die bloße Existenz dieser Internetenzyklopädie Grund genug für Euphorie («Die Befreiung des Wissens!»), werden nun ihre technischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen kritisch hinterfragt. Denn dem großen Erfolg von Wikipedia im euro-amerikanischen Raum steht ja der große Misserfolg im Rest der Welt gegenüber, gerade an Orten, an denen Wikipedia ihre ermächtigende Macht entfalten sollte: Der Betrieb von Wikipedia ist eine millionenschwere Unternehmung, die Mitarbeit gründet auf Selbstausbeutung, und mitmachen tun am Ende doch nur die, die Ermächtigung am wenigsten nötig haben. Wikipedia ist ein Hobby gut gebildeter, wohlhabender, weißer Mittelstandsmänner und eine kostenlose Ressource für ebendiese. Die Wikipedia-Betreiberin Wikimedia kennt das Problem und geht es aufwendig an.<sup>4</sup> Das Beispiel sollte aber eine Warnung für andere, neue Bildungsprojekte sein: Freie Information oder freie Bildungsangebote sind nicht von sich aus emanzipatorisch, sie sind nicht «kostenlos», sie sind nicht neutral oder fair. Jeder Versuch, Wikipedia als Vorbild für die kollektive Wissenssammlung, die Demokratisierung und die technische Vermittlung von Wissen auf andere Bereiche zu übertragen, muss an diesem Punkt der Kritik ansetzen.

Denn nur Bildung anzubieten, ohne sich über das Was und Wie Gedanken zu machen, verschärft möglicherweise gerade die Konflikte, die durch ein Mehr an Bildung behoben werden sollen. Die Beschreibung, die Krise der Bildung sei durch die neuen Kommunikationsformen verursacht, verkennt, dass diese Kommunikationsformen selbst nur Ausdruck einer größeren Krise sind, einer tief gehenden Veränderung der Gesellschaft hin zur Ökonomisierung bis ins letzte Glied. In ihr sind Menschen selbstermächtigt und zugleich entmachtet, ihr Leben ist die Selbstverwirklichung in der Arbeit,



in der arbeitsfreien Zeit «erholen» sie sich mit noch mehr Weiterbildung und der Arbeit an Lebenslauf und Selbstwert mit Onlinesprachkursen und Web-Seminaren, die heute Webinar oder MOOC (Massive Open Online Course) heißen.

Die akademische Pädagogik und Didaktik hat diesen Trend, der KonsumentInnen zu ProduzentInnen ihrer selbst macht, vorweggenommen und SchülerInnen – wohlmeinend – vom Objekt zum Subjekt der Bildung erhoben: Sie sollen nicht mehr gebildet werden, sondern sollen sich, gemäß ihren Fähigkeiten und den sozialen Bedingungen, gefälligst selbst bilden. Auf dass sich irgendwann eine Arbeitsmarktnische für ihr Spezialwissen auftue ... Da aber sowieso ein Leben lang gelernt werden soll, sind Schule und Universität als zentrale Orte der Bildung in den Hintergrund getreten: Sie können nicht mehr das Rüstzeug zum Leben, sondern nur noch das Rüstzeug zum Lernen liefern. Richtig gelernt wird *on the job*, im Praktikum, in Traineestellen und Firmenkursen, die Kosten tragen bestenfalls Unternehmen, zweitbestenfalls der Staat in Form von Fortbildungszuschüssen und Bildungsprämien – in Form von Zeit und Selbstausbeutung aber vor allem: jede und jeder selbst; verbucht unter «Investition in meine Zukunft».

### DIE EWIGE ARBEIT AM ICH

Das ist die eigentliche Bildungskrise: Die Methoden, Orte, Organisationen, Ziele, das Publikum, der technisch-mediale Apparat und die soziale Verankerung der Wissensvermittlung haben sich verändert. «In Klassenzimmern, Hörsälen und Fortbildungsräumen ziehen nicht nur neue didaktische Modelle, sondern auch neue Kommunikations-, Medientechnologien und Organisationsformen ein», schreibt etwa das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), wenn es um «Lernwelten der Zukunft» geht.<sup>5</sup> Forschung und Wissenschaft erarbeiten Konzepte zum neuen Lernen. Die Ideen für die Ausgestaltung liefert die Industrie – und die Technik und die konkreten Lerninhalte liefert sie gleich mit. Bildung ist damit längst nicht mehr nur Aufgabe des Staates, selbst die Forschung an den Universitäten wird zunehmend aus Drittmitteln finanziert, die nicht selten auch die Themen und Fragestellungen vorgeben. Dadurch gewinnen Unternehmen und privatwirtschaftliche Träger im Forschungs- und Bildungssektor deutlich an Gewicht.

Der Bildungs*simpuls* «Lerne, damit du ein guter, freier Mensch wirst» ist einem Bildungs*imperativ* gewichen: Wer am Arbeitsmarkt teilnehmen will (und wollen muss man heute ja), muss an der Optimierung seines Arbeitsvermögens arbeiten – sich also durch Fortbildungen, Selbstdisziplinierung und Ausweitung der Arbeitssphäre um die bessere Vermarktbarkeit der eigenen Arbeitskraft kümmern – wer nicht mitmacht, wird der gesellschaftlichen Teilhabe beraubt.

Die Forderung nach der Ausbildung einer Medienkompetenz ist eine Folge davon: Beherrsche die Technik, damit du dich selbst beherrschen kannst. Bildung ist kein Bürgerideal mehr, keine Bedingung eines aufgeklärten, modernen Lebens, sondern eine Voraussetzung der Arbeitsgesellschaft: Bilde dich, oder du fliegst raus! Das Bild vom Arbeitskraftunternehmer, das die Soziologen Pongratz und Voß 1998 entwarfen,<sup>6</sup> fasst diese widersprüchlichen Anforderungen und Chancen wohl am besten zusammen. Der Arbeitskraftunternehmer geht mit der eigenen Arbeitskraft um, wie ein Unternehmer: Um möglichst attraktiv für Auftrag- oder Arbeitgeber zu sein, feilen die Arbeitskraftunternehmer an ihrer Produktivität, holen das Beste aus sich heraus, machen

Überstunden und lassen Urlaubstage verfallen, um sich selbst, die neue Ware, möglichst gut verkaufen zu können. Dafür müssen sie Selbstkontrolle üben, ihren Körper und Geist als vermarktbar Ware betrachten und schließlich ihre ganze Lebensführung verbetrieblichen. Das Internet scheint dafür das beste Werkzeug zu sein: um Werbung für sich zu machen, um Kontakte zu schließen, sich besser zu disziplinieren (Stichwort: Selbstoptimierung) und natürlich – sich fortzubilden. Der Ruf nach einer Reform der Bildung nach diesem Vorbild und die unkritische Übernahme von Konzepten wie lebenslangem Lernen, selbstgesteuertem Lernen oder E-Learning sind auch diesem Druck hin zur Selbstständigkeit im wirtschaftlichen Sinne geschuldet.

### MEDIENKOMPETENZ?

#### CRACKEN UND HACKEN!

Dabei haben die Bildungsinstitutionen noch immer keine Antwort auf die ja ganz grundlegende Frage: Wie bringt man Menschen überhaupt bei, wie man mit dem angeblichen Wunderwerkzeug Technik die Tore zum Wissen öffnet? Die Schulen, die derzeit mit elektronischen Lernmedien und -formen experimentieren, übernehmen aus Angst vor dem Wartungsaufwand, aus mangelnder Expertise oder schlicht wegen augenscheinlich lukrativer Angebote die Ideen und Infrastrukturen aus der Wirtschaft. Anstatt sich um freie Software und Inhalte und offene Hardware-Plattformen zu kümmern, vertrauen sie auf die Paketlösungen etwa von Apple – und binden sich letztlich an deren Vorstellungen, was Bildung ist und welchen Preis sie hat. Wenn die Wissensvermittlung Technik voraussetzt, muss der Zugang zur Technik offen sein. Aber weder ist der Umgang mit neuen Medien ein ernst zu nehmender Teil der Schulbildung, noch wird es das Wissen um die echte Öffnung, das *Cracken* von Wissen, jemals sein: das Aushebeln von Kopierschutz und Zugangssperren, die Erforschung der Graubereiche und das Überschreiten weicher Grenzen. Und selbst die Schulversion dieses Internet-Gassenwissens, also die sogenannte Medienkompetenz, wird nicht in der Schule vermittelt, weil Konzepte für die Kompetenzvermittlung an die Lehrkräfte ebenso fehlen wie eine Ahnung davon, welche Kompetenzen das überhaupt sein sollen. Überall gilt: Die technischen Bedingungen der Gesellschaft sind eigentlich offensichtlich – und trotzdem kaum verständlich. Wer jetzt einfach die Werkzeuge in die Klassen holt, ohne zu wissen, wie mit ihnen umgegangen werden soll, ist keinen Schritt weiter.

Eine ernst zu nehmende Medienkompetenz muss man sich derzeit selbst aneignen. An diesem Punkt setzen unabhängige, subversive Gruppen an: Hackerspaces, in denen man lernt, wie man die Macht der Technik bricht oder für sich nutzt; Coding-Spiele, die Kindern das Programmieren beibringen, und Crypto-Workshops, in denen Erwachsene digitale Selbstverteidigung lernen. «Bringt man Kindern und Erwachsenen eine Programmierer-Denke bei, können sie sich ihre Welt schon selbst entschlüsseln, sie auseinandernehmen und neu konfigurieren», sagt Stefania Druga, selbst Anbieterin solcher Workshops.<sup>7</sup> Was aber hilft diese Art der Ermächtigung, wenn sich die Technik gegen solche Eingriffe wehrt? Oder wenn einem – so verständlich das auch sein mag – verboten ist, Hand an die Schulrechner zu legen? Bücher- und Schreibheftwissen gehört einem, was aber auf einem Laptop oder Tablet-Computer gespeichert ist, gehört nur dem, der das Gerät auch wirklich kontrolliert. Und das ist derzeit nur der Hersteller.

## WELCHEN WERT HAT BILDUNG?

Das ist die zweite Krise der Bildung: Bildung ist Krise, weil Wissen immer auch Herrschaft bedeutet. Umso mehr in einer Gesellschaft, die Fortschritt mit wirtschaftlicher und technischer Entwicklung gleichsetzt. Die Hypothese der Wissenskluft, wonach Wissen entlang sozialer Unterschiede ungleich verteilt ist, spitzt sich in der durchmedialisierten Welt zur Hypothese der digitalen Kluft zu.<sup>8</sup> Technik hat das Potenzial, Wissen zu demokratisieren, also allgemein zugänglich zu machen. Technik kann den Zugang zu Wissen aber auch durch technische und soziale Barrieren versperren: Technik muss man beherrschen und bezahlen können – und überhaupt den Wunsch verspüren, in technische Bildung oder Geräte Zeit und Geld zu investieren. Je mehr Wissen wert ist, desto stärker sind die Kräfte, die es verteidigen, monopolisieren, beschränken oder warenförmig verpacken wollen. Denn Bildung ist ein Wettbewerbsvorteil – in der Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander, aber auch als maßgeschneidertes Bildungsangebot der Bildungsinstitutionen und der ArbeitgeberInnen in der Konkurrenz um KundInnen und möglichst effektive Arbeitskräfte. Die privaten Bildungseinrichtungen haben schon vorgemacht, was Universitäten jetzt nachholen: Sie bieten hoch spezialisierte Studiengänge mit glitzernden Abschlüssen und tollen Namen an. Für sie bringt die Bildungskrise auch ein neues Selbstverständnis mit sich: Bildung nicht anzubieten, sondern sie zu vermarkten.

Damit gerät aber zuletzt der Wert der Bildung selbst in die Krise: Wert hat nur das, was in das Projekt der Selbstökonomisierung und Selbstoptimierung passt. Bildung ist nicht mehr darauf ausgerichtet, Gemeinschaft zu stiften oder ein Ort der gesellschaftlichen Selbstreflexion zu sein, vielmehr garantiert sie maximale Individualisierung und Passgenauigkeit. Auffällig ist, dass ausgerechnet die Geisteswissenschaften, die zwar alle Hände voll zu tun haben, Konzepte und Kritik für *open education* zu entwickeln, in der Praxis bislang aber nicht auf den Zug zu neuen Lernformen aufgesprungen sind, wie eine sehr interessante, leider bislang unveröffentlichte, medienwissenschaftliche Studie von Mute Publishing feststellt.<sup>9</sup> Dabei sollten diese Fächer doch von der offenen Struktur des Internets und von seinen potenziell freien Diskursräumen am stärksten profitieren. Dass sie dies nicht tun, mag an den eh schon hohen sozialen Zugangshürden liegen. Es könnte aber auch daran liegen, dass der berufliche Spezialisierungsbedarf in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), das Angebot lukrativer Jobs, für die sich aufwendige Spezialstudiengänge und Fortbildungen lohnen, und die Angebote zur Mitarbeiterbildung einfach vielfältiger sind. Bildung muss sich wieder lohnen ...

## EINE GESELLSCHAFT RINGT UM KONTROLLE

Der Kampf um das Wissen, als krasseste Ausdrucksform der Krise der Bildung, hat sich im vergangenen Jahr eindrücklich im *Summer of Snowden* manifestiert: Wir leben in einer Überwachungsgesellschaft. Nicht nur die Geheimdienste ringen um Wissen, sondern die Gesellschaft als Ganzes.<sup>10</sup> Fünfzig Jahren nachdem der Traum von der sogenannten kybernetischen Gesellschaft verpuffte, feiert die Idee einer selbstregulierenden Gesellschaftsmaschine ihr ungeahntes Comeback. Die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden zeigten die Schattenseite einer Gesellschaft, die gern die Kontrolle über sich erlangen möchte. Es ist kein Zufall, dass 2013 auch das Jahr der ganz positiv beleg-

ten Selbstüberwachung und Selbstoptimierung war: Bevor Snowden uns den Überwachungsstaat erklärte, boomten Fitness-Armbänder, die unsere Jogging-Routen protokollieren, und Motivations-Apps, die beruflichen oder persönlichen Fortschritt durch ständige Selbstbeschau optimieren sollen. Die Überwachung ist allgegenwärtig, genau dafür gibt es ein Internet, ein Sensorennetzwerk und die Versuche, mit «Big Data» extrem große Datenmengen verstehen zu können. Nicht nur der Staat will uns überwachen, wir wollen uns auch selbst überwachen. Oder besser: Wir müssen uns selbst überwachen, gemäß der bereits oben erwähnten Selbstoptimierungsideologie.

Doch dieses Bild wäre nicht komplett ohne die Überwachungs- und Kontrollinteressen all jener, die von diesen «verbesserten» Individuen profitieren wollen: die Unternehmen und – ihnen vorgelagert – der Bildungssektor. Wer nach einer technologisch verbesserten Bildung ruft, fordert neben einer höheren Effizienz und Angemessenheit der Bildungsinhalte auch eine bessere Kontrolle über die Auszubildenden und Auszubildenden. E-Learning bedeutet eben auch, dass das Rechnersystem und diejenigen, die es besitzen und steuern, Wissen über das Lernen selbst anhäufen: Wer wo auf welche Inhalte zugreift; wer wann am besten oder schlechtesten lernt; wie sich SchülerInnen und LehrerInnen über die Jahre entwickeln; welche SchülerInnen besonders förderungsbedürftig sind – oder schlimmer: bei wem sich «eine Investition» am ehesten lohnen würde. Die Schule der Zukunft könnte nicht nur ihren Lehrkörper aktiv formen, sondern auch das Kollektiv ihrer SchülerInnen. Nicht nur in der Konkurrenz der Schulen untereinander, sondern auch hinsichtlich einer Vermittelbarkeit in die Arbeitswelt.

«People Analytics» ist das Stichwort, ein Trend, die Arbeits- und Lernleistung von Menschen über ihr gesamtes Leben hinweg aufzuzeichnen, um ihnen entsprechende Arbeitsstellen und Chancen zu vermitteln.<sup>11</sup> Es muss gar nicht die Schule sein, die entsprechende Daten ihrer SchülerInnen (individuell oder zusammengefasst) an die Wirtschaft verkauft. Es könnten vielmehr die SchülerInnen selbst sein, die in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ihre Daten in diese Optimierungsmaschine für Menschen einspeisen. Die Vorläufer dieser Entwicklung sind längst Alltag, etwa als öffentlicher Lebenslauf bei Jobportalen wie Xing und LinkedIn. Aber auch staatliche Interessen können zu einem Datenschutzproblem für die SchülerInnen werden: Die Unabhängigkeit der LehrerInnen und der Schulleitung könnte weiter minimiert werden durch staatliche Kontrollmechanismen. Das digitale Klassenzimmer ist – zumindest technisch – immer auch ein gläsernes Klassenzimmer. Weil diese Möglichkeiten natürlich auch gute Seiten haben, ist es schwer, gegen sie zu argumentieren. Letztlich bedarf es strikter Gesetze, die regeln, was mit den Schülerdaten passiert. Aber warum sollte man überhaupt ein Klassenzimmer ans Internet anschließen, wenn man die Möglichkeiten, die daraus entstehen, dann nicht nutzt?

## DIE ZUKUNFT DER BILDUNG

Wo stehen wir also? Noch ganz am Anfang. Die ersten Schulen experimentieren mit digitalen Bildungsformen, werden sich Laptops und Tablets anschaffen, die die erste Wartungsperiode nicht überstehen. Die Schulbuchverlage werden einen Konkurrenzkampf mit solchen Technologieriesen wie Apple und Microsoft über die Auslieferung und Ausschachtung der Bildungsinhalte ausfechten – hoffentlich bleiben die

SchülerInnen dabei nicht auf der Strecke. Und die Pädagogik wird weiterhin auf Zweigleisigkeit drängen: Digitale Medien und konventionelle Bildungsformen sollen sich ergänzen (das bedeutet letztlich nur: SchülerInnen sollen den Umgang mit neuen Medien erlernen und alte Lerninhalte auf neuen Lesegeräten bearbeiten). Der Streit um die «Zukunft der Bildung» wird sich weiterhin abseits des Schulbetriebs abspielen – und die eigentliche Frage nach der Rolle der Bildung in der Informationsgesellschaft wird offenbleiben.

Denn nicht nur der Stellenwert, den Bildung in einer Gesellschaft hat, sondern auch das konkrete Bildungssystem entsprechen immer den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Selbstverständnis einer Gesellschaft. Das Internet gerät nicht in Konflikt, weder mit den kapitalistischen Bedingungen unserer Gesellschaft noch mit den kapitalistischen Interessen, ganz im Gegenteil. Eine aufklärerisch gedachte Bildungsreform, die den technischen Wandel ernst nimmt, muss zunächst die gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen verstehen, die den technischen vorausgehen. Nur so kann eine neue, wirklich befreiende Technik entworfen werden. Einfach noch mehr Technik, wie von den OptimistInnen und FürsprecherInnen der *open education* gern gefordert,

löst dieses Problem nicht. Eine entsprechend unkritische Bildung treibt eine Entwicklung, die aus Selbstermächtigung Selbstausbeutung macht, nur voran.

Felix Knoke ist freier Journalist und Redakteur des Monatsmagazins *De:Bug*, er studierte Soziologie an der Universität Hamburg.

**1** Stadtfeld, Peter: Allgemeine Didaktik und neue Medien. Der Einfluss der neuen Medien auf didaktische Theorie und Praxis, Bad Heilbrunn 2004. **2** Brown, John Seely/ Adler, Richard P.: Open Education, the Long Tail, and Learning 2.0, in: Educause Review 43.1, 2008, S. 16–20. **3** Aaron Swartz war ein amerikanischer Bürgerrechtler und Programmierer, der 4,8 Millionen wissenschaftliche Artikel von einem kommerziellen Zeitschriftenarchiv heruntergeladen hatte. Der Fall spitzte sich zu – bis Swartz im Januar 2013 aus ungeklärten Gründen Suizid beging. **4** Wikipedia-Eigenanalyse: [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Editor\\_Survey\\_Report\\_-\\_April\\_2011.pdf](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Editor_Survey_Report_-_April_2011.pdf). **5** Fraunhofer-Projekt Lernwelten der Zukunft: [www.lernwelten-der-zukunft.de](http://www.lernwelten-der-zukunft.de). **6** Voß, Günter/Pongratz, Hans J.: Der Arbeitskraft-Unternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1/1998, S. 131–158. Als kostenloses PDF im Netz verfügbar. **7** Interview mit Stefania Druga, in: De:Bug 171, 2013, als PDF unter: [www.de-bug.de/share/debug171.pdf](http://www.de-bug.de/share/debug171.pdf). **8** Hinkelbein, Oliver: Ethnische Minderheiten, neue Medien und die digitale Kluft: Deutschland ein digitales Entwicklungsland?, Bremer Institut für Kulturforschung, Bremen 2004. **9** We're All Games Changers Now, MUTE Publishing (2013, unveröffentlicht). **10** Mehr dazu zum Beispiel bei [www.surveillance-studies.org](http://www.surveillance-studies.org). **11** Weber, Ben: People Analytics: How Social Sensing Technology Will Transform Business and What It Tells Us about the Future of Work, Upper Saddle River 2013. Interessant ist, dass ausgerechnet Google, eine der wichtigsten Technikfirmen des Netzes, «People Analytics» vorantreibt.

STEFAN KUNATH / SEBASTIAN WORMSBÄCHER

## VEREINIGTE STAATEN VON EUROPA

### ZUR BEGRÜNDUNG EINES EUROPÄISCHEN SOUVERÄNS

Das Fehlen einer einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik mitsamt einer Transferunion wird die Ungleichgewichte in der Euro-Zone immer weiter verschärfen. Die Konstruktionsfehler des Euro lassen sich nicht durch mehr Wettbewerb, Sozialstaatsabbau und zwischenstaatliche Koordination überwinden. Die Maßnahmen werden durch die nationalen Exekutiven im Europäischen Rat als einer Art Quasi-Regierung der Europäischen Union (EU) beschlossen, doch genügt seine Verfasstheit demokratischen Mindestanforderungen nicht. Anstatt auf eine intergouvernementale EU zu setzen, die undemokratisch agiert und die die zentrifugalen Kräfte in den europäischen Gesellschaften erst freisetzt, greifen wir die Vision Lothar Biskys auf: Die Konstituierung der Vereinigten Staaten von Europa!<sup>1</sup>

Im Zuge der Finanzkrise haben sich einige Euro-Mitglieder durch nationale Konjunktur- und Bankenrettungspakete so stark verschuldet, dass ihre Bonität abgewertet und so die Möglichkeit der Refinanzierung durch Kreditaufnahme erschwert oder gar unmöglich wurde. Die Finanzkrise wurde zur Staatsschuldenkrise. Die übrigen Euro-Staaten ergriffen immer erst dann Maßnahmen, wenn der Druck der Finanzmärkte auf die faktisch zahlungsunfähigen Euro-Staaten so stark wurde, dass ein Kollaps der gesamten Euro-Zone drohte. Garantien, Finanzhilfen und «Rettungspakete» sollten die Märkte beruhigen, erlegten den betroffenen Ländern aber erhebliche Sparzwänge auf. Diese reaktiven Teilschritte haben die Krise nicht gelöst, mit ihrer Hilfe wurde lediglich auf Kosten der Sozialsysteme Zeit erkaufte. So wurde mit der Verschärfung der Schuldenkrise deutlich, dass etwa Staaten wie Griechenland nicht allein von fehlender Zahlungsfähigkeit betroffen waren, sondern dass makro-ökonomische und strukturelle Defizite in der Euro-Zone die Lösung der Krise erschweren.<sup>2</sup>

Nach wie vor sind die im Krisenfall greifenden automatischen Stabilisatoren, die im Steuer- und Sozialsystem der verschiedenen Euro-Staaten beispielsweise in Form der Arbeitslosenversicherung verankert sind, innerhalb der Euro-Zone äußerst heterogen. Die Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik in der EU blieb trotz des gemeinsamen Binnenmarktes aus – und das nicht ohne Grund: «Zum Zwecke der Herstellung eines europäischen Binnenmarktes werden die Rechtsordnungen der Mitgliedsstaaten über das Europarecht harmonisiert. [...] Wenn aber weite Bereiche des i. w. S. Wirtschaftsrechts harmonisiert sind, kann der Wettbewerb, die Standortkonkurrenz nur in den nicht harmonisierten Bereichen stattfinden, d. h. im Steuerrecht und im Sozialrecht.»<sup>3</sup> Auch wenn die Euro-Staaten nach außen hin – also in Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsmächten wie den

USA oder den BRICS-Staaten – eine Einheit bilden, konkurrieren sie nach innen weiterhin.

Aufgrund dieser Standortkonkurrenz müssen die Euro-Staaten im Zuge einer Wirtschaftskrise trotz der gemeinsamen Währung verschieden – oder sogar gegeneinander – reagieren. Gleichzeitig führt die Konkurrenz innerhalb der Währungsunion zwangsläufig zu einer unterschiedlichen Produktivität innerhalb der Euro-Zone und somit zu Ungleichgewichten in der Leistungsbilanz zwischen den verschiedenen Euro-Staaten.<sup>4</sup> Die Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit durch partikuläre Währungsabwertung ist jedoch mit dem Verlust der alleinigen Währungshoheit ausgeschlossen.

Die daraus resultierenden Ungleichgewichte lassen sich aber nicht durch Transferleistungen (Stichwort No-Bailout-Klausel, Verbot fiskalischer Staatsfinanzierung) ausgleichen. Sie würden nicht nur dem fixierten Wettbewerbsprinzip des Lissabon-Vertrages widersprechen, vielmehr fehlt der Währungsunion eine zentrale Institution, die etwaige Transferleistungen demokratisch legitimiert umsetzen könnte. Die wenigen EU-Instrumente zur Angleichung der Wirtschaftskräfte sind mit dem Regional- und Strukturfonds äußerst bescheiden. Die EU nach Lissabon kennt keine Kompetenznorm für supranationale Institutionen zur Durchführung konjunkturpolitischer Maßnahmen. Interventionistische oder planerische Kompetenzen zur Durchsetzung dirigistischer Maßnahmen gibt es nicht. Ohne Ausgleich der wirtschaftlichen Ungleichgewichte bei fehlender Möglichkeit der partikulären Währungsabwertung sind jedoch der Verlust der Kreditwürdigkeit und Spekulationen auf einen Staatsbankrott einzelner, ökonomisch schwächerer Euro-Staaten vorprogrammiert – von den sozialen Verwerfungen in jenen Ländern ganz zu schweigen.

## DER AUSSTEHENDE PHILADELPHIA-MOMENT

Um den Konstruktionsfehler der Euro-Zone zu verstehen, lohnt ein Blick in die US-amerikanische Geschichte. Der US-amerikanische Kongress war zuzeiten der Konföderation von 1776 bis 1787 weitgehend machtlos. Er konnte nur Empfehlungen an die Bundesstaaten aussprechen, bestimmte wirtschaftspolitische Gesetze zu erlassen. Den Staaten war es indes freigestellt, sie zu befolgen. «Der Kongress erhob keine Steuern, sondern konnte nur Schatzscheine ausgeben und die einzelnen Staaten ersuchen, Steuern zu erheben, damit die Schatzscheine eingelöst werden könnten. Als die Staaten es nicht taten, hatte er keine Möglichkeit, sie dazu zu zwingen.»<sup>5</sup> Die Folgen waren Inflation, sinkende Bonität und soziale Verwerfungen im Bund und in den einzelnen Staaten. Nicht zuletzt die sogenannte Shays' Rebellion, ein Aufstand von Kleinbauern in Massachusetts, trug maßgeblich zur Neuordnung und Herausbildung der Föderation bei: Die 1787 in Philadelphia beschlossene US-amerikanische Verfassung schrieb einen Souveränitätstransfer fest und setzte eine demokratisch legitimierte Bundesregierung ein, die in der Lage war, eigenständig Steuern zu erheben, Geld zu prägen und zu borgen. Die Gesetze der Bundesregierung waren für die Bundesstaaten bindend.

Diese Konstruktion zeigt bis heute, insbesondere in Krisenzeiten, Wirkung: Trotz des ähnlichen Verschuldungsgrades auf beiden Seiten des Atlantiks begegnen die Märkte den USA mit Vertrauen, den kriselnden Euro-Staaten hingegen geradezu panisch.<sup>6</sup> Während das politische Zentrum in Washington durch eine günstige Bonität weitere Kredite zur Stabilisierung von Haushalten der Bundesstaaten aufnehmen kann, bürgen in der Euro-Zone trotz kosmetischer Reformen die Staaten weiterhin alleine für ihre Schulden. Washington konnte das Steuersystem in den USA so anpassen, dass Krisenschocks landesweit abgefedert werden können und nicht einzelne Bundesstaaten treffen – wie es in der Euro-Zone der Fall ist, wo es mit Deutschland bisher sogar einen Gewinner durch die griechische Misere gibt.<sup>7</sup> In den USA findet durch Washington eine zusammenhängende Makropolitik statt, während in der Euro-Zone 18 verschiedene nationale Interessen aufeinanderprallen, die eine zufriedenstellende Geldpolitik innerhalb des Währungsraumes faktisch unmöglich machen. Wirtschaftliche Asymmetrien können innerhalb des fiskalischen Föderalismus der USA zumindest ansatzweise ausgeglichen werden, während die Staaten der Euro-Zone durch die No-Bailout-Klausel haushaltspolitisch abgetrennt sind. Die Einführung von Euro-Bonds oder gar eines europäischen Länderfinanzausgleichs sind nach wie vor undenkbar. Beide Instrumente sind jedoch die logische Schlussfolgerung aus einem gemeinsamen Währungsraum mit verschiedenen nationalökonomischen Stärken, um ein Auseinanderdriften langfristig zu verhindern.

Eine kohärente Währungspolitik setzt eine einheitliche Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik voraus, die aber nicht durch 18 verschiedene nationale Berechnungen erreicht werden kann. Vielmehr steht in Europa der Philadelphia-Moment noch aus, also die Übertragung der wirtschaftspolitischen Souveränität der quasi-konföderierten Euro-Staaten an eine zentrale, demokratisch legitimierte Gewalt. Rein politökonomisch kann nur ein einheitliches Gewaltmonopol Grundlage einer einheitlichen Währungs- und Wirtschaftspolitik sein, das kohärent Recht setzt und umsetzt. Jene Gewalt kann für die gemeinsamen Schulden und somit für die Bonität des Euro insgesamt bürgen. So ist die Euro-Krise Ausdruck des Feh-

lens eines europäischen Souveräns, das heißt einer demokratisch verfassten europäischen Regierung.

## DAS AUFSCHIEBEN DER KRISE: INTERGOUVERNEMENTALE LÖSUNGSVER- SUCHE BEI ABBAU DER DEMOKRATIE

Statt einer notwendigen Vergemeinschaftung erlebten EU und Euro-Zone das Revival der Nationalstaaten: Durch zwischenstaatliche Verhandlungen im Europäischen Rat wurden Maßnahmen zur Rettung des Euro, wie etwa der Euro-Plus-Pakt, der EFSM und später der ESM, beschlossen. Supranationale Akteure wie die Europäische Kommission oder die EZB wurden zwar angehört, das Europäische Parlament blieb jedoch außen vor. Rettungspakete und ESM wurden gar außerhalb der EU-Strukturen geschaffen.

Weitere Maßnahmen, wie etwa die von der Kommission vorgelegte EU2020-Strategie und das sogenannte Sixpack zur Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der Währungsunion, haben zum Ziel, dass die Euro-Staaten ihre Schulden langfristig allein tragen.<sup>8</sup> Eigenverantwortung statt Lastenausgleich lautet die Maxime, nun unter verschärften Wettbewerbsbedingungen und ohne die Möglichkeit, nationale Konjunkturpakete aufzulegen – die in den nationalen Verfassungen implementierte Schuldenbremse verbietet dies. Die Umsetzung der EU2020-Strategie und des Euro-Plus-Paktes bleibt allein den Nationalstaaten überlassen, die in letzter Instanz die (Nicht-)Umsetzung der Kommissionsempfehlungen im Europäischen Rat beschließen. Verstöße gegen vertraglich fixierte haushaltspolitische Vorgaben wie den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) werden auch weiterhin nicht automatisch sanktioniert, vielmehr können sie mit einer qualifizierten Mehrheit im Europäischen Rat durch die (ggf. selbst vertragsbrechenden) Nationalstaaten abgewendet werden. Theoretisch wäre bereits vor der Krise eine bessere Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken möglich gewesen, doch geeignete Mechanismen – wie etwa ein Finanzausgleich, gemeinsame Bonds oder die Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik – fehlten. Daran hat sich nichts geändert.

Noch gravierender sind die demokratischen Defizite im Krisenumgang: Die Ankündigung des ehemaligen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreaou, ein bindendes Referendum über das Sparprogramm durchzuführen, löste europaweit Panik aus. Folgerichtig wurde die demokratisch gewählte Regierung Griechenlands zwischenzeitlich durch eine Technokratie unter der Leitung von Loukas Papadimos ersetzt. Die über Griechenland wachende Troika aus Europäischer Kommission, IWF und EZB muss ihr Handeln zur Haushaltsanierung weder vor dem Europäischen Parlament, noch vor dem griechischen rechtfertigen. Eine demokratische Kontrolle fehlt vollkommen. Mit «Rettungspaketen» und EFSF, die auf nächtlichen Sitzungen der nationalen Exekutiven hinter verschlossenen Türen im Europäischen Rat ausgehandelt wurden, entschieden die nationalen Parlamente innerhalb kürzester Zeit über grundlegende und zukunftsweisende Fragen, sodass die Konsequenzen gar nicht ausreichend abgewogen werden konnten. Sie standen vor der Wahl, ihren nationalen Regierungen blind zu vertrauen oder mit einer Ablehnung das Risiko des Kollaps der Währungsunion einzugehen – mit unabsehbaren Folgen für die politische und ökonomische Zukunft Europas.

Letztlich hat die Euro-Krise den Parlamentarismus geschwächt und die Exekutiven gestärkt. Der Ausschluss der

UnionsbürgerInnen fand dabei gleich auf zwei Ebenen statt: Die nationalen RepräsentantInnen erfüllten lediglich die Funktion einer «Fassadendemokratie» (Habermas), die die Entscheidungen der Exekutive ohne Debatte, Druckpotenzial oder Änderungen rein instrumentell legitimierten. Die Abgeordneten im Europäischen Parlament hatten erst gar nicht die Möglichkeit, über die Konzeption des ESM abzustimmen. Dabei ist eine demokratische Legitimation auf europäischer Ebene umso dringender, als doch die Auswirkungen der Maßnahmen zur Euro-Rettung nicht vor den jeweiligen nationalen Grenzen Halt machen: «Die europäischen Bürger und ihre Politiker haben emotional noch nicht verarbeitet, dass innerhalb des gemeinsamen Währungsraums die nationalen Grenzen de facto schon abgeschafft sind und dass es nunmehr um die Organisation einer europäischen Demokratie geht.»<sup>9</sup>

Der Europäische Rat als Quasi-Wirtschaftsregierung der EU und derzeit wichtigstes politisches Entscheidungsgremium genügt aufgrund seiner Exekutivlastigkeit keinen demokratischen Anforderungen:<sup>10</sup> Als Ansammlung der nationalen Exekutiven ist er europaweit weder demokratisch legitimiert noch im Gesamtpaket abwählbar. Seine Arbeit ist intransparent und deshalb auch für die UnionsbürgerInnen nicht nachvollziehbar. Unter diesen Voraussetzungen können sich kein europäischer politischer Streit und keine politische Union entwickeln, denn im Rat konkurrieren die nationalen Exekutiven ausschließlich um Standortvorteile. Das bringt gegenseitige Kontrollmaßnahmen hervor, aber keine gemeinsame Krisenlösung oder gar Zukunftsvision. Misstrauen statt Solidarität, das ist die Arbeitsweise des Rates.

## **ZUR NOTWENDIGKEIT EINES EUROPÄISCHEN SOUVERÄNS**

Praktisch werden die UnionsbürgerInnen durch die technokratische und intergouvernementale Krisenverwaltung immer weiter entrechtet. Interessenkonflikte innerhalb der Euro-Zone werden lediglich von den hegemonialen Nationalstaaten ausgetragen, nicht aber in demokratischen Prozessen, an denen die UnionsbürgerInnen qua Recht partizipieren können. Bisher hat sich – wenn überhaupt – nur die Staatssouveränität als praktikables Instrument erwiesen, um politische und soziale Menschenrechte, auf denen demokratische Systeme aufbauen, positivieren zu können. Die jetzige Situation birgt aber die Gefahr, «dass zwischen den schwächer werdenden Mitgliedsstaaten und den stärker werdenden europäischen Bürokratien die Souveränität gleichsam zerrieben wird. [...] Damit droht dann allerdings auch die Grundvoraussetzung für jegliche Art menschlicher Freiheit abhanden zu kommen, nämlich ein mit dem Gewaltmonopol ausgestatteter Souverän als Garant dieser Freiheit.»<sup>11</sup> Ein europäischer Souverän muss her, also eine europäische Regierung eines europäischen Staates, die demokratisch durch die BürgerInnen Europas eingesetzt wurde, denn «staatliche Souveränität ohne die substanzielle Legitimation des Souveräns ist nicht nur eine halbierte, [...] sondern keine, da die staatliche Souveränität ideengeschichtlich nicht als Selbstzweck etabliert wurde, sondern zum Zweck der Freiheit».<sup>12</sup>

Als Mittler zwischen BürgerInnen und Regierung fungiert das Europäische Parlament. Seine EntscheidungsträgerInnen sind demokratisch legitimiert, was auch die Möglichkeit ihrer Abwahl impliziert. Sie müssen über sämtliche Maßnahmen zur Euro-Rettung debattieren und abstimmen. Das setzt jedoch die Ausweitung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens auf die Einnahmeseite der Union voraus. Hier ent-

scheiden bislang allein die Nationalstaaten innerhalb des Europäischen Rates. Das Parlament könnte dann wirkmächtige europaweite Redistributionsmaßnahmen beschließen und die makroökonomischen Unterschiede angleichen. Dazu zählt auch die Implementierung einer gemeinsamen, einheitlichen und progressiven europäischen Sozialpolitik innerhalb der Währungsunion, um die Konsequenzen wirtschaftlicher Schocks für die UnionsbürgerInnen in allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen aufzufangen. Der deregulierenden Wirkung der Wirtschaftsintegration kann so eine regulierende Sozialintegration auf europäischer Ebene zur Seite gestellt werden. Die Kreditwürdigkeit der bisher 18 Euro-Staaten würde auf einen europäischen Staat vereinheitlicht. Es wäre der Philadelphia-Moment der Europäischen Union: Die Herausbildung eines politischen Zentrums bestehend aus Legislative, Exekutive und Judikative, das gegenüber den Gliedstaaten durchsetzungsbefugt ist und eine kohärente Wirtschafts- und Sozialpolitik nach freien und demokratischen Maßstäben innerhalb des Währungsraums erst ermöglicht. Die Maßnahmen einer europäischen Regierung müssten mehrheitsfähig im Europäischen Parlament sein, um wirkmächtig zu werden.

Mit einem europäischen Staat ginge eine umfassende Konsolidierung europäischen Rechts einher – die allgemeinen Menschenrechte könnten innerhalb dieses einheitlichen Staatsgebildes in Bürgerrechte umgewandelt werden und so unverrückbar europaweit für die UnionsbürgerInnen einklagbar sein.<sup>13</sup> Darin liegt der emanzipatorische Kern der Integration im politischen Sinne, dass nämlich das Recht, Rechte zu haben, von der Enge der jeweiligen Nationalstaaten innerhalb der Euro-Zone gelöst und dauerhaft auf die europäische Ebene gehoben wird. Dieses europäische Recht nivelliert keinesfalls die Verschiedenheit der Menschen und Gesellschaften innerhalb der Gemeinschaft; vielmehr ist es der Rahmen, in dem die Vielheit erst ermöglicht wird.

## **DER WEG IST DAS ZIEL**

Die Konstituierung eines europäischen Staates mitsamt ökonomischen Redistributionsmechanismen sowie vollständiger Parlamentarisierung und Politisierung der EU ist zwar nicht undenkbar, gegenwärtig aber unrealistisch. Die erforderlichen grundlegenden Vertragsänderungen stoßen innerhalb der EU-Mitglieder aufgrund des starken Europaskeptizismus auf Ablehnung. Der Widerstand wird wohl erst abnehmen, wenn die Krise überwunden ist, doch dann fehlt auch der Handlungsdruck zu weiteren grundlegenden Reformen.

Denkbar wäre daher, Vertragsänderungen mit umfassenden Reformen hin zu einer Sozialunion und einer Demokratisierung der EU zu verbinden, um nötige Mehrheiten zu erlangen. Ein europäischer Staat wird jedoch nicht vom Himmel fallen, insbesondere deshalb nicht, weil er gegen die jetzigen Nationalstaaten errichtet werden müsste, die aber selbst die Herren über die Verträge der EU sind. Wie ein europäischer Staat also zu konstituieren wäre, wollen wir bewusst offen lassen; viel wichtiger ist das Warum, um der gegenwärtigen Politik eine zukunftsweisende Vision entgegenzusetzen: Ein vereintes Europa wird es nur geben, wenn es sozial, solidarisch und demokratisch ist. Als äußerst kritikwürdig wäre der Versuch einzuschätzen, einen europäischen Staat aus einem Feindbild heraus, etwa dem Islam oder den USA, zu konstituieren. Es gibt für uns eine unverrückbare Trennlinie zwischen Europatümelei einerseits und notwendiger politischer Selbstkonstitution Europas andererseits.<sup>14</sup> Zu klären wäre

auch, welche heutigen EU-Mitglieder Teil des neuen europäischen Staatsgebildes werden – zumindest politökonomisch müsste es aber die Mitglieder der Währungsunion umfassen. Dann müsste jedoch ein Mechanismus geschaffen werden, um eine erneute Spaltung des Kontinents aufgrund der genutzten Währung zu verhindern. Trotz all dieser offenen Fragen ist aber klar: Eine Währung braucht einen Souverän, der demokratisch legitimiert ist und die Rechte seiner BürgerInnen garantiert. Realpolitisch sind die Vereinigten Staaten von Europa eine Flucht in die Welt der Visionen, aber es wäre eine Flucht nach vorn.

Stefan Kunath (geboren 1989) studiert European Studies an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und ist Mitarbeiter bei Frank Tempel (MdB).

Sebastian Wormsbächer (geboren 1988) studiert Sozialwissenschaften (Schwerpunkt «Internationalisierung, Europäisierung») an der Humboldt Universität und absolviert zurzeit ein Praktikum bei Helmut Scholz (MdEP).

Beide Autoren sind Mitglied im Arbeitskreis (AK) Eurovision. Dieser AK ist ein Zusammenschluss von StipendiatInnen im Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung und streitet für eine kritische Auseinandersetzung über Europa und die EU.

**1** «Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff. Das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika, das sage ich jetzt bewusst als Linker, ist kein schlechtes Modell. Weil dort die Staaten einerseits eine relativ hohe Selbständigkeit haben und gleichzeitig in wesentlichen politischen Fragen zusammengehen und dafür die Institutionen geschaffen haben.» Bisky, Lothar: Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff, in: Liebich, Stefan/Woop, Gerry (Hrsg.): Linke Außenpolitik. Reformperspektiven, Potsdam 2013, S. 33. **2** Fisahn, Andreas: Der Lissabon-Vertrag der Europäischen Union und die aktuelle Entwicklung der EU – Desintegration und Entdemokratisierung, Vortrag gehalten auf der Konferenz zum 20. Jahrestag des Vertrags von Maastricht «Gegen die neoliberale EU – Für eine internationalistische und solidarische Europäische Union» am 15.11.2013 in Berlin. **3** Fishan, Andreas: Europa braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag, in: Vorgänge 4/2011, S. 51. **4** Albrecht von Lucke bringt es auf den Punkt: «Wenn Deutschland weiter seine Wettbewerbsfähigkeit – trotz immenser Produktivitätsvorteile – auf Kosten seiner Nachbarn hochhält, werden diese nicht die erforderlichen Entwicklungschancen haben. Denn Haushaltsüberschüsse auf der einen Seite verlangen Defizite auf der anderen.» Lucke, Albrecht von: Heilsame Verwirrung? Der Euro, die Linke und die AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2013, S. 7. **5** Morgan, Edmund S.: Die amerikanische Unabhängigkeit, in: Mann, Golo/Nitschke, August (Hrsg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Band VII, Berlin, Frankfurt a. M. 1991, S. 552. **6** Becker, Lars: Von den USA lernen? Fiskalischer Föderalismus in den USA und der EU, in: Beichelt u. a. (Hrsg.): Die EU auf dem Weg zur Wirtschaftsregierung?, S. 44–47. **7** Schlecht, Michael: Deutschland gefährdet Europa, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 10/2013. **8** Zu den Maßnahmen im Detail: Berger, Cathleen/Ücker, Christina: Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise und die europäische Wirtschaftsregierung, in: Beichelt u. a. (Hrsg.): Die EU auf dem Weg zur Wirtschaftsregierung?, S. 7–15. **9** Guérot, Ulrike: Zur Zukunft der europäischen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6–7/2013, S. 5. **10** Als Quasi-Regierung fungiert er deshalb, weil der Rat nicht mit Durchgriffsrechten gegenüber den Gliedstaaten ausgestattet ist und seine Beschlüsse letztinstanzlich von den einzelnen Nationalstaaten (sei es durch nationale Gesetzgebung oder nationale Referenden) selbst durchgeführt werden müssen. **11** Salzborn, Samuel/Voigt, Rüdiger: Souveränität. Theoretische und ideengeschichtliche Reflexionen, in: dies. (Hrsg.): Souveränität. Theoretische und ideengeschichtliche Reflexionen, Stuttgart 2010, S. 13. **12** Salzborn, Samuel: Souveränität ohne Moral? Machiavelli, Hobbes und die globale Ordnung zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Salzborn/Voigt (Hrsg.): Souveränität, S. 63. **13** Zwar ist das EU-Recht für UnionsbürgerInnen einklagbar. Mit dem Austritt eines Staates aus der EU gehen allerdings auch die Unionsbürgerrechte verloren. **14** Rensmann, Lars: Kosmopolitischer Republikanismus. Hannah Arendt und die Idee post-nationaler Demokratie in Europa, in: Brumlik, Micha/Hagemann, Steffen (Hrsg.): Autoritäres Erbe und Demokratisierung der politischen Kultur. Festschrift für Hajo Funke, Berlin 2010, S. 58–60.

LUTZ BRANGSCH / JUDITH DELLHEIM / FRIEDER OTTO WOLF / GABI ZIMMER

## DIE «EUROPÄISCHE FRAGE» UND DIE LINKEN

WER HEUTE DIE DEBATTE BESTIMMT UND WIE EINE  
ANDERE RICHTUNG EINGESCHLAGEN WERDEN KÖNNTE

Die Linke steckt gesellschaftspolitisch in der Defensive. Die Herrschenden haben die Krise genutzt, um die Europäische Union weiter neoliberal und autoritär umzubauen. Sie haben es vermocht, die Formulierung der «europäischen Frage» an sich zu reißen. Solange die Linken ihnen diese Frage überlassen und sich mit pauschaler Opposition gegen «Europa» und die Institutionen der Europäischen Union begnügen, werden sie nicht imstande sein, die Defensive zu überwinden. Gleichwohl stellt die gegenwärtige Dominanz der Kapitaloligarchien und ihrer Netzwerke die Arbeit an einer solidarischen, sozialen und ökologischen Strategie für Europa vor einige Schwierigkeiten. Wie können die europäischen Linken sich die europäische Frage zurückerobern, und in welche Auseinandersetzungen müssen sie sich hierfür begeben?

Die *Stuttgarter Zeitung* interpretiert die «europäische Frage» als Bereitschaft oder Ablehnung, im Rahmen der Europäischen Union die Krisenländer bzw. die strukturschwachen Länder und Regionen «durchzufüttern». <sup>1</sup> Die Robert-Schuman-Stiftung <sup>2</sup> gibt einen Newsletter «Europäische Frage» heraus und meint damit die «Europäische Einigung». Darunter wiederum versteht sie – wie auch die Bundeszentrale für politische Bildung <sup>3</sup> – den Zusammenschluss bzw. das Zusammenwachsen einst gegeneinander Krieg führender Staaten. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU und SPD heißt es: «Das europäische Einigungswerk bleibt die wichtigste Aufgabe Deutschlands.» <sup>4</sup> Und: «Deutschland wird aktiv dazu beitragen, das Vertrauen in das europäische Einigungswerk zu stärken.» <sup>5</sup> Sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der öffentlichen Diskussion zur «europäischen Frage» werden die Europäische Union und Europa gleichgesetzt. Doch das ist falsch. In der EU leben etwa 510 Millionen Menschen, in Europa hingegen 742 Millionen.

Wenn es um gesellschaftspolitische «Fragen» geht, sollte man sich stets vergewissern, wer sie wann und warum stellt. Denn das entscheidet über den Inhalt der «Frage» – und darüber wie, sie formuliert wird. Die europäische Frage war und ist eine Machtfrage: Wer ist in der Lage, die Entwicklung dieser Region mit welchen Mitteln zu dominieren? Dies war lange Zeit tatsächlich eine Frage von Krieg und Frieden, doch heute reicht sie viel weiter. Im Unterschied zu der Zeit, als Lenin gegen die Losung der «Vereinigten Staaten von Europa» <sup>6</sup> polemisierte, ist, bei allen Widersprüchen, ein solches «vor- bzw. überstaatliches» Gebilde entstanden. Entgegen den Er-

wartungen Lenins hat sich dieses Gebilde als «ökonomisch möglich» erwiesen – letztlich auch eine Folge der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse. Wer heute bewusst oder unbewusst auf die Leninsche Polemik zurückgreift, blendet diese neue Realität aus.

Für Linke in Deutschland und in der Europäischen Union wäre die entscheidende Frage gegenwärtig: Was können sie tun, um zu verhindern, dass eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die solidarisch in intakter Natur leben, letztlich unmöglich wird? Wie müssen sich die Linken organisieren, um zu verhindern, dass heute und in naher Zukunft soziale Ungleichheit und Gewalt gegen Menschen anwachsen und die ökologische Zerstörung voranschreitet? Bietet dafür der nationale Rahmen oder der EU-Rahmen die bessere Basis? Es mag defensiv klingen, die Frage auf diese Weise zu formulieren. Aber die Linken in Deutschland, in der EU und in Europa befinden sich tatsächlich in der gesellschaftspolitischen Defensive.

### WELCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE SIND IN DEN BLICK ZU NEHMEN?

Die politischen Wirkungsbedingungen der Linken haben sich seit dem Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschlechtert. Die Europäische Union ist neoliberaler geworden. Die Herrschenden haben die Krise genutzt, um die Konkurrenzverhältnisse innerhalb und außerhalb der EU in ihrem Interesse anzupeitschen. Sie haben die Repression in Europa verschärft, ihre Außenpolitik militarisiert und öko-



logiefeindliche Projekte weiter vorangetrieben. Die EU von heute ist die Institutionalisierung neuer Kräfteverhältnisse in der Welt und in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Selbst Ereignisse wie die Flüchtlingstragödien vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa haben bei den Regierenden kein Umdenken bewirkt. Gegenüber Hilfsbedürftigen setzen die Regierungen in der EU weiter auf Abwehr und weisen jede Verantwortung von sich.

Auch jene politischen Kräfte, die von rechts «weniger EU» und «mehr Nationales» fordern, sind keinen Deut humaner. Im Gegenteil, sie rufen nach noch rigideren Maßnahmen zum Schutz vor den «Eindringlingen», die über das Mittelmeer nach Europa kommen. Diese Kräfte opponieren gegen die Maßnahmen der Eurorettung nicht, weil diese soziale Spaltungen vertiefen und eine überfällige sozialökologische Transformation<sup>7</sup> vereiteln. Hinter der nationalen, mitunter intellektuell aufgehübschten Fassade verbergen sich BefürworterInnen einer noch roheren, entdemokratisierten Form der Ausbeutung. Politische Akteure wie die Partei Alternative für Deutschland (AfD) und die CSU radikalisieren die Idee vom nationalen Wettbewerbsstaat. Der soll vor allem in den Bereichen Soziales und Umwelt «Manövierraum» in der internationalen Konkurrenz eröffnen, indem er entsprechende Standards absenkt und eine konsequente Umverteilungspolitik von Unten nach Oben verfolgt.

#### **WER HEUTE DIE DEBATTE ZUR EUROPÄISCHEN FRAGE BESTIMMT**

Wer bestimmt heute die Entwicklung der EU? Es sind die wirtschaftlich Stärksten und das politische Führungspersonal. Das Zentrum ökonomischer Macht liegt heute in der Energie- und Transportwirtschaft, beim Agrobusiness, dem militärisch-industriellen Komplex und der Sicherheitsindustrie. Sie erhalten immer wieder dynamischen Antrieb vom High-Tech- und Finanzbereich. Diese «4 + 2» sind allerdings in höchstem Maße von engen Verbindungen zur Politik in ihren Heimatländern und auf globaler Ebene abhängig. Durch Lobbying, Personalwechsel zwischen Wirtschaft und Politik, die Privatisierung öffentlicher Leistungen und auch politischer Entscheidungsprozesse sind stabile Netzwerke von ManagerInnen, Rentiers, PolitikerInnen, Militärs, BeraterInnen, JuristInnen, Eliten in Wissenschaft, Kultur und Medien entstanden. Sie werden durch gemeinsame Interessen vereint und handeln als globalisiertes Finanzkapital, ohne dass ein gemeinsames organisatorisches Zentrum hierfür nötig wäre.

Solche Kooperationen gab es auch Ende des 19. Jahrhunderts schon. Damals hatte die Produktivkraftentwicklung eine Stufe erreicht, auf der das notwendige Kapital für eine Unternehmung nur noch kollektiv, von vielen KapitalistInnen gemeinsam, aufgebracht werden konnte. Sehr vereinfacht kann man sagen, heute braucht das Kapital praktisch alle gesellschaftlichen Ressourcen, um sich zu reproduzieren, also um immer wieder Innovationen hervorzubringen, Märkte zu erschließen, Legitimation und Repression vereinigen und so die eigene Macht aufrechtzuerhalten. Das ist, wiederum vereinfacht gesagt, das Wesen der Finanzialisierung. Das gemeinsame Handeln dieser Gruppen greift auf vielfältige Weise in die unmittelbaren Regierungsgeschäfte ein. Sie können Regierende, egal welcher Partei, auch erpressen: Standortentscheidungen, Steuervermeidung und -betrug, die mehr oder weniger sichtbare Manipulation der Ratings, also der Bonitätsbewertungen von Staaten und regionalen Körperschaften oder die Anrufung internationaler Schiedsgerichte

sind nur einige der gängigen Mittel, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Der globale Charakter der Kooperationen und Netzwerke erklärt das Interesse an einer globalen Währung wie dem Euro, denn eine Währung garantiert bei entsprechenden politischen Rahmenbedingungen den Zugriff auf Wirtschaftsräume. Diese Netzwerke, die sich jeweils auf konkrete Kapitaleigentümer- und Managerkooperationen stützen, nennen wir in Anlehnung an Lenin und Hilferding «Kapitaloligarchien».<sup>8</sup> Lenin und Hilferding haben den Ersten Weltkrieg auch als einen Versuch erklärt, die geografischen Einflusszonen der verschiedenen Gruppen der Finanzoligarchie neu zu ordnen. Heute konkurrieren die Kapitaloligarchien untereinander und mit anderen Kapitalfraktionen vor allem über Finanzmärkte, über undurchschaubare Finanztransaktionen wie im Bereich des Investmentbanking oder durch Privatisierungen. In der Krise wurde es offensichtlich: Die Kapitaloligarchien verteilen über die Finanzmärkte unentwegt Ressourcen, Eigentum, Vermögen und Einkommen zu ihren Gunsten um. Dabei sind die Nationalstaaten und internationale Organisationen wie eben die EU Mittäter. Die meisten Menschen wissen das – trotzdem fühlen sich weite Teile der Gesellschaft hilflos. Angesichts der oligarchischen Macht und der angestauten Probleme erscheint in der EU eine sozialökologische Transformation chancenlos.

Zugespitzt können drei Hauptprobleme für die Entwicklung alternativer Konzepte formuliert werden:

1. Kapitaloligarchien sind die Hauptakteure der Produktivkraftentwicklung. Ihre treibenden Motive sind Profitmaximierung, globale Konkurrenzfähigkeit und Sicherheit der Kapitalanlagen. Indem sie ihr Handeln diesen Zielen unterordnen, spitzen sie die dramatischen Existenzfragen der Menschheit noch weiter zu.

2. Die Entwicklung der Europäischen Union pendelt zwischen ihrer Transformation zur Freihandels- und Sicherheitsgemeinschaft mit den USA und ihrer Transformation zum eigenständigen globalen Akteur, der auf «Globalisierungsgewinne» und «Sicherheit» fixiert ist.

3. Die potenziellen Akteure einer dringend erforderlichen sozialökologischen Transformation sehen sich in ihrer Defensive zumindest vier zusammengehörenden Dilemmata gegenüber:

a) Sie sind genötigt, Abwehrkämpfe gegen die Herrschenden zu führen, die die Krise nutzen, um ihre Machtpositionen weiter auszubauen. Sie sind genötigt, für ein «Dagegen sein» zu mobilisieren und damit auf ein «Nein» reduziert zu werden.

b) Es kann keine «abschließenden» Lösungen der hier nur skizzierten globalen Probleme und Machtungleichgewichte im Rahmen des geltenden EU-Rechts und der vorhandenen Institutionen geben. Aber diese Institutionen nutzen nicht einmal ihre rechtlichen Möglichkeiten, die Probleme zu mildern. Weder können die EU-Institutionen zerstört werden, noch würde ihre Zerstörung das Problemlösungspotenzial mehren.

c) Kurzfristig ist es nicht möglich, auf der EU-Ebene eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einzuleiten. Noch weniger ist dies allerdings allein auf nationaler oder auf globaler Ebene möglich

d) Die beschriebene Oligarchisierung bedeutet nicht, dass die Widersprüche zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen sowie zwischen Politik und Ökonomie verschwinden. Allerdings zieht die Finanzialisierung aller Lebensbereiche immer weitere Teile der Gesellschaft in die Logik der Finanzmärkte. Andere Konfliktlinien scheinen da-

durch zu verschwimmen, politische Strukturen wie die Nationalstaaten und die EU erscheinen als hilflose Zaungäste der Entwicklung.

Diese Feststellungen sollen nicht suggerieren, dass die Lage aussichtslos wäre. Die Kapitaloligarchien sind und bleiben an die Ökonomie, an die Bedingungen gesellschaftlicher Arbeitsteilung gebunden. Funktionierende wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb der EU sind für sie existenziell. Die hier skizzierte Konstellation zwingt sie immer wieder zu Kompromissen. Ohne diese verlieren die Oligarchien ihren Entwicklungsantrieb, ihre Legitimation – die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit – und schließlich eine weitere wichtige Rahmenbedingung: politische Stabilität. Die Regulierungsvorstöße der EU und die beständigen Kämpfe um die Zuständigkeiten der EU sind nur ein Beispiel für die Interessenwidersprüche innerhalb der allmächtig scheinenden Kapitaloligarchien.

Eine linke politische Strategie auf europäischer Ebene muss deshalb die Abwehrkämpfe gegen die Angriffe der Herrschenden mit der Erschließung von Handlungsmöglichkeiten im EU-Recht und in den bestehenden Institutionen verbinden. Sie muss auf sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zielen. Damit könnte das «Dagegen sein» eine positive Ausrichtung erhalten. Interessenwidersprüche in den Institutionen könnte sie nutzen, um eigene Positionen und Lösungsansätze zu stärken. So könnten neue Bündnismöglichkeiten mit Kräften, die bisher nicht für linke Politik gewonnen werden, erschlossen werden.

## **DIE LINKEN UND DIE EUROPÄISCHE FRAGE**

Um eine linke politische Strategie zu definieren, wäre eine «Messlatte» für die Antwort auf die «europäische Frage» zu bestimmen. Stellt man die gegebene Situation in Rechnung, muss diese in der Verbesserung der Bedingungen des Kampfes linker Bewegungen und ihrer politischen Handlungsfähigkeit bestehen. Das hat zunächst vier praktische Konsequenzen:

a) In den Abwehrkämpfen muss der Fokus darauf liegen, demokratische, soziale und ökologische Standards zu verteidigen und weitere Privatisierungen des Öffentlichen (auch Private-Public-Partnerships) zu verhindern. Das würde die Voraussetzungen schaffen, neue «Finanzialisierungsschübe», also die Unterwerfung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft unter die Vermittlung der Finanzmärkte und ihrer wichtigsten Akteure, zu verhindern. Zugleich geht es darum, (Groß-)Projekte einer Industriepolitik zu stoppen, die wie beim Galileo-Programm<sup>9</sup> auf globale Konkurrenz- und «Handlungsfähigkeit» sowie auf militärische «Sicherheit» orientieren und eine weitere Militarisierung forcieren. Auch und insbesondere sind Abwehrkämpfe gegen (neue) Freihandelsabkommen dringlich. Das betrifft zum einen den Freihandel zugunsten der ökonomisch Stärksten in der EU und der EU insgesamt, zum anderen das große Freihandelsprojekt zwischen der Europäischen Union und den USA.

b) Ein solcher Fokus setzt kollektive Analysen der bestehenden Machtverhältnisse und ihrer Zusammenhänge mit den Wirtschafts-, Reproduktions- und Gesellschaftsstrukturen voraus. Da kann es nicht abstrakt um «die Herrschenden», «das Kapital», «den Staat» oder die «Kapitalistenklasse» gehen, sondern es ist zu fragen, wer was warum im Zusammenspiel mit wem tut. Gerade in der gegenwärtigen Akkumulationskrise konnten die Kapitaloligarchien ihre Macht über die Gesellschaft festigen und ausdehnen. Viele kleine

und mittlere UnternehmerInnen, Selbstständige und Scheinselbstständige sind, obwohl formal KapitalistInnen, von ihrer sozialen Lage her jenen in sozial prekärer Lage näher als den Kapitaloligarchien. Werden solche Differenzierungen außer Acht gelassen, wird die Arbeit an Strategien für einen Politikwechsel weiter erschwert: Potenzielle PartnerInnen für eine sozialökologische Transformation würden übersehen, den Kapitaloligarchien Einflussräume überlassen.

c) Akteure, die eine sozialökologische Transformation anstreben und sich insbesondere mit Produktions- und Konsumtionsstrukturen auseinandersetzen, sollten auch Positionen und Alternativen einer zivilen Industrie- und Infrastruktur- und Handelspolitik entwickeln. Das gilt insbesondere für lokal und regional beeinflussbare Problemfelder, etwa in der Energieversorgung und in der Transportwirtschaft, aber auch für konkrete Projekte der Bau- und Agrarwirtschaft und die mit ihnen verbundenen Technologien. Diese Fragen betreffen den Alltag der Bürgerinnen und Bürger, die als Beschäftigte, EinwohnerInnen, NutzerInnen und VerbraucherInnen, als Kundinnen und Kunden, als sachverständige BürgerInnen, als sozial, ökologisch, politisch Engagierte mittels ihrer Organisationen und Zusammenschlüsse den gesellschaftlichen Konsens verändern können.

d) Wer an der Organisation solidarisch-emanzipativer Gegenmächte arbeitet, sollte sich in jene Konflikte einbringen, die entscheidende Kämpfe gegen die Herrschenden bzw. gegen die Kapitaloligarchien führen: gegen konkrete (Bau- oder Technologie-)Projekte und gegen Strategien zur Deregulierung, Kommerzialisierung, Privatisierung und Finanzialisierung des Öffentlichen, gegen den Abbau demokratischer, sozialer und ökologischer Standards.

## **MIT LEBENDIGEN KLASSENVERHÄLTNISSEN RECHNEN**

Es ist entscheidend, ob die solidarisch-emanzipativen Kräfte in der Lage sind, Interessenwidersprüche als Handlungsmotive in politischen Kämpfen bewusst und wirksam zu machen. Derartige Kämpfe finden vor allem am konkreten Ort und im Lokalen oder Regionalen statt, dort können tragfähige Bündnisse entstehen. In diesen Auseinandersetzungen geht es wesentlich um demokratische Einflussmöglichkeiten auf die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion.

Aus einer linken Perspektive kann die europäische Frage heute als Frage nach der Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und in der Europäischen Union, als Arbeit an der Lösung der sozialen und ökologischen Probleme und so an der Überwindung sozialer, territorialer und politischer Spaltungen verstanden werden. Bei ihrer Beantwortung geht es um vier Prinzipien:

Es geht erstens darum, individuelle Spielräume für selbstbestimmtes, solidarisches und ökologisches Handeln aufzuspüren, zu nutzen, zu verteidigen und zu erweitern.

Zweitens müssen strukturelle Grenzen für ein solches Handeln thematisiert, über ihre Ursachen und VerursacherInnen – insbesondere über die gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsstrukturen und ihre Wechselbeziehungen zu den Kapitaloligarchien – aufgeklärt, diese zum Gegenstand kollektiver politischer Auseinandersetzung gemacht werden.

Drittens müssen Forderungen an andere Akteure, ihre jeweiligen Handlungsmöglichkeiten zur Lösung oder zumindest Milderung der Probleme zu nutzen, konkret artikuliert werden.

Viertens schließlich geht es darum, an lokal und regional verankerten Bündnissen wie an überregionalen, europäischen, transnationalen Vernetzungen zu arbeiten. Diese Bündnisse bzw. Vernetzungen wären folgerichtig wiederum am Erhalt, an der Demokratisierung und am Ausbau des Öffentlichen, an demokratischen, sozialen und ökologischen Standards, an alternativer Lokal- und Regionalentwicklung auszurichten.

Zunächst müssten die bisherigen zivilen europäischen Institutionen, die Wirtschafts- und Währungsunion erhalten und eine Wirtschaftsregierung geschaffen werden. Für eine Umverteilung von Lasten über nationale Grenzen hinweg braucht es europäische Strukturen. Zu diesem Zweck müssen die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert und aufgewertet werden.

Im Ringen um eine Richtungsänderung der EU und dabei um eine spezifische Wirtschaftsregierung muss auch EU-Recht genutzt werden, insbesondere der Lissabonner Vertrag – obwohl dieser der «Messlatte» verantwortungsvoller Politik letztendlich grundlegend widerspricht. Aber er schließt ein vorübergehendes Aussetzen repressiver Direktiven – etwa der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – nicht aus, ebensowenig Moratorien, die den demokratischen Gegenkräften Zeit verschaffen können, sich zu formieren. Darüber hinaus enthält er eine Solidaritätsklausel und die Europäische Bürgerinitiative.

Die Europäische Union verfügt über eine Nachhaltigkeitsstrategie, die eine Grundlage bietet, um gegen die Finanzialisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und gegen die Privatisierung des Öffentlichen vorzugehen. Diese Nachhaltigkeitsstrategie ermöglicht grundsätzlich auch Kapitalverkehrskontrollen, eine Abkehr vom US-Modell als Entwicklungsorientierung, insbesondere von den US-Ratingagenturen, die momentan die zentralen Institutionen bei der Bewertung der Sicherheit öffentlicher Anleihen sind. Sie erlaubt die Bekämpfung von Steuerflucht und Spekulationsgeschäften mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Währungen und Staatsschulden. Mit der EU-Nachhaltigkeitsstrategie kann gegen eine Freihandels- und Sicherheitsgemeinschaft zwischen EU und USA argumentiert und agiert werden. Mit ihr lassen sich demokratische, soziale und ökologische Mindeststandards (bzw. ihre Erweiterung), der demokratische und solidarische Ausbau des Öffentlichen, insbesondere der solidarischen Sozialsysteme, und eine entsprechende Lokal- und Regionalentwicklung begründen und realisieren. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Die Nachhaltigkeitsstrategie, die einen Umbau und Abbau von zerstörerischen Produktions- und Konsumtionsstrukturen erlaubt, sollte also als ein Ausgangspunkt für den unverzichtbaren demokratischen EU-Verfassungsprozess dienen. Es ginge dabei um einen selbstorganisierten Prozess, in dem sich politische Akteure, seien es Organisationen oder Einzelpersonen, verändern können, dadurch politische Kräfteverhältnisse verändern und den Einstieg in eine sozialökologische Transformation erwirken. Vor allem das eigenständige Handeln und Lernen in den politischen Auseinandersetzungen kann den Einfluss der Kapitaloligarchien zurückdrängen.

Die europäische Frage ist von Beginn an und zu guter Letzt eine Frage nach der Solidarität der Linken in Europa – nicht nur in der EU. Und diese europäischen Linken müssen konsequent an der Seite der Ärmsten und Schwachen auf der Welt stehen. Das Paradoxon liegt darin, dass die linke

Bewegung zwar als globale, wenigstens europäische Bewegung entstanden ist, aber diese grenzüberschreitende Qualität inzwischen verloren hat. Die Kapitaloligarchien als ihre Hauptgegner dagegen agieren globalisiert und sind global organisiert.

Das Europäische Parlament, die Institutionen der EU, die Europäische Linkspartei und die selbstorganisierte außerparlamentarische Bewegung sind gleichermaßen wichtige Felder, um diese Solidarität neu zu organisieren. Der politische Rahmen, in dem sich die Auseinandersetzung abspielt, ist nicht von den Linken gesetzt – aber wir werden uns, ob es uns gefällt oder nicht, in ihm bewegen müssen. Andernfalls werden wir zum Spielball anderer politischer Kräfte, die es eben verstehen, gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren, anstatt nur von ihnen zu reden.

Lutz Brangsch und Judith Dellheim sind MitarbeiterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Frieder Otto Wolf ist Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin, Gabi Zimmer Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europäischen Parlament.

1 [www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kommentar-zum-koenigswechsel-eine-europaeische-frage.87a8b5a6-4539-468b-92ee-16463135c4ec.html](http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kommentar-zum-koenigswechsel-eine-europaeische-frage.87a8b5a6-4539-468b-92ee-16463135c4ec.html). 2 [www.robert-schuman.eu](http://www.robert-schuman.eu). 3 [www.bpb.de/izpb/130479/motive-und-leitbilder-der-europaeischen-einigung?p=all](http://www.bpb.de/izpb/130479/motive-und-leitbilder-der-europaeischen-einigung?p=all). 4 Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, Rheinbach 2013, S. 156. 5 Ebenda, S. 164. 6 Lenin, W. I.: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: W.I. Lenin Werke Band 21. August 1914 – Dezember 1915, Berlin 1960, S. 342–346. 7 Sozialökologische Transformation bedeutet eine Gesellschaftsveränderung, die Ansatzpunkte für die Einbettung der Menschheit in ihrer Gesamtheit in die Biosphäre schafft – und zwar durch ihr eigenes solidarisches Handeln. Ausführlicher in Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz/Spangenberg, Joachim H./Wolf, Frieder Otto: Den Krisen entkommen. Sozialökologischer Transformation, Berlin 2012, S. 11 f. 8 Zum Konzept der Kapitaloligarchien siehe Dellheim et al.: Den Krisen entkommen, S. 69 ff. 9 Galileo ist ein europäisches Globales Satellitennavigationssystem (GNSS), das Daten zur Positionsbestimmung und Navigation in der Luft und auf der Erde liefert. Es ist das europäische Pendant zum US-System GPS (Global Positioning System).

JOHN NEELSEN

## DIE PERIPHERIE MACHT MOBIL

**DER AUFSTIEG VON STAATEN WIE BRASILIEN, RUSSLAND UND CHINA  
STELLT DAS NEOLIBERALE SYSTEM DENNOCH NICHT INFRAGE**

Mit dem Aufstieg der BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – und ihrer politischen Allianz wurde ein neuer Anlauf zur Veränderung der geltenden internationalen Ordnung als Herrschaftsprojekt der «Ersten Welt» unternommen. Was nach 1989 als dauerhafte Hegemonie des Westens und seines Kapitals erschien, erweist sich im Zuge der Globalisierung und des sich wandelnden internationalen Kräftegleichgewichts als zunehmend brüchig. Dabei zeigt sich jedoch, dass die Regierungen der BRICS-Staaten alles andere als Revolutionäre sind. Ihre Reformvorhaben in Bezug auf die Vereinten Nationen und die internationale Finanzarchitektur fordern zwar den Westen heraus. Sie sind aber derzeit weit davon entfernt, die Grundlagen des neoliberalen Systems infrage zu stellen. Dennoch verbindet sich mit ihnen die Hoffnung auf eine langfristige Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten des Südens und der Interessen der abhängigen Klassen.

### **DIE INTERNATIONALE ORDNUNG – EIN HERRSCHAFTSPROJEKT DER «ERSTEN WELT»**

Die gegenwärtige internationale Ordnung ist das Resultat des Zweiten Weltkriegs. Beginnend mit der Atlantik-Charta von 1941 wurde sie vor allem von den USA und Großbritannien konzipiert und 1944/45 in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben. Gleiches gilt für die Weltwirtschaft, der mittels des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und des Zoll(senkungs)- und Handelsabkommens (GATT) ein prinzipieller Rahmen gegeben wurde. Als Ziel wurde eine Zukunft in Frieden und Wohlstand für alle Länder und alle Menschen formuliert, doch Konzepte, Methoden und Entscheidungsmodalitäten garantierten, dass die neue Ordnung den engeren Interessen ihrer Autoren entsprach. Es war ein Projekt der «Ersten Welt» zur Sicherung ihrer Vorherrschaft auf Dauer.

Dies wird deutlich in der Struktur der Vereinten Nationen, vor allem beim Sicherheitsrat. Es betrifft zum einen dessen Mandat im Verhältnis zur Generalversammlung, zum anderen seine Zusammensetzung (fünf, mit einem Vetorecht ausgestattete ständige Mitglieder<sup>1</sup>). Hier werden Grundregeln der Demokratie und Gleichheit sowie der Repräsentativität verletzt.<sup>2</sup> Ähnlich problematisch erscheint die Rolle der Vereinten Nationen bei der Entkolonialisierung. So gingen Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Belgien oder die Niederlande, gestützt auf das Prinzip der «territorialen Integrität» als einem der Grundpfeiler der neuen internationalen Friedens-

ordnung, von einer Bestandsgarantie ihrer überseeischen Kolonien aus. Zwar wurde ein «Treuhandrat» als eines der sechs Organe der Vereinten Nationen eingerichtet. Dessen Mandat bestand aber nicht darin, die Befreiung Afrikas und Asiens vom Kolonialismus voranzutreiben. Stattdessen wurde ihm die Verantwortung für eine Altlast des Völkerbunds aus dem Ersten Weltkrieg übertragen.<sup>3</sup>

Den Wohlstand aller durch Freihandel und eine arbeitsteilige Verflechtung der Volkswirtschaften – basierend auf Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung – zu steigern, sind Auftrag und Programm von GATT, IWF und Weltbank. Doch die mächtigen Wirtschaftsnationen des Westens behielten sich in den Bretton-Woods-Institutionen nicht nur die wichtigsten Führungs- und eigene Direktorenposten vor. Sie sicherten sich auch Entscheidungskompetenzen, vor allem in Grundsatzfragen. Den Vereinten Nationen nur formal als «Sonderorganisationen» angegliedert, handelt es sich um rechtlich, organisatorisch und finanziell selbstständige Institutionen. Und anders als bei den Vereinten Nationen gibt es keine Gleichheit der Mitglieder. Vielmehr sind Quoten und Stimmrechte beim IWF und bei der Weltbank wie bei einer Aktiengesellschaft nach Umfang der finanziellen Einlagen verteilt. Daher verfügen die USA ganz allein ebenso wie die vier größten EU-Länder zusammen jeweils über eine Sperrminorität.<sup>4</sup>

Über die institutionelle Seite hinaus hatte schon Friedrich List in der Mitte des 19. Jahrhunderts aus der Sicht des

politisch fragmentierten und ökonomisch rückständigen Deutschlands gegen die auf Adam Smith und David Ricardo zurückgehende Theorie der «komparativen Kostenvorteile» Front gemacht. Danach zementierte Freihandel zwischen Ländern ungleichen Entwicklungsniveaus und ungleicher Produktivkraftentfaltung langfristig die Vormachtstellung des industriell weiter fortgeschrittenen Landes, hier England, und die fortgesetzte Abhängigkeit der weniger entwickelten Nationen.<sup>5</sup>

1995 wurde das seinerzeit von 23 Vertragsstaaten gegründete GATT in die Welthandelsorganisation (WTO) überführt, deren Mandat sich nun zusätzlich auf die Bereiche Dienstleistungen und geistiges Eigentum/Patente erstreckt. Auch wenn heute die Vereinten Nationen auf 193, der IWF und dessen Schwesterorganisation, die Weltbank, auf 188 und die WTO auf 159 Mitglieder angewachsen sind, bleiben sie im Kern das Projekt der «Ersten Welt» zur Sicherung ihrer globalen Hegemonie und ihres materiellen Reichtums. Dieser institutionelle, auf Ungleichheit und Aneignung beruhende Ordnungsrahmen ruft Widerstand hervor und wird umso mehr zu einem zentralen Schauplatz von Konflikten, als sich die ursprünglich in ihm abgebildeten Kräfte- und Herrschaftsverhältnisse im Zuge politischer Entwicklungen und der inneren Dynamik der vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise zu wandeln beginnen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Aufstieg der BRICS-Staaten als Niedergang der historischen Vorherrschaft des Westens und als Projekt des Widerstands der «Dritten Welt» thematisiert.

## **GEGENENTWURF:**

### **DAS ERSTE «DRITTE-WELT-PROJEKT»**

Wer geglaubt hatte, mit der politischen Unabhängigkeit sei der Kolonialismus endgültig zu Grabe getragen und werde zugleich eine Phase des wirtschaftlichen Fortschritts und der Selbstbestimmung für die «Dritte Welt» eingeläutet, sah sich schon bald getäuscht. Lediglich die notwendigen, aber nicht ausreichenden Voraussetzungen waren gegeben. Um dauerhafte wirtschaftliche, an den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung orientierte Entwicklung mit Verteilungsgerechtigkeit und sozialem Fortschritt zu erreichen, bedurfte es einer Umsteuerung: weg von einer von Rohstoffen dominierten Exportökonomie hin zu einer stärkeren Industrialisierung im Verein mit einer Ausrichtung am Binnenmarkt unter Führung eines starken, interventionistischen Staates.

Ein erster Versuch wurde 1955 auf der von Vertretern aus 29 afro-asiatischen Ländern beschickten Konferenz in Bandung (Indonesien) gestartet. Mit der Forderung nach einem baldigen Ende von Kolonialismus und Imperialismus, wenn nötig mit militärischer Gewalt, betrat die «Dritte Welt» die Bühne der internationalen Politik. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts setzte sie sich die Förderung des Weltfriedens und der Kooperation – gegründet auf Blockfreiheit und friedliche Konfliktregelung – als oberstes Ziel. Eine einstimmig verabschiedete Zehn-Punkte-Erklärung betonte zudem die Anerkennung der Souveränität, der Gleichheit und der territorialen Integrität aller Staaten. In diesem Zusammenhang wurde das Grundprinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes explizit hervorgehoben. Dieses reicht von der Absage an politischen Druck durch Sanktionen bis hin zum Verbot der Androhung oder gar Anwendung von militärischer Gewalt. Um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, unterstrich man die Notwendigkeit einer Lockerung der Abhängigkeit

von den führenden Industrieländern bei gleichzeitiger Förderung der Zusammenarbeit der Länder des Südens im wechselseitigen Interesse. Auf eben dieser Grundlage erfolgte 1961 die Gründung der «Bewegung der Blockfreien» (NAM), der sich in den folgenden zwei Jahrzehnten immer mehr der gerade erst entkolonialisierten Staaten anschlossen.

Die wachsende Zahl der Länder der «Dritten Welt» veränderte das seinerzeit vom Ost-West-Gegensatz dominierte internationale System und mit ihm die Kräfteverhältnisse und die Ausrichtung internationaler Organisationen. Im Rahmen der Vereinten Nationen entstanden zahlreiche, auf die spezifischen Bedürfnisse der «Entwicklungsländer» ausgerichtete Einrichtungen. Am bedeutendsten waren die 1964 gegründete UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und in ihrem Gefolge die heute 132 Länder umfassende G77 als Vertretung der Interessen der «Dritten Welt». Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung 1974 mit der Verabschiedung der «Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten» durch die UN-Generalversammlung im Verbund mit der Forderung nach einer «Neuen Weltwirtschaftsordnung».<sup>6</sup> Angesichts der übermächtigen Industrieländer und der in ihnen beheimateten multinationalen Konzerne wurde das Recht jedes Staates auf Selbstbestimmung ausdrücklich bestätigt. Dies umfasst die uneingeschränkte Souveränität über die Bodenschätze und die Wirtschaft des Landes sowie die Bestimmung des allgemeinen sozialpolitischen Ordnungsrahmens, sei dieser (eher) plan- oder marktwirtschaftlich ausgerichtet.

Doch angesichts der realen Machtverhältnisse blieben diese Forderungen weitgehend unerfüllt und die ungleichen Austauschbedingungen auf dem Weltmarkt weiter bestehen. Eine strukturelle Abhängigkeit war an die Stelle der früheren territorialen Fremdherrschaft getreten. Angesichts ähnlicher Auswirkungen in Form von ungleicher Entwicklung beziehungsweise Unterentwicklung wurde von «Imperialismus ohne Kolonien»<sup>7</sup> gesprochen. Wer sich ihm durch Abkehr vom Welthandel und von der Marktwirtschaft zu entziehen suchte, musste – Völkerrecht hin oder her – mit Sanktionen und Krieg rechnen, wie die Beispiele Kuba, Vietnam oder Nicaragua belegen.

## **NEOLIBERALISMUS UND AUFSTIEG DER BRIC-STAAATEN**

Der vor mehr als 30 Jahren unter dem Druck multinationaler Konzerne und sinkender Profitraten von den USA und Großbritannien eingeleitete Prozess der neoliberalen Globalisierung markierte eine neue Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus. Indem er die nationalen Grenzen der Arbeitsteilung und der Kapitalakkumulation zugunsten einer Weltmarktöffnung überschritt, wurden die staatlich-politischen Kompetenzen durch Deregulierung und Privatisierung transformiert und außenwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Die Implosion des realen Sozialismus, zusammen mit der augenscheinlichen Erschöpfung der Wachstumsdynamik etatistischer Entwicklungsstrategien im Süden, begünstigte die weltweite Durchsetzung der privaten Marktwirtschaft. Sie erforderte nicht nur erweiterte und vereinheitlichte Rahmenbedingungen auf globaler Ebene, sie verkehrte auch grundlegend das Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Binnenmarkt und Weltmarkt zugunsten des international agierenden Kapitals. Sie symbolisierte zudem einen qualitativen Wandel im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zulasten der abhängig Beschäftigten.

Es kam darüber hinaus zu einem entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel. Abgesehen vom Ressourcenreichtum galten von nun an Größe und Jugendlichkeit der Bevölkerung – kurz zuvor noch als die Ursachen der Unterentwicklung betrachtet – als die zentralen Voraussetzungen für den Aufstieg zu einer erfolgreichen Wirtschaftsmacht. Und tatsächlich stiegen Staaten wie Indien, China, Brasilien, Indonesien, Russland, Nigeria oder Mexiko, die mit einer Bevölkerung von jeweils weit über 100 Millionen aufwarten können,<sup>8</sup> zu Schwellenländern mit erheblichen Wachstumsraten auf. Zugleich begann sich eine neue weltumspannende Arbeitsteilung unter der Ägide transnationaler Konzerne auszubreiten. In ihrem Gefolge wurde einzelnen Ländern zunehmend eine spezifische Rolle zugewiesen: Brasilien etwa die der Farm, Russland die des Energie- und Rohstofflieferanten, Indien die des Büros und Labors und China die der globalen Werkstatt.

### **VOM EINHOLEN UND ÜBERHOLEN**

2001 hatte die weltweit größte Investitionsbank Goldman Sachs zum ersten Mal auf das gewaltige ökonomische Potenzial von Brasilien, Russland, Indien und China, den sogenannten BRIC-Staaten, aufmerksam gemacht. Nur wenig später veröffentlichte dieselbe Bank eine Analyse der zukünftigen Entwicklung der Weltwirtschaft,<sup>9</sup> der zufolge eben diese vier Länder in wenigen Jahrzehnten die sieben führenden Industrienationen aus Nordamerika, Westeuropa und Japan (die G7) hinsichtlich Wirtschaftswachstum und Bruttoinlandsprodukt nach und nach überholen würden. Nur ein Jahrzehnt später erscheint diese Prognose als viel zu konservativ.<sup>10</sup> Legt man den Wechselkurs zugrunde, hat China bereits heute die Volkswirtschaft Japans um 40 Prozent überflügelt, das nachfolgende Deutschland gar um fast 150 Prozent. Noch in diesem Jahr wird Brasilien mit seiner Wirtschaftskraft Großbritannien überholen, während Russland und Indien kurz davor sind, das kriselnde Italien, das vormals über das weltweit sechstgrößte BIP verfügte, hinter sich zu lassen. Vergleicht man die Kaufkraftparitäten wird die Verschiebung noch deutlicher: Danach lagen die BRIC-Staaten 2012 weltweit auf den Rangplätzen zwei, drei, sechs und sieben, mit China und Indien deutlich vor Japan und Deutschland. Angesichts höherer Wachstumsraten ist absehbar, dass China mit einem nur mehr 20 Prozent geringeren BIP von 12,3 Billionen US-Dollar die USA vom ersten Platz bald verdrängen wird.<sup>11</sup>

In Brasilien, Russland, Indien und China leben 45 Prozent der Weltbevölkerung. Diese vier Länder decken ein Drittel der Erdoberfläche ab. Die BRIC-Staaten gehören heute zu den zehn größten Volkswirtschaften. Sie verfügen über ein Fünftel des globalen Reichtums und über 30 Prozent der globalen Kaufkraft. Sie sind mit 11 Prozent (465 Milliarden US-Dollar; Stand 2012) an den ausländischen Direktinvestitionen beteiligt. Im letzten Jahrzehnt waren sie für die Hälfte des weltweiten Wirtschaftswachstums und für rund ein Fünftel des Welthandels verantwortlich. In weniger als 15 Jahren, so die Prognose, wird ihr Sozialprodukt dem der G7-Staaten entsprechen. Ihr Aufstieg signalisiert mit anderen Worten einen zumindest relativen Niedergang der alten Hegemonialmächte in Westeuropa und Japan.

### **VOM INVESTITIONSOBJEKT ZUR POLITISCHEN PLATTFORM**

Hatten die Analysten von Goldman Sachs vor allem die zukünftigen Investitionsentscheidungen ihrer Privatanleger im Blick, ergriff Russland angesichts der vom Westen ausgehen-

den und sich verschärfenden Finanz- und Wirtschaftskrise die Initiative, um aus den BRIC-Staaten eine politische Allianz zu schmieden. Nach ersten Gesprächen im Jahr 2008 ist es seit 2009 zu jährlichen Gipfeltreffen gekommen, die jeweils in einem anderen Mitgliedsland abgehalten werden. Dabei wurden immer dichtere Austausch- und Kooperationsbeziehungen vereinbart. Neben diesen Konferenzen der Staatschefs finden regelmäßige Treffen der Nationalen Sicherheitsberater und der Minister verschiedener Ressorts (Finanzen, Handel, Landwirtschaft und Gesundheit) statt. Darüber hinaus wurden Städtepartnerschaften verabredet, ein Business-Forum eingerichtet sowie eine intensivere wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, einschließlich gemeinsamer Forschungsinstitute, vereinbart. Offenkundig teilt man die Einschätzung, dass die Differenzen untereinander viel kleiner sind als die aus dem internationalen System herrührenden Widerstände, die zudem gemeinsam mit größeren Erfolgsaussichten bekämpft werden können.

In diesem Zusammenhang ist die Aufnahme Südafrikas in die Staatenrunde – trotz seiner nur 50 Millionen EinwohnerInnen und seines nur 3-prozentigen Beitrags zum gemeinsamen Sozialprodukt – von großer Bedeutung. Die Erweiterung der Gruppe um eines der reichsten und einflussreichsten Länder des afrikanischen Kontinents, die Transformation der BRIC zu BRICS, signalisiert mehr als nur das verstärkte wirtschaftliche Engagement vor allem Chinas und Indiens in Afrika. Zunächst symbolisch wurde damit an die postkoloniale Formierung des Trikonts angeknüpft. Im Abschlusskommuniqué der BRICS-Konferenz in Durban 2013 wurde auch explizit an dessen Widerstand gegen den Norden in der Nachfolge von Bandung und der Bewegung der Blockfreien erinnert.

### **FORDERUNGEN NACH REFORMEN DER GEOPOLITISCHEN ORDNUNG UND DER FINANZARCHITEKTUR**

Mit dem Aufstieg der BRICS-Staaten und ihrer politischen Allianz wurde ein neuer Anlauf zur Veränderung der bestehenden internationalen Ordnung als einem Hegemonialprojekt der «Ersten Welt» gestartet.

*Reform der Vereinten Nationen:* Die entscheidende Macht- und Rechtskompetenz der UNO liegt beim Sicherheitsrat, dessen mangelnde Repräsentativität seit Langem beklagt wird. Aus dem Süden wird seine Reform vor allem von Indien und Brasilien angemahnt, eine Forderung, der sich angesichts einer fehlenden Vertretung des afrikanischen Kontinents immer vehementer auch Südafrika angeschlossen hat. Zumindest im Prinzip unterstützt von China und Russland, fordern diese Staaten deshalb zunächst einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Transformation des vom Westen dominierten hin zu einem multipolaren internationalen System. Das besondere nationale Interesse zumindest von Indien und Brasilien ist dabei auf ihre Anerkennung als gleichberechtigte geopolitische Großmächte gerichtet. Dabei betrachten sie mit kritischem Auge nicht nur das oligarchische Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, sondern auch deren Status als über lange Zeit einzige anerkannte Atommächte. Den diesen Sonderstatus absichernde Nichtverbreitungsvertrag hat zum Beispiel Indien nie anerkannt und – wie Pakistan – eigene Atomwaffen entwickelt. Mithilfe der USA hat Indien inzwischen seine auch offizielle Aufnahme in den Kreis der Atommächte erreicht. Brasilien hat zwar auf die Herstellung

eigener Atomwaffen verzichtet, aber den Erwerb von atomgetriebenen U-Booten kürzlich in Aussicht gestellt. Ganz allgemein lässt sich konstatieren, dass mit dem wirtschaftlichen Aufstieg auch eine Stärkung des Militärs im Verbund mit dem Besitz von (atomaren) Massenvernichtungswaffen sowie die Übernahme der Rolle einer zumindest regionalen Ordnungsmacht angestrebt wird.

Allen BRICS-Staaten gemeinsam ist der Widerstand gegen die Politik der drei westlichen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats sowie eine eher instrumentelle Einstellung gegenüber diesem Gremium und dessen Beschlüssen. So fordern sie immer wieder eine strikte Einhaltung des Völkerrechts sowie die Orientierung der UNO und des Sicherheitsrats am Prinzip des Multilateralismus. Dabei betonen sie die Notwendigkeit von Verhandlungen und Kooperation im Gegensatz zu direkten Interventionen und halten somit den Grundsatz der nationalen Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates hoch. Gestern Libyen, heute Syrien: In beiden Fällen tritt man für politische Lösungen und gegen ausländische Interventionen ein, mögen diese auch im Namen der Menschenrechte als «humanitäre Intervention» deklariert werden. Ähnlich ist die Haltung zum Iran. Man unterstreicht das Recht des Landes auf Entwicklung der Kernenergie und lehnt Sanktionen sowie die Androhung militärischer Gewalt ab.

*Reform der globalen Finanzarchitektur:* Ähnliche Forderungen gibt es in Bezug auf den IWF und die Weltbank, wo es zunächst um eine Neuverteilung von Rechten und Einfluss geht. Nach langen Verhandlungen stimmten 2010 vor allem die Europäer Konzessionen zu. Angesichts der veränderten wirtschaftlichen Gewichte wollen sie zwei ihrer acht (von insgesamt 24) Direktorenposten beim IWF abgeben. Darüber hinaus sollen 6 Prozent der Stimmrechte zugunsten des Südens, vor allem der BRICS-Staaten, umgeschichtet werden. Doch auch nach dieser Änderung werden diese immer noch weniger Stimmrechte (14,1 Prozent) und Einfluss haben als die vier großen Industrienationen Europas (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) mit 16,4 Prozent.

Auch die *Vergabepaxis von IWF und Weltbank* stößt wegen ihrer politischen Konditionalität (Demokratieförderung, Antikorruptionsmaßnahmen etc.) und den weitreichenden wirtschaftlichen Auflagen (Privatisierung, Strukturanpassung) auf grundsätzliche Kritik. Gleiches gilt für die Entwicklungshilfe, die – selbst unter dem Etikett von «Partnerschaft» – weiterhin als paternalistisch beziehungsweise interventionistisch empfunden wird. Es kommt hinzu, dass sie – besonders in bilateraler Form – faktisch eher der Förderung der Unternehmen in den Geberländern und weniger den Empfängerländern dient. Heute vergeben die BRICS-Staaten selbst «Entwicklungshilfegelder» und tätigen ihrerseits ausländische Direktinvestitionen in anderen Ländern des Südens. Dabei setzen sie auf eine langfristige Wirtschaftskooperation zum *wechselseitigen* Vorteil. Und schon länger ist die Einrichtung einer eigenen Entwicklungsbank, als deren Startkapital 100 Milliarden US-Dollar vorgesehen sind, geplant.

## VON WESTLICHER SUPREMATIE ZUR MULTIPOLARITÄT

Die in den Metropolen 2007/08 ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise war trotz einer hohen Exportabhängigkeit in den BRICS-Staaten weniger ausgeprägt. Mit Wachstumsraten weit über denen der «reifen» Marktwirtschaften wurden

sie zu Lokomotiven der Weltwirtschaft und beschleunigten die Verschiebung des wirtschaftlichen Gravitationszentrums vom Norden in den Süden. Zudem erwies sich das Krisenmanagement im Norden als unzureichend. So wurden die G7-Treffen schließlich 2008 durch Gipfeltreffen der G20, eine Runde der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, ersetzt.<sup>12</sup> In jedem Fall ist damit neben größerer Repräsentativität zugleich auch eine größere Kapazität zur Bewältigung der globalen Probleme (zunächst vor allem der ökonomischen) gegeben. Angesichts von 193 UN-Mitgliedsstaaten und 214 von der Weltbank aufgelisteten Volkswirtschaften repräsentieren auch die G20 immer noch eine verschwindende Minderheit. Aber anders als die G7-Staaten, die nur noch 38 Prozent des Weltsozialprodukts und kaum 11 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, gehen über vier Fünftel des globalen Reichtums und des Welthandels auf das Konto der G20-Staaten. Hier leben zwei Drittel der Weltbevölkerung.<sup>13</sup> So überrascht es nicht, wenn die BRICS-Staaten neben der UNO die G20 als zentrale Institution der Global-Governance-Architektur unterstreichen, spiegeln sich in ihr doch die heutigen multipolaren Kräfteverhältnisse angemessener wider.

*Vom Süd-Nord-Austausch und Abhängigkeit zur Süd-Süd-Kooperation:* Die Verlagerung des Schwerpunkts der Weltwirtschaft vom Norden in den Süden beim Handel, bei der Warenproduktion und bei Bankkrediten ist in vollem Gange. So verdoppelte sich der Anteil der «Dritten Welt» am Welthandel innerhalb von 20 Jahren von 16 auf 32 Prozent. Dabei stieg der Süd-Süd-Handel so stark an (im Fall von Brasilien und Indien erreicht er 60 Prozent), dass er den traditionellen Austausch mit den Industrieländern, auf den noch ein Jahrzehnt zuvor ein Anteil von 60 Prozent entfiel, inzwischen übertrifft. Und auch die Triadeländer profitieren zunehmend vom Austausch mit dem Trikont, wie jährliche Zuwachsraten von 11 Prozent belegen. So löst sich der Süden zunehmend vom Norden, für den zugleich der Handel mit der «Dritten Welt» immer wichtiger wird.<sup>14</sup>

*Abkehr vom US-Dollar:* Den Wandel in Weltwirtschaft und Geopolitik dürfte langfristig am meisten die Abkehr vom US-Dollar, in dem 80 Prozent des Welthandels abgewickelt werden, beeinflussen. In der Formulierung «unsere Währung, euer Problem» wird die Bedeutung des US-Dollars als wichtigster Währungsreserve und damit Fundament der Hegemonie der USA auf den Punkt gebracht. Doch ist der US-Dollar längst zu einem Risiko für andere geworden. So mag die aktuelle expansive Geld- und Niedrigzinspolitik der US-Notenbank den USA nützen, jedoch nicht notwendigerweise Drittländern. Denn die Spekulation wurde angeheizt, Wettbewerbsbedingungen wurden verzerrt und das Wechselkurs- und Außenhandelsrisiko wurde durch starke Schwankungen etwa des Zinssatzes verschärft. Von den zurzeit niedrigen Zinsen profitieren zwar auch die Schwellenländer durch günstige, im Ausland aufgenommene Kredite. Gleichzeitig entstand angesichts unterschiedlicher Zinssätze allein in den letzten vier Jahren ein Währungshandel (*carry trade*) im Umfang von 3,9 Billionen US-Dollar. Schuldenblasen und vermehrte Unsicherheit sind die Folgen, denn die Kredite sind überwiegend kurzfristig und müssen gegebenenfalls rasch refinanziert beziehungsweise rücktransferiert werden; Bedingungen, die an die Asien-Krise von 1997/98 erinnern.<sup>15</sup> Langfristig und systemisch bedeutsamer noch sind die gewaltigen Haushalts-, Handels- und Leistungsbilanzdefizite der USA, die erstens mit einer Abwertung ihrer Währung und zweitens spiegelbildlich mit einer entspre-

chenden Anhäufung von Dollar-Devisen als Reservewährungen im Ausland verbunden sind. So halten die BRICS-Staaten Dollar-Reserven in einer Höhe von 4,4 Billionen, was mit erheblicher Abhängigkeit und Unsicherheit hinsichtlich deren Bestands einhergeht. Schon früher haben Länder wie Iran und Venezuela auf Alternativen zum US-Dollar als Weltwährung gesetzt. Jetzt sind diese ein zentrales Anliegen der BRICS-Staaten. Ob bilaterale Handelsverträge in wechselseitiger Währung, ob alternative Leitwährungen oder internationaler Währungskorb – das (langfristige) Ende der Dominanz des US-Dollars ist in Sicht. Doch wie Elmar Altvater schreibt: Währungskrisen sind Hegemonialkrisen – meist mit militärischer Komponente.<sup>16</sup>

### **DAS RECHT AUF ENTWICKLUNG VS. UNIVERSALISIERUNG DES WESTLICHEN LEBENSSTILS**

Das Recht auf Entwicklung wird von allen Ländern des Trikonts reklamiert und gilt als oberste Handlungsrichtschnur. Gleichzeitig betont man das 1992 auf der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro vereinbarte Prinzip von der «gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung». Vor diesem Hintergrund wird auf der Implementierung und weiteren Einhaltung der quantitativen klimapolitischen Vorgaben vonseiten der Industrieländer, wie sie im Kyoto-Protokoll festgeschrieben sind, bestanden. Für sich selbst lehnen die BRICS-Staaten jedoch quantitative Obergrenzen beim Treibhaus-Ausstoß entschieden ab. Verweise der Industrieländer auf zuletzt überproportional hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen seitens der Schwellenländer werden als irreführend ebenso zurückgewiesen wie rein quantitative Vergleiche der absoluten nationalen Werte.<sup>17</sup> Zur Begründung werden zum einen die hohen Bevölkerungszahlen sowie der niedrige Pro-Kopf-Ausstoß an CO<sub>2</sub> zusammen mit dem weiterhin vergleichsweise niedrigen Lebensstandard in den eigenen Ländern ins Feld geführt. Zum anderen hebt man hervor, dass die für die Industrialisierung der westlichen Welt in der Vergangenheit verbrauchten fossilen Energien Kompensation erfordern sowie dass der aktuell fortdauernde exzessive Konsum im Norden mit seinen entsprechend unverhältnismäßig hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen die Klimaschutzziele gefährde. Gleichzeitig sind von den BRICS-Staaten freiwillig und nachweisbar Schritte zum Klimaschutz unternommen worden.

In der Klimafrage kulminiert nur der generell exzessive Ressourcenverbrauch des westlichen Lebensstils, der materiell, medial und ideologisch zwar weltweit als nachahmenswertes Vorbild verbreitet wird und doch die Entwicklungs-, ja Lebenschancen der Mehrheit existenziell untergräbt, wie der «ökologische Fußabdruck» global wie für die einzelnen Nationen belegt.

### **RESÜMEE UND AUSBLICK**

Erstens: Die BRICS-Staaten sind keine Revolutionäre. Bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen und Entwicklungen handelt sich um einen Prozess von Aufbruch und Widerstand gegen eine Herrschaftsordnung, die ihre Berechtigung angesichts veränderter Kräfteverhältnisse verloren hat. Es geht um Teilhabe am Oligopol, nicht um eine wirklich demokratischere politische Weltordnung. Noch weniger stehen Forderungen nach Veränderung oder gar ein Umsturz der neoliberalen marktwirtschaftlichen Ordnung auf dem Programm. Im Gegenteil: Universelle Mitgliedschaft und Implementierung der Grundprinzipien des Freihandels, wie sie in

der sanktionsbewehrten WTO verbrieft sind, sind explizites Ziel der BRICS-Staaten.

Zweitens: Sie agieren damit als privilegierte Länder primär im nationalen Interesse. Mit ihren Forderungen nach einer Reform der Global-Governance-Institutionen und uneingeschränkter Einhaltung des Nichteinmischungsgebots verstehen sich die BRICS zugleich als Speerspitze der heute 120 Mitgliedsstaaten zählenden «Non-Aligned Movement», die sich zunehmend gegen die Vorherrschaft des Westens richtet. Systemische Probleme der Unterentwicklung in der überwiegenden Mehrheit der kleinen und ressourcenarmen Staaten des Trikonts thematisieren sie nicht. Gleiches gilt für die Ungleichheit in den eigenen Ländern. Gerade in den BRICS-Staaten wächst die Kluft zwischen Arm und Reich, stehen einer wachsenden Kapitalkonzentration und Zahl von Milliarden (und wohlhabenden Mittelschichten) immer größere Bevölkerungsanteile von Verarmten gegenüber.<sup>18</sup>

Drittens: Während die USA auf absehbare Zeit eine der wichtigsten wissenschaftlichen, technischen, militärischen und ökonomischen Zentren bleiben werden, sind solche Prognosen für Westeuropa/die EU und Japan eher schwierig. Gleiches mag für einzelne der heute als Großmächte der Zukunft designierten Schwellenländer gelten. Sicher ist dagegen, dass die nähere Zukunft der Multipolarität gehört.

Viertens: Zu dieser Perspektive der Mächtigen wird sich ein Prozess der *doppelten* Regionalisierung gesellen. Zum einen agiert – anders als zu Zeiten des Kalten Krieges oder des Nord-Süd-Konflikts – eine Vielzahl regionaler beziehungsweise themenspezifischer Allianzen auf der geopolitischen Bühne. So ging dem Zusammenschluss der BRICS-Staaten ein Bündnis zwischen Indien, Brasilien und Südafrika, das sogenannte IBSA-Dialogforum, voraus. Brasilien, Südafrika, Indien und China vertreten als BASIC-Staaten bei den Klimaverhandlungen gemeinsame Positionen, und China und Russland sind die zentralen Akteure in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, an der Indien als Beobachter beteiligt ist.<sup>19</sup> Daneben sind die BRICS-Staaten allesamt wichtige Regionalmächte. Mögen auch ihre Pro-Kopf-Einkommen (noch) relativ gering sein, sie weit unten auf der «Skala der menschlichen Entwicklung» (dem Human Development Index der Vereinten Nationen, der den Wohlstand von Ländern misst) rangieren: Mit ihrem Reichtum an Bevölkerung und Ressourcen bieten sie alle Voraussetzungen, sich in ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht zu überaus einflussreichen Staaten mit international wettbewerbsfähigen transnationalen Unternehmen zu entwickeln. Ihre Bedeutung wird durch regionale Wirtschaftsverbände mit kleineren Nachbarn, wie der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC) oder dem «Gemeinsamen Markt des Südens» in Lateinamerika (MERCOSUR), noch weiter gestärkt.

Fünftens: Gerade in dieser Regionalisierung verbergen sich Hoffnungen auf Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Denn allein auf dieser Ebene lassen sich transnationale wirtschaftliche Interessen und hegemoniale Interventionen einhegen, hier werden Sozialstrukturen und politische Institutionen konstituiert, vermögen sich Klassen und Interessenkonflikte zu artikulieren und finden Eingang in die politische Willensbildung. Und doch handelt es sich hierbei nur um die ersten Schritte zur Veränderung der zentralen Rahmenbedingungen, um eventuell das Verhältnis von Kapital und Politik zugunsten der Interessen der Subalternen und abhängigen Klassen umkehren zu können.



Dementsprechend darf der Aufstieg der BRICS-Staaten auf keinen Fall unterschätzt werden. Die jahrhundertlange, von Kolonialismus, Ausbeutung, Zerstörung und Unterdrückung geprägte Vorherrschaft des Westens geht sichtlich ihrem Ende entgegen. Widerstand formiert sich nicht zum ersten Mal, aber nun unter veränderten, größeren Erfolg versprechenden Bedingungen. In welchem Zeitraum diese «Ablösung» stattfinden wird, ist noch nicht auszumachen, auch nicht, ob die Verschiebung des Gravitationszentrums in Weltwirtschaft und Geopolitik vom Norden in den Süden, vom Atlantik zum Pazifik ohne Krieg und Gewalt ablaufen wird. Die Militarisierung der internationalen Beziehungen durch den Westen ist diesbezüglich leider kein gutes Omen.

John Neelsen ist Professor für Soziologie an der Universität Tübingen und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

**1** Zwar wurde die Zahl der nicht ständigen Mitglieder 1965 von sechs auf zehn erhöht, doch sind diese nur unregelmäßig und jeweils für zwei Jahre im Sicherheitsrat vertreten. In der 68-jährigen Geschichte der Vereinten Nationen waren 71 der heute 188 Mitgliedsstaaten noch nie im Sicherheitsrat vertreten. **2** Nicht zuletzt auf Drängen des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt wurde das China Chiang Kai-scheks neben den USA, Großbritannien und der Sowjetunion zu den «Big Four» der Siegermächte gezählt. Als «Republik China» war es Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und 1944 an der Erarbeitung der UN-Charta sowie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beteiligt. Trotz der Niederlage im Bürgerkrieg gegen Maos Truppen 1949 blieb die fortan auf die Insel Taiwan beschränkte «Republic of China» bis 1971 offiziell anerkannter Vertreter Chinas in den Vereinten Nationen. Erst 1971 wurde sie mit der UN-SR-Resolution 2758 durch die festländische «Chinesische Volksrepublik» ersetzt und ihr die Mitgliedschaft aberkannt. **3** Zu dieser Altlast gehörten die zehn ehemaligen deutschen und japanischen Kolonien beziehungsweise Territorien des Osmanischen Reiches, denen lediglich das bis dahin italienische Somaliland

hinzugefügt wurde. **4** So haben die USA aktuell (noch) ein Stimmengewicht von 16,75 Prozent, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zusammen eines von 17,55 Prozent. Zum Vergleich: Die 55 Staaten Afrikas haben zusammen weniger als 5, die 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik weniger als 8 Prozent der Stimmen. **5** List, Friedrich: Das nationale System der politischen Ökonomie, Stuttgart 1841. List nahm zentrale Argumente der nach dem Zweiten Weltkrieg verbreiteten Dependenztheorie vorweg. **6** Resolution 3281 der UN-Generalversammlung. Mit ihr werden für die Entwicklungsländer günstigere Bedingungen in der Rohstoffpolitik und im internationalen Handel, eine verstärkte Industrialisierung, eine allgemeine Schuldenentlastung, eine Änderung des Weltwährungssystems, höhere Entwicklungshilfe und ein neues Seerecht gefordert. **7** Der US-amerikanische Marxist Harry Magdoff war einer der ersten, der diesen «Imperialismus/Kolonialismus ohne Kolonien» als Neokolonialismus bezeichnet hat. **8** World Bank: Atlas of Global Development, 4. Aufl., Washington D. C. 2013. Danach haben 26 Prozent der 214 Länder weniger als eine Million, 20 Prozent zwischen einer und fünf Millionen, weitere 15 Prozent zwischen fünf und zehn Millionen EinwohnerInnen; nur ein Zehntel aller Länder zählt 2011 jeweils über 50 Millionen. Damit sind die Voraussetzungen für eine binnenwirtschaftliche Entwicklung für die große Mehrheit der Länder gar nicht gegeben. **9** Vgl. Goldman Sachs: The World Needs Better Economic BRICs, Global Economics Paper No. 66, London 2001, unter: <http://www.content.gs.com/japan/ideas/brics/building-better-pdf.pdf>; sowie Goldman Sachs: Dreaming With BRICs: The Path to 2050 – Goldman Sachs, Global Economics Paper No. 99, London 2003, unter: <http://www.goldmansachs.com/our-thinking/archive/archivedpdfs/brics-dream.pdf>. **10** So soll Brasilien zum Beispiel Italien im Jahr 2025 und Frankreich im Jahr 2031 einholen. Realiter wurde Italien schon überholt und der Abstand zu Frankreich beträgt nur noch 8 Prozent. Vgl. hierzu International Herald Tribune, 17.6.2013. **11** Vgl. hierzu das CIA World Factbook 2013 sowie World Bank: World Development Report 2012, Washington D. C. 2013, S. 392 ff. **12** Zu den G20 gehören zunächst die G7-Staaten, das heißt die USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada; dazu Russland seit 1998 (G8). Neu hinzugekommen sind neben den BRICS Australien, Südkorea, Saudi-Arabien, Mexiko, Türkei, Indonesien und Argentinien sowie die EU. Als G20 bezeichnete man anfangs nur die seit 1999 veranstalteten Treffen der Finanzminister. **13** Das Weltsozialprodukt betrug 2012 80,3 Billionen US-Dollar (in Kaufkraftparität). Vgl. hierzu Diplomatie, Les Grands Dossiers No12, Atlas Géoeconomique 2013, Paris 2013, S. 64. **14** Vgl. For poor countries, other poor countries matter more than rich ones, in: The Economist, 19.1.2013. **15** Vgl. auch Konicz, Thomas: Aufsteiger vor Abstieg, in: Junge Welt, 10.7.2013. **16** Zum gesamten Komplex vgl. Altvater, Elmar: Der große Krach: oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster 2010, insbes. S. 105 ff. **17** Richtig ist, dass gerade die Schwellenländer, allen voran Indien und China, die größten Wachstumsraten bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verzeichnen haben. Bei den Pro-Kopf-Emissionen liegen aber weiterhin die USA vorn mit 17,3 Tonnen. China bringt es auf 5,2 und Indien auf 1,5 Tonnen. Vgl. World Bank: Atlas of Global Development, S. 126 ff. **18** So weisen die BRICS unter 136 erhobenen Staaten besonders hohe Gini-Koeffizienten auf. **19** Dieser internationalen Organisation zur Förderung der Zusammenarbeit auf allen möglichen Ebenen (vom Handel, Tourismus bis hin zu sicherheitspolitischen Fragen), die ihren Sitz in Peking hat, gehören neben China und Russland zurzeit die Länder Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan an.

PG MACIOTI

# LIBERAL ZU SEIN REICHT NICHT AUS

**EINE PROGRESSIVE PROSTITUTIONSPOLITIK MUSS DAS «HURENSTIGMA»  
EBENSO BEKÄMPFEN WIE DIE KRIMINALISIERUNG VON SEXARBEIT**

Die Themen Prostitution, Sexarbeit und Menschenhandel haben in Europa gerade wieder einmal Hochkonjunktur. Frankreich ist kurz davor, das schwedische Modell der Freierbestrafung zu verabschieden, in Großbritannien stehen Razzien in «Rotlichtmilieus» auf der Tagesordnung und werden Kleinbordelle wegen Verdacht auf Menschen- und Drogenhandel geschlossen. Zudem prüft das Europäische Parlament zurzeit den Vorschlag, Freierbestrafung in allen Mitgliedstaaten einzuführen. In Deutschland erhielt die Debatte vor allem durch eine Kampagne der Zeitschrift *Emma* neue Nahrung. In ihrem «Appell gegen Prostitution» wird diese mit Sklaverei gleichgesetzt und eine Rücknahme des Prostitutionsgesetzes (ProstG) von 2002 gefordert. Damit ist eine alte Kontroverse entbrannt, obwohl die Neuregelungen zunächst zu einigen Verbesserungen für Sexarbeiter\_innen geführt und die Auseinandersetzungen in verschiedenen Städten deeskaliert hatten.

Es ist bemerkenswert, wie Prostitution immer wieder als das älteste Gewerbe der Welt angerufen wird und zugleich eine derjenigen Tätigkeiten in unserer Gesellschaft geblieben ist, über deren Umgang besonders heftig gestritten wird. Warum also ist Sexarbeit ein so überaus schwieriges Thema, das Feministinnen und Linke, aber auch Liberale und Konservative immer wieder aufbringt und spaltet? Beim Versuch, sich einer Beantwortung dieser Frage anzunähern, werde ich – anstatt für oder gegen Prostitution Stellung zu beziehen – auf die Komplexität von Sexarbeit eingehen, das heißt auf die verschiedenen Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Konfliktlinien, die sie durchziehen und die nur in ihrer Verschränkung zu verstehen sind.

Beim Thema Prostitution geht es um Macht und um ökonomische Fragen, um Geschlechterverhältnisse und um Sexualität, um Migration und um Rassismus und um einiges mehr. Was oftmals passiert, ist, dass Sexarbeit ausschließlich unter einem bestimmten Aspekt verhandelt wird (z. B. als Gewalt gegen Frauen), was zu unzulässigen Vereinfachungen führt und deswegen keine «Lösung» bringen kann. Damit ist auch die Tendenz verbunden, aus der Erfahrung einer bestimmten Gruppe oder einer einzelnen Person allgemeine Schlussfolgerungen für eine Prostitutionspolitik zu ziehen. Die Erfahrungen in der Sexarbeit sind aber genauso vielfältig und komplex wie die gesellschaftlichen Lebensumstände und Positionierungen von Menschen insgesamt. Es ist demnach wichtig, weder eine eindeutige Gegen-Position noch eine unkritische Pro-Position einzunehmen. Stattdessen soll-

te eine Analyse vor allem dem Ziel verpflichtet sein, zu einer verbesserten Prostitutionspolitik beizutragen. Was darunter zu verstehen ist, werde ich am Ende des Beitrags erläutern.

Ich benutze im Folgenden aus den oben genannten Gründen sowohl den Begriff der Sexarbeit als auch den der Prostitution, weil damit deutlich wird, dass es sich hierbei um Arbeit handelt, dieses Arbeitsverhältnis aber nicht losgelöst von komplexen, historisch bedingten Abhängigkeiten und Machtverhältnissen sowie gesellschaftlichen Normen und Werten zu betrachten ist. In einer Hinsicht ist Sexarbeit kaum von anderen Formen der Erwerbstätigkeit zu unterscheiden, da Menschen, die als Prostituierte arbeiten, an erster Stelle wie alle Lohnabhängigen mit der Notwendigkeit konfrontiert sind, an Geld zu kommen, um für sich und möglicherweise für den Lebensunterhalt von anderen zu sorgen. Da wir im Kapitalismus über kein Grundeinkommen verfügen, das uns zusteht, ohne dass wir uns in mehr oder weniger ausbeuterische Arbeitsverhältnisse begeben müssen, macht es wenig Sinn, im Zusammenhang mit Arbeit von «Freiwilligkeit» zu sprechen. Unter kapitalistischen Verhältnissen verbringen die meisten Menschen ihre Zeit mit einer Tätigkeit, der sie unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen höchstwahrscheinlich anders oder gar nicht nachgehen würden. Die Möglichkeit, sich von diesem Zwang zu befreien und den eigenen Weg zu gehen, steht nicht allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung, sondern hängt stark von sozialer Herkunft, Geschlecht, Sexualität, der Migrationsgeschichte und anderen Faktoren ab. Auf der anderen Seite ist Sexarbeit von einer Spezifik ge-

prägt, die es auch nicht als angemessen erscheinen lässt, von Prostitution als einem Beruf wie jedem anderen zu sprechen.

## DAS HURENSTIGMA

Um Sexarbeit in ihrer Komplexität zu analysieren und daraus Schlüsse für eine progressive Prostitutionspolitik ziehen zu können, ist es am wichtigsten, zunächst einmal klar zu benennen, was diese Arbeit von anderen unterscheidet: nämlich das gesellschaftliche Hurenstigma. Dieses sorgt dafür, dass Sexarbeiter\_innen in der Gesellschaft und in zwischenmenschlichen Beziehungen nicht (ausreichend) respektiert werden; es hält sie davon ab, in andere Berufe umzusteigen und fördert die Aufrechterhaltung von Gewalt-, Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen. Dieses Stigma erfahren Sexarbeiter\_innen in unterschiedlichem Maße und auf unterschiedliche Art und Weise, aber es trifft sie alle. Das Besondere an dieser gesellschaftlichen Benachteiligung ist, dass sie zum einen degradierend und ausgrenzend ist und zum anderen eine Opferposition festschreibt. Sexarbeiter\_innen wird häufig die eigene Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit abgesprochen, worin ein weiteres direkt gewalttätiges Machtverhältnis gegenüber den «Marginalisierten» zum Ausdruck kommt. Ganz häufig ergreifen andere das Wort für sie, vermeintlich um sie zu «retten».

Das Hurenstigma schafft zudem eine Art Teufelskreis: Wegen seiner Existenz und Wirkung unterscheidet sich Sexarbeit von anderen Jobs, und deswegen muss das Stigma als solches benannt, kritisiert und bekämpft werden. Die Betonung des Unterschieds zwischen Sexarbeit und anderen Jobs droht aber, das Stigma nur noch weiter zu verstärken. Es ist gerade deswegen von Bedeutung, zu verstehen, woher es kommt und wie es mit anderen gesellschaftlichen Ausschlüssen, Zuschreibungen und Differenzierungen interagiert.

Das Hurenstigma ist im Allgemeinen mit Frauenfeindlichkeit und Sexismus verbunden, und es betrifft auf gewisse Art alle als weiblich definierten Subjekte. Die Gegenüberstellung von «Hure oder Heilige» ist ein altes und immer noch wirkmächtiges Modell, das die Essenz, die Rolle und den Platz von Frauen in den westlichen Gesellschaft festschreiben will (die «wahre» und gute Frau) und versucht, Gewalt gegen Frauen zu relativieren und zu rechtfertigen (die Hure, «die es wohl selbst provoziert hat»). Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung haben sich Frauen und andere Gruppen vor noch nicht allzu langer Zeit erstritten und es bleibt weiterhin äußerst umkämpft. Historisch wurde weibliche Sexualität verneint und verschleiert, und Frauen wurden in der Regel entweder auf die Rolle der sittlichen Ehefrau oder die eines Sexualobjekts reduziert. Wenn sich Frauen in der Öffentlichkeit explizit sexuell äußern oder aus welchen Gründen auch immer beleidigt werden sollen, kommt auch heute immer noch gern die «Hure» ins Spiel. Hure zu sein, bedeutet im heteronormativen Patriarchat, am äußersten (dem «bösen») Ende des Spektrums des «Frauseins» zu stehen. Das Ausüben einer Tätigkeit, die Grundlage von Degradierung und Unterdrückung des weiblichen Geschlechts ist, führt unweigerlich zur Stigmatisierung, von der sich nur sehr schwer zu befreien ist. Sexarbeiter\_innen werden oft auf ihren Beruf reduziert, und ihre Hauptidentität wird die der Hure.

Dem Dualismus Hure/Heilige entsprechend ist das Hurenstigma sowohl ein Ausdruck von Verachtung als auch von Entmündigung. Wenn Frauen Sex selbstbestimmt als Teil einer Erwerbstätigkeit nutzen, werden sie in der Regel moralisch verachtet und als unsittlich dargestellt oder sie gelten

als handlungsunfähige Opfer. Denjenigen, die selbstbewusst auftreten und sich gegen diese doppelte Stigmatisierung zur Wehr setzen, wiederum wird oftmals vorgeworfen, sie seien privilegierte Huren und würden durch ihr Verhalten wenn schon nicht sich selbst, dann doch anderen Frauen schaden. Sexarbeiter\_innen befinden sich aufgrund des Hurenstigmas also in einer zwiespältigen und schwierigen Position, in der sie mit zum Teil gegensätzlichen Zuschreibungen durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen konfrontiert sind und sich – egal, welche Position sie einnehmen – für ihre berufliche Tätigkeit rechtfertigen müssen.

Eine Analyse von Geschlechterverhältnissen in Bezug auf das Hurenstigma darf Heteronormativität nicht vernachlässigen. Zu den gesellschaftlichen Subjekten, die aufgrund ihrer Sexualität häufig kriminalisiert oder pathologisiert werden, zählen nicht nur Cis-Frauen,<sup>2</sup> sondern auch queere Cis-Männer und Trans\*-Personen. Es ist nicht überraschend, dass Cis-Frauen, schwule oder bisexuelle Cis-Männer und Trans\*-Personen den größten Teil der Sexarbeiter\_innen stellen: Sexarbeit wird eher von denjenigen geleistet, die aufgrund ihrer Sexualität unterdrückt und gleichzeitig darauf reduziert werden. Dabei sind die sogenannten Gigolos<sup>3</sup> vom Hurenstigma viel weniger betroffen. Sie sind wahrscheinlich deswegen in der öffentlichen Debatte um Sexarbeit oder Prostitution kaum präsent, weil heterosexuelle Cis- und Trans\*-Frauen weder über eine vergleichbar ökonomische Macht noch über eine ähnlich starke sexuelle Subjektposition in der Gesellschaft verfügen wie Cis-Männer – und sich deswegen auch viel seltener bezahlte sexuelle Dienste leisten (können).

Dass Kunden als Cis-Männer eine hervorgehobene Machtposition in der Gesellschaft besitzen, heißt aber nicht, dass sie als Kunden von Huren nicht auch gesellschaftlich stigmatisiert würden: Während die Huren als unsittlich, willensschwach oder als Opfer gelten, wird den Kunden häufig die Rolle des sexgierigen Mannes und des bösen patriarchalen Täters zugeschrieben. Der Durchschnittskunde allerdings hält sich in der Regel an den mündlich abgeschlossenen «Arbeitsvertrag», bringt Sexarbeiter\_innen Geld ein und Respekt entgegen und unterstützt sie manchmal sogar auch in ihrem Kampf gegen Ausbeutung. Wird er – wie es aktuell in den Auseinandersetzungen um die sogenannte Freierbestrafung passiert – noch weiter stigmatisiert und gar strafrechtlich verfolgt, beeinträchtigt das am stärksten die Sexarbeiter\_innen, weil damit das Hurenstigma nicht nur reproduziert wird, sondern sich noch weiter verfestigt. Je mehr der Kunde als böser sexlustiger Täter kriminalisiert wird, desto mehr geraten Sexarbeiter\_innen zu Opfern und ihre Arbeit bzw. ihre Person in den Ruch des Schmutzigen und des Illegalen. Eine Kriminalisierung der Kunden würde für die Sexarbeiter\_innen am Ende weniger Sicherheit und noch mehr Stigma bedeuten und rein gar nichts zu ihrer «Rettung» beitragen.

Es würde sich durch den Schritt hin zu mehr Verboten und staatlicher Verfolgung im Feld der Prostitution auch wenig an den grundlegenden patriarchalen (Gewalt-)Verhältnissen ändern. Denn die Subjekt- und Machtposition des (eher heterosexuellen und weißen) Cis-Mannes in der Gesellschaft bleibt von solchen Maßnahmen praktisch unberührt, weil ihm im Bereich Sexualität ganz selbstverständlich ein Selbstbestimmungsrecht zugestanden wird und er nicht auf diesen Aspekt seiner Persönlichkeit reduziert wird. Dagegen treffen das vorherrschende Hurenstigma und die damit verbundenen alltäglichen Diskriminierungen mit aller Wucht etwa die Gruppe der sogenannten Trans\*-Frauen. Ihnen wird häufig

automatisch unterstellt, sich in der Prostitution zu verdingen, da für sie in der transphoben Gesellschaft kaum eine andere Arbeit vorstellbar scheint. An dieser Stelle sei aber auch noch auf einen anderen Aspekt der Auseinandersetzung mit Sexarbeit hingewiesen: In einigen (wenn auch nur wenigen) queeren Communities gilt die Tätigkeit als Sexarbeiter oder Sexarbeiterin als subversiv und wird als deren sexuelle Identität verstanden. Das Ergebnis kann in einer erhöhten Akzeptanz bestehen, manchmal kann die Zelebrierung des Daseins von Sexarbeiter\_innen aber auch dazu führen, dass negative Aspekte wie Abhängigkeiten und strukturelle Ungleichheiten ausgeblendet werden. Unmittelbare Anknüpfungspunkte zwischen queeren Personen und Sexarbeiter\_innen bestehen jedoch insofern, als dass Machtverhältnisse in der Gesellschaft unter anderem durch die Kontrolle und Diskriminierung ihrer Sexualität aufrechterhalten werden. Dies könnte ein Grund sein, sich im Kampf gegen das Hurenstigma noch stärker als zuvor mit denjenigen zusammenzuschließen, die auch unter der vorherrschenden heteronormativen und sexistischen Ordnung zu leiden haben.

Nichtsdestotrotz wäre es aber gefährlich, das «Sexarbeiter\_in-Sein» als sexuelle Identität zu begreifen, da Sexarbeit eine Tätigkeit ist, die keine identitäre Aussage zur Person beinhaltet. Prostitution und Sexarbeit finden unter den herrschenden Zwängen und Bedingungen eines neoliberalen Kapitalismus statt. Sie selbst als positive Identität sehen zu wollen, hieße, wenigstens zum Teil das Hurenstigma («Du bist, was du tust») und die liberale Idee der Selbstverwirklichung aufzugreifen und zu bestätigen. Damit soll keineswegs bestritten werden (was auch mit Stigmatisierung zu tun hätte), dass manche Sexarbeiter\_innen aus ihrer Arbeit *empowerment* oder gar Vergnügen ziehen. Eine solche Position aber als die einzig «richtige» zu bezeichnen, würde wiederum Gefahr laufen, als Gegenbild zur «glücklichen Hure» automatisch die Vorstellung von der «unglücklichen Hure» als Opfer zu stärken und zu reproduzieren. Ein progressiver politischer Ansatz, der weiter unten noch ausführlicher beschrieben wird, sollte in erster Linie darauf abzielen, Prostitution vom Stigma zu befreien, damit es Sexarbeiter\_innen überlassen bleibt, was sie aus ihrer Tätigkeit machen oder in ihr sehen wollen – ob Identität, (Selbst-)Verwirklichung oder einfach nur einen Job.

Das Hurenstigma operiert immer in Interaktion mit weiteren gesellschaftlichen Prozessen der Differenzierung und Ausgrenzung und wirkt entsprechend auf verschiedene Sexarbeiter\_innen unterschiedlich. Dass Sexarbeit zum großen Teil von Migrant\_innen ausgeübt wird, hat definitiv ökonomische und rassistische Ursachen. So wirken sich in Deutschland zum Beispiel Einschränkungen beim Zugang zu anderen Berufen aus (wie etwa die bis Ende 2013 fehlende Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus Bulgarien und Rumänien). Dass migrantische Sexarbeiter\_innen oftmals in der öffentlichen Diskussion nur als minderjährige Opfer von Menschenhandel gedacht und präsentiert werden und nicht als Subjekte mit eigenem Willen, hat zudem mit dem Zusammenwirken von Rassismus, Klassen- sowie Geschlechterverhältnissen und dem Hurenstigma zu tun, woraus das Bild der migrantischen, willensschwachen und ungebildeten «Opfer-Frau» und des migrantischen kriminellen «Täter-Mannes» entsteht. Diese Form der Entmündigung von migrantischen Sexarbeiter\_innen ist deswegen mit Rassismus verbunden, weil ihr häufig das Bild von der emanzipierteren deutschen Prostituierten entgegengestellt wird. Aufgrund ihres Einheimisch- und Weißseins ist diese vermeintlich eher handlungsfähig,

obwohl sie vom Hurenstigma – wenn auch eben anders – betroffen ist. Es ist ein rassistisches Vorurteil und koloniales Muster, das hier reproduziert wird: Die unterdrückten, weniger (wenn überhaupt) handlungsfähigen nicht weißen weiblichen Subjekte müssen vor ihren eigenen unterdrückerischen Männern geschützt und gerettet werden. Dieses Prinzip diente lange dazu (und es tut es immer noch), Plünderungen und kriegsrische Interventionen vonseiten westlicher Länder zu begründen, und wird heute in Deutschland und der Europäischen Union gern dafür benutzt, um die «Rettung» (häufig verbunden mit einer Abschiebung) von migrantischen Frauen, die in der Sexarbeit tätig sind, zu rechtfertigen.

In diesem Sinne wirkt das Hurenstigma besonders massiv auf Subjekte, die aufgrund von Armut, Geschlecht, Sexualität und/oder Herkunft sowieso schon in vielfältiger Weise von der Gesellschaft und staatlichen Stellen entmündigt und diskriminiert werden. So wird vielen Frauen oftmals nicht nur die Entscheidung, in der Prostitution zu arbeiten, nicht zugestanden, sondern es werden ihnen auch ihr Wille und ihr Recht, zu migrieren, abgesprochen. Strukturelle ökonomische Ungleichheiten zwischen verschiedenen Ländern, eine repressive Grenzpolitik und fehlende legale und finanzielle Möglichkeiten der Auswanderung führen erwiesenermaßen in vielen Fällen dazu, dass sich Frauen mit einem Migrationswunsch am Ende in ausbeuterischen Zwangsverhältnissen wiederfinden und dass der Menschenhandel blüht. Zu behaupten, dass alle migrantischen Sexarbeiter\_innen vor diesem Schicksal «gerettet» werden müssten, dient jedoch ganz offensichtlich dazu, sie zu Objekten zu degradieren und repressive Maßnahmen wie Razzien und Abschiebungen gegen sie zu legitimieren. Die abolitionistische Haltung gegenüber Prostitution, die diese von staatlicher Seite verbieten lassen will und jegliche Sexarbeit mit Gewalt und Menschenhandel in Verbindung bringt, trägt auch nur dazu bei, das Stigma gegen Migrant\_innen und Sexarbeiter\_innen zu verstärken. Gleichzeitig werden damit die hierarchischen Beziehungen zwischen den reicheren und ärmeren Ländern nicht nur in der EU akzeptiert und aufrechterhalten.

### IST GUTE PROSTITUTIONSPOLITIK MÖGLICH?

Prostitution ist komplex und vielfältig. Sexarbeit per se ist ebenso wenig eine entwürdigende wie eine befreiende Arbeit. Eine gründliche Analyse des Themas bedürfte vieler weiterer Vertiefungen, wie etwa eine ausführliche Auseinandersetzung mit Fragen von sozialer Herkunft, des Einflusses von verschiedenen Migrationsgeschichten oder von Religion. Aber auch verschiedene kulturelle und individuelle Umgangsformen mit Sexualität und Intimität sind hier von Bedeutung. Sexarbeiter\_innen leben wie alle anderen in einer von wachsender ökonomischer Ungleichheit, Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie beeinflussten Gesellschaft. Dementsprechend wird ihnen die Erfahrung von Gewalt und Diskriminierung nicht erspart bleiben. Vielmehr – so habe ich hier aufzuzeigen versucht – ist diese von einem spezifischen Hurenstigma geprägt.

Wollen wir diese und andere Formen der Ausgrenzung, Diskriminierung und Unterdrückung bekämpfen oder zumindest zurückdrängen, müssen wir auf alte und neue Hierarchisierungen, Entmündigungen und vor allem auf Forderungen nach einer Kriminalisierung (wie etwa durch ein Verbot von Sexarbeit oder durch die strafrechtliche Verfolgung von Freiern) verzichten. Solange viele Menschen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Positionierung und ihrer Herkunft kaum

eine Chance auf dem «regulären» Arbeitsmarkt haben, wird eine grundsätzliche Voraussetzung für Ausbeutungs- und Zwangsverhältnisse gegeben sein, nicht nur im Bereich der Sexarbeit.

Eine progressive oder eine gute Prostitutionspolitik müsste daher langfristig also Verbesserungen anstoßen, die nicht unbedingt etwas im engeren Sinne mit der Regulierung von Sexarbeit zu tun haben. Sie müsste etwa an den Geschlechterverhältnissen ansetzen, Bewegungsfreiheit und Arbeitsrechte für alle sichern und einen Beitrag zum Abbau von Rassismus, Sexismus sowie Trans- und Homophobie in der Gesellschaft leisten. Nur wenn alle Menschen die gleichen Rechte haben und diese auch wahrnehmen können, wird eine gute Prostitutionspolitik überhaupt möglich sein. Eine sogenannte liberale Position, die sich für ein «Mainstreaming» und die Gleichbehandlung von Prostitution gegenüber anderen Formen der Erwerbstätigkeit einsetzt, reicht deswegen nicht aus, weil sie strukturelle Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft nicht zum Thema macht. Sie bestätigt die neoliberale Ideologie der Selbstverwirklichung durch Arbeit und geht deswegen an der Komplexität des Problems – dem Hurenstigma – vorbei. Es ist schwierig, sich vorzustellen, dass eine schlichte Gleichsetzung mit anderen Arbeiten alles lösen könnte. Als Sexarbeiter\_in würde ich mir zum Beispiel nicht wünschen, dass ein Vorgesetzter die Zahl meiner täglichen Kunden oder die Dienstleistungen, die ich anbieten soll, bestimmt. In anderen Jobs mag dies unproblematischer sein. Die Machtposition, die ein Chef oder eine Chefin über Sexarbeiter\_innen haben kann, ist wegen der beschriebenen Stigmatisierung und Besonderheiten dieser Tätigkeit nicht mit der in anderen Arbeitsfeldern und -strukturen zu vergleichen.

Wenn es um neue Gesetze geht, dann sollte zumindest sichergestellt sein, dass Stigmatisierung und Machtverhältnisse benannt und aktiv angegangen werden. Von Sperrgebieten oder Kondompflicht muss abgesehen werden. Prostitutionsgesetze können aber durchaus dazu beitragen, das Leben von Sexarbeiter\_innen «lebbarer» zu machen.<sup>4</sup> Ein Gesetz zur Minimierung hierarchischer Strukturen in der Sexarbeit würde zwar die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern oder das Hurenstigma nicht komplett abschaffen, aber es könnte definitiv eine Möglichkeit bieten, Sexarbeiter\_innen zu *empowern* und ihnen Mittel an die Hand geben, mit denen sie sich gegen stigmabedingte Ausbeutung und Gewalt besser wehren können.

Wie schwierig dieser Weg praktisch jedoch ist, zeigt sich im seit 2002 geltenden deutschen Prostitutionsgesetz: Danach sollen Sexarbeiter\_innen ihren Beruf als Selbstständige ausüben oder in einem Arbeitsverhältnis mit eingeschränktem Weisungsrecht von Vorgesetzten. Tatsächlich üben die meisten Sexarbeiter\_innen aber ihren Job in einer Art Scheinselbstständigkeit aus. Sie sind von Bordellen insofern abhängig, als dass Letztere zum Beispiel Öffnungszeiten und Preise festsetzen, aber den Sexarbeiter\_innen dafür kaum oder gar keine Sicherheit und Sozialleistungen bieten. Statt diese Ungerechtigkeit zu thematisieren, eine verbesserte Anwendung des bestehenden Gesetzes zu fordern und für weiterreichende Rechte der Sexarbeiter\_innen zu mobilisieren – wie etwa Mindeststandards am Arbeitsplatz, Mindestlöhne, selbstverwaltete Einrichtungen – kritisieren Initiativen wie die aktuelle der Zeitschrift *Emma* das ProstG vor allem dahingehend, dass es polizeiliche Kontrollen einschränke.

Unverzichtbar ist zudem ein rassistuskritischer Ansatz. Migrant\_innen müssen ein Bleiberecht und gleiche Arbeits-

rechte wie Einheimischen gewährt werden. Neben einer Entkriminalisierung des Bereichs Sexarbeit sollte eine gesellschaftlich und staatlich geförderte Anti-Stigma-Arbeit im Zentrum stehen. Deren Aufgaben bestünden unter anderem darin, die Präsenz, die Perspektiven und Stimmen von (migrantischen) Sexarbeiter\_innen in der Öffentlichkeit und im politischen Raum zu stärken und eine kompetente Beratung und Unterstützung für sie durch rassistuskritische Organisationen sicherzustellen. Aber auch Sensibilisierungskampagnen sowie eine zielgruppengerechte Bildungsarbeit (z. B. für Kunden und Sexarbeiter\_innen), selbstorganisierte soziale oder kulturelle Veranstaltungen wie Filmfestivals sind wichtig.

Das Hurenstigma ist immer im Kontext mit anderen Machtverhältnissen zu betrachten. Die Beziehung ist kausal und wechselseitig. Ohne Sexismus, Heteronormativität oder Rassismus gäbe es kein Hurenstigma. Andererseits werden Machtverhältnisse durch seine ständige Reproduktion verfestigt. Die hier vorgeschlagene Ausrichtung einer Prostitutionspolitik würde Machtverhältnissen definitiv entgegenwirken – ganz im Gegensatz zu dem, was Feministinnen aus dem abolitionistischen Lager durch ihre Forderungen nach einer stärkeren Kriminalisierung erreichen.

Die Abschaffungs- und Kriminalisierungsforderungen gehen eindeutig in die falsche Richtung, weil sie Sexarbeiter\_innen Schaden zufügen. Ein explizit politischer Ansatz ist notwendig, der versucht, das Leben unterschiedlichster Sexarbeiter\_innen sichtbar, lebenswerter und beweglicher zu machen und ihre Ausbeutung zu reduzieren. Damit diejenigen, die diese Arbeit gern machen, dafür nicht benachteiligt werden und damit diejenigen, die ihren Beruf wechseln wollen, dieses leichter tun können. Für Deutschland würde dies zunächst heißen, Anti-Stigma-Arbeit zu fördern, das geltende ProstG besser umzusetzen, Migrant\_innen mit mehr Rechten auszustatten sowie Sperrgebiete und besonders stigmatisierende Einschränkungen für Sexarbeiter\_innen abzuschaffen.

PG Maciotti engagiert sich politisch für die Rechte von Sexarbeiter\_innen in Europa. Sie ist Doktorandin an der Open University in Milton Keynes (Großbritannien).

<sup>1</sup> In Abweichung zur sonstigen Verwendung des Binnen-I wird in diesem Beitrag der Unterstrich (Gender\_Gap) benutzt, um auch diejenigen Menschen zu repräsentieren, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zurechnen lassen wollen oder können. <sup>2</sup> Die Silbe Cis bezeichnet Menschen, deren gelebte Geschlechtsidentität mit ihrem bei der Geburt zugewiesenen Geschlechtseintrag (Menschen ohne Trans\*-Identität) übereinstimmt. Trans\* ist der Oberbegriff für Identitäten, die sich nicht als männlich oder weiblich beschreiben lassen. Der Stern verweist auf die Mannigfaltigkeit der damit gemeinten Identitäten. <sup>3</sup> Gigolo ist eine gängige Bezeichnung für männliche Prostituierte, insbesondere für solche Männer, die sexuelle Beziehungen zu manchmal deutlich älteren Frauen unterhalten und dafür finanziell unterstützt werden. <sup>4</sup> Vgl. Butler, Judith (2012): Kann man ein gutes Leben im schlechten führen? Dankesrede anlässlich der Verleihung des Theodor-W.-Adorno-Preises der Stadt Frankfurt am Main am 11. September 2012, unter: <http://gleft.de/www>.

ARMIN OSMANOVIC

# UNZUFRIEDEN MIT DEN ERBEN MANDELAS

**ANFANG MAI WÄHLT SÜDAFRIKA EIN NEUES PARLAMENT –  
DEM SEIT 20 JAHREN REGIERENDEN ANC DROHEN STIMMENVERLUSTE**

Am 7. Mai 2014 wird in Südafrika gewählt. Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) sieht sich von neuen Parteien herausgefordert, erstmals seit dem Ende der Apartheid vor 20 Jahren drohen ihm herbe Stimmenverluste. Viele Menschen sind unzufrieden mit den Erben Nelson Mandelas. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und die soziale Ungleichheit hat sogar zugenommen. Aber auch steigende Preise, Mautgebühren für Schnellstraßen sowie Misswirtschaft und Korruption in Teilen der Regierungspartei rufen Zorn hervor. Der ANC wiederum hofft mit einem blauen Auge davonzukommen und setzt darauf, dass die Mehrheit die neuen sozialen Leistungen und die wichtigste historische Errungenschaft – den Gewinn der Freiheit – honorieren wird. Zum ersten Mal in der 20-jährigen Geschichte des neuen demokratischen Südafrikas könnte der regierende ANC bei nationalen Wahlen unter die 60-Prozent-Marke fallen. In der Provinz Gauteng, wo mit etwa 15 Millionen Menschen knapp ein

Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes wohnt, droht der Partei, die wieder mit Jacob Zuma, dem amtierenden skandalumwitterten Präsidenten, als Spitzenkandidat ins Rennen geht, sogar ein Absturz auf unter 50 Prozent.<sup>1</sup> Schon bei den letzten Wahlen im Jahr 2009 hatte der ANC leicht an Zustimmung verloren. Damals hatten sich vor allem enttäuschte AnhängerInnen des von Zuma aus dem Präsidentenamt gedrängten Thabo Mbeki von der Regierungspartei abgewandt und die neu gegründete Partei COPE (Congress for the People) gewählt. COPE hat wegen interner Streitigkeiten seitdem an Zustimmung eingebüßt. Doch in den vergangenen Monaten wurden neue Parteien links und rechts vom ANC gegründet, die alle hoffen, von der Unzufriedenheit mit dem ANC und vor allem mit Präsident Jacob Zuma profitieren zu können. Die WählerInnen der Mitte, vor allem die neue schwarze Mittelschicht, werfen Zuma unter anderem die Verschwendung von Staatsgeldern beim Umbau seines Privathauses in der Provinz KwaZulu-Natal vor. Es geht um rund 200 Millionen Rand, umgerechnet etwa 18 Millionen Euro. Mitte März hatte Thuli Madonsela, Public Protector,<sup>2</sup> den lange erwarteten Bericht zu «Nkandla-Gate» vorgelegt.<sup>3</sup> Madonsele erhebt schwere Vorwürfe gegen den Präsidenten. Die Opposition strebt ein Amtsenthebungsverfahren gegen Zuma an. Kritik rufen auch Zumas enge Beziehungen zu der wirtschaftlich einflussreichen Gupta-Familie sowie Poligamie und Frauenaffären hervor. Zuma ist somit zu einer Belastung für den ANC geworden. Dies ist vielen in der Regierungspartei nicht erst seit dem Debakel während der offiziellen Gedenkfeier für

Nelson Mandela im Dezember vergangenen Jahres klarge worden, als Zuma vor laufenden Kameras und zahlreichen internationalen Gästen ausgebuht wurde.

Vor allem aber lastet die wirtschaftliche Malaise auf Gauteng, der bevölkerungsreichsten Provinz Südafrikas. Jedes Jahr wandern Tausende von Menschen aus anderen Teilen Südafrikas und des Kontinents zu, um in Johannesburg ihr Glück zu machen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Südafrika zum Abbau von einer Million Arbeitsplätzen geführt. Seit 2008/09 erholt sich das Land nur schleppend. Ohne Arbeit und häufig ohne Dach über dem Kopf und mangelhaft mit Wasser<sup>4</sup> und Strom versorgt, greifen immer mehr Menschen zum Mittel des Protestes. Vor allem in der Provinz Gauteng kommt es seit Jahren immer wieder zu teils gewalttätigen Demonstrationen gegen Versorgungsmängel, Misswirtschaft, Korruption und die Ignoranz der lokalen ANC-PolitikerInnen. Protest ruft in Gauteng auch die von der regionalen ANC-Regierung im Dezember vergangenen Jahres eingeführte Maut auf den Schnellstraßen der Provinz hervor. Sie stößt auch bei den Gewerkschaften auf Ablehnung. Viele der ehemaligen ANC-WählerInnen werden aus Enttäuschung der Wahl im Mai daher wahrscheinlich fernbleiben. Schwierig zu prognostizieren bleibt der Erfolg der erst vor Kurzem gegründeten Parteien: der Economic Freedom Fighters und der AGANG South Africa (AGANG SA). Die im Sommer 2013 vom ehemaligen ANC-Jugendliga-Präsidenten Julius Malema ins Leben gerufenen Economic Freedom Fighters (EFF) rechnen mit bis zu acht

Prozent der Stimmen. Malema setzt vor allem auf die Armen, Arbeitslosen und Niedriglöhner. Mit seinem Programm, das die Nationalisierung von Bergbauunternehmen und anderen Teilen der Wirtschaft, höhere Sozialleistungen und einen Mindestlohn von 4.500 Rand pro Monat vorsieht, will er die unzufriedenen ANC-WählerInnen in den Townships der großen Städte erreichen. Aber auch die über 300.000 Mitglieder der größten Einzelgewerkschaft NUMSA (National Union of Metallworkers South Africa) wollen die EFF für sich gewinnen, denn die Metallarbeitergewerkschaft hat sich mit dem ANC und dem mit dem ANC verbundenen Gewerkschaftsdachverband COSATU überworfen. Für NUMSA hat sich der ANC an das große Kapital verkauft. Ihr Generalsekretär Irvin Jim fordert wie Malema eine Nationalisierung von Teilen der Wirtschaft, um die Armut und soziale Ungleichheit<sup>5</sup> im Land zu überwinden, will die EFF jedoch nicht unterstützen. Für ihn ist Malema kein Politiker der Linken, sondern ein politischer Abenteurer in eigener Sache. Die NUMSA-Führung fordert dagegen eine neue linke Partei, lässt sich aber mit ihrer Gründung Zeit bis nach den Wahlen im Mai.

**Abb. 1: Ergebnisse der südafrikanischen Parlamentswahlen von 1994 bis 2009 (in Prozent)**

	ANC	DA	COPE	IFP	NP/NNP	Sonstige*
2009	65,9	16,7	7,4	4,6	–	3,4
2004	69,7	12,5	–	7,0	1,6	4,8
1999	66,4	9,6	–	8,6	6,9	5,6
1994	62,6	1,7	–	10,5	20,4	2,6

Quelle: <http://electionresources.org/za/>

ANC = African National Congress, DA = Democratic Alliance, COPE = Congress for the People, IFP = Inkatha Freedom Party, NP/NNP = National Party/New National Party, \* Independent Democrats (ID), United Democratic Movement (UDM), Freedom Front (FF) und African Christian Democratic Party (ACDP)

Die ebenfalls erst im vergangenen Jahr gegründete Partei AGANG SA unter der Führung von Mamphela Ramphele, Witwe des Anti-Apartheid-Kämpfers Steven Biko, wirbt vor allem um die WählerInnen der neuen (schwarzen) Mittelschicht. Ramphele prangert besonders Korruption und Misswirtschaft an und geriert sich als ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende von Goldfields, eine der größten südafrikanischen Minengesellschaften, als kompetente Wirtschaftslenkerin. Aber auch in den Townships der Großstädte, wo die Menschen auf die versprochenen Jobs, neue Häuser, Wasseranschluss und Sanitäreinrichtungen warten, kann AGANG SA mit Rampheles Kritik an der Misswirtschaft des ANC punkten. Der Einzug der neuen Partei in das Parlament in Kapstadt erscheint sicher. AGANG SA hat allerdings mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, die den Wahlkampf behindern. Anfang des Jahres preschte denn auch Ramphele mit der Nachricht vor, ihre Partei werde mit der etablierten Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) zusammengehen. Deren Spitzenkandidatin Hellen Zille regiert seit 2009 die Provinz Western Cape. Aber nur einen Tag nachdem man das Bündnis zwischen AGANG SA und der DA bereits im Fernsehen gefeiert hatte, musste es auch schon wieder abgeblasen werden, da viele Mitglieder von AGANG SA die Fusion ablehnen. Trotzdem rechnet sich die DA bei den Wahlen im Mai Chancen auf große Zugewinne aus (man plant landesweit mit 25 bis 30 Prozent der Stimmen) und will nun auch

die Provinz Gauteng gewinnen. Ob die Partei im Western Cape weiterhin die Regierung stellen wird, bleibt dagegen ungewiss. Auch hier gibt es unter der Bevölkerung, die große Hoffnungen in die DA gesetzt hatten, eine weitverbreitete Unzufriedenheit. Am meisten leidet jedoch der ANC unter dem wachsenden Missmut eines großen Teils der südafrikanischen Bevölkerung, die mit ihrer Lebenssituation unzufrieden ist. Die Wahlprognosen für den ANC sehen alles andere als gut aus. Seine traditionellen Bündnispartner – Südafrikas größter Gewerkschaftsverband COSATU und die SACP (South African Communist Party) – stehen weiterhin an der Seite des ANC und wollen mit ihm die Regierung fortsetzen. Sie verweisen auf die politischen Erfolge der vergangenen fünf Jahre. Nach Meinung von GewerkschafterInnen und KommunistInnen<sup>6</sup> ist eine linke Handschrift in der Regierungsarbeit weiterhin erkennbar. Auch im Wahlprogramm des ANC finden sich wichtige Forderungen der Linken wie die Einführung eines nationalen Mindestlohns, der Ausbau der öffentlichen Beschäftigung und die Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung.<sup>7</sup>

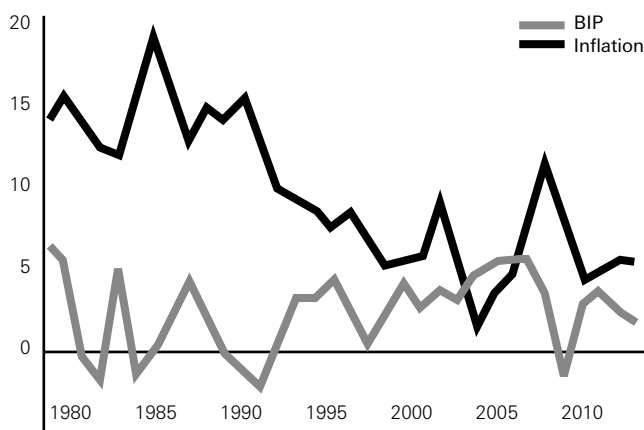
COSATU ist aber seit der Suspendierung seines Generalsekretärs Zwelenzima Vavi aufgrund einer Sexaffäre im letzten Jahr tief gespalten. Mit seinen über zwei Millionen Mitgliedern ist der Verband entscheidend bei der Mobilisierung der ANC-WählerInnen. Doch dieses Mal ist diese Mobilisierung schwierig, denn neben vielen Mitgliedern der Metallgewerkschaft NUMSA sind auch andere GewerkschafterInnen mit dem ANC und Jacob Zuma unzufrieden. Mobilisierungsprobleme hat COSATU aber auch deshalb, weil NUM, die Bergarbeitergewerkschaft und ehemals größte Einzelgewerkschaft, viele Mitglieder an die neue Gewerkschaft AMCU (Association of Mineworkers and Construction Union) verloren hat. AMCU hatte 2012 die Bergarbeiterstreiks in Marikana angeführt. Damals starben bei Protesten von Bergarbeitern in der Platinmine des Unternehmens Lonmin über 40 Menschen. 34 von ihnen wurden von Polizeikräften getötet. Bis heute liegt kein abschließender Bericht der eingesetzten Untersuchungskommission (Marikana Commission of Inquiry) vor. In der Kommission verhandelt wird auch die Rolle des ANC-Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa, der von den Bergarbeitern für das Massaker mitverantwortlich gemacht wird. Dieser hätte bei der Regierung um harte Maßnahmen gegen die Streikenden Bergarbeiter nachgesucht. Angesichts dieser schwierigen Lage – eine gewachsene Konkurrenz durch neue Parteien und Problemen in der Allianz von ANC, SACP und COSATU – setzt der ANC in erster Linie auf eine Wahlkampfstrategie, welche die Erfolge der eigenen Regierung in den letzten 20 Jahren feiert<sup>8</sup> und die politischen Gegner als «linke Abenteurer» und «Ewiggestrige» abzustempeln versucht.<sup>9</sup> Doch wie sieht die Bilanz der letzten 20 Jahre für die ANC-Regierungen in Sachen wirtschaftliche und soziale Entwicklung tatsächlich aus?

#### «A GOOD STORY TO TELL?»

Seit der Regierungsübernahme 1994 durch den ANC hat sich die wirtschaftliche Lage Südafrikas ohne Zweifel verbessert. Die südafrikanische Volkswirtschaft hat die Krisenjahre der Apartheid hinter sich gelassen und ist mit Ausnahme des Jahres 2009 infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise beständig gewachsen (vgl. Abb. 2).<sup>10</sup> Gelungen ist den ANC-Regierungen unter den Präsidenten Nelson Mandela (1994–1999), Thabo Mbeki (1999–2008), Kgalema Motlanthe (2008–2009) und Jacob Zuma (seit 2009) auch die Bekämpfung der hohen Inflation, die Mitte der 1980er Jahre zwischen

15 und 20 Prozent lag, und die Eindämmung der am Ende der Apartheid eskalierenden Staatsverschuldung. Fast ohne Erfolg blieben die ANC-Regierungen, was den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit betrifft. Zwar konnten sechs Millionen neue Arbeitsplätze seit 1994 geschaffen werden, doch die hohe Erwerbslosigkeit hielt wegen des im Vergleich mit anderen afrikanischen und asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern nur mäßigen Wirtschaftswachstums sowie der großen Zahl neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Menschen an. Besondere Probleme bereitet seit einigen Jahren der Kernbereich der südafrikanischen Wirtschaft: der Bergbau. Im Gegensatz zum Bergbauboom in vielen anderen Ländern Afrikas stecken viele südafrikanische Minen in der Krise. Seit 1994 wurden dort, wo über neun Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstehen und über 35 Prozent der Exporteinnahmen generiert werden, etwa 100.000 Arbeitsplätze abgebaut. Heute beschäftigt dieser Bereich noch 511.000 Menschen.

**Abb. 2: Makroökonomische Stabilisierung**  
Jährliche Veränderungsrate in Prozent



Quelle: South African Institute of Race Relations (2014): South African Survey 2013/2014, S. 94–95 und 122, Johannesburg.

Dass die Krise in Teilen des Bergbaus – wie von Unternehmensebene immer wieder betont wird – vor allem mit den zu hohen Produktions- bzw. Arbeitskosten in Südafrika zu tun hat, trifft nicht zu. Grund für die Bergbaukrise ist die wegen der weltweiten Autokrise seit 2008 zurückgegangene Nachfrage nach Platin,<sup>11</sup> dem wichtigsten Edelmetall Südafrikas. Der lange Zeit überhöhte Wechselkurs der südafrikanischen Währung Rand, der die Produktionskosten verteuerte, hat ebenso zum Rückgang in vielen Bereichen des Bergbaus beigetragen. Und schließlich sind als Grund die Diversifizierungsbemühungen der großen Bergbaukonzerne zu nennen, die seit Ende der Apartheid in anderen Teilen Afrikas investieren, um ihre große Abhängigkeit von Südafrika zu reduzieren.<sup>12</sup>

Neben dem Bergbau belastet auch die schleppende Entwicklung der verarbeitenden Industrie die gesamtwirtschaftliche Lage Südafrikas. In der Industrie gingen seit 1994 immerhin 300.000 Arbeitsplätze verloren. Grund hierfür ist vor allem die Öffnung des Binnenmarktes nach Ende der Apartheid. Südafrikas Textilindustrie ist in den letzten 20 Jahren wegen der starken asiatischen Konkurrenz fast gänzlich verschwunden. Die seit 1994 neu entstandenen sechs Millionen Jobs sind vor allem im Dienstleistungsbereich und in der öffentlichen Verwaltung angesiedelt, und hier vor allem auf der

Ebene der Provinzen (plus 350.000 neue Arbeitsplätze seit 1994). Den größten Zuwachs an Arbeitsplätzen hatte aber seit 1994 die Finanzbranche (Banken und Versicherungen) zu verzeichnen: von einst 193.000 auf 1,84 Millionen im Jahr 2013. Mit dem von der Regierung 2013 verabschiedeten National Development Plan 2030<sup>13</sup> ist vorgesehen, die Wirtschaft des Landes zu dynamisieren. Dafür zentral sind Investitionen in die Infrastruktur. Vor allem die unzureichende Versorgung mit Elektrizität behindert Neuinvestitionen in Industrie und Dienstleistungsbereich und damit mehr Wachstum und Beschäftigung.<sup>14</sup> Dringend erforderlich ist auch eine Verbesserung des südafrikanischen Bildungssystems. Auch hier konnten in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt werden. So hat sich etwa der Anteil der schwarzen Studierenden an den Universitäten deutlich erhöht. Doch noch immer verlassen zu viele junge Menschen die Schulen, ohne ausreichend lesen und schreiben zu können.

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor kann gerade für die große Zahl von schlecht ausgebildeten Menschen, die im privaten Sektor keine Anstellung finden, eine positive Rolle spielen. Der ANC will diesen Bereich weiter ausbauen und bis 2019 weitere sechs Millionen öffentlich geförderte Arbeitsplätze schaffen.<sup>15</sup> Neben den Millionen von Arbeitslosen und dem Heer der Unterbeschäftigten, die sich als Tagelöhner mit Löhnen von zehn Euro und weniger pro Tag verdingen müssen, sind auch viele ArbeitnehmerInnen in formalen Beschäftigungsverhältnissen unzufrieden. Grund sind auch hier die niedrigen Löhne. Die nominalen Lohnerhöhungen, welche die Gewerkschaften in den letzten Jahren durchsetzen konnten, bewegten sich zwischen acht und zehn Prozent pro Jahr und liegen damit über der Inflation von fünf bis sechs Prozent, doch außerhalb der Großbetriebe und der öffentlichen Verwaltung arbeiten viele außerhalb von Tarifverträgen. Der Durchschnittslohn liegt denn auch im privaten Sektor (ohne Landwirtschaft) mit etwa 7.000 Rand deutlich unter dem Durchschnittslohn von 10.000 Rand pro Monat im öffentlichen Sektor. Hinzu kommen weiterhin große Einkommensunterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen in Südafrika. 83 Prozent der «AfrikanerInnen» verdienen nur 50.000 Rand (ca. 3.500 Euro) und weniger pro Jahr. Der Anteil der «Weißen» an der Gruppe von SüdafrikanerInnen, die 750.000 Rand und mehr pro Jahr verdient, ist mit etwa 38 Prozent überproportional hoch.<sup>16</sup>

Den ANC-Regierungen gelang es in den letzten 20 Jahren, die Basisversorgung der Menschen zu verbessern. Seit 1994 wurden 3,3 Millionen neue Häuser gebaut und sieben Millionen Haushalte wurden an das Stromnetz angeschlossen. Darüber hinaus haben heute 92 Prozent der Menschen im Land Zugang zu Trinkwasser. Vielfach bedeutet dies aber nur ein Wasserhahn in Laufweite, denn nicht einmal 50 Prozent der Bevölkerung haben fließendes Wasser in ihren eigenen vier Wänden. Die Qualität der staatlichen Leistungen ist dann auch die Ursache für den Zorn der Menschen und ihren Protest, denn nicht wenige der neugebauten Häuser entsprechen nicht den Erwartungen, und nicht selten fällt in manchen Township über Tage oder Wochen die Wasser- oder Stromversorgung aus. Qualitätsprobleme existieren, wie bereits erwähnt, auch im Bildungsbereich. Südafrika gibt über sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Bildung aus, doch die Leistungen vieler Schulen bleiben schlecht. Als Erfolg kann der ANC die Ausweitung der staatlichen Sozialleistungen verbuchen. Gab es vor wenigen Jahren nur drei Millionen EmpfängerInnen von staatlichen Beihilfen, so sind



es heute 16 Millionen Menschen und ihre Familien, die Leistungen wie Kindergeld und Rente beziehen. Für viele Familien sind diese Transferzahlungen die einzigen Einkommen. Die absolute Armut ist auch wegen der Sozialleistungen in den vergangenen Jahren zurückgegangen.

### KANN DER ANC NOCH «CHANGE»?

Einen neuen Wirtschaftsboom konnte der ANC seit dem Ende der Apartheid nicht entfachen. Die Arbeitslosigkeit blieb in der Folge hoch. In den letzten Jahren kam es wegen der Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sogar zu einem erneuten Anstieg der Erwerbslosenzahlen. Was die wirtschaftliche Entwicklung anbelangt, hat der ANC seine eigenen Ziele verfehlt. Vor allem die schwache Beschäftigungslage steht dem Versprechen von 1994 entgegen, schnell für ein besseres Leben für alle («A better life for all») zu sorgen. Was die soziale Entwicklung anbelangt, so fällt die Bilanz für die ANC-Regierungen etwas besser aus. Die Versorgung mit Wohnungen, Sanitärreinrichtungen, Wasseranschlüssen und Strom konnte verbessert werden. Auch hat die bessere Versorgung der HIV-Infizierten und AIDS-Kranken seit dem Amtsantritt von Zuma 2009 die allgemeine Lebenserwartung wieder ansteigen lassen. Vor allem aber hat der Ausbau der Sozialleistungen die Lebenssituation vieler Menschen erleichtert. Dennoch ergibt der Blick zurück auf die eigenen Leistungen für den ANC ein gemischtes Bild. Der ANC wird am eigenen Versprechen, ein besseres Leben «für alle», gemessen. Dieses Versprechen basierte teils auf falschen Annahmen über die Lage der südafrikanischen Wirtschaft, die Ende der 1980er Jahre aufgrund der Sanktionen, der hohen und mehr und mehr kreditfinanzierten Ausgaben des Apartheidstaates für Militär und Polizei und der grassierenden Korruption und Misswirtschaft des alten Regimes in einem miserablen Zustand war. Der ANC war auf diese schwierige ökonomische Lage nicht vorbereitet, wie sich auch am übereilten wirtschaftspolitischen Kurswechsel zwischen 1994 (Reconstruction and Development Programme) und 1996 (Growth, Employment and Redistribution) zeigte, als man wegen der schwierigen Finanzlage des Staates und ausbleibendem Wachstum von einem Verteilungs- auf ein Austeritätsprogramm umschaltete.<sup>17</sup>

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelang es den ANC-Regierungen mit ihrer Sozialpolitik, ihren Maßnahmen zur bevorzugten Einstellung von ehemals benachteiligten Bevölkerungsgruppen (Black Economic Empowerment) und der Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors das Leben vieler Menschen zu verbessern. Aber auch viele in dieser großen Wählergruppe stellen die Fähigkeit des ANC infrage, weiter für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sorgen zu können. Dagegen geriert sich seit einigen Jahren die Democratic Alliance als politische Kraft des Wandels. Sie verweist auf die bessere wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Provinz Western Cape, wo sie seit 2009 regiert. Die Economic Freedom Fighters wollen den Menschen glauben machen, dass Wandel nur mit radikalen Veränderungen wie etwa der Nationalisierung der Bergbauunternehmen und der Landwirtschaft zu erreichen ist. Dem ANC fällt es schwer, sich angesichts der Korruptionsaffären und der Misswirtschaft als verlässlicher Motor des Wandels zu präsentieren. Vielen ist die «Textbook Saga» noch gut in Erinnerung, als SchülerInnen in der Provinz Limpopo im Jahr 2012 monatelang vergeblich auf Ihre Schulbücher warten mussten.<sup>18</sup> Statt «Change» assoziieren heute immer mehr

Menschen Bereicherung und Inkompetenz mit dem ANC. Der Tod Nelson Mandelas im Dezember 2013 und die Tage der Erinnerung an seine außerordentliche Lebensleistung haben den Verfall der politischen Integrität an der Spitze des Staates seit Abgang des «Vaters der Nation» vielen vor Augen geführt.

Die Wahlen im Mai wird der ANC mit großer Sicherheit noch einmal gewinnen. Die ländliche Bevölkerung wird in ihrer übergroßen Mehrheit wieder für ihn stimmen. Vor fünf Jahren haben in vielen ländlich geprägten Provinzen zwischen 70 und über 80 Prozent der Bevölkerung den ANC gewählt. Dort kann der ANC auch auf ein gut geknüpft Patronagenetzwerk zur Mobilisierung der WählerInnen zurückgreifen. Die Regierungspartei übt nicht selten mit den erstarkten traditionellen Führern eine große Macht aus und entscheidet meist über die Verteilung von Land und die Vergabe von Jobs. Für den ANC geht es bei diesen Wahlen vor allem um Gesichtswahrung. Die Niederlage darf nicht zu derb ausfallen. Danach wird das Rätselraten losgehen, ob Jacob Zuma fünf volle Jahre als Präsident durchhalten wird. Die große Aufgabe für einen möglichen Nachfolger ist klar: den ANC revitalisieren.

Armin Osmanovic leitet seit 2010 das Auslandsregionalbüro Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.citypress.co.za/politics/ancs-45-poll-panic/>. <sup>2</sup> Die Funktion des Public Protector im südafrikanischen Staatssystem entspricht in Teilen der Funktion des deutschen Rechnungshofs. <sup>3</sup> «A Licence to Loot». The Nkandla Report, in: Mail & Guardian vom 20.3.2014, unter: <http://mg.co.za/report/zumaville-a-special-report>. <sup>4</sup> Davids, Nashira: No water in 25% of homes, in: Times live vom 12.3.2014, unter: <http://www.timeslive.co.za/thetimes/2014/03/12/no-water-in-25-of-homes>. <sup>5</sup> Die soziale Ungleichheit hat – gemessen anhand des GINI-Indexes – leicht zugenommen. (vgl. South African Institute of Race Relations: South African Survey 2011. Johannesburg, S. 209). <sup>6</sup> Vgl. Interview mit Jeremy Cronin («Es gibt heute mehr Raum für andere Entwicklungswege»), in: Neues Deutschland vom 5.10.2013, unter: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/835034.es-gibt-heute-mehr-raum-fuer-andere-entwicklungswege.html>. <sup>7</sup> ANC-Election Manifesto: «Together we move South Africa forward», unter: <http://www.anc.org.za/2014/manifesto/>. <sup>8</sup> «Together we move South Africa forward» und «We have a good story to tell» sind die zentralen Wahlkampfslogans des ANC. <sup>9</sup> Melusi Gigaba, Minister für öffentliche Unternehmen, bezeichnete die DA als Teufel. <sup>10</sup> 1994 betrug das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Südafrika 1.100 Milliarden Rand, 2012 belief es sich auf 1.954 Milliarden Rand. <sup>11</sup> Anfang 2008 hatte der Platinpreis ein Hoch von über 2.200 US-Dollar je Unze erreicht. Infolge der Krise sank der Preis bis Ende 2008 auf etwa 750 US-Dollar. Gegenwärtig liegt der Preis bei 1.400 US-Dollar. <sup>12</sup> Die Sanktionen des Westens gegen die Apartheid hatten eine geografische Diversifizierung der südafrikanischen Bergbaukonzerne verhindert. <sup>13</sup> Vgl. National Development Plan 2030, unter: <http://www.gov.za/issues/national-development-plan/>. <sup>14</sup> Wegen der unzureichenden Strommenge kommt es in Südafrika immer wieder zu Notabschaltungen. Vor allem vor der Krise 2008/09, als Südafrikas Wirtschaft boomte, wurde die Elektrizität knapp. <sup>15</sup> ANC-Election Manifesto «Together we move South Africa forward», unter: <http://www.anc.org.za/2014/manifesto/>. <sup>16</sup> Südafrikas Bevölkerung nach Gruppen (in Millionen): «Afrikaner und schwarze SüdafrikanerInnen» 42,3 Millionen, «Weiße» 4,6 Millionen; «Coloured» 4,8 Millionen und indischstämmige SüdafrikanerInnen 1,3 Millionen. SAIRR 2014: S. 3. <sup>17</sup> Vgl. Prince Mashele/Mzukisi Qobo (2014): The Fall of the ANC. What Next? Johannesburg. <sup>18</sup> «On the Trail of South Africa's missing textbooks», in: BBC New Africa vom 3.10.2012, unter: <http://www.bbc.com/news/world-africa-19802372>.

ALEJANDRO MANTILLA O.

## FÜNFZIG JAHRE EINSAMKEIT

BEI DEN WAHLEN IN KOLUMBIEN TRITT RECHTSAUSSEN  
GEGEN MITTE-RECHTS AN – EINE AUSNAHME IN LATEINAMERIKA

Nach fast zwei Jahrzehnten des Stillstands melden sich in Kolumbien die sozialen Organisationen mit massiven Protesten zurück. 2013 war das Jahr mit den meisten Protestaktionen seit 1975. Anfang Mai 2014 kam es erneut zu einem sogenannten Agrarstreik, das heißt zu landesweiten Straßenblockaden vor allem durch KleinbäuerInnen. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai stehen die Agrarpolitik und die Landfrage, die auch die Friedensverhandlungen mit der FARC in Havanna bestimmt haben, wieder im Zentrum der Auseinandersetzungen. Die Proteste richten sich gegen die Auswirkungen des in den letzten Jahren vertieften neoliberalen Freihandelsmodells, das für mehr Armut auf dem Land sorgt. Präsident Santos liegt in der Wählergunst zwar weit vor allen anderen KandidatInnen, kann aber nur ein Drittel aller Wählerstimmen auf sich vereinigen. Deshalb wird es vermutlich zu einer Stichwahl kommen. Die Linke liegt abgeschlagen auf dem vierten Platz, obwohl ihre Themen die Proteste bestimmen.

*«Zieh dir die Schuhe an und hilf mir, diesen Scheißkrieg zu beenden.» Als er dies sagte, wusste er nicht, dass es leichter ist, einen Krieg anzufangen als ihn zu beenden.*

Oberst Aureliano Buendía zu Oberst Márquez in Gabriel García Márquez' Roman «Hundert Jahre Einsamkeit»

Die Worte von Oberst Buendía könnten passender nicht sein, um die heutige Situation in Kolumbien zu beschreiben. Nach monatelangen, vorsichtigen Geheimverhandlungen kündigte Präsident Juan Manuel Santos am 4. September 2012 offizielle Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP-Guerilla (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) an. Auch mit der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) seien Friedensverhandlungen möglich. Ein Erfolg der Verhandlungen zwischen Regierung und den Rebellengruppen würde einer bewaffneten Auseinandersetzung ein Ende bereiten, die Kolumbien seit fast fünfzig Jahren geißelt.

Die traditionelle politische und militärische Macht war in Kolumbien schon immer eng mit dem Großgrundbesitz verknüpft, der nicht nur die Stütze des politischen Systems, sondern auch die Wurzel des bewaffneten Konflikts ist. Der Großgrundbesitz war schon immer eine Art regulierendes Element der nationalen Politik.

Es überrascht deshalb nicht, dass das Thema Landreform bei den Verhandlungen zwischen Regierung und FARC an erster Stelle stand. Den verschiedenen Akteuren im bewaffneten Konflikt geht es letztlich um Landbesitz. Die mit den Guerillas sympathisierenden politischen Kräfte artikulierten

sich rund um die Verteidigung der KleinbäuerInnen und die Forderung nach einer Landreform. Demgegenüber kann das paramilitärische Projekt, das seit Anfang der 1980er Jahre von den großen ViehzüchterInnen, LandbesitzerInnen und DrogenhändlerInnen betrieben wird, als Reaktion auf die Friedensverhandlungen mit der Guerilla verstanden werden, um eine mögliche Landreform zu verhindern.

In den 1990er Jahren verschärfte sich die Situation durch die große Zahl an Vertreibungen. Staatlichen Berechnungen zufolge wurden in den Jahren 1996 bis 2012 insgesamt 4.744.046 Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben.<sup>1</sup> Diese Vertreibungen hatten eine regelrechte Umstrukturierung des Territoriums und der verfügbaren Landflächen zur Folge. Hauptsächlich betroffen waren Kleinbauernfamilien, indigene und afrostämmige Gemeinden, die ihr Land zurücklassen mussten. Die Hauptursache der Vertreibungen ist Landraub, der zugunsten großer Agroindustrie-, Bergbau- und Energieprojekte stattfindet oder neue Flächen unter die Kontrolle des Drogenhandels bringen soll. Die Vertreibungen sind also nicht etwa eine Nebenwirkung des Konflikts, sondern das eigentliche Ziel der bewaffneten Akteure, insbesondere der Paramilitärs, und der – legalen und illegalen – UnternehmerInnen in ländlichen Gegenden, die die «Akkumulation durch Enteignung» (Harvey) in großem Stil betreiben und zum Modell erhoben haben.

Die enge Verstrickung zwischen bewaffneten Akteuren und Akteuren aus der Politik, das Fehlen einer Politik, die die Landreform vorantreiben, den traditionellen Großgrundbesitz aufteilen und die Rückkehr der Vertriebenen ermögli-

chen würde, sowie die systematische Verfolgung bestimmter Teile der Linken erschweren die Beendigung des Krieges. Nichtsdestotrotz dauern die Friedensbemühungen an.

Bisher wurden in den Friedensverhandlungen zwischen FARC und Regierung zwei Themen diskutiert: die Entwicklung des ländlichen Raums und die Möglichkeiten politischer Partizipation. Derzeit wird der dritte Punkt – der illegale Drogenhandel – erörtert. Zwei weitere Punkte stehen noch aus: die Entschädigung der Opfer sowie die Beendigung des Konflikts. Unter diesem letzten Aspekt sollen Themen wie die Beendigung der Feindseligkeiten und die Niederlegung der Waffen ausgehandelt werden. Der bisherige Prozess hat deutlich gemacht, dass es sich um den ernsthaftesten Versuch zur Beendigung des Konflikts seit fünfzig Jahren handelt. Dennoch sind die sozialen Bewegungen skeptisch: Zum einen stellt sich die Frage, ob und in welchem Maße das Verhandlungsergebnis tief greifende gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen oder ob nicht vieles einfach beim Alten bleibt. Zum anderen kritisieren sie, dass die kolumbianische Gesellschaft bisher kaum an den Verhandlungen teilhat. Weil das bei Verhandlungen mit der ELN vermutlich anders wäre, ist dieser Aspekt von zentraler Bedeutung.

Auch wenn es einfacher ist, einen Krieg anzuzetteln als ihn wieder zu beenden, halten die Menschen in Kolumbien an der Hoffnung auf Frieden fest.

## **PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN UND DIE GEFAHR DER GLEICHGÜLTIGKEIT**

Die Friedensverhandlungen finden parallel zum Präsidentschaftswahlkampf für die Amtsperiode der Jahre 2014 bis 2018 statt. Bisher ist Präsident Juan Manuel Santos der Favorit, er liegt in sämtlichen Umfragen weit vor seinen MitbewerberInnen. Allerdings ist der Wahlkampf von einer großen Apathie geprägt. Im Unterschied zu früheren Jahren entwickeln die KandidatInnen nur mäßigen Enthusiasmus. Santos führt die Umfragen an, weil er verspricht, die Friedensgespräche weiterzuführen und weil er sich im Parlament auf eine Koalition stützen kann, die ihm die Stimmen der Mehrheit der politischen Klasse sichert – bestehend aus Liberalen, der Sozialen Partei der Nationalen Einheit, kurz: Partido de la U, und der Partei Cambio Radical (Radikaler Wandel). Die Wiederwahl Santos' ist also wahrscheinlich, und dies, obwohl seine Beliebtheit im Laufe seiner Amtszeit deutlich abgenommen hat. Beweis hierfür sind die immer häufiger werdenden Proteste, die die Unzufriedenheit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zum Ausdruck bringen. Immerhin war 2013 das Jahr mit den meisten Demonstrationen und Protestaktionen in Kolumbien seit 1975.<sup>2</sup>

Aber Santos' GegenkandidatInnen schaffen es nicht, sich diesen Popularitätsverlust zunutze zu machen. Seine wichtigsten Widersacher sind der Liberale Enrique Peñalosa, ehemaliger Bürgermeister von Bogotá, der sich in seiner politischen Vision nur wenig vom amtierenden Santos unterscheidet, sowie Oscar Iván Zuluaga vom sogenannten Demokratischen Zentrum, der von Expräsident Álvaro Uribe gegründeten neuen Rechtspartei. Neuere Umfragen legen nahe, dass einer der beiden im zweiten Wahlgang gegen Präsident Santos antreten wird.

Für die Linke steht das Zwei-Frauen-Gespinn aus Clara López vom Polo Democrático und Aída Avella von der Patriotischen Union an vierter Stelle in der Präferenz der WählerInnen. Die politisch erfahrene Clara López hat bereits viele wichtige Ämter bekleidet, unter anderem war sie Bür-

germeisterin von Bogotá, wogegen Aída Avella erst vor Kurzem aus 17 Jahren Exil zurückgekehrt ist, in das sie mehrere, auf sie verübte Attentatsversuche gezwungen hatten. Auch wenn sie kaum reale Chancen zu haben scheint, spiegelt die Kandidatur von López und Avella doch den Willen zur Einheit einiger Strömungen in einer ansonsten zersplitterten Linken wider. Wenn es den beiden Kandidatinnen allerdings gelingt, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu bündeln und die Protestbewegung für sich einzunehmen, ist nicht ausgeschlossen, dass sie bei den Wahlen Ende Mai noch für eine Überraschung sorgen.

In den vergangenen Jahren prägte der Konflikt zwischen dem amtierenden Präsidenten Santos und seinem Vorgänger Uribe die kolumbianische Politik. Letzterer hatte Santos in seinem ersten Wahlkampf unterstützt. Doch einmal an der Macht, schlug Santos einen liberaleren Kurs ein, distanzierte sich mehr und mehr vom konservativen, kriegstreibenden Erbe seines Vorgängers und begann, sich auf die Einleitung von Friedensverhandlungen zu konzentrieren. Santos kann auf die Unterstützung der traditionellen Bourgeoisie in den Städten und der großen transnationalen Investoren zählen, Uribe rekrutierte seine AnhängerInnen aus Großgrundbesitz- und Armeekreisen. Nach dem Bruch zwischen Uribe und Santos wurde Uribe zum wichtigsten Anführer der Rechtsopposition und gründete mit dem Centro Democrático eine neue Partei.

Die Einsamkeit Kolumbiens im ansonsten so progressiven lateinamerikanischen Kontext liegt darin begründet, dass hier eine Mitte-rechts-Regierung an der Macht ist und die stärkste oppositionelle Kraft auch noch aus der extremen Rechten kommt. Bei den Parlamentswahlen im vergangenen März erhielt die Uribe-Partei zwölf Prozent der Stimmen und war damit hinter dem Partido de la U – der Partei von Juan Manuel Santos – die zweitstärkste politische Kraft. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass der rechte Kandidat wirklich zum Präsidenten gewählt wird.

Das wichtigste Wahlkampfthema sind zweifellos die Friedensverhandlungen. Während Santos, Peñalosa und López versichern, dass sie die Friedensbemühungen fortsetzen werden, hat Zuluaga den Friedensprozess wiederholt kritisiert, sodass davon ausgegangen wird, dass ein Wahlerfolg seinerseits das Ende der Hoffnung auf ein Ende des Konflikts bedeuten würde.

## **DIE WIDERSPRÜCHE DER LINKEN**

Die massiven sozialen Proteste zeigen deutlich den Popularitätsverlust der Regierung Santos'. Ein Beispiel dafür war der landesweite Agrarstreik im August 2013 – eine der größten und bedeutendsten Protestaktionen der vergangenen Jahrzehnte. Obwohl ein Großteil dieser Proteste von linken Organisationen initiiert wurde, sind die Wahlchancen der Linken gegenüber den Rechtsparteien minimal. Die Linke ist auf der Straße stark, doch vermag sie diese Kraft nicht in Wählerstimmen umzumünzen. Die Linkspartei Polo Democrático konnte bei den Parlamentswahlen im vergangenen März gerade einmal fünf von insgesamt 100 Senatorensitzen erobern. Dieses Ergebnis zeigt deutlich den hohen Preis, den die Zersplitterung innerhalb der Linkspartei Polo Democrático fordert, bringt aber auch die Schwierigkeiten und Probleme einer linken Opposition im Kontext von Krieg und Verfolgung zum Ausdruck.

Ende 2013 wurde Gustavo Petro, Bürgermeister von Bogotá, Exguerillero der M-19-Bewegung und heute eine der

prominentesten Figuren der kolumbianischen Linken, seines Amtes enthoben. Der Generalstaatsanwalt, ein erzkatholischer Konservativer, hatte Petro kurzerhand seines Amtes enthoben – eine Strafmaßnahme, die in der Öffentlichkeit mehrheitlich als übertrieben und unbegründet wahrgenommen wurde. Petro wird nicht etwa der Korruption beschuldigt, er hatte sich Ende des Jahres 2012 lediglich gegen das vorherrschende neoliberale Privatisierungsmodell gestellt, indem er versucht hatte, ein Müllentsorgungssystem einzuführen, in dem staatliche Betriebe wieder die Oberhand über private Firmen gewinnen. Damit hatte er gegen ein Gesetz verstoßen. Das Verfahren gegen den Bürgermeister verstärkt den Eindruck, dass die Linke mit einer Kombination aus juristischen und gewalttätigen Methoden systematisch verfolgt wird. Nach der Amtsenthebung kam es zu massiven Protesten. Durch einen klugen juristischen Schachzug gelang es Petro, sein Amt zumindest zeitweise wieder zurückzugewinnen. Doch stehen in dieser Sache noch mehrere Urteile aus, weshalb es voreilig wäre, Vermutungen über ihren endgültigen Ausgang anzustellen.

Dies ist der Kontext, in dem die gespaltene kolumbianische Linke darum kämpft, sich neu zu organisieren und ihre Einheit und Mobilisierungskraft zurückzugewinnen. Vom 15. bis 17. März 2014 fand ein Gipfeltreffen von Agrar-, Kleinbauern-, ethnischen und anderen Basisorganisationen statt (Cumbre Agraria, Campesina, Étnica y Popular). Zahlreiche unterschiedliche Kleinbauern-, Agrar-, indigene und Afroorganisationen haben einen gemeinsamen Forderungskatalog erstellt, dem sie kurz vor den Wahlen mit einer Aktion Nachdruck verleihen wollen, die dem Streik im vergangenen Jahr in nichts nachzustehen verspricht. Die Forderungen betreffen Landnutzungspläne, die Agrarreform, den Umweltschutz, Garantien für zivile und soziale Rechte, die Trans-

formation des Wirtschaftsmodells sowie die Beteiligung der organisierten Gesellschaft auf dem Weg zum Frieden.<sup>3</sup>

Die ungleiche Verteilung von Land und Boden ist, wie gesagt, nicht nur das Fundament des politischen Regimes, sondern auch der Ausgangspunkt des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Deshalb ist die Mobilisierung der ländlichen Gruppierungen ein Schlüsselmoment für die Veränderung der Kräfteverhältnisse in einer von Gewalt und Ungleichheit geprägten Gesellschaft. Hier liegt die Chance der Linken, die soziale Unzufriedenheit zu ihren Gunsten und in Richtung eines Projekts zu kanalisieren, das nicht nur den langersehnten Frieden anstrebt, sondern auch die tief greifende Transformation des herrschenden wirtschaftlichen und politischen Modells.

Alejandro Mantilla Q. ist Direktor des Bildungs- und Forschungszentrums CEDINS, einer Partnerorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kolumbien.

Übersetzung: Cordi Thöny

---

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im monatlichen Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

---

<sup>1</sup> Die Zahlen sind dem Bericht «Basta ya» entnommen, siehe [www.centrodehistoriahistorica.gov.co/micrositios/InformeGeneral/estadisticas.html](http://www.centrodehistoriahistorica.gov.co/micrositios/InformeGeneral/estadisticas.html). <sup>2</sup> Siehe Cinep (Hrsg.): *Luchas sociales en Colombia 2013, Bogotá 2014*, unter: [http://issuu.com/cinepppp/docs/informe\\_especial\\_luchas\\_sociales\\_en/1?e=3199483/7610941](http://issuu.com/cinepppp/docs/informe_especial_luchas_sociales_en/1?e=3199483/7610941). <sup>3</sup> Siehe <http://congresodelospueblos.org/index.php/pueblo-en-lucha/cumbre-agraria/484-pliego-de-exigencias-de-la-cumbre-agraria>.

MELANIE MÜLLER

## WEG ZUR NEUEN PARTEI IST NOCH WEIT

IN SÜDAFRIKA STREBT DIE METALLARBEITERGEWERKSCHAFT NUMSA  
EIN BÜNDNIS MIT PROTESTBEWEGUNGEN GEGEN DIE REGIERUNG AN

Mitte der 1990er Jahre formierte sich in Südafrika Widerstand gegen die wirtschaftsliberalen Reformen der vom African National Congress, der South African Communist Party und dem Congress of South African Trade Unions (COSATU) getragenen Regierung. Damals entstanden neue soziale Bewegungen. Sie kämpfen seitdem für bessere Lebensbedingungen der armen und marginalisierten Bevölkerungsschichten, allerdings meist in deutlicher Abgrenzung oder sogar in Konfrontation zu den etablierten Gewerkschaften, die unter anderem im Dachverband COSATU zusammengeschlossen sind. Diese Situation führte zur Schwächung der kritischen und linken Stimmen in Südafrika. Doch nun gibt es Chancen auf eine Annäherung. Im Dezember 2013 ist die größte Mitgliedsgewerkschaft von COSATU, die National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA), auf Distanz zur regierenden Dreier-Allianz gegangen und hat den African National Congress (ANC) auch bei den Wahlen im Mai 2014 nicht mehr unterstützt.

In den letzten Monaten hat die NUMSA wiederholt und zum Teil in Allianz mit anderen Gewerkschaften zu Protesten und Streiks aufgerufen und verstärkt die Nähe zu sozialen Bewegungen gesucht. Hoffnung auf eine dauerhafte Zusammenarbeit besteht auf beiden Seiten. Das langfristige Ziel ist die Bildung einer sozialistischen Bewegung und «United Front», die eine Alternative zur wirtschaftsliberalen Programmatik des ANC formulieren sollen. Die «United Front» soll eine Plattform bieten und die politischen Kämpfe für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen koordinieren. Zudem will NUMSA gemeinsam mit den sozialen Bewegungen die Chancen auf die Gründung einer neuen Partei erörtern. Diese könnte dann im Jahr 2019 eine linke Wahlalternative zum ANC darstellen.<sup>1</sup>

Unter sozialen Bewegungen wird in der Bewegungsforschung ein «auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verändern oder rückgängig machen wollen»,<sup>2</sup> verstanden. Die Herausbildung bestimmter Organisationsformen wie Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften oder gar Parteien steht keinesfalls im Widerspruch dazu, Teil einer Bewegung zu sein. Vielmehr können diese auch als Zentren von Bewegungen fungieren, Protest und Widerstand unterstützen oder gar organisieren, was in Südafrika auch häufig geschieht. Darüber hinaus spielen unabhängige AktivistInnen, aber auch Basisgruppen

aus Townships und ländlichen Gebieten eine wichtige Rolle in Südafrika. Zu den Protestbewegungen, die seit Mitte der 1990er Jahre in Südafrika große Aufmerksamkeit erfahren haben, gehören das Anti-Privatization-Forum (gegründet im Jahr 2002; allerdings nicht mehr aktiv in der ursprünglichen Form), das SOWETO Electricity Crisis Committee, das sich für die kostenlose Stromversorgung in den Townships von Johannesburg einsetzt, oder Abahlali baseMjondolo, ein breites Netzwerk von *shack dwellers* (BewohnerInnen von *shacks*, also Blechhütten oder Bretterbuden in meist informellen städtischen Siedlungen), die für das Recht auf menschenwürdiges Wohnen sowie weitere soziale Rechte für die Armen und ihre stärkere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kämpfen.<sup>3</sup> Darüber hinaus gibt es Basisbewegungen, die insbesondere für die Belange der Arbeitslosen oder der Landlosen eintreten. Diese Gruppen, die zum Teil aus der Anti-Apartheid-Bewegung entstanden sind, koordinieren in Südafrika die sozialen Kämpfe in verschiedenen Politikbereichen, organisieren Demonstrationen auf nationaler und lokaler Ebene und versuchen, die verschiedenen Forderungen zu bündeln. Abzugrenzen von diesen Bewegungen sind Aufstände (*riots*), die sich insbesondere in den armen Wohnvierteln gegen die schlechten Zustände vor Ort richten, die allerdings weniger koordiniert stattfinden.<sup>4</sup>

Hintergrund vieler dieser Proteste und Widerstandsbewegungen ist der Kampf um die Ausrichtung der südafrikanischen Wirtschaftspolitik. Sie sind Ausdruck großer Unzu-

friedenheit innerhalb der südafrikanischen Bevölkerung und massiver Enttäuschungen mit der Regierungspolitik. Während die Gewerkschaften zu Beginn von den neu entstandenen sozialen Bewegungen noch als potenzielle politische Partner gesehen wurden, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen beiden zusehends.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre zeichnete sich ab, dass Teile des ANC, darunter auch Nelson Mandela, einen wirtschaftsliberalen Kurs einschlagen würden. Südafrika sollte ins internationale Wirtschaftssystem integriert werden. Verbunden damit war die Hoffnung auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, insbesondere für die schwarze Bevölkerung. Dieser Kurs wurde unter Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki verschärft, auch mit Unterstützung des linken Lagers. Bereits nach den ersten Wahlen bildete sich in Südafrika eine besondere Regierungskonstruktion: die Dreier-Allianz zwischen dem ANC, der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) und COSATU. Die SACP und COSATU als Gewerkschaftsverband treten nicht selbst bei den Wahlen an. Sie unterstützen den ANC allerdings finanziell und ideell, indem sie etwa ihre Mitglieder zur Wahl des ANC aufrufen und während der Regierungszeit eine strategische Allianz mit dem ANC bilden. Die Gewerkschaften und auch die Kommunistische Partei – so zumindest lange Zeit die Hoffnung vieler AktivistInnen, die dem ANC schon länger kritisch gegenüberstehen – sollten als Bindeglied zwischen kritischer Zivilgesellschaft und der ANC-Regierung fungieren und eine progressive Politik durchsetzen. Denn sowohl COSATU als auch die SACP hatten versprochen, sich als Teil der Regierung für die Umsetzung der «Freedom Charter», die bis heute als offizielles Programm des ANC gilt, starkzumachen. Doch als das auf Basis der «Freedom Charter» beschlossene Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm von 1994 bereits zwei Jahre später zugunsten der neoliberalen Wachstumsstrategie «Growth, Employment and Redistribution» (GEAR) verworfen wurde und die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten größer wurden als zu Zeiten der Apartheid,<sup>5</sup> wandten sich viele vormalige UnterstützerInnen der Allianz enttäuscht von ihr ab und setzten auf die außerparlamentarische Opposition.

Lange Zeit waren die sozialen Bewegungen in Südafrika recht isoliert. COSATU verabschiedete im Jahr 2003 eine Resolution, welche die Zusammenarbeit mit allzu kritischen Bewegungen aufkündigte – auch um die Allianz zu festigen.<sup>6</sup> Diese Resolution fasste die Wahrnehmung vieler Gewerkschaften zusammen, die in den sozialen Bewegungen keine politisch und demokratisch legitimierte Akteure sahen. COSATU kritisierte die verschiedenen und teilweise unkoordinierten Forderungen der Bewegungen. Im Gegensatz dazu sahen sich die AktivistInnen von den Gewerkschaften verraten und warfen diesen vor, soziale Fragen zu vernachlässigen und sich mehrheitlich nur noch für die Belange der Beschäftigten, nicht aber für die Interessen der armen Bevölkerungsgruppen wie die Arbeits- oder Landlosen einzusetzen. Durch diese Zersplitterung war es extrem schwierig, den wirtschaftsliberalen Stimmen im ANC eine überzeugende politische Alternative gegenüberzustellen und dafür Mehrheiten zu mobilisieren. Zwar gab es in den letzten Jahren immer wieder Versuche von engagierten Gewerkschaftsmitgliedern, insbesondere aus den linken und kritischen Gewerkschaften, und verschiedenen politischen AktivistInnen, die vorhandenen Gräben zu überwinden, doch solange die Gewerkschaften als Teil der Regierung die Politik im Land mit zu verantworten hatten, schien keine wirkliche Annäherung möglich zu sein.

## MARIKANA – EINE ZÄSUR

Das Massaker von Marikana im August 2012 hat diese Situation verändert. Bei einem Arbeitskampf in einem Platinbergwerk des Lonmin-Konzerns in der Nordwest-Provinz im Distrikt Bojanala Platinum wurden 44 Menschen erschossen, darunter 34 Minenarbeiter. Die anderen Opfer waren Sicherheitskräfte und Polizisten. Vorausgegangen war ein siebentägiger Streik, mit dem die Arbeiter (der Minensektor in Südafrika ist eine Männerdomäne) höhere Löhne erkämpfen wollten – und zwar ohne die National Union of Mineworkers (NUM), die Minenarbeitergewerkschaft, von der sie sich nicht mehr vertreten fühlten. Am siebten Tag eröffnete die Polizei das Feuer auf die Demonstrierenden: 34 von ihnen starben, weitere wurden verletzt. Zwar setzte die südafrikanische Regierung Ende 2012 die «Marikana Commission of Inquiry» ein, auch «Farlam Commission» (nach ihrem Vorsitzenden Ian Gordon Farlam) genannt.<sup>7</sup> Es war vorgesehen, dass die Kommission ihre Ergebnisse im April 2013 veröffentlichten sollte, sie hat ihre Arbeit aber immer noch nicht abgeschlossen. Beobachter wie Benjamin Fogel, Autor des Magazins *Amandla*, ziehen eine kritische Bilanz: «Eine Untersuchungskommission in Südafrika einzurichten, scheint der einfachste Weg, etwas zu verschleiern und die Zustimmung der Öffentlichkeit zu erhalten.»<sup>8</sup> Mittlerweile sind mehrere Filme entstanden, die sich mit dem Ereignis auseinandersetzen. Allerorten diskutieren AktivistInnen das Vorgehen des Staates und kommen zu dem Ergebnis, dass dieses in den letzten Jahren immer repressiver geworden ist. Solidarität mit den Opfern von Marikana und ihren Familien und die Kritik an Repressionen durch die Regierung vereint viele Gruppen. Auch innerhalb der Gewerkschaften wird heftig debattiert. Die NUM hatte sich zunächst eher zurückhaltend zum Vorgehen der Polizei geäußert, was von anderen Mitgliedsorganisationen von COSATU auf das Heftigste kritisiert und auch öffentlich angeprangert wurde. Nach Marikana tobte auch innerhalb des Dachverbands COSATU eine Auseinandersetzung darüber, inwieweit die meisten Gewerkschaftsfunktionäre schon längst nicht mehr die Interessen ihrer Mitglieder, also die der Arbeiterschaft, sondern die der Wirtschaft vertreten.

Der Bruch innerhalb von COSATU ist mittlerweile kaum noch zu übersehen. Insbesondere der NUMSA kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter ist mit rund 340.000 Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft in COSATU.<sup>9</sup> Sie hatte bereits im Dezember 2013 angekündigt, den ANC bei den Wahlen im Mai 2014 nicht mehr unterstützen zu wollen. Ausgelöst wurde dies durch die Suspendierung des COSATU-Generalsekretärs Zwelinzima Vavi. Er hatte sich immer wieder kritisch zur Dreier-Allianz geäußert, die vielen Korruptionsfälle angeprangert und auch die Gewerkschaften wieder stärker als Interessenvertretungen der Arbeiterschaft in die Pflicht nehmen wollen. Als er beschuldigt wurde, eine Mitarbeiterin vergewaltigt zu haben (dieser Vorwurf ist bislang noch nicht umfassend aufgeklärt), wurde er im August 2013 ohne demokratische Abstimmung von COSATU von seinem Posten abgezogen. Im Dezember 2013 führte die NUMSA daraufhin einen dreitägigen «Special National Congress» durch, gemeinsam mit acht anderen Gewerkschaften und ohne die Zustimmung von COSATU. Dort beschlossen die anwesenden Gewerkschaftsdelegierten fünf Resolutionen, die über die Kritik an der Art und Weise, wie Vavi suspendiert wurde, weit hinausgehen und die politischen Konflikte

in COSATU deutlich werden lassen.<sup>10</sup> Sie sind zugleich ein Angebot an die sozialen Bewegungen, in Zukunft intensiver zusammenzuarbeiten.

### **ANNÄHERUNG ZWISCHEN SOZIALEN BEWEGUNGEN UND GEWERKSCHAFTEN?**

Die Gewerkschaft NUMSA hat in den im Dezember verabschiedeten Resolutionen den Aufbau einer sozialistischen Bewegung und einer «United Front» angekündigt. Ausgehend von den Erfahrungen in Brasilien, Venezuela, Bolivien und Griechenland sollen die Chancen für eine sozialistische Bewegung in Südafrika diskutiert werden. Diese Bewegung soll eine Plattform für kritische Gewerkschaften, soziale Bewegungen, AktivistInnen und Basisgruppen bieten und eine linke Programmatik formulieren, die über die bisherigen Angebote hinausgeht. Bei den Wahlen im Mai 2014 war es der Partei Economic Freedom Fighters (EFF) um Julius Malema gelungen, mit radikalen Forderungen nach Enteignungen und der Verstaatlichung von ganzen Wirtschaftssektoren mehr als sechs Prozent der Stimmen zu gewinnen und damit zur drittstärksten politischen Kraft zu werden. Für große Teile der sozialen Bewegungen und ihre AnhängerInnen und auch die meisten Gewerkschaftsmitglieder sind die EFF aber keine wirkliche Wahlalternative. Zu viele sehen im Populismus von EFF-Führer Julius Malema einen Rückfall in die Rhetorik zu Zeiten der Apartheid. Aus der «United Front» aber, so die Hoffnung vieler Linker, könnte eine neue Partei als Alternative zum ANC entstehen.

Der Aufbau einer Wahlalternative, das ist den GewerkschaftsvertreterInnen klar, kann nur im Bündnis mit den sozialen Bewegungen geschehen. Seit dem Bruch in der Allianz sucht die Gewerkschaft NUMSA daher verstärkt das Gespräch mit ihnen. Im Januar hat die Metallarbeitergewerkschaft eine «Resistance Expo» organisiert. 147 Organisationen aus über einem Dutzend verschiedenen sozialen Bewegungen – von Arbeitslosen- über Jugendorganisationen, Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, Gleichstellungsbewegungen, Wohnungslosenbewegungen bis hin zu solchen, die sich mit solidarischer Ökonomie oder Umweltfragen beschäftigen – waren eingeladen.<sup>11</sup> In den nächsten Monaten sind weitere Workshops sowie strategische und thematische Treffen geplant, um gemeinsame Positionen und Strategien zu erarbeiten. Die NUMSA hat darüber hinaus angekündigt, die Chancen auf die Bildung einer Partei auszuloten, die dann bei den nächsten Parlamentswahlen in 2019 eine politische Alternative zum ANC bilden könnte. Dieser hat zwar wider Erwarten bei den Parlamentswahlen im Mai 2014 im Vergleich zu 2009 nur knapp vier Prozent der Stimmen eingebüßt, damit aber die Zweidrittelmehrheit im Parlament verfehlt.

NUMSA und andere Gewerkschaften haben in den letzten Wochen zu Streiks und Demonstrationen aufgerufen. Eine der größten politischen Demonstrationen war am 19. März der Protest gegen die massive Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika, an dem sich in den Städten Durban, Johannesburg, Kapstadt, Bloemfontein und Pretoria mehrere tausend Menschen beteiligten. Hierzu hatten auch die sozialen Bewegungen aufgerufen. Unter anderem hatten sie Busse organisiert, um insbesondere Menschen aus den Townships zu den Demonstrationen zu bringen. NUMSA-VertreterInnen nehmen derzeit so gut wie jede Gelegenheit wahr, in Kontakt mit den sozialen Bewegungen zu kommen. Sie informieren sich vor Ort bei Treffen von Basisorganisationen in den Town-

ships über die Bedürfnisse und Forderungen der Gruppierungen. Und auch aufseiten der sozialen Bewegungen wird die Annäherung begrüßt. Viele wünschen sich eine explizit und linke Programmatik, die das Thema soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellt.

Ob die Gründung einer sozialistischen Bewegung und einer «United Front» oder gar einer neuen Partei erfolgreich sein wird, wird von vielen Faktoren abhängen. Bislang sind (noch) keine gemeinsamen Programme und Perspektiven formuliert, die über die Ziele der Gewerkschaften hinaus auch die vielfältigen Forderungen der Bewegungen aufgreifen und verschiedene Perspektiven widerspiegeln müssten. Es bleibt die Frage, ob es gelingen kann, soziale Bewegungen und Gewerkschaften als gleichwertige Akteure in einem Bündnis zu vereinen. Bislang kommt der Gewerkschaft NUMSA in diesem Prozess eine führende Rolle zu, insbesondere auch, weil die Gewerkschaft im Gegensatz zu vielen anderen Bewegungen gut ausgestattet ist und über nicht unbeträchtliche Ressourcen verfügt. Darüber hinaus werden die NUMSA und die anderen kritischen Gewerkschaften wohl auch weiterhin als Teil von COSATU mit in der Regierungsverantwortung bleiben. Das Misstrauen, dass die Belange von Arbeits- oder Wohnungslosen und anderen ärmeren Bevölkerungsgruppen erneut übersehen werden könnten, ist daher aufseiten der Bewegungen groß. Auch bleibt die Frage, wie sich die NUMSA dauerhaft im Dachverband COSATU positionieren wird, nachdem der Oberste Gerichtshof von South Gauteng die Suspendierung Vavis für unrechtmäßig erklärt hat.<sup>12</sup>

Die Gründung einer linken Partei wäre dann ein weiterer Schritt, der wohl kaum ohne eine Abspaltung der NUMSA von COSATU möglich wäre. Hiermit ist sicherlich auch die Vorsicht vieler NUMSA-VertreterInnen mit Blick auf das Projekt einer neuen Partei zu erklären – diese dürfte nämlich die Allianz der Gewerkschaften in Südafrika massiv ins Wanken bringen. Wichtig bleibt aber: Die Annäherung zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen ist vorangeschritten. Ob sich daraus wirklich dauerhaft eine neue Partei entwickeln kann, wie viele hoffen, hängt wahrscheinlich nicht nur von den nächsten Monaten, sondern von den Entwicklungen in den kommenden fünf Jahren ab.

Melanie Müller promoviert an der Freien Universität Berlin mit einem Stipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zum Thema südafrikanische Umweltbewegung und ist Stipendiatin am Zentrum für Technik und Gesellschaft an der Technischen Universität Berlin. Kontakt: melanie\_mueller@email.de

<sup>1</sup> Die Ausführungen basieren auf rund 40 Interviews mit AktivistInnen in Südafrika (im Zeitraum August/September 2012 und März/April 2014 durchgeführt), auf Beobachtungen von Demonstrationen, Treffen und Konferenzen und der Basisarbeit in Organisationen sowie einer umfangreichen Dokumentenauswertung. Alle angeführten Quellen wurden zuletzt am 15. Mai 2014 eingesehen. Ergänzt wurden andere Forschungsarbeiten zu sozialen Bewegungen in Südafrika herangezogen. <sup>2</sup> Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen, Frankfurt/M. 1994, S. 76 f. <sup>3</sup> Alexander, Peter: Rebellion of the poor: South Africa's service delivery protests – a preliminary analysis, in: Review of African Political Economy, Jg. 37, Nr. 123, März 2010, S. 25–40. <sup>4</sup> Ebd. <sup>5</sup> Terreblanche, Sampie: A History of Inequality in South Africa 1652–2002, Scottsville 2002. <sup>6</sup> Resolution vom 8. COSATU-Congress «On emerging social movements» (ab Seite 4), unter: [www.cosatu.org.za/docs/resolutions/2003/resolutions8th.pdf](http://www.cosatu.org.za/docs/resolutions/2003/resolutions8th.pdf). <sup>7</sup> Die Ergebnisse der Kommission werden veröffentlicht und laufend aktualisiert ([www.marikanacomm.org.za/](http://www.marikanacomm.org.za/)). <sup>8</sup> Fogel, Ben: Marikana – One year later, in: Amandla!, Nr. 32, Oktober/November 2013, unter: [www.amandla.org.za/amandla-magazine/current-issue/1793-marikana-1-year-later-by-benjamin-fogel](http://www.amandla.org.za/amandla-magazine/current-issue/1793-marikana-1-year-later-by-benjamin-fogel). <sup>9</sup> Vgl. [www.numsa.org.za/](http://www.numsa.org.za/). <sup>10</sup> Die auf dem «National Congress» der NUMSA im Dezember 2013 verabschiedeten Resolutionen finden sich unter: [www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013/](http://www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013/). <sup>11</sup> Vgl. [www.numsa.org.za/article/media-invitation-numsa-convenes-national-political-school-take-forward-special-national-congress-resolutions-sunday-26-jan-2014-sunday-02-february-2014/](http://www.numsa.org.za/article/media-invitation-numsa-convenes-national-political-school-take-forward-special-national-congress-resolutions-sunday-26-jan-2014-sunday-02-february-2014/). <sup>12</sup> High Court of South Africa Local Division, Case No. 32567/13.

ANNE STECKNER / MARIO CANDEIAS

## GEIZ IST GAR NICHT GEIL

ÜBER KONSUMWEISEN, KLASSEN UND KRITIK

Angesichts der Übernutzung natürlicher Ressourcen, immenser Abfallproduktion und fortschreitender Zerstörung der ökologischen Grundlagen des Planeten ist Konsumkritik en vogue. Allenthalben wird der Wahnsinn der Wachstumsgesellschaft und des Massenkonsums beklagt. Gehör verschaffen sich vor allem mahnende Stimmen aus dem wertkonservativen und dem grünbürgerlichen Lager. Jeweils exemplarisch hierfür stehen der Ökonom Meinhard Miegel und der Sozialpsychologe Harald Welzer. Beide Autoren treffen einen Nerv der Zeit. In ihrer Argumentation finden sich kulturpessimistische, neo-liberale und kapitalismuskritische Versatzstücke einer Kritik, die Probleme benennt, Bedrängnis anspricht und Sehnsüchte aufgreift. Zugleich bieten sie ein verkürztes Verständnis von Konsum und Bedürfnisbefriedigung, weil sie Klassenverhältnisse nicht bedenken und häufig moralisch statt politisch argumentieren. Konsum aber ist eine Klassenfrage.<sup>1</sup>

Laut Meinhard Miegel liegt das Geheimnis eines erfüllten Lebens heutzutage statt im Konsum in Verzicht, Maß und Muße. Es gehe um die verlorene Fähigkeit, gegenüber der entgrenzten «Verwirtschaftung» aller Lebensbereiche wieder die einfachen, alltäglichen Freuden genießen zu können. Statt das persönliche Glück im Besitz zu suchen, gelte es, einen neuen Wohlstandsbegriff zu definieren – Wohlstand freilich auf immaterieller, also entstofflichter Basis: «Eigentlicher, menschenpezifischer Wohlstand – das ist bewusst zu leben, die Sinne zu nutzen, Zeit für sich und andere zu haben, für Kinder, Familienangehörige, Freunde [...], das ist Freude an der Natur, der Kunst, dem Schönen, dem Lernen.»<sup>2</sup> Im Hintergrund seines romantischen Plädoyers klingt die zutiefst antisoziale Überzeugung an, die Eigenverantwortung der Individuen müsse die öffentlichen Sozialleistungen zunehmend ersetzen – Letztere seien nicht mehr finanzierbar: «Die große Sause ist vorüber, die Bar geschlossen.»<sup>3</sup> Dieser Umstand erfordert in der Tat kreative Beschränkung.

Auch Harald Welzer plädiert für einen zurückgenommenen Lebensstil und lobt Tugenden wie Eigenverantwortung und Sparsamkeit. Anders als Miegel will er seine LeserInnen zum aktiven Widerstand anleiten – gegen die Grenzenlosigkeit der Wachstumsgesellschaft, wider den «Hyperkonsum». Sein individualistischer Appell, «selbst zu denken» statt unkritisch bei der «Kultur des alles immer» mitzumachen, ist mit einer Absage an die Organisationen der Subalternen (Gewerkschaften, linke Parteien) verbunden und offenbart eine elitäre Sicht auf gesellschaftliche Transformation: Es geht um das Wirtschafts- und Konsumverhalten einer Vorbildavantgarde, die verstanden hat, dass die ökologischen Probleme der Gegenwart – so Welzer – nicht durch Technologie und Steuerung, sondern nur durch eine grundlegende Abkehr von Wachstumszwang,

Schuldenspirale und Profitorientierung lösbar sind. Aus den vielfältigen Nischen alternativer (mittelklassenspezifischer) Lebensweisen soll das Andere herauswachsen. Jedoch sei für viele eine Wirtschaft ohne Wachstum gänzlich undenkbar, da gleichbedeutend mit persönlichem Stillstand und Stillstand in der Wohlstandsentwicklung. Demgegenüber spitzt Welzer zu: «Das ist Wachstum: etwas, was paradoxerweise desto wichtiger wird, je weiter die materielle Sättigung vorangeschritten ist und je besser die vitalen Bedürfnisse abgedeckt sind.»<sup>4</sup> Welche und vor allem wessen Bedürfnisse konkret befriedigt werden, bleibt unausgesprochen.

Auch manch linke Konsumkritik moniert die «Konsumgeilheit» vieler Menschen in der Überflussgesellschaft. Sie mahnt, sich auf die Erfüllung «echter» Bedürfnisse zu beschränken, auf Teilen, Selbstmachen oder Instandsetzen – statt jedem neuen Hype hinterherzurrennen. Weniger sei mehr, überhaupt wisse man ja, dass Kaufen nicht glücklich macht. Der Postwachstumsökonom Niko Paech etwa beklagt mit psychologisierenden Suchtmetaphern: «Wir sind abhängig vom Konsum. Wir sind Junkies. Und Junkies tun nichts gegen den Dealer.»<sup>5</sup> Linke Konsumkritik verweist häufig auch auf miserable Arbeitsbedingungen in besonders ausbeuterischen Unternehmen, macht aufmerksam auf die Produktion schädlicher Waren (ungesunde Nahrungsmittel, giftiges Spielzeug) und ruft zum bewussten Konsum mündiger BürgerInnen oder zum Boykott bestimmter Marken auf. Damit beschwört sie die Macht individueller Konsumentscheidungen. KritikerInnen dieser Position bemängeln daran den Gestus des moralischen Zeigefingers, der «wahre» gegen «falsche» Bedürfnisse ausspiele, die strukturellen Rahmenbedingungen im Kapitalismus auf individuelle Konsumentscheidungen reduziere und die umfassende Einbin-



derung der Individuen über den Warenkonsum ausblende. Allerdings neigt die Kritik der Konsumkritik wiederum dazu, vor allem auf den gesamtgesellschaftlichen Verblendungszusammenhang zu verweisen, in welchem alle Katzen grau und jede Lebensweise entfremdet ist. Ausweg? Fehlanzeige.

Die diversen Spielarten von Konsumkritik greifen drängende Probleme auf, zeigen mögliche Alternativen auf und werden doch der Problematik nicht gerecht. Denn was in den meisten Interventionen zu kurz kommt, sind die Fragen, was den Klassencharakter von Konsum auszeichnet und wie sich eine alltagstaugliche politische Praxis in den Widersprüchen der kapitalistischen Konsumwelt bewegen kann.

### **POLITISCHE ÖKONOMIE DES KONSUMS**

Konsum ist nichts Individuelles, sondern eine «gesellschaftlich bestimmte Tätigkeit»<sup>6</sup>, aufs Engste mit der Produktions- und Lebensweise einer bestimmten Gesellschaft verwoben. Seit der Verdrängung der Subsistenzproduktion muss in arbeitsteiligen Warengesellschaften ein Großteil der menschlichen Bedürfnisse über den geldvermittelten Konsum befriedigt werden: Wir nehmen uns nicht, was wir brauchen, sondern wir kaufen ein, was wir bezahlen können. Im Kapitalismus ist die Reproduktion der Arbeitskraft – also die alltäglichen Ausgaben der Lohnabhängigen für Ernährung, Bekleidung, Bildung, Wohnen, Kinderaufzucht, Freizeit etc. – zugleich ein treibendes Moment der Verwertung des Kapitals. Warenkonsum und Kapitalkreislauf bilden einen strukturellen Zusammenhang von Produktion, Zirkulation und Konsumtion. In den «goldenen» Jahrzehnten des Fordismus wurde dieser Zusammenhang sinnfällig in den Massengütern Waschmaschine, Fernsehgerät und Volkswagen. Sie symbolisierten den Siegeszug der Marktwirtschaft durch die Befriedigung aller erdenklichen Bedürfnisse. Im Zuge der sich durchsetzenden neoliberalen, informationstechnologischen Produktionsweise wurden die Möglichkeiten, die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen in den Dienst der Kapitalakkumulation zu stellen, noch ausgeweitet: Neben den herkömmlichen Verkehrsformen – Ware gegen Geld – etablierten sich diverse Finanzprodukte, die die Beschäftigten verstärkt zu Kreditnehmern gemacht haben. Dies gelang durch die Einführung und Ausweitung von Ratenzahlungen, durch Konsumentenkredite, E-Commerce, staatlich geförderte Hypotheken- und Bausparkredite, die Erfindung der Kreditkarte oder die Privatisierung der Rentenversicherung. Im Zuge dieser forcierten Akkumulationsdynamik durch private Verschuldung konnte das Kapital sich neue profitable Anlagefelder erschließen. Eine Verringerung dieses Konsums auf Pump widerspräche den Verwertungsinteressen des Kapitals. Geiz ist also gar nicht geil. Vielmehr sind, das wusste schon Marx, Überfluss und Verschwendung eine «Geschäftsnotwendigkeit des «unglücklichen» Kapitalisten».<sup>7</sup> Nicht zuletzt ist der größte, der «absolute Konsument»<sup>8</sup> das Kapital selbst: von Arbeitskraft, Boden und Produktionsmitteln. Und ganz nebenbei ist das Kapital auch der größte Verschwender durch Überproduktion, Ausschuss von Waren und natürlichen Ressourcen. Es bringt eine Wegwerfgesellschaft hervor, in deren Produkte die geplante Verringerung der Haltbarkeit von vornherein eingebaut ist.

Auch Bedürfnisse sind weder individuell noch zeitlos. Folglich sind sie nicht *an sich* richtig oder falsch, sondern historisch bedingt, gesellschaftlich geprägt und normativ überformt. So wurde etwa im «Wirtschaftswunder»-Deutschland unter Ludwig Erhard ausdrücklich zum Konsumieren ermuntert, Sparen war out. Im Zuge der permanenten Revolutio-

nierung der kapitalistischen Produktion werden immer wieder neue Bedürfnisse geschaffen, neue Maßstäbe gesetzt, neue Besitznormen erzwungen. Allerdings werden nicht alle Neigungen, Wünsche und Begierden gleichermaßen befriedigt, sondern vor allem die profitablen. Konsum ist also keine Tätigkeit Einzelner oder eines bestimmten Menschen-schlags, sondern eine verallgemeinerte Lebensführung, eine *Konsumweise*. Gleichwohl verfügen nicht alle über dieselben Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse in der vorherrschenden Weise zu befriedigen, zumal sich das Konsumverhalten je nach Geldbeutel, Sozialisation und Status bedeutend unterscheidet. Obschon in der Figur des Konsumenten jeder Unterschied von Klasse, Race und Geschlecht ausgelöscht ist, verfolgt die Werbung zum Beispiel milieu- oder geschlechterspezifische Verkaufsstrategien und spricht Kundengruppen gezielt an. Das Konsumverhalten wird klassenförmig angeordnet: Dem Luxuskonsum stehen die Tafeln, dem Einkauf im Bio-Supermarkt der Besuch bei Aldi und Lidl gegenüber. Das hat Folgen für die Konsumkritik.

### **«KAUF DICH GLÜCKLICH!» – DER KLASSENCHARAKTER VON KONSUM**

Wie konsumieren Arme, wie Reiche, wie die Mittelklassen? Klassenspezifische Konsummuster wirken auf zahlreichen Feldern: Menschen mit dem nötigen Kleingeld, die über die Konsumgewohnheiten breiter Teile der Bevölkerung zuweilen die Nase rümpfen, erreichen Distinktion über Preis, Qualität und Exklusivität. Wohlhabende und Angehörige der gehobenen Mittelklasse bewohnen größere Wohnungen oder Häuser mit entsprechendem Energie- und Wasserbedarf, besitzen eher eine Zweit- oder Drittwohnung, haben platzraubendere Hobbys (Golf, Reiten, Tennis, Segeln) und unternehmen häufiger und längere Reisen, oft Fernreisen im Flugzeug, ebenso wie ihre Kinder. Sie fahren das luxuriösere Auto, oder mehrere, frequentieren Restaurants mit ausgesuchter Speisekarte und erwerben mehr exotische Produkte aus edlem, seltenem Material – mit oder ohne Nachhaltigkeits-Gütesiegel. Ihr ökologischer Fußabdruck ist auch bei Einkauf auf dem Regionalmarkt und Verzicht auf Flugananas im Schnitt größer, ihr Ressourcenverbrauch höher als der der inkriminierten Massen.<sup>9</sup> Ihr Konsumverhalten wirft nicht nur die ökologische Frage anders auf, sondern offenbart vor allem Verhältnisse sozialer Ungleichheit. Die mehr oder weniger friedliche Koexistenz von «Hyperkonsum» und Hungertod<sup>10</sup> auf dem Globus heißt für Deutschland: Suppenküchen, rationierte Einkaufsgutscheine, Mangelernährung und Krankheitsanfälligkeit neben wachsendem Reichtum, steigendem Energieverbrauch und mondänem Luxus.

Aber was ist mit den mittleren und Mitte-unten-Einkommensgruppen, deren Konsum die Masse der gekauften Güter ausmacht? Sie erwerben jedes Jahr ein neues Handy, tragen die gerade angesagten Markenklamotten, stellen sich einen riesigen Flachbildschirm in ihr 14 m<sup>2</sup>-Zimmer und düsen mit easyJet übers verlängerte Wochenende in eine andere Stadt. Das mag vielfach zutreffen. Die Folgen dieses Konsumverhaltens sind problematisch. Und der Alltagsverstand weiß, dass das ökologisch nicht tragbar ist. Doch in der Warengesellschaft ist Konsum neben Bedürfnisbefriedigung auch ein Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe und Mobilität. So dienen etwa Laptops und Smartphones keineswegs nur der technischen Ausrüstung in der «Wissensgesellschaft», sondern sind die Eintrittskarte in soziale Netzwerke, dort, wo Kontakte geknüpft und gepflegt, Neuigkeiten ausgetauscht werden,

auch Hierarchie und Konkurrenz regieren, kurz: wo Gesellschaft stattfindet. An dieser Gesellschaft teilhaben zu können ist für all jene besonders wichtig, die nicht über andere Mittel von Macht und Einfluss verfügen – eine Klassenfrage.

In entfremdeten Verhältnissen ist Konsum auch Kompensation. Er bietet kurzfristige Sinnstiftung und ermöglicht Beteiligung an den Glücksversprechen der Gesellschaft. Erich Fromm hat die identitätsstiftende Wirkung von Besitz für das eigene Selbstwertgefühl auf den Punkt gebracht: «Man ist, was man hat.» Neben dem allgegenwärtigen Anreiz zum Konsumieren – ausgelöst durch aggressive Werbung vor allem im Netz – kann Konsumfähigkeit zum Ein- und Ausschlusskriterium für gesellschaftliches Ansehen, für Status, Kultur, Prestige und Geschmack werden. Mit Pierre Bourdieu ließe sich fragen: Wer ist wie und warum auf diese Formen der Anerkennung besonders angewiesen, wer distinguiert sich auf welche Weise? Eine Klassenfrage.

Angesichts fehlender Möglichkeiten von zahlreichen abhängig Beschäftigten, ihre Arbeit sinnstiftend und selbstbestimmt zu gestalten, bietet Konsum eine vorübergehende Flucht aus der Fremdbestimmung: als Ventil gegenüber Druck, Frust oder Erschöpfung in der Erwerbsarbeit, als Ablenkung von perspektivloser Erwerbslosigkeit, als kurzzeitiger Ausstieg aus Langeweile, Isolation oder Stress in der häuslichen Reproduktionsarbeit. Konsum erlaubt die «effektivste Erholung von physischer und nervlicher Anstrengung».<sup>11</sup> Viele kennen das Gefühl des Stressabbaus beim Shopping, obwohl jeder weiß, dass man sich nicht glücklich kaufen kann, oft ein hohles Gefühl der Leere zurückbleibt, weil Sinn dadurch nicht produziert wird. Doch nicht alle Arbeit im Kapitalismus ist schlecht bezahlt, sterbenslangweilig oder wenig anerkannt. Ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben braucht weniger über Konsumgüter vermittelte Erfüllung und über Statussymbole vermittelte Anerkennung. Kompensatorischer Konsum ist – eine Klassenfrage.

Konsum hat auch eine integrativ-disziplinierende Wirkung. Wer einen Bankkredit bedienen muss, der ist auf die erfolgreiche Bewältigung der dazugehörigen Lebensweise angewiesen: ein geregeltes Einkommen über Erwerbsarbeit, Fügbarkeit im Falle drohenden Jobverlustes, keine längeren Krankheitsausfälle, eine verlässliche Selbstführung (z. B. kein Eintrag bei der Schufa, pünktliche Mietzahlungen). Wo echte politische Beteiligung an der Gestaltung von Ökonomie und Gesellschaft versagt bleibt, gibt privater Konsum ein Stück Kontrolle über persönliche Entscheidungen und Präferenzen zurück. Das damit verbundene Freiheitsversprechen bietet vorübergehende Selbstbestimmung zum Preis der dauerhaften, noch härteren Unterwerfung unter Schuldendienst und Erwerbszwang. Sich dieser Logik entziehen können nur diejenigen, die nicht darauf angewiesen sind, Einkommen aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft zu beziehen, sondern andere für sich arbeiten lassen – selbstredend eine Klassenfrage.

Und was passiert mit den Nichtkonsumfähigen? Sie haben in der Warengesellschaft keine Alternative zum geldvermittelten Konsum für ihre Bedürfnisbefriedigung. Abgesehen vom Rückzug in den Schrebergarten, in solidarische Auffangnetze des nahen Umfeldes (so vorhanden) oder in die finanzielle Abhängigkeit vom Ehepartner gibt es keine Exit-Option. Damit «wird der Verlust der Kreditwürdigkeit zum größten anzunehmenden Unfall».<sup>12</sup> Wer seine Kreditwürdigkeit und damit Konsumfähigkeit verliert, ist ausgeschlossen von den etablierten Formen der Geselligkeit und von einem Großteil sozialer Kontakte.

## UND JETZT? KONSUM

### IM «INFRASTRUKTURSOZIALISMUS»

Die allgemeine Forderung «weniger wachsen, weniger konsumieren» ist klassenblind. Eine Antwort darauf, wie die mit Konsum, Wachstum und Verschwendung behafteten Probleme angegangen werden können, muss differenzierter ausfallen. Das bedeutet zum Beispiel, für die unteren Klassen – so absurd es klingen mag – zunächst mehr Konsummöglichkeiten einzufordern. Die damit verbundene politisch-gesellschaftliche (nicht moralisch-individuelle) Frage ist: Was für ein Konsum?

Eine sozialökologische Transformationsperspektive muss sich mit dem Dilemma herumschlagen, dass eine radikale Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß entweder mit deutlichen Preisanstiegen infolge konsequenter Ökosteuern verbunden ist oder mit gesetzlich eingeschränkter Nutzung bestimmter Güter. Die erste Variante führt zu einer unverhältnismäßigen Belastung ärmerer Haushalte, die zweite zu einer Einschränkung der individuellen Freiheit. Dieses Dilemma offenbart die Widersprüche, innerhalb derer die Wege zu einer sozial gerechten und ökologischen Konsumweise auszuloten sind.

Ulrich Schachtschneider fragt: «Von welchem Standpunkt aus kann welcher Lebensstil untersagt oder gestattet werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? [...] Wenn wir nicht alles im Detail regeln können und wollen, kann der Preis von Umweltnutzungen den Individuen eine Grenze ihres jeweiligen Gesamt-Umweltverbrauchs setzen, die aber gleichzeitig eine der Moderne angemessene Freiheit des eigenen Lebensplans ermöglicht.»<sup>13</sup> Warum aber soll der Weg nur über den Preis führen? Schachtschneider spricht von der «Begrenztheit ordnungsrechtlicher Ansätze der Umweltpolitik». Doch sind es eben jene Ge- und Verbote, die oft den effektivsten ökologischen Nutzen gebracht haben: etwa das Verbot von FCKW, die Grenzwerte für Schadstoffe oder eine gesetzliche Beschränkung von Zucker im Schokoriegel. Oder das japanische Prinzip, jeweils die energieeffizienteste Variante eines Produkts als Standard zu setzen. Warum sollten wir nicht versuchen, sozialökologische Mindeststandards in der Produktion durchzusetzen, ob in Textilfabriken in Bangladesch oder Hühnerfarmen in Deutschland? Oder ein Verbot von Gigalintern und übergroßen Geländewagen oder von Genprodukten in der Nahrung von Mensch und Tier? Dies schränkt die individuelle Wahlfreiheit in keiner Weise ein und ist insofern demokratisch, als es alle betrifft und nicht nur jene, die sich bestimmte Dinge dann nicht (mehr) leisten können. Vielfältige gesellschaftliche Diskurse und Bewegungen drängen in Richtung verantwortungsbewusster Produktions- und Konsumweisen. Ge- und Verbote lassen sich mit Ökosteuern und einem ökologischen Grundeinkommen – wie von Schachtschneider vorgeschlagen – auch problemlos kombinieren. Daneben könnten weitere Steuerungsinstrumente treten, wie Mengenlimits und Kontingentierung, Anreize über die Preisgestaltung, staatliche Förderung alternativer Produkte und Produktionsformen wie Genossenschaften oder nicht kommerzielle Anbieter.

Die Forderung nach mehr Konsum mag sich merkwürdig ausnehmen. Doch Jahrzehnte neoliberaler Politik haben in vielen Bereichen soziale Infrastrukturen und Dienstleistungen ausgedünnt, die Grundbedürfnisse abdeckten. Diese bleiben nun vielfach unbefriedigt, was zu Überlastung, Stress, Krankheit und Armut führt. Entsprechend treten Kämpfe um Reproduktion und Lebensweisen wieder in den Vordergrund. An sie lässt sich anknüpfen: für bessere Kin-

derbetreuung und Schulen, für Mobilität, Bildung und Gesundheit für alle, für bezahlbares Wohnen oder Kämpfe um Zeit. Sie alle drehen sich um moderne menschliche Grundbedürfnisse, die nicht in jedem Fall über den Preis zu regeln sind. Sie sollten jedem Einzelnen, unabhängig von sonstigen Konsumententscheidungen, zur Verfügung stehen, entgeltfrei oder zu sehr geringen Kosten.

Eine verbindende Perspektive dieser Kämpfe wäre die Forderung nach einer entgeltfreien sozialen Infrastruktur. Sie umfasst eine bedingungslose sozialökologische Grundversorgung, etwa in den Bereichen Energie, Trinkwasser, Mobilität, Internet etc., sowie kostenlose Gesundheitsversorgung, Bildung und Weiterbildung und ein Recht auf bezahlbares Wohnen. Auch hier könnte – wie bei der Energie – zur Kasse gebeten werden, wer viel verbraucht: also ein entgeltfreies Trinkwasserkontingent pro Kopf, aber Verteuerung des privaten Swimmingpools; entgeltfreier öffentlicher Nahverkehr, aber Aufschläge für häufige Flugreisen, entgeltfreier Zugang zum Internet und zu digitalen Gütern, aber Preissteigerungen für riesige Datentransfers etc. Notwendige Gesundheitsversorgung, Erstausbildung und bestimmte Zeiten der Weiterbildung sollten für alle kostenfrei zur Verfügung stehen. Bezahlbarer (auch innerstädtischer) Wohnraum kann über eine Mischung aus Mietpreisregulierung, sozialem Wohnungsbau, Förderung nicht profitorientierten kollektiven Eigentums und einer entsprechenden Liegenschaftspolitik erreicht werden.<sup>14</sup>

Eine solche Orientierung auf *kollektiven* Konsum moderner Lebensmittel im Sinne eines (kommunalen) «Infrastruktursozialismus» wäre die Grundlage für individuelle Freiheit jenseits von Existenzängsten – und somit für eine sozialökologische Lebensweise. Die entgeltfreien, öffentlichen und kollektiven Konsumformen radikal auszuweiten hieße auch, das Geld als «Kuppler zwischen dem Bedürfnis und dem Gegenstand»<sup>15</sup> und damit die individuelle Geldbörse weniger relevant werden zu lassen, die Kultur des Marktes zurückzudrängen, das Öffentliche und Gemeinsame in den Vordergrund zu rücken. Über die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse hinausgehende individuelle Konsumententscheidungen wären so in eine angstfreie Lebensgestaltung mit weniger (Konsum-)Druck eingebettet.

Die Voraussetzung für diese substanzielle Ausweitung sozialer Infrastruktur und eine entsprechende Ausstattung des Öffentlichen wäre eine radikale Politik der Umverteilung von oben nach unten – notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung aller linken Politik. Die Ausweitung finanzieller Gestaltungsspielräume ist unverzichtbar im Kampf für eine *bedingungslose Grundversorgung als selbstverständliche Konsumweise*.

Neben der Etablierung des öffentlichen Sektors als eigener Ökonomie macht der «Infrastruktursozialismus» auch einen tief greifenden sozialökologischen Umbau der Produktion notwendig, ebenso wie eine grundlegende Umgestaltung der Arbeitswelt. Eine Initiative zur Humanisierung der Arbeit im Sinne von Arbeitsverhältnissen jenseits der Prekarität würde sich etwa für eine finanzielle wie soziale Aufwertung schlecht bezahlter, unsichtbarer, typisch weiblicher Berufe (z. B. Pflege, Erziehung, Wellness, Reinigung) starkmachen, für einen existenzsichernden (!), nicht kosmetischen Mindestlohn, für einen umfassenden betrieblichen Gesundheitsschutz und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Zugleich gelte es, alle unbezahlten Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsökonomie als gesellschaftlich unabdingbare Reproduktionsarbeit anzuerkennen und ins Zentrum des

kollektiven Konsums zu stellen: Die Pflege Alter und Kranker, die Kinderbetreuung, die Gesundheit etc. wären nicht länger eine Frage individueller Kaufkraft oder persönlicher Zeitbudgets, sondern eine nicht warenförmige, nicht geldvermittelte Leistung, für die es entsprechende Infrastruktur gibt.

Mit dem hieraus gewonnenen Wohlstand an Zeit – raus aus dem Hamsterrad – öffnen sich dann auch Perspektiven, die Konsumverzicht in anderen Bereichen attraktiv machen. Denn «ein genügsamerer Lebensstil, eine «Eleganz der Einfachheit» kann sich nur auf der Basis eines freiheitlichen Lebensalltags entwickeln. [...] Eine massenweise Hinwendung zum Weniger hat nur dann eine Chance, wenn sie nicht als mühsame, aber unvermeidbare Veränderung daherkommt, sondern in einer Befreiung aus beengenden, stressigen, sozial isolierenden Verhältnissen ihre Attraktivität entfaltet.»<sup>16</sup> Statt pauschaler Konsumschelte wären die Bedürfnisse der subalternen Gruppen und Klassen genauer zu eruieren und ernst zu nehmen: Woran fehlt es, was wird gebraucht, gewünscht? Was drückt bisheriges Konsumverhalten aus? Welche Sehnsüchte bleiben unerfüllt? Wie wollen wir leben? So ließe sich der Zusammenhang zwischen dem Preis bisherigen Konsumverhaltens – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne – und den eigenen Bedürfnissen herstellen. Es ließe sich aufzeigen, wie sie in einer bedürfnisorientierten Reproduktionsökonomie anders gestillt werden könnten. Denn «erst wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse so eingerichtet sind, dass selbstbestimmte Tätigkeit zur Regel geworden und «die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis» (Marx)» ist, «wird es mit der Pathologie des «kompensatorischen Konsums» (Haug) vorbei sein».<sup>17</sup> Dann ergibt auch ein nicht stofflicher, nicht warenförmiger Wohlstand für mehr Menschen Sinn, dann ist weniger wirklich mehr.

Anne Steckner arbeitet im Bereich politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**1** Für hilfreiche Hinweise danken wir Claudia Bechstein. **2** Miegel, Meinhard: Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010, S. 247. **3** Ebd., S. 165. **4** Welzer, Harald: Ohne jede Bodenhaftung, in: SZ-Magazin 50/2011. **5** www.dw.de/wir-haben-genug-junge-konsumkritik/a-17221414. **6** Michel Aglietta, zit. nach: Thomas Sablewski: Art. Konsumnorm/Konsumweise, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus [HKWM], hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 7/II, Hamburg 2010, Sp. 1646. **7** Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, MEW 23, S. 620. **8** Wolfgang Fritz Haug: Art. Konsument, in: HKWM, Bd. 7/II, Sp. 1621. **9** Zu empirischen Zahlen vgl. Schachtschneider, Ulrich: Nachhaltig-emanzipatorisch Umverteilen, in: LuXemburg 2/2013, S. 61. **10** Franz Hochstrasser/Peter Jehle: Art. Konsumismus, in: HKWM, Bd. 7/II, Sp. 1639. **11** Michel Aglietta, zit. nach: Sablewski: Konsumnorm/Konsumweise, Sp. 1648. **12** Hochstrasser/Jehle: Konsumismus, Sp. 1634. **13** Schachtschneider: Umverteilen, S. 62. **14** Insofern staatliche Politiken nicht losgelöst von kapitalistischer Herrschaft zu denken sind, geht es nicht um ein irgendwie gegebenes, demokratisches Gemeinwohl. Es geht um ein linkes «Staatsprojekt», das ausgehend von zivilgesellschaftlichen (Klassen-)Auseinandersetzungen Bedingungen für die Verallgemeinerung einer sozialökologischen Lebensweise absichert. Zugleich bedeutet dies, beim Ausbau insbesondere kommunaler öffentlicher Infrastrukturen den Staat selbst zu demokratisieren. **15** Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW 40, S. 563. **16** Schachtschneider: Umverteilen, S. 63f. **17** Hochstrasser/Jehle: Konsumismus, Sp. 1642.

JOHN LÜTTEN / JANA WERNER

## SOLIDARISCH MIT DEN STREIKENDEN

UNTERSTÜTZUNG KANN BELEGSCHAFTEN STÄRKEN  
UND SOZIALE KÄMPFE MITEINANDER VERBINDEN

Im Jahr 2013 sind in mehreren Städten Streikende durch Kampagnen unterstützt worden, die zum Teil unter Beteiligung, zum Teil aber auch maßgeblich von Studierenden und linken AktivistInnen getragen wurden. Zwar mag die Unterstützungsarbeit das gewerkschaftliche Kerngeschäft nur bedingt beeinflusst haben – die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes gegen prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen bleibt aber unvermindert relevant. Die Unterstützung von Streiks und Arbeitskämpfen, die politische Kontextualisierung von Streiks und die gezielte Verbindung von Arbeits- mit anderen sozialen Kämpfen sind Möglichkeiten, um streikende Belegschaften zu stärken und den Kampf um Arbeitsverhältnisse wieder zum Schauplatz linker Politik zu machen. Wie kann diese Arbeit möglichst fruchtbar organisiert werden?<sup>1</sup>

### DREI STÄDTE, DREI BEISPIELE

Anlässlich der bundesweiten Tarifaueinandersetzungen im Einzelhandel im Jahr 2013 entstanden in Berlin und Erfurt Unterstützergruppen, die in Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Unterstützungsaktionen und Öffentlichkeitsarbeit organisierten. In Berlin wurde die Studentische Aktion Berliner Arbeitskämpfe, kurz SABA, in Erfurt eine «Einzelhandel Supporter Crew» ins Leben gerufen. In Leipzig gründete sich im Juni 2013 ein Streik-Solibündnis, das noch immer aktiv ist und den Streik beim Internet-Versandhändler Amazon unterstützt. Drei Städte, drei Unterstützergruppen – wie haben sie gearbeitet?

Alle drei Initiativen zielten darauf, die laufenden Streiks und Aktionen aktiv zu unterstützen. In Leipzig wird dies darüber hinaus mit der Absicht getan, prekäre Beschäftigung auch unter Studierenden zu thematisieren. In Erfurt und Berlin wurde keine eigenständige politische Agenda verfolgt, teilweise aber die Rolle der außerhalb des Unternehmens agierenden, «solidarischen Kundschaft» eingenommen. Die Erfurter Supporter Crew bestand vorrangig aus ehrenamtlichen Gewerkschaftsmitgliedern, die Berliner SABA aus Mitgliedern des Hochschulverbands DieLinke.SDS, das Streik-Solibündnis in Leipzig besteht aus verschiedenen außerparlamentarischen Gruppen.

Die Aktiven in Erfurt und Berlin standen bereits zu Beginn der Unterstützungskampagnen in Kontakt mit Betriebsräten und Hauptamtlichen der DGB-Gewerkschaften. Durch persönlichen Kontakt zu einem aktiven Betriebsrat wurde zum Beispiel eine H&M-Filiale Schwerpunkt der Berliner Einzel-

handels-Kampagne. In Erfurt bestand Kontakt zu hauptamtlichen ver.di-Sekretären, die mit der Tarifaueinandersetzung im Einzelhandel befasst waren, sodass hier Aktionen in mehreren Betrieben durchgeführt werden konnten. In Leipzig kam der Kontakt zu Hauptamtlichen und der sehr intensive Austausch mit ver.di-Vertrauensleuten durch eine ver.di-Praktikantin zustande, die sich dem Streik-Solibündnis anschloss.

Für alle drei Initiativen war die Beteiligung an Streiktagen von besonderer Bedeutung: In Erfurt wurde kurzfristig für die reine physische Präsenz mobilisiert, sodass die «Supporter» die Streikenden vor Ort moralisch, personell und durch das Verteilen von Streikmaterial unterstützen konnten. Darüber hinaus wurde aber auch eigenes Material produziert, zum Beispiel bedruckte Einhänger («Kundinnen und Kunden unterstützen den Tarifkampf im Einzelhandel»), die an Regale verschiedener Supermärkte und Kaufhäuser angebracht wurden.

Die SABA beteiligte sich ebenfalls an den Streiktagen «ihrer» H&M-Filiale, ging im Verlauf der Arbeit jedoch noch stärker über die reine Präsenz hinaus. So wurde gemeinsam mit anderen UnterstützerInnen und ver.di-Hauptamtlichen zum Beispiel eine Blitzaktion durchgeführt, in der H&M-Beschäftigte zur Auseinandersetzung mit ihren Arbeitsbedingungen und zur Beteiligung am Streik motiviert wurden. Auch kreative Aktionsformen wie Straßentheater oder Straßenkreideaktionen wurden eingesetzt, um die politische Dimension des Tarifkampfes deutlich zu machen. Das Leipziger Streik-Solibündnis zeigt nicht nur Präsenz an den Streiktagen, son-

dern organisierte vorwiegend auch eigene Aktionen. Unabhängig von Streiktagen sind direkte Aktionen vor Ort nur schwer möglich, weil der Amazon-Betrieb am Stadtrand liegt und – anders als Einzelhandelsfilialen – für Betriebsfremde verschlossen ist. Deshalb ist hier die Öffentlichkeitsarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure besonders wichtig. So wurden vom Bündnis zum Beispiel Solidaritätsunterschriften an der Leipziger Universität gesammelt und den Amazon-Vertrauensleuten während einer gemeinsamen Kundgebung in Leipzig, an der auch KollegInnen aus Bad Hersfeld teilnahmen, übergeben. Hervorzuheben ist eine Solidaritätskundgebung, die gemeinsam mit Amazon-Beschäftigten auf dem Leipziger Uni-Campus abgehalten wurde, sowie die anschließende Informationsveranstaltung, auf der die KollegInnen interessierten Studierenden von ihren Arbeitsbedingungen berichteten.

Der regelmäßige Austausch mit Hauptamtlichen, Betriebsräten oder Vertrauensleuten ist zentral für die Arbeit von Unterstützergruppen. Über die Kommunikation im Zusammenhang mit den Streiktagen hinaus sind auch der Austausch über das weitere Vorgehen der Hauptamtlichen, Einschätzungen der Lage und Ergebnisse von Verhandlungen wichtig. Jenseits der Aktionen haben sich alle Unterstützergruppen um eine eigene Öffentlichkeitsarbeit für die laufenden Streiks bemüht. Alle drei Gruppen haben dafür eigene Facebook-Seiten eingerichtet, auf denen Bilder und Artikel verbreitet und kommentiert wurden, für Aktionen mobilisiert oder zu Veranstaltungen eingeladen wurde. Die Leipziger Aktiven betreiben darüber hinaus einen Blog, der über laufende Aktionen informiert ([streiksoli.blogspot.de](http://streiksoli.blogspot.de)). Die UnterstützerInnen aus Leipzig und Berlin haben zudem versucht, mit öffentlichen Veranstaltungen an Universitäten für die Unterstützung von Arbeitskämpfen zu werben und zu mobilisieren. Das Leipziger Bündnis publiziert zudem auch Berichte über die eigene Arbeit in linken Zeitschriften. Die interne Kommunikation und die Planung von Aktionen fanden bei allen Unterstützergruppen über E-Mail-Verteiler sowie vor allem auf regelmäßigen Treffen statt. In Leipzig nahmen Amazon-Vertrauensleute teilweise an den Bündnistreffen teil, was die Planung und Kommunikation erleichterte.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten ist es allen drei Unterstützergruppen gelungen, konkrete Streiktage moralisch, personell und durch Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Aktionen waren dann erfolgreich, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten durchgeführt wurden und diese in ihrem Handeln bestärkt haben. Durch das Verteilen von Streikmaterial an die Beschäftigten an einem Streiktag in Berlin konnten die SABA-Aktiven den Beschäftigten «den Rücken stärken», Hemmungen abbauen helfen und einen ersten kollegialen Austausch anregen. Teilweise konnte dabei auch unter den zuständigen Gewerkschaftssekretären eine Öffnung für unkonventionellere Aktionsformen angestoßen werden. Darüber hinaus ist es allen drei Gruppen und Bündnissen gelungen, die ehrenamtliche Unterstützung öffentlich zu machen. Der Fall Amazon zeigt, dass dies gerade in Zeiten medialer Auseinandersetzungen um die Legitimität von Arbeitskämpfen eine wichtige Form der Unterstützung ist. Nicht zuletzt aufgrund der Leipziger Unterstützungsarbeit wurde jüngst auch ein Solidaritätskomitee in Kassel gegründet, das die Streiks im Amazon-Werk in Bad Hersfeld unterstützt. Während die Auseinandersetzung mit dem Versandhändler Amazon derzeit noch läuft, ist es den Gruppen in Erfurt und Berlin im Laufe des Arbeitskampfes gelungen, Kontakte zu Hauptamtlichen aufzubauen und Erfahrungen zu sammeln, auf die

in zukünftigen Arbeitskämpfen und Auseinandersetzungen zurückgegriffen werden kann. Die SABA konnte während des Streiks einen regelmäßigen Austausch mit dem H&M-Betriebsratsvorsitzenden etablieren und hat nach dem Streik ein gemeinsames Auswertungstreffen organisiert.

Dreh- und Angelpunkt der Unterstützungsarbeit ist der Informationsaustausch mit den Hauptamtlichen. Wenn anstehende Streiktage zu kurzfristig bekannt gegeben werden, erschwert dies die Aktionen der Ehrenamtlichen. Grund für den Mangel an Austausch und Abstimmung kann die Belastung der gewerkschaftlichen Hauptamtlichen sein. Teilweise bestehen aber auch handfeste Vorbehalte politischer Natur, die in sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen mancher Sekretäre wurzeln und eine Arbeit mit linken, außerparlamentarisch agierenden Gruppen erschweren können. Die Rolle externer UnterstützerInnen kann auch problematisch werden: Die Erfurter Supporter Crew fühlte sich zum Beispiel von der Gewerkschaft zu sehr als ehrenamtliche «Manövrier-masse» ohne eigenständige politische Stimme wahrgenommen. Die Abhängigkeit von Hauptamtlichen kann auch über den Arbeitskampf hinaus bestehen: Die Erfurter hätten sich beispielsweise eine kollektive Auswertung der Tarifauein-anderetzungen unter Einbeziehung der Beschäftigten gewünscht. Diese kam zum einen wegen terminlicher Überlastung der zuständigen Hauptamtlichen nicht zustande, zum anderen weil die gewerkschaftliche Strategie eine Einbeziehung von linken, gewerkschaftsexternen Unterstützergruppen nicht vorsah. Das Leipziger Streik-Solibündnis beklagt, dass ver.di sich – trotz punktuell gelungener Zusammenarbeit – mitunter zu stark abgrenzt. Die Berliner SABA hätte sich von ver.di gewünscht, die laufenden Auseinandersetzungen stärker zu skandalisieren – auch um mehr Rückenwind für die eigene Mobilisierung zu haben.

Obwohl die Beschäftigten die eigentlichen Akteure im Arbeitskampf sind, ist es nur dem Leipziger Bündnis gelungen, über eine punktuelle Kommunikation hinaus mit einzelnen Beschäftigten in einen dauerhaften Dialog zu treten. Alle drei Gruppen schildern ferner das Problem, dass ein Großteil der Organisations- und Koordinationsarbeit an wenigen Personen hing: Sowohl der Austausch mit den gewerkschaftlichen Hauptamtlichen, Betriebsräten oder Vertrauensleuten als auch die interne Organisation und Planung von Aktionen und weiterem Vorgehen wurde von nur wenigen Einzelpersonen übernommen, um die herum sich ein größerer Kreis von Aktiven sammelte. Dies mag der Vertrauensbildung zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und Ehrenamtlichen dienlich sein, bringt aber Probleme für die interne Arbeit der Unterstützergruppen mit sich. Das hat zum Beispiel deutliche Auswirkungen auf die Mobilisierungsfähigkeit der Initiativen: Weder der Erfurter Supporter Crew noch dem Berliner SABA ist es gelungen, über das eigene Klientel hinaus UnterstützerInnen für den laufenden Arbeitskampf zu mobilisieren oder andere Interessierte anzusprechen als die unmittelbar Betroffenen.

## **DAS «KERNGESCHÄFT» DER UNTERSTÜTZUNGSARBEIT**

Allen Unterschieden zum Trotz lassen sich an den drei Beispielen zentrale Punkte der Organisation von Unterstützungsarbeit ausmachen: Sie betreffen das politische *Selbstverständnis*, die *Informationspolitik* unter den Beteiligten, die *Koordination* und *Organisation* der internen Arbeit und der Aktionen sowie die *Mobilisierung* und die *Öffentlichkeitsarbeit*. Vieles davon gehört zur klassischen Kampagnenarbeit,

dennoch ist die politische Konstellation in der Unterstützung von Arbeitskämpfen eine besondere: *Erstens* beschränkt sich die Arbeit nicht darauf, ein Unternehmen in der medialen und außermedialen Öffentlichkeit unter Druck zu setzen, vielmehr soll vorrangig eine Personengruppe unterstützt werden, die sich tagtäglich innerhalb dieses Unternehmens bewegt – die Beschäftigten. Darauf muss die Unterstützungsarbeit Rücksicht nehmen, denn von der Legitimität des Arbeitskampfes und vom Rückhalt unter den Beschäftigten hängt alles Weitere ab. Das bedeutet *zweitens*, dass die Unterstützungskampagne nicht nur nicht der einzige Akteur ist, sondern – etwa in Bezug auf die Verhandlungen – auch nicht der wichtigste: Zentrale Akteure sind die Beschäftigten und ihre Interessenvertretung, das heißt Betriebsräte und Gewerkschaften. Daraus folgt *drittens*, dass ehrenamtliche Unterstützungsgruppen – ob sie wollen oder nicht – zu den anderen Beteiligten in einem politischen und strategischen Verhältnis stehen. Deshalb sollten sie ihr politisches und strategisches Selbstverständnis formulieren und entscheiden, ob sie als eigenständiger Akteur mit einer eigenen Zielsetzung, etwa der Formulierung gemeinsamer Interessen, antreten oder sich allein auf die Unterstützung der Streikenden fokussieren wollen.

### **WAS TUN? – EINE KURZANLEITUNG**

Wie also beginnen, wenn ein Arbeitskampf ansteht, für den ehrenamtliche Unterstützung organisiert werden soll? Auf der Grundlage der geschilderten Erfahrungen können folgende Hinweise helfen, wirkungsvolle Unterstützung auf die Beine zu stellen.

**Das Selbstverständnis und die eigene Rolle definieren.** Warum und mit welchem Ziel organisiert man Unterstützung für den Arbeitskampf? Wen konkret will man unterstützen? Das ist eine politische Entscheidung, die aber auch von vorhandenen Ressourcen und Kontakten abhängig ist.

**Kontakt herstellen, in Austausch treten.** Zu Beginn sollte Kontakt zu den zuständigen Gewerkschaftssekretären, dem Betriebs- oder Personalrat und – falls möglich – zu den Beschäftigten aufgenommen werden. Bis die nötige Vertrauensbasis geschaffen ist, sind meist mehrere Treffen und Gespräche notwendig – die Beteiligten wollen schließlich wissen, mit wem sie es zu tun haben. Man muss sich auf die anderen einlassen und Ideen einbringen, kontinuierlich und zuverlässig arbeiten sowie signalisieren, dass man zur betrieblichen Auseinandersetzung kein instrumentelles Verhältnis hat.

**Vom konkreten Konflikt ausgehen.** Es gibt keine Unterstützungsarbeit für einen Arbeitskampf, wenn man den konkreten Arbeitskampf nicht unterstützt. Im Zentrum müssen deshalb die betriebliche Auseinandersetzung und die personelle und ideelle Unterstützung der Beteiligten stehen. Erst auf dieser Grundlage sind eine politische Debatte und wirksame öffentliche Kommunikation möglich. Öffentlichkeitsarbeit, etwa über soziale Netzwerke, ist wichtig – konkret vor Ort zu sein, Präsenz zu zeigen und mit den Beteiligten in Austausch zu treten ist aber unerlässlich.

**Mobilisieren!** Auf der Grundlage des eigenen Selbstverständnisses muss überlegt werden, wen man mit welcher Begründung für die Unterstützungsarbeit oder Aktionen ge-

winnen will. Damit verbunden ist die Frage, wie weit und in welchem Kontext man die Auseinandersetzung politisieren will, um weitere potenziell Betroffene anzusprechen. Eines ist jedenfalls sicher: Soll der Arbeitskampf ausgebaut und politisch diskutiert werden, ist Mobilisierung notwendig!

**Ohne die Beschäftigten läuft gar nichts.** Selbstverständlich können und sollen Solidaritätskampagnen eigenständig auftreten und Arbeitskämpfe über das «Kerngeschäft» hinaus politisieren. Wer aber an den Interessen der Beschäftigten vorbei arbeitet, belehrend oder pädagogisch auftritt, wird wenig erreichen. Letztlich führen die Beschäftigten den Arbeitskampf, und sie wissen auch am besten, warum und wozu. Arbeitskämpfe sind darauf angewiesen, dass die Beschäftigten Selbstbewusstsein und ein wehrhaftes Kollektivbewusstsein entwickeln. Wer dazu nur ein instrumentelles Verhältnis hat, verliert das Vertrauen und den Rückhalt der Beteiligten – das gilt für Haupt- und Ehrenamtliche gleichermaßen. Die Streikenden schließen sich ja deshalb zusammen, weil sie ihre konkrete Situation verbessern, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb erkämpfen wollen, während die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit für Streiks zumeist aus einer privilegierten Situation heraus erfolgt – man ist selbst nicht unmittelbar betroffen. Auch darum sind herablassende oder intellektualistische Gesten, wie zum Beispiel gut gemeinte, aber letztlich schematisierte Hau-ruck-Politiken oder überzogene Ansprüche an die Beschäftigten, fehl am Platz.

**Gemeinsame Aktionen organisieren.** Flyer schreiben, Transparente malen, Fahnen schwingen, Reden halten – alles gut und richtig, aber es geht auch kreativer. Ideal sind Aktionsformen, die öffentlichkeitswirksam sind und starke Bilder produzieren, bei denen Ehrenamtliche und Beschäftigte zusammenwachsen und bestärkende Erfahrungen machen können und die – klingt banal, ist es aber nicht – auch einfach gute Laune machen. Welche Aktionsformen das sind, muss je nach Situation entschieden werden, und manchmal müssen zuständige Betriebsräte oder Hauptamtliche von einer Idee noch überzeugt werden. Unter bestimmten Umständen *können* ehrenamtliche UnterstützerInnen auch Aktionen durchführen, mit denen Beschäftigte sich Probleme einhandeln könnten. Das reicht vom Agitieren im Betrieb und Verteilen von Flyern über Flashmobs bis hin zu Blockadeaktionen. Hier können Externe wichtige Arbeit leisten, weil ihnen arbeitsrechtlich keine Konsequenzen drohen. Im Idealfall sollten Aktionsformen aber so gestaltet sein, dass sich möglichst viele Menschen – vor allem die Streikenden – daran beteiligen können. Das ist unter bestimmten Umständen selbst bei Blockaden möglich und vermindert auch die Gefahr, im Nachhinein durch den Druck der Geschäftsleitung – trotz Vorabsprachen – gespalten zu werden.

**Die Arbeit koordinieren.** Erfahrungsgemäß sind es immer wenige Personen, die in einem regelmäßigen Austausch mit den Hauptamtlichen, dem Betriebsrat und den Beschäftigten stehen. Das hat Vorteile, birgt jedoch auch Risiken: Wenn die dafür Zuständigen ausfallen, reißt der Informationsfluss ab, die Planung von Aktionen fällt schwer und die Öffentlichkeitsarbeit kommt zum Erliegen. Das muss den ehrenamtlichen UnterstützerInnen klar sein, und es müssen rechtzeitig Mittel und Wege gefunden werden, die Arbeit zu delegieren und entsprechend zu organisieren. Eine Möglichkeit, für ei-

nen zuverlässigen Informationsaustausch zu sorgen, besteht darin, sich den gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertrauenspersonen als Unterstützerteam zu präsentieren und die Probleme, die die Informationsweitergabe an nur eine Person im Unterstützerkreis mit sich bringt, offen anzusprechen.

**Öffentlichkeitsarbeit organisieren.** Die mediale Auseinandersetzung um betriebliche Zustände und Konflikte ist kein Nebenschauplatz – vor allem nicht während eines laufenden Streiks. Über soziale Netzwerke oder Kampagnenblogs können externe UnterstützerInnen Bilder und Berichte verbreiten, Presseartikel kommentieren, Stellungnahmen abgeben oder zu Aktionen und Veranstaltungen einladen. Dafür ist ein etablierter Austausch von Informationen unter allen Beteiligten wichtig. Andererseits können Unterstützer die betriebliche Situation auch verallgemeinern und in ihren Stellungnahmen und Kommentaren politisch diskutieren. Die Stärke von Unterstützerguppen ist, dass sie ihre Arbeit nicht auf die rein betriebliche Ebenen beschränken müssen, sondern den Blick anderer gesellschaftlicher Gruppen einbringen können – diese Stärke sollten sie nutzen.

**Farbe bekennen!** Der Wille zur Unterstützung der Aktiven in Betrieb und Gewerkschaft muss ernst gemeint sein, im Zentrum steht die Arbeit im Konflikt vor Ort. Das heißt aber nicht, dass man sich zur «Manövriermasse» degradieren lassen muss. Ehrenamtliche können das hauptamtliche Kerngeschäft zwar nur ergänzen, denn sie führen keine Verhandlungen und rufen nicht zu Streiks auf. Aber es ist ihr gutes Recht, eine politische Diskussion über Strategien und Ergebnisse von Verhandlungen und gewerkschaftlichem Vorgehen einzufordern, Kritik zu üben und eigene Einschätzungen einzubringen. Was passiert zum Beispiel, wenn die zuständige Gewerkschaft ein Verhandlungsergebnis erzielt, mit dem die Beschäftigten nicht einverstanden sind? Auch über diesen Fall und seine Konsequenzen sollten ehrenamtliche UnterstützerInnen frühzeitig diskutiert haben.

**Und danach?** Ebenso wichtig wie die Verständigung über Ziele und Grenzen der Unterstützungsarbeit ist die frühzeitige – organisatorische und politische – Diskussion darüber, wie mit den Szenarien, die sich nach dem Streik oder sogar dessen Scheitern ergeben können, umgegangen werden soll. Wie sollen und können Kontakte zu Beschäftigten und InteressenvertreterInnen fortgeführt werden? Kann und soll weitere Betriebsarbeit geleistet werden? Wie soll mit Konflikten zwischen Interessenvertretung und Belegschaft umgegangen werden?

## **LINKE, STUDIERENDE UND STREIKS**

Unter jungen Linken und studentischen AktivistInnen spielen die Solidaritätsarbeit für Arbeitskämpfe und Streiks beziehungsweise die Auseinandersetzung mit Arbeitsverhältnissen – auch den eigenen – derzeit keine große Rolle. Andere Entwicklungen – Gentrifizierung, Einsparungen an Hochschulen oder der fortschreitende Bologna-Reformprozess – betreffen die konkrete Lebensrealität junger Menschen scheinbar direkter.

Doch der neoliberale Umbau von Städten und Hochschulen sowie die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen haben dieselbe Ursache: die Aufkündigung bisheriger Klassenkompromisse, die sich in einem rasanten Abbau sozialer

Sicherung zeigt. Durch den wirtschaftsliberalen Umbau der Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten sind auch staatliche Macht- und Einflussmöglichkeiten zunehmend beschränkt worden oder wurden von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene verlagert. Das zeigt sich an den Hochschulen, aber auch im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen und andernorts in Form von Privatisierungen, auf dem Arbeitsmarkt durch Deregulierung sowie dem fortschreitenden Abbau tariflich abgesicherter Standards. Die Folge ist eine breite gesellschaftliche Verunsicherung, die sich nicht zuletzt in massiven Entsolidarisierungstendenzen Bahn bricht. Sich mit Menschen zu solidarisieren, die im Hier und Jetzt dafür kämpfen, dass sich die Bedingungen ihrer Lebens- und Arbeitswelt verbessern, ist daher ein Schritt in die richtige Richtung.

Linke AktivistInnen und Studierende sollten sich deshalb keinesfalls mit paternalistischen Gesten zum «Bündnis mit der Arbeiterklasse» herablassen. Im Gegenteil: Es sind die derzeit stattfindenden Arbeitskämpfe, in denen jene Arbeitsverhältnisse ausgehandelt werden, in denen viele der heute Studierenden spätestens nach Studieneinde einmal dauerhaft arbeiten werden. So gesehen kämpfen die Beschäftigten, die sich für Tarifverträge, den Erhalt tariflicher Sicherungen oder Formen betrieblicher Mitbestimmung einsetzen, nicht nur für sich selbst, sondern ebenso für die kommenden ArbeitnehmerInnen und den zukünftigen Erhalt gegenwärtiger Standards.

(Linke) Studierende müssen die laufenden Auseinandersetzungen um Arbeitsverhältnisse auch im eigenen Interesse als relevante politische Auseinandersetzung begreifen und entsprechende Konsequenzen ziehen: Gewerkschaften beitreten, sich über ihre Rechte im Praktikum und im Nebenjob informieren und entsprechend handeln sowie vor allem Lohnarbeit wieder als ein Feld des politischen Kampfes begreifen. Sie sollten sich selbst entsprechend wappnen sowie jene unterstützen, die in heutigen Auseinandersetzungen bereits versuchen, der – letztlich uns alle betreffenden – Neoliberalisierung der Gesellschaft sowie der Erosion sozialer Sicherungssysteme effektive, solidarische Gegenwehr entgegenzusetzen.

John Lütten studiert Soziologie in Jena und ist ehrenamtlich bei ver.di aktiv.

Jana Werner promoviert an der Universität Freiburg/Br. über den Wandel des Menschenbildes in Recht und öffentlichen Diskursen seit der Agenda 2010. Sie lebt in Leipzig und ist aktiv im Streik-Solibündnis.

<sup>1</sup> Für Hinweise und kritische Anmerkungen bedanken wir uns bei Mia Adrian (Leipzig), Win Windisch (Berlin) und Volker Hinck (Erfurt).

BRUNO SONKO

## ZWIESPÄLTIGE BILANZ FÜR AFRIKA

**DIE MILLENIUMSZIELE DER UN HABEN KEINE GLEICHBERECHTIGUNG  
IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT GEBRACHT**

Im Jahr 2000, «dem bedeutendsten Moment unserer Zeit» (Kofi Annan), wurden von der UN-Vollversammlung sogenannte Millennium Development Goals (Millenniums- oder Jahrtausendentwicklungsziele) verabschiedet. Mit diesen globalen Zielen wurde bekräftigt, dass Entwicklungsorganisationen, Geldgeber und Partnerländer in Zukunft Verantwortung für ihr Handeln übernehmen müssen, wodurch auch die Struktur der Entwicklungszusammenarbeit potenziell grundlegend verändert wird. Das waren die Erwartungen. Nachdem der Zeitraum für ihre Verwirklichung nahezu verstrichen ist und schon an einer «Post-2015-Agenda», also an einem Nachfolgeprojekt, gearbeitet wird, ist es Zeit, Bilanz zu ziehen.

Im Jahr 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der ganzen Welt auf acht wirtschafts- und sozialpolitische Ziele verständigt, die bis 2015 erreicht werden sollen. Unter diesen Millenniumsentwicklungszielen ist das Ziel 8 von ganz besonderer Bedeutung – das Streben nach dem «Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft». Dazu gibt es sechs Detailvorgaben:

A: Die Weiterentwicklung eines offenen, regelgestützten, berechenbaren und nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems. Hier hat sich – wie Grafik 1 zeigt – nicht viel bewegt. Lediglich die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) haben deutlich von den Handelspräferenzen profitiert.

B und C: Die stärkere Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der LDCs und von Entwicklungsländern mit Binnen- oder Insellage. In Grafik 2 wird verdeutlicht, dass sich im Gegensatz zur erklärten Absicht der Anteil dieser Länder an der Entwicklungshilfe tendenziell verringert hat.

D: Die Verstärkung der Anstrengungen auf allen Ebenen zur Lösung des Schuldenproblems. Auch hier stagniert das Niveau der Auslandsverschuldung nach anfänglichen Verbesserungen seit Jahren (vgl. Grafik 3).

E: In Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie den Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu erschwinglichen Preisen in den Entwicklungsländern zu gewährleisten.

F: In Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor Sorge dafür zu tragen, dass neue Technologien, insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologien, von allen genutzt werden können.

Nach wie vor ist die Debatte um die Entwicklungszusammenarbeit sehr kontrovers. Im Folgenden werden stellvertre-

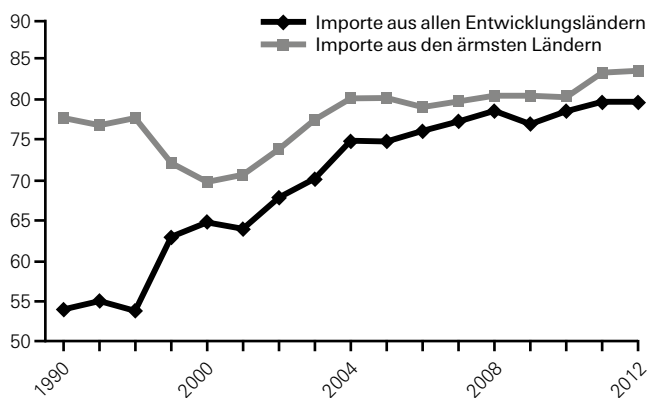
tend die Positionen einiger afrikanischer Intellektueller dargestellt und eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die sich mit den jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Afrika und dem Westen sowie den Jahrtausendentwicklungszielen befassen.

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben zwei bedeutende politische Interventionsinstrumente, der «Consensus von Washington» und der «Consensus von Peking», die zentrale Rolle beim Versuch einer Neupositionierung Afrikas in der Weltwirtschaft gespielt. Trotz des insgesamt optimistischen Grundtenors verweisen zahlreiche kritische Stimmen darauf, dass die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit lediglich den strategischen Interessen der industrialisierten Länder dient und die kollektiven Interessen der Entwicklungsländer diskriminiert. Das Problem besteht in der Fortexistenz eines asymmetrischen Systems internationaler Wirtschaftsbeziehungen.<sup>1</sup> Zwar wurden viele Programme entworfen und umgesetzt, jedoch ohne die Bevölkerung in Afrika mit in diese Prozesse einzubeziehen.

Zahlreiche afrikanische Intellektuelle wie beispielsweise Samir Amin (Direktor des Third World Forums in Dakar) vertreten den Standpunkt, dass die «Hilfe» mit der Deklaration der Millenniumsentwicklungsziele «de facto weder ihr Gesicht noch ihr Wesen geändert hat».<sup>2</sup> In einer Rezension von Yash Tandon's Buch «Ending Aid Dependence»<sup>3</sup> (dt.: Die Abhängigkeit von der Hilfe beenden) erinnert er daran, dass die «Entwicklungshilfe» den afrikanischen Staaten den Status von «Klienten» zuweist, der sie entmündigt und in einem ungerechten System gefangen hält. Dieser Geist der «Abhängigkeit» korrumpiert die Führungskräfte, lässt die Hilfe-

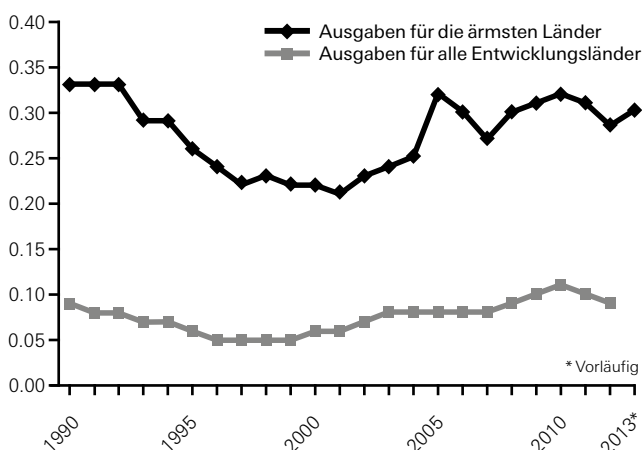


**Grafik 1: Importe der Industrieländer (außer Waffen und Öl) aus Entwicklungsländern bzw. aus den am wenigsten entwickelten Ländern (prozentualer Anteil der Gesamtimporte)**



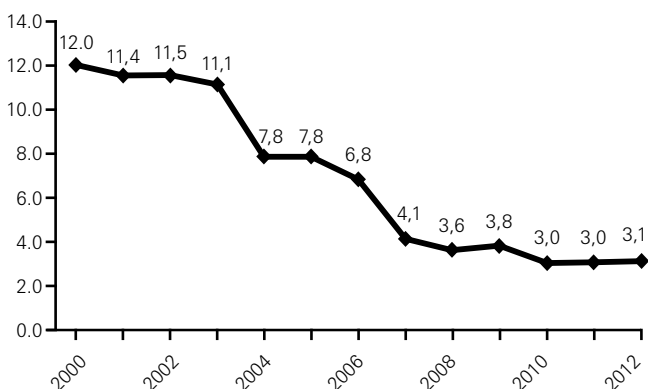
Quelle: United Nations: The Millennium Development Goals Report 2014, New York 2014, S. 50.

**Grafik 2: Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder stagniert, der LDCs fällt sogar**



Quelle: United Nations: The Millennium Development Goals Report 2014, New York 2014, S. 49.

**Grafik 3: Der Stand der Auslandsverschuldung geht seit Jahren nicht mehr zurück**



Quelle: United Nations: The Millennium Development Goals Report 2014, New York 2014, S. 51.

budgets ausufern und festigt imperialistische Herrschaftsinstrumente. Amin schließt sich Tandons Forderung nach einer anderen Form der Hilfe an<sup>4</sup> und schreibt:

«Wenn es bei der Hilfe – wie unablässig behauptet wird – tatsächlich zwei gleichberechtigte «Partner» gäbe, also das Geberland und das Empfängerland, dann hätten auch beide gleichermaßen in die Aushandlung der Struktur dieses Systems miteinbezogen werden müssen. Dies ist aber nicht der Fall. Die Diskussion über die Hilfe wurde verengt auf die «Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit». Diese wurde von der OECD (2005) entworfen und den Empfängerländern mittels des «Aktionsplans von Accra» (2008) aufgeherrscht. Dieses Verfahren war also von Anfang an illegitim. Der Zwang zur wirtschaftlichen Ausrichtung auf die liberale Globalisierung ist allgegenwärtig: Die Liberalisierung soll gefördert, die Märkte sollen geöffnet und die Länder «attraktiv» gemacht werden für ausländische Direktinvestitionen. Zudem wurden die politischen Kontrollinstrumente der Triade USA–EU–Japan durch zusätzliche politische Auflagen gestärkt: Hierbei handelt es sich um die Wahrung der Menschenrechte, die Abhaltung demokratischer Wahlen, die Schaffung eines Mehrparteiensystems und gute Regierungsführung – dies alles gewürzt durch einen faden Alibi-Diskurs über die «Armut». Die Erklärung von Paris stellt also de facto einen Rückschritt zu den «Entwicklungsdekaden» der 1960er und 1970er Jahre dar, während derer die Länder des Südens ihre wirtschaftlichen und sozialen Systeme und Politiken wenigstens frei gestalten konnten.»<sup>5</sup>

Kouider Boutaleb (Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tlemcen) verweist jedoch darauf, dass die Hilfe für viele afrikanische Länder – zumindest für die ärmsten unter ihnen – von zentraler Bedeutung bleibt.<sup>6</sup> Gleichwohl hätten mehrere Studien eindeutig gezeigt, dass diese Hilfe ihre anvisierten Ziele nie erreicht habe und die tatsächlichen Leistungen alles andere als neutral oder frei von Geberinteressen seien. Dies erkläre auch den mangelnden positiven Effekt auf das Entwicklungsniveau der Empfängerländer. Mit den Deklarationen von Paris und Accra würden neue Auflagen für die Gewährung dieser Hilfe festgelegt, die vor allem für jene Länder problematisch seien, die sich noch am Anfang eines komplexen Demokratisierungsprozesses befinden. Er zitiert Pauline Bend von der NGO Panos Institute West Africa:

«Der Wirtschaftsliberalismus greift auch auf die Politik über, denn die afrikanischen Länder sehen sich nunmehr mit einer Reihe neuer Konditionen für den Erhalt internationaler Hilfe konfrontiert: demokratische und transparente Institutionen, Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung. Diese neuen internationalen Standards schlagen sich überall nieder; bei den Strategiepapieren zur Reduzierung der Armut der Weltbank genauso wie in den Prinzipien von NEPAD [Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung]. Auch das Abkommen von Cotonou verdeutlicht, wie die neuen Auflagen für den Erhalt internationaler Hilfe fortan aussehen sollen.»<sup>7</sup>

Neuerdings wird von den westlichen Ländern besonders auf «Partnerschaft» Wert gelegt. Darin soll sich das Neue in den Beziehungen zu Afrika ausdrücken. Die meisten Entwicklungsorganisationen nutzen bevorzugt diesen Begriff. Fraglich ist jedoch, ob dieses Konzept tatsächlich eine Weiterentwicklung, eine wahre Veränderung im Handeln, eine echte Verbesserung darstellt, wie es die verschiedenen Berichte der internationalen Institutionen zu den Millenniumsentwicklungszielen glauben machen wollen.

Für Yves Alexandre Chouala (Politikwissenschaftler an der Universität von Yaoundé) wird mit dem Streben nach mehr Wirtschaftswachstum in den verschiedenen afrikanischen Wirtschaftsregionen stets deren Öffnung zum internationalen Markt und ihre Integration in die Weltwirtschaft im Kontext der Nord-Süd-Beziehungen verbunden.<sup>8</sup> Die neue Utopie der Partnerschaft soll dabei die ungleichen Beziehungen der Nachkriegszeit ablösen, die durch die Kolonialisierung und die postkoloniale einseitige Abhängigkeit Afrikas vom Westen geprägt waren. Die «Entwicklungspartnerschaft» erscheint als eine neue Form des Dialogs zwischen Afrika und der Gemeinschaft der «zivilisierten und entwickelten Staaten» sowie als neuer Verhandlungsrahmen für Afrikas erfolgreiche Integration in eine neue Weltwirtschaft.

Chouala unterstreicht, dass das Konzept der Partnerschaft als ein (neues) geopolitisches Prinzip begriffen werden muss, das die Politik der großen Staaten bestimmt, die im Zeitalter der Globalisierung die internationale Politik entwerfen oder lenken. In ihrer heutigen Umsetzung erscheint die Partnerschaft als ein «Produkt der Globalisierung», das scheinbar alternativlos folgende Schlüsselemente beinhaltet: Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, gute Regierungsführung, dezentralisierte Zusammenarbeit, Zivilgesellschaft und öffentlicher Raum sowie wirtschaftlicher Liberalismus.

Chouala verneint die Frage, ob diese neue «Partnerschaft» tatsächlich Veränderungen herbeiführen könne. Das Konzept füge sich vielmehr in die Neugestaltung der internationalen Beziehungen ein, die wiederum aus einem Umbruch der politischen Umgangsformen resultiere. Aus dieser Perspektive stellt «Partnerschaft» eine Art politisches Zwangsverhältnis dar, das eine auf den folgenden Grundpfeilern ruhende Weltsicht fördert: Liberalisierung der politischen und wirtschaftlichen Märkte, Reformierung der Wirtschaft und der Behörden, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, gute Regierungsführung, Dezentralisierung, Technokratie, Zivilgesellschaft etc. Dieses Konzept speist sich aus den im «Consensus von Washington» artikulierten Forderungen, die die Entwicklungsländer zu Steuerreformen mahnen sowie zur Rationalisierung der öffentlichen Ausgaben, Handelsliberalisierung, Wettbewerbsfähigkeit der Märkte, zur Öffnung für ausländische Direktinvestitionen, Privatisierung und Achtung der Menschenrechte drängen. «Partnerschaft» ist also ein Element der Globalisierung, ein Instrument zur Förderung und zur Verbreitung eines liberalen Internationalismus.

Die Vereinheitlichung des globalen Wirtschaftssystems stellt das Herzstück und den Zweck dieser politischen Agenda dar. Wird «Partnerschaft» unter Berücksichtigung ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer weltweiten Verbreitung betrachtet, erschließt sie sich also als ein Instrument zur Förderung einer neuen Weltordnung, als Instrument zur Verwestlichung der Welt. «Partnerschaft» reiht sich also in eine weltweite Dynamik der Neupositionierung Afrikas innerhalb der internationalen Gemeinschaft ein, die jedoch von ideologischer und materieller Ungleichheit geprägt ist. In ihrer Funktion als neuer Bezugspunkt staatlicher Entwicklungshilfe und internationaler Solidarität mit Afrika ist «Partnerschaft» der Ort, von dem aus die Weltsicht der Geberländer verbreitet wird, deren strategisches Ziel die Verwestlichung der afrikanischen Zivilisationen ist.

Philippe Hugon (Leiter der Forschungsbereichs des Institut de Relations Internationales et Stratégiques in Paris mit dem Schwerpunkt Afrika) ist etwas zurückhaltender. Er betont, dass im Kontext der Globalisierung und der internatio-

nen Finanzkrise neue Akteure der Zusammenarbeit in Afrika hervorgetreten sind. Diese Partner (China u.a.) lockern die finanziellen Zwänge und die politischen Auflagen, erweitern den Handlungsspielraum und forcieren die Rohstoffextraktion. Gleichzeitig erhöhen sie aber auch das Risiko einer Neuverschuldung und einer Schwächung der Bemühungen um eine bessere Koordination der Hilfe.<sup>9</sup>

Herman Touo (Professor an der Universität Ngaoundéré/Kamerun) verweist darauf, dass für China der Schutz der Menschenrechte in den Bereich nationaler Souveränität falle.<sup>10</sup> Diese Perspektive hat Pekings Erfolge in Afrika zweifelsohne befördert, auch wenn dies nicht der einzige gemeinsame Nenner zwischen Peking und seinen afrikanischen Partnern ist.

Für zahlreiche autoritäre Regime in Afrika stellt Peking einen Segen dar, der die demokratischen Kräfte schwächt. China bietet diesen Regimen eine Alternative zum wachsenden Druck des Westens in Richtung auf einen transparenten Umgang mit politischer Macht. Diese Regime sind der westlichen Moralpredigt über mangelnde Transparenz, schlechte Regierungsführung und die Nichterneuerung der politischen Eliten überdrüssig. China hingegen knüpft seine Hilfeleistungen nicht an politische Bedingungen – ganz zum Nachteil der von den Bevölkerungen so ersehnten Demokratisierung. Unter dem Deckmantel einer ewig währenden Freundschaft und unter höchster Achtung des heiligen Prinzips der «Neutralität und der Nichteinmischung» stellt Peking keinerlei Bedingungen in Bezug auf mehr Demokratie oder gute Regierungsführung.

Eine häufig vorgebrachte Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit betrifft die Verhandlungen zwischen Afrika und der EU über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA); dazu schreibt Ousseni Illy:

«Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stellen für zahlreiche regionale Wirtschaftsgemeinschaften eine der größten Herausforderungen in Bezug auf den Schutz afrikanischer Integrationsbestrebungen dar. Die EU übt massiven Druck auf diese Gemeinschaften aus. Am 30. September 2011 hat die EU-Kommission entschieden, dass die Unterzeichnerländer der Interim-WPA [...] bis zum 1. Oktober 2014 vollständige WPA vereinbart haben müssen. Andernfalls würde die EU schlicht und ergreifend die Handelserleichterungen für den Zugang dieser Gemeinschaften zum europäischen Markt zurückziehen. Diese vom Europäischen Parlament im April 2013 gebilligte Entscheidung stellt für die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften eine Bedrohung dar, insbesondere für die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Aus diesem Grund hat die ECOWAS rasch Maßnahmen zur Beschleunigung der Verhandlungen ergriffen, um die Integration nicht zu gefährden.»<sup>11</sup>

## FAZIT

Die hier vorgestellten Positionen geben eine sehr kritische Sicht auf die Entwicklungszusammenarbeit und die neue Entwicklungspartnerschaft, für die sich die Industrieländer einsetzen. Es kann festgehalten werden, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen der Logik, die dieser «Partnerschaft» zugrunde liegt, und den ausländischen Direktinvestitionen beispielsweise. Tatsächlich ist eine Doktrin rund um die «neue Partnerschaft» und ihre Förderung von guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Rechnungslegung etc. entstanden. Die Tatsache, dass die Industrieländer Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abschließen und gleichzeitig

ausländische Direktinvestitionen zum Nachteil Afrikas fördern, mit ihren Anstrengungen also lediglich die wirtschaftlichen Interessen Europas durchsetzen, führt diese vermeintlich gerechte Partnerschaft ad absurdum.

Der Entwicklungsökonom Ndongo Samba Sylla veranschaulicht diesen Sachverhalt und betont, dass der Kapitaltransfer durch Privatinvestoren in den letzten Jahrzehnten explosionsartig angestiegen ist:

«Für die Mehrheit der afrikanischen Länder stellen die 1980er Jahre mit ihren Strukturanpassungsprogrammen einen bedeutenden Bruch dar, da in dieser Phase die Zahlungsströme ins Ausland massiv angestiegen sind. Durch das Drängen auf eine wirtschaftliche «Öffnung», eine neoliberale politische Ausrichtung und eine politische Reformierung des «Handelsklimas» wurden die afrikanischen Länder für schnelle Profite durch ausländische Investitionen im Bereich der extraktiven Industrien noch attraktiver.»<sup>12</sup>

Sylla unterstreicht, dass der illegale Kapitalabfluss in den letzten zehn Jahren angestiegen ist, insbesondere in den Erdöl produzierenden Ländern, wo der Aderlass am heftigsten war. Zwischen 2005 und 2010 hat der Kontinent mehr als 205 Milliarden US-Dollar verloren. Dies entspricht einem Viertel der geschätzten illegalen Finanzströme zwischen 1970 und 2010.<sup>13</sup>

Der senegalesische Wirtschaftsexperte Amadou Aly Dieng stellt zusammenfassend Folgendes fest:

1. Das Fehlen tatsächlicher Entwicklung Afrikas zeigt sich nicht auf der Ebene der Schulden oder des Mangels an Hilfsfonds, sondern auf der Ebene des Wesens der Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, die den Kontinent den Interessen der entwickelten Länder unterwerfen.

2. Wir müssen aus den unterschiedlichen Entwicklungserfahrungen der letzten Jahre wie dem Aktionsplan von Lagos lernen.

3. Wir müssen jene sozialen Kräfte bestimmen, die für oder gegen eine von den afrikanischen Ländern gewünsch-

te Form der Entwicklung sind. Ein Entwicklungsprogramm kann nur dann funktionieren, wenn es auch von starken gesellschaftlichen Kräften getragen wird, deren Interessen dadurch verwirklicht werden.

4. Ausländische über nationale Interessen zu stellen bedeutet nichts anderes, als den Bedürfnissen der Staaten und Bevölkerungen Afrikas den Rücken zuzukehren.<sup>14</sup>

Übersetzung aus dem Französischen von Jo Schmitz und Martina Körner für *lingua•trans•fair*.

Bruno Sonko ist promovierter Entwicklungsökonom und arbeitet zurzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar/Senegal. Der vorliegende Text basiert auf einem Vortrag, den der Autor auf der Konferenz «Von Demokratie, Interessen und Fortschritt – über die Zukunft der Entwicklungspolitik in Afrika» am 24. Mai 2014 in Berlin gehalten hat.

<sup>1</sup> Vgl. Declaration of Santa Cruz, Juni 2014, Paragraf 219. <sup>2</sup> Amin, Samir: Repenser l'aide au développement, in: Pambazuka News 128, 21.12.2009, unter: <http://pambazuka.org/fr/category/features/61217>. <sup>3</sup> Tandon, Yash: Ending Aid Dependence, Nairobi 2008. <sup>4</sup> Der Dokumentarfilm «Tödliche Hilfe» von Raoul Peck berichtet über die US-amerikanische «Hilfe» nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti. Die Kernaussage Pecks ist, dass «der Hilfe nicht mehr zu helfen ist» (Aid can no longer be helped). <sup>5</sup> Amin: Repenser l'aide. <sup>6</sup> Vgl. Boutaleb, Kouider: L'Afrique face aux défis du développement socio-économique à l'ère de la mondialisation néolibérale, Dakar 2011. <sup>7</sup> Bend, Pauline: Repenser le concept de développement: des impasses d'un processus de standardisation des sociétés à l'émergence d'un sens historique et culturel, in: Afrique et développement 3/2007, S. 89. <sup>8</sup> Vgl. Chouala, Yves Alexandre: L'Afrique dans le nouveau partenariat international. Enjeux de civilisation et de puissance, in: Études internationales 1/2003, S. 53–78. <sup>9</sup> Vgl. Hugon, Philippe: La Chine en Afrique, néocolonialisme ou opportunités pour le développement, in: Revue internationale et stratégique 4/2008, S. 219–230. <sup>10</sup> Vgl. Touo, Herman: Les économies africaines doivent-elles avoir peur de la Chine, Arbeitsdokument, Hauptversammlung CODESRIA, Rabat 2011. <sup>11</sup> Illy, Ousseni: Dernière ligne droite vers les APE: quels défis pour les communautés régionales africaines, in: Passerelles 2/2014, S. 7. <sup>12</sup> Sylla, Ndongo Samba: De l'Afrique marginalisée à l'Afrique émergente. Critique de deux mythes contemporains, Mimeo 2014. <sup>13</sup> Vgl. Boyce, James K./Ndikumana, Léonce: Capital Flight from Sub-Saharan African Countries: Updated Estimates, 1970–2010, Political Economy Research Institute, University of Massachusetts, Amherst 2012. <sup>14</sup> Vgl. Dieng, Amady Aly: Le financement du développement et expériences de développement, CODESRIA, Dakar 2006.

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS

## DIE BÜRGERREVOLUTION IN ECUADOR AM SCHEIDEWEG<sup>1</sup>

DER VON DER CORREA-REGIERUNG INITIIERTE GESELLSCHAFTLICHE  
TRANSFORMATIONSPROZESS VERDIEN T KRITISCHE SOLIDARITÄT

Seit dem Amtsantritt von Präsident Rafael Correa im Januar 2007 taucht Ecuador immer wieder mit spektakulären Nachrichten in den hiesigen Medien auf. Die Verabschiedung der neuen, überaus fortschrittlichen Verfassung von 2008, der bahnbrechende Vorschlag, das Erdöl des Urwaldgebietes Yasuní im Boden zu belassen, wenn die reichen Länder hierfür finanziell die Verantwortung mittragen, sowie die Unterstützung von Julian Assange, der sich nach wie vor in der ecuadorianischen Botschaft in London aufhält, sind nur einige Beispiele, mit denen sich Rafael Correa als Linker international einen Namen gemacht hat. Doch mittlerweile häufen sich kritische Stimmen, die etwa die primär auf Rohstoffausbeutung ausgerichtete Wirtschaftspolitik des Landes hinterfragen. Erst im Juni dieses Jahres schloss der Andenstaat ein Handelsabkommen mit der Europäischen Union ab, von dem auch Linke befürchten, dass damit eine Entwicklung in Richtung einer alternativen Ökonomie erschwert wird.<sup>2</sup>

Boaventura de Sousa Santos, portugiesischer Intellektueller und einer der Gründerväter des Weltsozialforums, hat den ecuadorianischen Transformationsprozess von Anfang an intensiv begleitet. Hier zieht er eine Zwischenbilanz des aus seiner Sicht «komplexesten Projektes der lateinamerikanischen Linken» und fordert zu kritischer Solidarität von außen auf.

Die linken Intellektuellen Lateinamerikas – zu denen ich mich quasi per Adoption zähle – haben in ihrer Analyse politischer Prozesse der letzten 100 Jahre immer wieder zwei zentrale Fehler begangen. Zum einen haben sie sich nicht ernsthaft darum bemüht, politische Prozesse zu verstehen, die nicht recht in die Schubladen übernommener marxistischer oder anderer linker Theorien passen wollten. Die ersten Reaktionen auf die kubanische Revolution sind hierfür ein gutes Beispiel. Der zweite Fehler bestand darin, jegliche Kritik an den Fehlern und Irrtümern linker Bewegungen totzuschweigen – sei es aus Nachsicht oder aus Angst, damit den Rechten in die Hände zu spielen. Auf diese Weise haben sie die Chance vertan, kritische Solidarität zu einem Instrument ihres Kampfes zu machen.

Seit Hugo Chávez 1998 in Venezuela an die Macht kam, erlebt die lateinamerikanische Linke eine der glorreichsten Phasen in ihrer Geschichte, vielleicht sogar in der Geschichte der Linken weltweit. Natürlich dürfen wir die Anfänge der Revolutionen in Russland, China und Kuba, ebenso wie die Erfolge der europäischen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit, nicht gering schätzen. Aber dennoch waren die progressiven Regierungen der letzten 15 Jahre aus mehreren Gründen besonders bemerkenswert. Sie kamen zu einer

Zeit an die Macht, als der neoliberale Kapitalismus auf dem Vormarsch war und mit aller denkbaren Wucht und Feindseligkeit auf die von seinen Idealen abweichenden Projekte reagierte. Sie sind von ihrer Struktur her sehr unterschiedlich und zeugen von einer so noch nie dagewesenen Vielfalt der Linken. Sie sind aus demokratischen Prozessen hervorgegangen, an denen sich auf institutioneller Ebene und auch außerhalb der Institutionen große Teile der jeweiligen Bevölkerung beteiligt haben. Und schließlich versuchen sie nicht, der großen Mehrheit im Namen einer glorreichen Zukunft noch mehr Opfer abzuverlangen, sondern die Gegenwart derer zu verändern, die bisher noch nie auf eine bessere Zukunft hoffen konnten.

### **CORRERA – DER GROSSE MODERNISIERER ECUADORS**

Ich bin mir, während ich dies hier schreibe, der eben erwähnten Fehler durchaus bewusst, und dennoch bin ich mir unsicher, ob ich sie selbst vermeiden können. Trotzdem möchte ich mich hier zu einem Fall äußern, der das, was heute die neue lateinamerikanische Linke ausmacht, auf besonders komplexe Weise verkörpert: die Präsidentschaft Rafael Correas in Ecuador und seine Politik in den ersten beiden

Amtszeiten. Hierzu einige Vorbemerkungen. Erstens: Man kann darüber streiten, ob es sich im Fall von Correa um eine Links- oder doch eher um eine Mitte-links-Regierung handelt. Sie als rechtsgerichtet zu betiteln, wie dies manche GegnerInnen aus dem linken Lager tun, erscheint mir jedoch absurd. Die Lage ist derart polarisiert, dass diese linken KritikerInnen Correa wohl erst dann als links oder mitte-links stehend anerkennen würden, wenn wieder eine Rechtsregierung an die Macht käme. Zweitens: Nach vielen Jahren des Chaos hat Correa wieder für mehr politische Stabilität gesorgt. Es besteht deshalb in Ecuador ein breiter Konsens darüber, dass er «trotz allem» der beste Präsident der letzten Jahrzehnte ist. Drittens: Es gibt keinen Zweifel daran, dass Correa die größte Umverteilung von Profiten aus dem Erdölgeschäft in der ecuadorianischen Geschichte eingeleitet und damit einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Stärkung der Mittelschichten geleistet hat. Noch nie studierten an den Universitäten und Hochschulen so viele Arbeiterkinder wie heute. Doch warum reicht all das nicht aus, um selbst RegierungsanhängerInnen davon zu überzeugen, dass Correas politisches Projekt auch nach den nächsten Präsidentschaftswahlen 2017 weitergehen wird, sei es mit ihm oder auch ohne ihn?

Obwohl es auch früher schon Modernisierungsschübe im kapitalistischen System gegeben hat, ist Correa zweifelsohne der große Modernisierer Ecuadors. Vom Umfang und Ehrgeiz her hat sein Programm gewisse Ähnlichkeiten mit dem Projekt von Kemal Atatürk in der Türkei zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Gemeinsam sind den beiden Nationalismus, Populismus und die Vorstellung von der Zentralität des Staates. Rafael Correa stützt sein Programm auf drei Grundideen. Erstens: Der Staat ist die wichtigste Kraft im Prozess der Modernisierung. Eng damit verbunden sind das Konzept nationaler Souveränität, der Kampf gegen den US-amerikanischen Imperialismus (durch die Schließung der Militärbasis von Manta, die Ausweisung von militärischem Personal der US-amerikanischen Botschaft sowie durch den aggressiven Kampf gegen Chevron und die von dem Konzern verursachte Umweltzerstörung in der Amazonasregion) und die Überzeugung, dass die staatlichen Dienstleistungen und Strukturen wesentlich effektiver gestaltet werden müssen. Zweitens: Für eine modernere und gerechtere Gesellschaft bedarf es der Erschließung von ausreichend Ressourcen, mit denen eine bessere Sozialpolitik (kompensatorische Leistungen, die der Einkommensumverteilung dienen, und universelle Leistungen etwa in den Bereichen Gesundheit, Erziehung/Bildung und Altersversorgung) umgesetzt und benötigte Infrastrukturprojekte (Straßen, Hafenanlagen, Elektrizitätswerke etc.) finanziert werden können. All dies soll jedoch geschehen, «ohne den Reichen zu schaden» – also ohne das Modell der kapitalistischen Akkumulation anzutasten. Drittens: Da sich die ecuadorianische Gesellschaft Correa zufolge nach wie vor in einem Stadium der Unterentwicklung befindet, sieht er sie noch nicht bereit für eine umfassende Demokratisierung im Sinne von mehr direkter Partizipation. Vielmehr könne eine solche den gerade begonnenen Reformprozess blockieren und die Wirksamkeit der ergriffenen politischen Maßnahmen schmälern. Um dies zu verhindern, müsse noch deutlich mehr in die Bildung und Entwicklung des Landes investiert werden. Bis dahin sollten die BürgerInnen dem Staat vertrauen, da keiner besser dazu in der Lage sei, ihre wirklichen Interessen zu erkennen und zu vertreten.

## **DAS «GUTE LEBEN» KOMMT SPÄTER**

Steht dieses umfangreiche Programm nun im Widerspruch zur ecuadorianischen Verfassung von 2008 – einem der progressivsten und revolutionärsten Grundgesetze in ganz Lateinamerika? Schauen wir uns die Sache näher an. Laut Verfassung wird ein alternatives Entwicklungsmodell (wenn nicht sogar eine Alternative zur Entwicklung) angestrebt. Dieses Modell soll sich auf das Konzept des *buen vivir* («gutes Leben») stützen – ein neuer Begriff, der eigentlich nur in einer nicht kolonialen Sprache korrekt wiedergegeben werden kann, zum Beispiel auf Quechua: *sumak kawsay*. Das Konzept des «guten Lebens» ist äußerst umfassend und hat vielfältige Konsequenzen. Die Natur gilt als ein lebendiges Wesen und folglich als etwas Begrenztes; sie wird gleichzeitig als Subjekt und Objekt von Pflege und Schutz verstanden, nie aber nur als unerschöpfliche Quelle natürlicher Ressourcen. Die Natur verfügt demnach über eigene Rechte. Wirtschaft und Gesellschaft werden im *sumak kawsay* pluralistisch gedacht und sollen auf Prinzipien wie Reziprozität, Solidarität, Interkulturalität und Plurinationalität gründen; Staat und Politik werden stark partizipatorisch konzipiert, mit verschiedenen Modalitäten der demokratischen Praxis und der Kontrolle des Staates durch die Bevölkerung.

Für Correa ist dies alles – oder zumindest fast alles – zwar wichtig, aber er versteht die Umsetzung all dessen eher als ein langfristiges Ziel. Kurzfristig geht es für ihn vordringlich darum, den staatlichen Reichtum zu mehren, um auf dieser Grundlage Einkommen umverteilen, eine umfassendere Sozialpolitik betreiben und entwicklungsrelevante Infrastruktur aufbauen zu können. Die Politik müsse daher Opfer bringen, müsse das, was ihr eigentlich am wichtigsten ist, zunächst beiseite lassen. Im Klartext: Gegenwärtig muss die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen intensiviert werden (Bergbau, Erdöl, Agroindustrie), erst zu einem späteren Zeitpunkt kann die Abhängigkeit der Wirtschaft von diesen Ressourcen verringert werden. Hierzu bedarf es laut Correa einer umfassenden Reform des Hochschulwesens und einer tief greifenden wissenschaftlichen Revolution. Damit eine auf die große Artenvielfalt des Landes zugeschnittene Wissensökonomie entstehen kann, sollen insbesondere Bio- und Nanotechnologien gefördert werden. Für Correa steht außer Frage, dass diese Strategie Früchte tragen wird, wenn auch erst in etlichen Jahren.

Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung um den Yasuní-Nationalpark im Osten des Landes – weltweit wohl eines der Gebiete mit der größten Artenvielfalt – zu betrachten. Er soll, entgegen Correas ursprünglichem Versprechen, nun doch der Erdölförderung geopfert werden. Dies liegt nicht nur daran, dass die internationale Gemeinschaft die Strategie, das Öl im Boden zu belassen, nicht mitgetragen hat. Entscheidend ist wohl vielmehr, dass laufende staatliche Investitionen auf ausländische Kredite (vor allem aus China) angewiesen sind, die mit Öllieferungen garantiert werden, also von den Einnahmen aus der vorgesehenen Ölförderung abhängen. Entsprechend gelten die indigenen Bevölkerungsgruppen, die sich der Ölförderung im Nationalpark entgegengestellt haben, als entwicklungsfeindlich oder als Opfer von Manipulation durch korrupte AnführerInnen, opportunistische PolitikerInnen, NGOs, die im Dienst des Imperialismus stehen, oder junge UmweltschützerInnen aus der Mittelschicht.

## **EINE PLEBISZITÄRE DEMOKRATIE NEUEN TYPUS**

Ein derart umfangreicher Modernisierungsprozess setzt eine hohe Effizienz voraus, und diese soll nicht durch zu viel

Rücksichtnahme auf Widerspruch aus der Gesellschaft beeinträchtigt werden. Bürgerbeteiligung ist zwar willkommen, aber nur solange sie eine Funktion erfüllt, was momentan nicht gewährleistet sei, wenn sie ohne eine höhere Führung des Staates, genauer der Regierung, stattfindet. Zu Recht sieht Correa sich als Opfer der Medien, die, wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, im Dienst des Kapitals und der politischen Rechten stehen. Er versucht deshalb, den Mediensektor entsprechend zu regulieren, wobei die von ihm vorgesehenen Neuregelungen in vielerlei Hinsicht positiv sind. Allerdings haben sie die Stimmung im Land derart angeheizt und die Gesellschaft so extrem polarisiert, dass viele kurz davor sind, die gesamte Regierungspolitik zu verteufeln. In der Folge ist es zu einer Bedrohung von JournalistInnen gekommen, einige AktivistInnen aus sozialen Bewegungen (von denen manche auf eine lange Tradition im Land zurückblicken können) wurden als Terroristen angeklagt, und insgesamt scheint die Kriminalisierung sozialer Proteste immer aggressivere Züge anzunehmen. Die Gefahr ist groß, dass politische Widersacher, mit denen man üblicherweise eine Auseinandersetzung sucht, plötzlich zu Feinden erklärt werden, die es zu beseitigen gilt. Unter diesen Umständen ist die beste demokratische Praxis, einen direkten Kontakt zwischen Correa und der Bevölkerung – also einen neuen Typus plebiszitärer Demokratie – herzustellen. Genau wie früher Hugo Chávez ist auch Correa ein außergewöhnlicher Kommunikator, und seine regelmäßigen Auftritte in den samstäglichen Radio- und Fernsehprogrammen (die sogenannten *sabatinas*) sind politisch betrachtet hochgradig komplexe Vorgänge. Ziel und Zweck dieses direkten Kontakts zu den BürgerInnen ist jedoch nicht, sie an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Vielmehr ringt Correa mit Mitteln der Verführung und einer bestimmten Ansprache um deren Zustimmung zu seiner Politik.

#### **DAS PROBLEM SCHWACHER STAATLICHER INSTITUTIONEN**

Ebenfalls zu Recht geht Correa davon aus, dass staatliche Institutionen weder in sozialer noch in politischer Hinsicht neutral sind. Aber er vermag nicht, zwischen Neutralität und Objektivität, die auf bestimmten Verfahrensweisen gründet, zu unterscheiden. Stattdessen vertritt er die Position, dass die staatlichen Institutionen aktiv die Regierungspolitik unterstützen müssen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Justiz verteufelt wird, wenn sie ein Urteil fällt, das nicht im Interesse der Regierung ist. Ist das Gegenteil der Fall, das heißt das Urteil regierungskonform, wird die Justiz in hohen Tönen als unabhängig gelobt. Kein Wunder also, dass sich das ecuadorianische Verfassungsgericht in strittigen Fragen meist eines Urteils enthält, weil das Ergebnis die höheren Staatsinteressen tangieren könnte. Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass ein Mitglied des Nationalen Wahlrats – zuständig für die Überprüfung der von der Yasunidos-Bewegung gesammelten Unterschriften, die per Referendum die Erdölförderung im Nationalpark stoppen wollte – noch vor der Prüfung gegen das Anliegen der Volksabstimmung öffentlich Stellung bezog. Eine solche Aushöhlung öffentlicher Institutionen ist typisch für populistische Regime und ist vor allem dann gefährlich, wenn diese aufgrund der üblichen Privilegien in einem oligarchischen System ohnehin schon geschwächt sind. Wenn dann auch noch die charismatische Führungsfigur die Bühne verlässt (so geschehen in Venezuela mit Hugo Chávez), entsteht ein schwer zu kontrollierendes politisches Vakuum.

Noch dramatischer wird die Lage dadurch, dass Correa seine historische Mission darin sieht, den Nationalstaat aufzubauen und zu stärken. In Zeiten eines globalen Neoliberalismus ist dies ein wichtiges, ja sogar ein entscheidendes Ziel. Nur scheint es Correa nicht in den Sinn zu kommen, dass sich die Institutionen dieses neuen Nationalstaates deutlich von denen des Modells des kolonialen Staates oder seines Nachfolgers, des kreolischen oder Mestizenstaates, unterscheiden könnten. Deshalb wird die Forderung der indigenen Bevölkerungsgruppen nach Plurinationalität, die in der Verfassung verankert ist, als Bedrohung der Einheit (sprich den Zentralität) des Staates dämonisiert, anstatt sie mit dem entsprechenden Respekt und Takt zu behandeln. In Ermangelung eines kreativen Dialogs zwischen der zivilen Nation, die die Heimat aller ist, und den verschiedenen ethnisch-kulturellen Nationen mit ihren Forderungen nach der Anerkennung von Differenzen und einer relativen Autonomie zerfällt das gesellschaftliche Gewebe immer mehr. Kollektive Rechte und Verantwortlichkeiten werden von individuellen Rechten in den Hintergrund gedrängt. Während die einzelnen Mitglieder indigener Gemeinschaften als «BürgerInnen in spe» wahrgenommen werden, unterstellt man ihren Organisationen, dass sie korporatistisch seien und dem revolutionären Prozess feindselig gegenüberstünden. Anscheinend ist die Zivilgesellschaft solange genehm, solange sie unorganisiert daherkommt. Haben wir es hier womöglich mit einer heimtückischen Durchdringung des Post-Neoliberalismus mit neoliberalen Vorstellungen zu tun?

Auf jeden Fall haben wir es mit Kapitalismus zu tun. Ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der diesen Namen verdient hätte, ist im Augenblick noch in weiter Ferne. Angesichts der beschriebenen Lage und der Widersprüche, die den von Correa angeführten Transformationsprozess prägen, ist mittelfristig vielleicht doch die korrekteste politische Bezeichnung. Vermutlich ist das Problem nicht vor allem eines der Regierung, sondern der Art des Kapitalismus, die sie befördert. Es mag paradox klingen, aber wir haben es in gewisser Weise mit einer post-neoliberalen Variante des Neoliberalismus zu tun. Mit jedem Umbau des Kabinetts ging bisher eine Stärkung der rechtsgerichteten wirtschaftlichen Eliten einher. Droht die gemäßigte Linke also vielleicht doch immer mehr nach rechts abzurufen, wie wir es bereits von der europäischen Sozialdemokratie kennen? Dies wäre eine Tragödie – nicht nur für Ecuador, sondern für den ganzen Kontinent. Rafael Correa hat immense Erwartungen geschürt. Die Art und Weise, wie er nun zu verhindern versucht, dass diese enormen Hoffnungen sich in massive Frustrationen verwandeln, könnte jedoch dazu führen, dass die BürgerInnen sich am Ende vollends von ihm abwenden. Die Ergebnisse der Wahlen vom 23. Februar 2014, bei denen Correas Partei Alianza País starke Einbußen hinnehmen musste, deuten dies an. Am Ende könnte sich Correa selbst als sein größter Feind erweisen. Dadurch, dass er sich einbildet, die Bürgerrevolution vor ungebildeten, boshaften, kindischen und ignoranten BürgerInnen schützen zu müssen, die sich leichtfertig von politischen Opportunisten oder der Rechten manipulieren lassen, riskiert er, die Bürgerrevolution ohne die Bevölkerung vorantreiben zu müssen oder – was auf dasselbe hinauslaufen würde – nur mit denjenigen, die sich wie Untertanen verhalten. Untertänige BürgerInnen kämpfen jedoch nicht für das, worauf sie ein Anrecht haben, sondern nehmen das, was man ihnen anbietet.

## BÜRGERREVOLUTION AM SCHEIDEWEG

Ist Correa noch in der Lage, diese großartige historische Chance zu ergreifen und die Bürgerrevolution in Ecuador, wie sie ursprünglich einmal geplant war, zur Umsetzung zu verhelfen? Ich bin davon überzeugt, aber sein Handlungsspielraum schrumpft von Tag zu Tag. Zudem scheinen die wahren Feinde der Bürgerrevolution nicht weit von ihm entfernt zu sein und sich immer mehr um den Präsidenten zu scharen. Diejenigen, die mit der Bürgerrevolution solidarisch sind, müssen daher alles tun, um diese aufzuhalten.

Dazu müssen zunächst drei grundlegende Aufgaben angegangen werden. Erstens: Die Demokratie muss demokratisiert werden durch eine Kombination aus Elementen repräsentativer Demokratie mit solchen echter, partizipativer Demokratie. Wenn Demokratie allein von oben nach unten durchgesetzt wird, dann kann dies leicht in einen Autoritarismus gegenüber denen am unteren Ende münden. Auch wenn es ihm schwer fällt: Correa wird lernen müssen, selbstbewusster zu werden und abweichende Meinungen zuzulassen, anstatt sie zu kriminalisieren – was für die an der Macht stets der einfachste Weg ist. Er wird lernen müssen, den Dialog mit den sozialen Bewegungen und Organisationen und selbst mit der Bewegung der jugendlichen *Yasunidos* zu suchen – auch wenn er diese für «kindische Umweltschützer» hält. Denn die Jungen sind die natürlichen Verbündeten der Bürgerrevolution, der Reform des Hochschulwesens und der Wissenschaftspolitik, sofern diese Vorhaben vernünftig betrieben werden. Es sich mit der Jugend zu verderben, wäre politischer Selbstmord.

Als zweite Aufgabe steht an, das gesellschaftliche Leben aus den warenförmigen Verhältnissen herauszulösen, sowohl mit Mitteln der Sozialpolitik als auch über die Förderung von nicht kapitalistischen kleinbäuerlichen, indigenen, urbanen und assoziativen Wirtschaftsformen. Einfach Geld an die arme städtische Bevölkerung zu verteilen, damit sie sich in den großen Einkaufszentren mit Junkfood vollstopfen und vergiften kann, hat nichts mit der Idee des «guten Lebens» zu tun. Den Übergang hin zu einem System, das nicht länger auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beruht, erreicht man über eine Reduzierung und nicht über eine Intensivierung des Extraktivismus. Wenn wir nichts unternehmen und uns ihm entgegenstellen, führt der Kapitalismus zu nichts anderem als zu noch mehr Kapitalismus – mit allen tragischen Konsequenzen.

Drittens muss eine Steigerung der Effizienz im öffentlichen Dienst mit dessen Demokratisierung und Entkolonisierung einhergehen. Es gilt anzuerkennen, dass in einer derart heterogenen Gesellschaft wie der ecuadorianischen der Staat aus Gründen der Legitimität und der Effizienz nicht umhin kommt, ebenso heterogen zu sein und ein Klima zuzulassen, in dem eine interkulturelle Koexistenz und graduell auch eine Plurinationalität möglich sind, ohne dadurch die von der Verfassung garantierte Einheit des Staates zu gefährden. Das Land gehört allen, die in ihm leben, es muss aber nicht allen auf dieselbe Art und Weise Heimat sein. In ehemals kolonisierten Gesellschaften finden wir auch heute noch zwei Arten von Bevölkerungsgruppen: die Gruppe, die nicht vergessen kann, und diejenigen, die sich nicht erinnern wollen. Diejenigen, die nicht vergessen können (die indigenen Völker), standen vor der Herausforderung, ein Land, das ihnen von Ausländern aufgezwungen wurde, erst einmal als Heimat zu akzeptieren und sich anzueignen. Denjenigen, die sich nicht erinnern wollen (die Kolonisatoren und ihre Nachfahren), fällt es immer noch schwer, anzuerkennen, dass diese gemeinsame Heimat ihre Wurzeln in einer historischen Ungerechtigkeit (dem Kolonialismus) hat, der noch lange nicht beseitigt ist, und es die Aufgabe aller ist, dafür zu sorgen, dass diese Ungerechtigkeit nach und nach verschwindet.

Boaventura de Sousa Santos ist Professor für Soziologie an der Universität Coimbra (Portugal) und Außerordentlicher Professor an der Juristischen Fakultät der University of Wisconsin (USA). Derzeit leitet er das Forschungsprojekt ALICE: Strange Mirrors, Unsuspected Lessons – Leading Europe to a New Way of Sharing the World Experiences.

---

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

---

<sup>1</sup> Der Text ist zuerst am 5. Juli 2014 auf Portugiesisch unter dem Titel «A Revolução cidadã tem quem a defenda?» erschienen (vgl. [www.cartamaior.com.br/?/Coluna/A-Revolucao-cidada-tem-quem-a-defenda-/30871](http://www.cartamaior.com.br/?/Coluna/A-Revolucao-cidada-tem-quem-a-defenda-/30871)). <sup>2</sup> Vgl. hierzu zum Beispiel die Kritik von Magdalena León unter: <http://lalineadefuego.info/2014/07/14/acuerdo-con-la-union-europea-una-capitulacion-inevitable-por-magdalena-leon/>.

URI WELTMANN

## DER LANGE WEG NACH GAZA

**DIE JÜNGSTE ESKALATION DES ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKTS IN GAZA HAT VIELE URSACHEN, DARUNTER INSBESONDERE DIE POLITISCHE INTERESSENLAGE DER ISRAELISCHEN ELITEN**

Nahezu jede Zeitung oder Nachrichtensendung der Welt ist gegenwärtig bemüht, ihre LeserInnen oder HörerInnen zumindest oberflächlich (mitunter auch in allen Details) zu Zeugnissen der menschlichen Tragödie in Gaza zu machen. Die israelische Regierung unter der Führung von Benjamin Netanjahu begann in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt einen ungerechten Krieg, der großflächige Zerstörungen und den Tod vieler Menschen zur Folge hat. Auch die Menschen in Israel sind Opfer der Strategie ihrer Regierung geworden. Sie haben nicht nur die Härten des Krieges zu ertragen, sondern werden auch, wenn der Pulverdampf der Schlacht sich gelegt hat, den wirtschaftlichen Preis bezahlen müssen.

Carl von Clausewitz' berühmter Ausspruch, wonach Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sei, legt nahe, dass wir nur dann zu einem tieferen Verständnis der Ereignisse gelangen können, wenn wir die dem Krieg vorangehenden Entwicklungen genauer beleuchten. Für HistorikerInnen freilich ist die Wahl des Ausgangspunktes stets eine brisante Angelegenheit, bestimmt sie doch den Blick auf die Ereignisse. Ausgangspunkt für den hier eingeschlagenen «langen Weg nach Gaza» ist das Jahr vor Kriegsbeginn, d. h. der Zeitpunkt, an dem sich Netanjahu – nach mehreren Jahren der politischen Sprachlosigkeit – am Verhandlungstisch wiederfand.

### ISRAELISCHE UND INTERNATIONALE ÖFFENTLICHE MEINUNG ERZWANGEN GESPRÄCHE

Die lange Phase der Verhandlungsabstinenz zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wurde am 30. Juli 2013 mit der Wiederaufnahme der Gespräche unter Vermittlung der USA durchbrochen. Allerdings ging der israelische Ministerpräsident mit wenig Begeisterung in die Verhandlungen, war er doch davon überzeugt, dass es besser sei, die Besatzung «zu verwalten», denn zu beenden. Dem Druck aus Israel und dem Ausland hatte er jedoch wenig entgegenzusetzen.

Innenpolitischer Druck entstand durch die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Januar 2013, in denen sich die Mehrheit der Israelis für Parteien aussprach, die in Worten (nicht unbedingt in Taten) die Idee einer Zweistaatenlösung befürworteten. Einer Meinungsumfrage vom Juli 2013 zufolge sprachen sich zu diesem Zeitpunkt 59 Prozent der israelischen StaatsbürgerInnen für eine Wiederaufnahme der

Verhandlungen aus; 55 Prozent unterstützten die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels.<sup>1</sup>

Außenpolitischer Druck wurde unter anderem mithilfe der neuen Förderrichtlinien der Europäischen Kommission aufgebaut. Entsprechende finanzielle Unterstützung können demnach nur noch israelische Projekte erhalten, die nicht in den palästinensischen Autonomiegebieten des Westjordanlandes, in Ostjerusalem oder in den besetzten syrischen Golanhöhen angesiedelt sind.

### VERHANDLUNGEN BEI PARALLELER ZEMENTIERUNG DER BESATZUNG

Netanjahu und seine Regierung sahen sich aufgrund des inneren und äußeren Drucks somit zu Verhandlungen gezwungen, an deren Abschluss sie kein wirkliches Interesse hatten. Von Anfang an suchte Netanjahu Fakten zu schaffen, die die Verhandlungen zum Scheitern bringen konnten. Insbesondere forcierte er den Bau neuer Wohneinheiten in den Siedlungen. Während der neunmonatigen israelisch-palästinensischen Gespräche (von August 2013 bis April 2014) bestätigte die Regierung z. B. Pläne und Ausschreibungen für mindestens 13.581 neue Wohneinheiten in den Siedlungen, d. h. durchschnittlich mehr als 50 Einheiten pro Verhandlungstag. Auf das Jahr bezogen vervierfachten sich die Ausschreibungen gegenüber den Jahren zuvor.<sup>2</sup>

Zu den Querschüssen gehörte zudem die Permanenz militärischen Gewalteinsatzes: Einem Bericht der Verhandlungsabteilung der PLO zufolge starben bei Aktionen der israelischen Armee während der neun Verhandlungsmonate 61 PalästinenserInnen; 1.054 Personen wurden seitens des israelischen Militärs bzw. von israelischen Sicherheitskräften



ten verletzt. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich 660 Übergriffe von SiedlerInnen auf palästinensische ZivilistInnen und palästinensisches Eigentum. Parallel zum Ausbau der Siedlungen zerstörten die israelischen Behörden weiterhin Häuser von PalästinenserInnen: 508 Gebäude wurden abgerissen und 878 Menschen gewaltsam vertrieben. Zudem führten israelische Sicherheitskräfte 4.500 Razzien durch, bei denen 3.674 PalästinenserInnen verhaftet wurden.<sup>3</sup>

Die israelische Behauptung, an einer friedlichen Lösung des Konflikts zu arbeiten, wurde auf diese Weise ad absurdum geführt. Warum schuf die Regierung durch die Erweiterung von Siedlungen z. B. neue Fakten, die einer Zweistaatenlösung zuwiderlaufen, wenn sie ernsthaft eine einvernehmliche Grenzziehung zwischen Israel und Palästina anzustreben sucht? Warum vertrieb sie PalästinenserInnen aus ihren Häusern im besetzten Ostjerusalem bzw. siedelte sie dort jüdische Israelis an, wenn sie einen Kompromiss in der Jerusalemfrage zu suchen bereit ist? Der Kuchen, über dessen Aufteilung man mit einer anderen Partei noch diskutierte, wurde also bereits gegessen.

### **EINE REGIERUNG DER FALKEN, DIE SICH JEDER «ZWEISTAATENLÖSUNG» WIDERSETZT**

Die skizzierten Widersprüche werden verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die rechtsgerichtete israelische Regierung wenig Interesse an einer tatsächlichen Einigung mit den PalästinenserInnen hat. Das bezeugen nicht nur ihre Taten, sondern auch zeitgleiche Äußerungen führender israelischer PolitikerInnen.

Hinter verschlossenen Türen äußerte etwa Netanjahus Koalitionspartner, der rechtsgerichtete Wirtschaftsminister und Kopf der extremistischen Partei Ha-Bajit Ha-Jehudi (Jüdisches Heim), Naftali Bennett, das Verhandlungsziel bestehe in der «Torpedierung jedweder Vereinbarung und in der Verhinderung jeglicher Schritte, die zu einer Aufweichung der Grenzen von 1967 führen».<sup>4</sup> Der Minister für Bauwesen und Wohnungsbau, die Nummer Zwei in der Partei Jüdisches Heim, Uri Ariel, erklärte apodiktisch: «Zwischen dem Jordan und dem Meer wird es nur einen Staat geben, und dieser Staat wird Israel sein. Jerusalem wird nicht erneut geteilt werden. Es gibt keinen Baustopp und es wird auch keinen geben, das lassen wir nicht zu.»<sup>5</sup>

Anstatt die neun Monate andauernden Verhandlungen zu nutzen, um konstruktiv tragfähige Lösungen zu entwickeln, die sowohl die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes als auch den Schutz und die Sicherheit der Bürger Israels zu garantieren vermögen, torpedierte die rechtskonservative israelische Regierung die Verhandlungen somit. Sie spielte auf Zeit und wartete auf den unvermeidlichen Zusammenbruch der Gespräche. Im Oktober 2013 zitierte die in London ansässige Zeitung Al-Hayat zumindest westliche diplomatische Kreise mit den Worten, die israelisch-palästinensischen Gespräche seien aufgrund der «israelischen Weigerung, ernsthaft über Grenzen zu verhandeln», in eine Sackgasse geraten.<sup>6</sup>

### **DIE US-REGIERUNG – KEIN NEUTRALER VERMITTLER**

Obwohl die Gespräche zwischen Israelis und PalästinenserInnen vom US-Außenminister John Kerry kontinuierlich begleitet wurden, konnte dieser keinesfalls als neutraler Vermittler gelten. Israel ist nach wie vor größter Empfänger

US-amerikanischer Militärhilfe; zwischen 2009 und 2018 wird er insgesamt 30 Milliarden US-Dollar erhalten.<sup>7</sup> Als strategischer Verbündeter der USA in der Region kommt Israel eine Schlüsselrolle in jedem künftigen Nahostkrieg zu, so weit US-Interessen im Spiel sind, sei es z. B. in Bezug auf Syrien oder den Iran.

Infolge ihrer generellen Interessenlage behält die Regierung Obama in der Nahostregion weitgehend den Kurs der vorherigen US-Regierungen bei. Die Annektierung palästinensischer Gebiete und die zwangsweise Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern ist ihr ein vergleichsweise kleiner Preis für den Erhalt und Ausbau der strategischen Allianz zwischen der größten Supermacht der Welt und ihrem treuesten Verbündeten im Nahen Osten.

Die Grundhaltung der US-Regierung zu den israelisch-palästinensischen Verhandlungen wurde von linken palästinensischen Parteien kritisiert. Sie verwiesen darauf, dass Kerrys Vorschläge auf die «Liquidierung der Palästinafrage und die Verlängerung der israelischen Besatzung» abzielten.<sup>8</sup> Gleichmaßen bestätigte der Lauf der Ereignisse die Befürchtung der Kommunistischen Partei Israels, wonach gerade die Wahl der USA als Vermittler verhinderte, dass Bedingungen zustande kamen, wie sie für einen Erfolg der Gespräche erforderlich gewesen wären.<sup>9</sup>

### **GESPRÄCHE SCHEITERTEN AN DER FRAGE DER PALÄSTINENSISCHEN GEFANGENEN**

Nachdem der palästinensische Aufschrei über die Fortsetzung des Siedlungsbaus auf taube Ohren gestoßen war, scheiterten die Gespräche letztlich an der Frage der palästinensischen Gefangenen. Zum gegebenen Zeitpunkt saßen in israelischen Gefängnissen 5.053 palästinensische Gefangene ein, darunter viele sogenannte Administrativhäftlinge, die ohne rechtsstaatliche Verfahren für lange Zeit hinter Gitter gebracht worden waren.<sup>10</sup>

Zu Beginn der Verhandlungen hatte sich Israel zur Freilassung von 104 Gefangenen in vier Etappen verpflichtet. Dieser Vereinbarung kam die israelische Regierung zunächst auch nach, indem sie trotz heftiger Kritik seitens der in der Regierungskoalition befindlichen Ultrarechten (und erstaunlicherweise auch der eher als «Taube» bekannten Oppositionspartei Meretz<sup>11</sup>) die ersten drei Gruppen freiließ.

Als sich der Verhandlungsprozess jedoch seinem Ende näherte, kündigte Israel an, die vierte Gruppe bleibe in Gewahrsam. Daraufhin entschied sich der palästinensische Präsident Abu Mazen, die weitere Entwicklung in die eigene Hand zu nehmen. Er erklärte im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), sie werde 15 internationale Abkommen unterzeichnen, darunter auch die Genfer Konvention.

Der palästinensische Außenminister, Riyad Maliki, erklärte freimütig, der Schritt der PA sei eine Antwort auf Israels Weigerung, die vierte Gruppe von Gefangenen zu entlassen. Israels Entscheidung, der eingegangenen Verpflichtung nicht nachzukommen, habe die PalästinenserInnen ihrerseits dazu gebracht, sich ebenfalls nicht mehr an ihr Versprechen gebunden zu fühlen, keine neuen Anerkennungsanträge an internationale Institutionen zu stellen.<sup>12</sup> Bestätigt wird obige Einschätzung durch Amos Harel, Journalist der Tageszeitung *Haaretz* und Experte für militärische Fragen. Netanjahu habe versucht, Abu Mazen die Schuld (am Scheitern der Gespräche) in die Schuhe zu schieben, so Harel.<sup>13</sup>

## NETANJAHU ERNEUT UNTER DRUCK

Auf das Scheitern der Gespräche zwischen Israel und der PLO folgten weitere Herausforderungen, die Netanjahus Strategie, die Besatzung fortzusetzen und eine friedliche Lösung hinauszuzögern, infrage stellten – die Bildung der palästinensischen Einheitsregierung und der Hungerstreik Hunderter palästinensischer Gefangener.

Nachdem im April 2014 ein «Versöhnungsabkommen» zwischen den führenden palästinensischen politischen Parteien Fatah und Hamas erreicht worden war, wurde eine neue palästinensische Regierung gebildet. Israel kündigte sofort an, mit der «Einheitsregierung» kein Friedensabkommen aushandeln zu wollen, sondern stattdessen weitgehende Strafmaßnahmen gegen die PA einzuleiten. Zeitgleich erkannten große Teile der internationalen Gemeinschaft, darunter auch die USA und die EU, die neue palästinensische Regierung an. Netanjahu beschuldigte Abu Mazen zudem, er habe «Ja» zum Terrorismus und «Nein» zum Frieden» gesagt. Dies sei «eine direkte Fortsetzung der Strategie, den Frieden abzulehnen».<sup>14</sup>

In der Vergangenheit jedoch hatte Netanjahu wiederholt öffentlich bekundet, Verhandlungen mit Abu Mazen seien zwecklos, da dieser nicht für die von der Hamas regierten 1,8 Millionen PalästinenserInnen des Gazastreifens, sondern nur für die 2,7 Millionen Menschen im Westjordanland sprechen könne. Nach Bildung der Einheitsregierung galt plötzlich die gegensätzliche Argumentation: Verhandlungen mit Abu Mazen seien zwecklos, da es sich bei der Hamas um eine terroristische Organisation handle, die von Verhandlungen ausgeschlossen bleiben müsse. Die rhetorischen Verrenkungen verdeutlichen einmal mehr die generell ablehnende Haltung der derzeitigen israelischen Regierung gegenüber jedem produktiven Verhandlungsgeschehen.

Die zweite für Netanjahu politisch bedenkliche Entwicklung war der Beginn eines Hungerstreiks palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen am 24. April 2014. Der Streik ging zunächst ausschließlich von «Administrativhäftlingen» aus, das heißt von Personen, die ohne Prozess und im Widerspruch zum internationalen Recht im Gefängnis sitzen. Bald jedoch beteiligten sich weitere Gefangene am Streik und der Protest wurde zunehmend international wahrgenommen. Nicht zuletzt UN-Generalsekretär Ban Ki Moon äußerte Bedenken über den sich verschlechternden Gesundheitszustand der in Administrativhaft einsitzenden palästinensischen Häftlinge.<sup>15</sup>

Angesichts beider Entwicklungen wuchs der politische Druck seitens der internationalen Gemeinschaft auf die israelische Exekutive. Immer häufiger wurde Netanjahus fehlende Bereitschaft kritisiert, auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen bzw. wurde ihm vorgeworfen, schuld am Scheitern der Friedensgespräche zu sein und Verhandlungen mit der palästinensischen Einheitsregierung strikt abzulehnen. Netanjahu brauchte nunmehr dringend eine Chance, das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden.

## DIE ENTFÜHRUNG

Am 12. Juni 2014 wurden drei israelische Teenager, Eyal Ifrach, Gilad Shaar und Naftali Frenkel, aus Siedlungen in der Nähe von Hebron, tief im besetzten Westjordanland, als vermisst gemeldet. Ein abrupt abbrechender Anruf eines der Teenager bei der Polizei legte die Entführung durch PalästinenserInnen nah. Sofort verwies die israelische Regierung auf die Hamas-Führung als Verantwortliche für die Entfüh-

rung und setzte eine Suchaktion (Operation Brother's Keeper) in Gang. Starke Militärverbände marschierten ins Westjordanland ein, Hunderte PalästinenserInnen, darunter auch zahlreiche Kinder, wurden verhaftet und mindestens fünf PalästinenserInnen getötet. Unter den Verhafteten befanden sich Hamas-Angehörige, unter anderem Mitglieder des Palästinensischen Legislative Council, sowie Mitglieder verschiedener Parteien, die bei einem Gefangenaustausch im Oktober 2011 freigekommen waren.<sup>16</sup>

Israel wurde im In- und Ausland beschuldigt, eine Kollektivstrafe über die PalästinenserInnen zu verhängen. Nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass die Hamas-Führung von Anbeginn betont hatte, keine Verbindung zur bzw. Verantwortung für die Entführung zu haben. Auch Abu Mazen wiederholte mehrfach, es fehle jedweder Beweis für eine Beteiligung der Hamas. Gleichzeitig betonte er, die Entführung der jüdischen Jugendlichen sei «weder gerechtfertigt noch akzeptabel».<sup>17</sup>

Vor dem Hintergrund der Entführung und der erneuten schweren Repressionen im Westjordanland wurden alle Probleme, die Netanjahu nur wenige Wochen zuvor den Schlaf geraubt haben mögen, hinfällig. Der in Vergessenheit geratene Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen endete am 25. Juni 2014 praktisch ergebnislos. Selbst das missglückte Ende von neun Monaten des Verhandeln und Israels Weigerung, die palästinensische Einheitsregierung anzuerkennen, spielten für die internationalen Mächte kaum noch eine Rolle. Ausländische Regierungen kritisierten vorsichtig die groben Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland; drückten vor allem jedoch ihre Sorge um das Leben der drei entführten Jugendlichen aus.

Am 30. Juni wurden die Leichen der israelischen Teenager nahe Hebron gefunden. Kurz darauf veröffentlichte die israelische Regierung den Telefonanruf, den einer der drei Jugendlichen bei seiner Entführung bei der Polizei absetzen konnte. In der Aufnahme waren deutlich Schüsse zu hören. Dies führte zu Fragen. Warum hatte Netanjahu permanent von einer Entführung und nicht von einer möglichen Ermordung der Jugendlichen gesprochen? Warum hatte er der israelischen Öffentlichkeit versichert, er gehe davon aus, sie seien noch am Leben? Die vorsichtig geäußerte Vermutung, Netanjahu habe die öffentliche Sorge um das Leben der drei Teenager ausgenutzt, um Unterstützung für eine massive Militäraktion gegen Hamas zu erlangen, wird zumindest durch eine Aussage des Sprechers der israelischen Polizei, Mickey Rosenfeld, bestärkt. Rosenfeld meinte, freilich zu einem späteren Zeitpunkt, die Entführung habe weder auf Befehl noch mit Wissen der Hamas-Führung stattgefunden; das Verbrechen sei möglicherweise die Aktion einer «isoliert handelnden Zelle» gewesen.<sup>18</sup>

## «HAMAS TRÄGT DIE VERANTWORTUNG UND HAMAS WIRD DAFÜR BEZAHLEN»

Netanjahu jedoch beschuldigte weiterhin unentwegt Hamas, die drei Teenager ermordet zu haben. Sein Wunsch nach militärischer Vergeltung traf sich mit der Stimmungslage in der von Trauer erfüllten israelischen Öffentlichkeit. Darüber hinaus nutzten ultrarechte israelische Gruppen die durch die Entführung angeheizte nationalistische Stimmung für zahlreiche Gewaltakte gegen arabische BürgerInnen Israels sowie gegen PalästinenserInnen in den Autonomiegebieten. Am 2. Juli 2014 etwa wurde der 16-jährige Palästinenser Mohammed Abu Khdeir aus dem besetzten Ostjerusalem

von rassistischen Israelis entführt und bei lebendigem Leibe verbrannt. In Ostjerusalem löste die grausame Tat schwere Krawalle aus, die sich später auf weitere Orte ausbreiteten.

Die Auseinandersetzungen eskalierten von Tag zu Tag. In dieser Situation begannen Mitglieder der Organisation Islamischer Dschihad aus dem Gazastreifen heraus Raketen auf Israel zu feuern, um gegen die Massenverhaftungen im Westjordanland zu protestieren. Die israelische Regierung, die im Verlauf der letzten beiden Wochen, d. h. nach dem Kidnapping, über 80 Luftangriffe auf Gaza durchgeführt hatte<sup>19</sup>, eskalierte ihrerseits die Situation. Am 8. Juli 2014 kündigte sie die Militäroperation Protective Edge an. Der Gazastreifen wurde das Ziel massiver Luftschläge bzw. des Artilleriebeschusses. Mit Beginn der Bodenoffensive am 17. Juli spitzte sich die Situation weiter zu. Viele Menschen starben (bis Anfang August ca. 1.800, unter ihnen viele Frauen und Kinder), wurden verwundet oder aus ihren Häusern vertrieben. Zahlreiche Häuser und die Infrastruktur des Gazastreifens wurden zerstört. Über 60 israelische Soldaten sowie drei israelische ZivilistInnen kamen im Gazastreifen bzw. im Süden Israels ums Leben.<sup>20</sup>

### **NICHT KRIEG, SONDERN EINZIG FRIEDEN WIRD SICHERHEIT BRINGEN**

Während des letzten Jahrzehnts hat Israel Gaza mehrfach angegriffen. Die Operationen hießen Rainbow (Mai 2004), Days of Penitence (September 2004), Summer Rains (Juni 2006), Autumn Clouds (Oktober 2006), Hot Winter (Februar 2008), Cast Lead (Dezember 2008), Pillar of Defense (November 2012) und nunmehr Protective Edge.

Jede «erfolgreiche» Militäroperation jedoch schuf lediglich Voraussetzungen für einen weiteren Krieg. Einzig ein dauerhafter Frieden scheint den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen bzw. die Rechte und Sicherheit beider Völker garantieren zu können. Ein solcher Frieden muss auf der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels innerhalb der Grenzen der «Grünen Linie» vom 4. Juli 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt beruhen. Alle israelischen Siedlungen sowie die Trennmauer müssen demontiert und die in israelischen Gefängnissen inhaftierten PalästinenserInnen freigelassen werden. Auch für das palästinensische Flüchtlingsproblem muss eine gerechte Lösung auf Grundlage der entsprechenden UN-Resolutionen gefunden werden.

Seit Jahrzehnten kämpft die israelische Friedensbewegung für eine politische Lösung des Konflikts. Sie ging von ihren Grundsätzen auch während der jüngsten Eskalation nicht ab. In den größeren israelischen Städten kam es zu Antikriegsdemonstrationen. Sprechchöre waren zu hören wie «Juden und Araber weigern sich, Feinde zu sein!» und «Unsere Kinder wollen leben – im (palästinensischen) Gaza wie im (israelischen) Sderot!». Auf dem Rabin-Platz im Herzen Tel Avivs versammelten sich am 26. Juli z. B. Tausende Menschen zu einer erstaunlich optimistischen jüdisch-arabischen Friedensdemonstration, die durch Angriffe rechter Schlägertrupps und die Einmischung der Polizei letztlich nicht unwirksam gemacht werden konnte.

Tel Aviv, 4. August 2014

Uri Weltmann ist Mitglied der Leitung des *Emil Touma Institute for Palestinian and Israeli Studies* in Haifa und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels.

### **ANMERKUNG:**

Mit vorliegender Kurzanalyse (gekürzte Fassung des auf Englisch vorliegenden Beitrags [www.rosalux.co.il/files/uploaded/NWL072014-Weltmann-PDF.pdf](http://www.rosalux.co.il/files/uploaded/NWL072014-Weltmann-PDF.pdf)) wird keineswegs beabsichtigt, alle Facetten und Verstrickungen der Vorbereitung, des Verlaufs und der – noch nicht vollends absehbaren – Nachwirkungen der jüngsten militärischen Operation der israelischen Armee in Gaza umfassend darzustellen. Auch bleiben andere wichtige Konfliktlinien weitgehend unbelichtet bzw. werden lediglich in Nebensätzen erwähnt – seien es die Positionen internationaler und regionaler Akteure (außer der USA), der Verlauf und die Ergebnisse der Militäration, die Unverhältnismäßigkeit im konkreten Gewalteneinsatz, die in Israel existenten Raketenphobien und Tunnelsyndrome als zentrale Bezugspunkte psychologischer Kriegsführung u. a. m.

Nicht thematisiert werden gleichfalls die realen bzw. vermeintlichen politischen und militärischen Zielsetzungen der Hamas, deren Massenbasis, militärische Stärke und konkrete Kriegsführung (u. a. die Gefahren seitens der Hamas-Raketen für das israelische Kernland), die gesellschaftlichen und mentalen Auswirkungen der israelisch-ägyptischen Gazablockade, die humanitären Defizite im Umgang mit der Gaza-Bevölkerung und viele andere bedeutsame Konfliktursachen, die jeweils eine eigenständige umfassende Analyse und Darstellung verdienen.

Tel Aviv, 14. August 2014

Angelika Timm

<sup>1</sup> Vgl. Nachrichtenportal Mako, 22.7.2013, <http://tinyurl.com/mako220713> (Hebräisch). <sup>2</sup> Peace Now: «9 Months of Talks, 9 Months of Settlement Development», 29.4.2014, <http://tinyurl.com/peacenow290414> (Englisch). <sup>3</sup> NAD-PLC: «Israeli Violations During the Nine Months Negotiation Process», 29.4.2014, <http://tinyurl.com/plo290414> (Englisch). <sup>4</sup> The Jerusalem Post, 20.1.2014, <http://tinyurl.com/jpost200114> (Englisch). <sup>5</sup> The Times of Israel, 28.5.2014: <http://tinyurl.com/toi280514> (Englisch). <sup>6</sup> The Jerusalem Post, 1.10.2013: <http://tinyurl.com/jpost011013> (Englisch). <sup>7</sup> Ynet, 18.12.2009: <http://tinyurl.com/ynet181209> (Englisch). <sup>8</sup> Ma'an News Agency, 25.1.2014: <http://tinyurl.com/ma-an250114> (Englisch). <sup>9</sup> Zo HaDerekh, 28.8.2013: <http://tinyurl.com/zohaderekh280813> (Hebräisch). <sup>10</sup> B'Tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories: Statistics on Palestinians in the custody of the Israeli security forces, <http://tinyurl.com/btselem070714> (Englisch). <sup>11</sup> Nitzan Horowitz, Abgeordneter der Knesset: «I am deeply opposed to release of terrorists at this time», 29.12.2013: <http://tinyurl.com/meretz291213> (Hebräisch). <sup>12</sup> Haaretz, 2.4.2014; <http://tinyurl.com/haaretz020414> (Englisch). <sup>13</sup> Haaretz, 4.4.2014: <http://tinyurl.com/haaretz040414> (Englisch). <sup>14</sup> The Jewish Press, 3.6.2014: <http://tinyurl.com/n2oc39y> (Englisch). <sup>15</sup> UN News Centre: «Ban concerned at reports of worsening health of Palestinian detainees on hunger strike», <http://tinyurl.com/un060614> (Englisch). <sup>16</sup> Al-Ahram, 3.7.2014: <http://tinyurl.com/alahram030714> (Englisch). <sup>17</sup> Xinhua, 22.6.2014: <http://tinyurl.com/xinhua220614> (Englisch). <sup>18</sup> New York Magazine, 25.7.2014: <http://tinyurl.com/nymag250714> (Englisch). <sup>19</sup> Reuters, 29.6.2014: <http://tinyurl.com/reuters290614> (Englisch). <sup>20</sup> Siha Mekomit, 3.8.2014: <http://tinyurl.com/mekomit030814> (Hebräisch).

ANGELIKA TIMM

## IM SCHATTEN DES GAZA-KRIEGS

### ISRAEL: INNERGESELLSCHAFTLICHE URSACHEN UND RÜCKWIRKUNGEN DER MILITÄRAKTION

Der jüngste Gaza-Krieg begann offiziell mit einer massiven Militäration der israelischen Armee (ZAHAL) am 8. Juli 2014 und endete nach 50 Tagen am 26. August mit einem durch Ägypten vermittelten Waffenstillstand zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde. Als Hintergründe oder konkrete Auslöser der «Operation Protective Edge» werden häufig die Entführung und Ermordung dreier israelischer Jugendlicher, der darauf folgende Einmarsch von ZAHAL in Teile der Westbank und die Ausweitung des Hamas-Raketenbeschusses auf das israelische Kernland benannt. Das Ursachengefüge des Krieges ist jedoch weitaus komplexer und steht mit der Evolution der israelisch-palästinensischen Beziehungen im letzten Jahrzehnt und mit inneren Entwicklungstrends der israelischen Gesellschaft in Zusammenhang.<sup>1</sup>

Die in Israel gültigen und auch in Westeuropa als «politisch korrekt» geltenden Erklärungsmuster für die derzeitige Situation im Nahen Osten – und damit für die jüngste Gaza-Invasion – sind relativ stereotyp: Israel, eine «Villa im Dschungel» und zugleich «einzige Demokratie im Nahen Osten», umgeben von feindseligen Staaten, konfrontiert mit «den neuen Gefahren in der Region» (Benjamin Netanjahu), existenziell bedroht, insbesondere durch die «terroristische Hamas», durch die libanesische Hisbollah, aus östlicher Ferne durch iranische Atombomben und somit in jeder Hinsicht zu legitimer Verteidigung berechtigt, notfalls zu Vergeltungsschlägen, auch zur politischen Disziplinierung seiner arabischen BürgerInnen und anderer missliebiger EinwohnerInnen des Landes. Zwar unterscheiden sich die Wahrnehmung und Darstellungsweise des konkreten Geschehens im Sommer 2014 und die Deutung des Gewalteinsatzes. Prinzipiell jedoch werden die hohen Opferzahlen in der Zivilbevölkerung Gazas beziehungsweise die Vernichtung der existenziellen Lebensgrundlagen mit dem Raketenbeschuss aus dem Gebiet und dem dortigen Tunnelbau gerechtfertigt. Führende westeuropäische und nordamerikanische PolitikerInnen wiederholten unentwegt: Der Krieg gegen Hamas und gegen die Bevölkerung Gazas sei legitim; Israel habe das (von niemandem infrage gestellte) Recht, sich zu verteidigen – so auch die öffentlich verkündete Version der deutschen Bundeskanzlerin.

In die Ursachensuche kaum einbezogen wurden und werden die Hintergründe der Krise, die Unverhältnismäßigkeit im Gewalteinsatz und die Asymmetrien, sei es hinsichtlich der Interessenlagen, Machtverhältnisse, Zielsetzungen und Strategien der Kriegsparteien, sei es in der Relation zwischen legitimen Defensivhandlungen und völkerrechtswidrigen, in-

humanen Offensivaktionen, sei es bei der Gegenüberstellung der Opferstatistiken oder im Abwägen der jeweiligen «Moral» der Kriegsführung. Insbesondere die bereits sieben Jahre andauernde israelisch-ägyptische Blockade des Gazastreifens und die humanitären Defizite im Umgang mit den betroffenen (und betroffenen) 1,8 Millionen Menschen bleiben als zentrale Konfliktpotenziale in politischen Wertungen nicht selten unterbelichtet oder werden ganz ausgeblendet.

Wie die Konfliktursachen und Kriegsergebnisse auch immer definiert werden: Die achte Gaza-Operation Israels wird tiefe Spuren in beiden Gesellschaften hinterlassen. Der Wiederaufbau Gazas – einschließlich der mit deutscher Hilfe errichteten und durch das israelische Militär innerhalb von sieben Wochen zerstörten zivilen Einrichtungen – wird laut Expertenmeinung 20 Jahre dauern.<sup>2</sup> Mindestens ebenso viel Zeit dürfte verstreichen, bis sich in den im Gazastreifen lebenden Familien Trauer um und Erinnerung an die verlorenen Angehörigen abgeschwächt haben werden. Offen bleibt die Frage, wie viele der Betroffenen sich in ihrem künftigen Handeln von Hass und dem Wunsch nach Vergeltung gegen Israel und den «Westen» werden leiten lassen.

Auch in Israel werden die mentalen Verwerfungen nicht nur im betroffenen Süden nachwirken. Die Kriegsrhetorik und die täglichen Raketenwarnungen werden den Menschen im Gedächtnis bleiben und die allgemeinen Bedrohungsängste langfristig verstärken. Die Implikationen für die israelische Demokratie dürften die innergesellschaftliche Atmosphäre zunehmend vergiften, hat doch der Krieg vorhandene Obsessionen verstärkt und das Land und seine EinwohnerInnen letztlich unsicherer, unfriedlicher und intoleranter werden lassen.

## DÉJÀ-VU GAZA?

Die israelische Militäroperation folgte vorangegangenen Mustern, wies jedoch auch eine Reihe neuer Elemente auf. Zu nennen wären vor allem die unverhältnismäßig hohe Zahl palästinensischer Toter und Verwundeter sowie das Ausmaß der Zerstörungen in Gaza.<sup>3</sup> Der international bekannte israelische Journalist und hoch geachtete Friedensaktivist Uri Avnery schrieb am 26. Juli 2014, also mitten im Konflikt: «Das ist kein Krieg gegen den Terror. Der Krieg selbst ist ein Terrorakt.»<sup>4</sup> Gleichzeitig sah sich die israelische Zivilbevölkerung erstmals seit 2008/09 über einen längeren Zeitraum hinweg mit Raketenangriffen – größtenteils neutralisiert durch von den USA gelieferte Abwehrraketen («Iron Dome») – konfrontiert.<sup>5</sup>

Im Unterschied zu vorangegangenen Auseinandersetzungen hat das politische Establishment Israels bei seinen Entscheidungen für die Gaza-Operation keine größeren strategischen Rücksichten nehmen müssen: Zu den Besonderheiten des Krieges gehörte das Fehlen einer breiten antiisraelischen und propalästinensischen arabischen Front. Die an der Schwächung der Hamas interessierten regionalen Mächte (Ägypten, Jordanien, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate u. a.) hielten sich weitgehend zurück oder sympathisierten verdeckt mit Israel. Die internationale Gemeinschaft war zeitgleich mit Konflikten in anderen Teilen des Erdballs (Ukraine, Irak, Syrien, Libyen und Westafrika) beschäftigt. Auch sie reagierte relativ verhalten auf die Eskalation des Geschehens in Gaza. Dennoch nahm das ohnehin angeschlagene Image Israels im Ausland großen Schaden; antiisraelische Stimmungen, teilweise mit antisemitischer Spitze, verstärkten sich weltweit, nicht zuletzt in den USA und in Westeuropa. Mehrere lateinamerikanische Staaten beriefen ihre Botschafter aus Israel ab. Eine UN-Kommission soll die «Kriegsverbrechen in Gaza» untersuchen.

Der israelischen Wirtschaft erbrachte der Krieg einen Schaden von annähernd zehn Milliarden Schekel (etwa 2,8 Milliarden US-Dollar), insbesondere durch den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, die Vernichtung von Militärtechnik und die verminderten Einnahmen aus dem Tourismus. Der zivile Flugverkehr kam erstmals seit dem Oktoberkrieg 1973 für mehrere Tage teilweise zum Erliegen. Mitte August wurden die täglichen israelischen Kriegskosten auf 60 Millionen US-Dollar geschätzt. Selbst wenn die USA erneut finanzielle Hilfe leisten und die verausgabten Kriegspotenziale ersetzen sollten, dürften die israelischen SteuerzahlerInnen kräftig zur Kasse gebeten werden. Durch Kürzungen von Ausgaben für zivile Zwecke (nicht zuletzt für Bildung und Gesundheit) wurden als erste Rate zwei Milliarden Schekel (560 Mio. US-Dollar) für die Rüstung (75 Prozent) und für den Wiederaufbau im Süden (25 Prozent) bereitgestellt.<sup>6</sup>

Innenpolitisch konnten Medien und VertreterInnen der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen Rechten die in der jüdischen Bevölkerung existenten Angstsyndrome, resultierend aus historischen Traumata wie aus aktuellen Verunsicherungen, allseitig ausnutzen. Das «nationale Lager», dem zunehmend auch bisher marginale rechtsextremistische Kräfte zuzurechnen sind, festigte, «besessen von faschistisch-religiös-messianisch-rassistischen Vorstellungen»,<sup>7</sup> seinen Platz in der Gesellschaft. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu habe den Kampf um die israelische Psyche gewonnen, urteilt der Autor Sefi Rachlevsky,<sup>8</sup> und die Soziologin Eva Illouz fügt dem hinzu, dass die messianische Rechte ihre Radikalität zunehmend mit Begriffen wie «jüdisch» und «patriotisch» verbräme.<sup>9</sup>

## «RUHE! ES WIRD GESCHOSSEN!»

Israelische Intellektuelle versuchen, die Wurzeln und das Ausmaß der gewaltorientierten Welle beziehungsweise die Gründe für das Schweigen weiter Teile der politischen Opposition genauer zu erkunden. Der Jurist Aeyal Gross von der Universität Tel Aviv konstatiert beispielsweise: «Eines Tages werden wir fragen, wieso die israelische Gesellschaft akzeptiert hat, was in ihrem Namen angerichtet wurde. Die Angriffe auf Häuser, auf Kinder am Strand und auf ganze Wohnviertel gingen weit über die Behauptung hinaus, es seien nur Ziele angegriffen worden, von denen aus Raketen abgeschossen oder in denen Raketen gelagert wurden. [...] Haben Propaganda und Einschüchterung die israelische Gesellschaft zum Schweigen gebracht?»<sup>10</sup>

Solange geschossen werde, müsse man schweigen und zusammenhalten. Uneinigkeit gelte als Schwäche. Diesen regierungskonformen Passivkonsens vertraten nicht zuletzt die Führer der oppositionellen Arbeitspartei. Erst wenn der Krieg überstanden sei, werde man die Regierung wieder kritisieren, so der Parteivorsitzende Jizchak Herzog Anfang August.

Umfragen zeigten jedoch große Unterschiede zwischen jüdischen und arabischen StaatsbürgerInnen. In der jüdischen Bevölkerung herrschte ein breiter, den Krieg befürwortender Konsens. Zeitweilig sprachen sich über 90 Prozent für Kriegshandlungen aus; lediglich vier bis sechs Prozent meinten, die israelische Armee habe unangemessen agiert. Die arabischen BürgerInnen hielten die Angriffe auf Gaza dagegen mehrheitlich für «ungerechtfertigt»; 62 Prozent bezeichneten die Anzahl der Bombardements als überzogen.<sup>11</sup>

## VERTIEFUNG GESELLSCHAFTLICHER KLÜFTE

Die israelische Gesellschaft ist stärker denn je durch tiefe sozioökonomische, nationale und ethnisch-kulturelle Klüfte gekennzeichnet, seien es Gegensätze zwischen jüdischen und arabischen BürgerInnen, soziokulturelle Konfliktlinien zwischen JüdInnen aus Europa/Amerika (Aschkenasim) und ZuwanderInnen aus orientalischen Staaten (Misrachim) oder zwischen Alteingesessenen und neu Eingewanderten, seien es politische Divergenzen zwischen «Tauben» und «Falken», weltanschauliche Unterschiede zwischen Religiösen und Säkularen oder soziale Disparitäten zwischen Reich und Arm. Die Verwerfungen konnten in Kriegszeiten, auch im Sommer 2014, nur oberflächlich und vorübergehend kaschiert werden.

Zu den gravierendsten innenpolitischen Rückwirkungen des jüngsten Geschehens gehört der Schaden, der dem Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen StaatsbürgerInnen zugefügt wurde. Arabisch-palästinensische Kollektive stehen in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend außerhalb des nationalen Konsenses. Ihnen wurde durch PolitikerInnen und Medien vielfach das Gefühl vermittelt, BürgerInnen minderen Grades, ausgestattet mit geringeren Rechten, zu sein. Neue Feindschaft und Hassgefühle äußerten sich im Sommer 2014 in Form von staatlich-institutioneller Bespitzelung, von Arbeitsrelegierungen oder von gewalttätigen Angriffen. Allein im Juli wurden rund 600 arabische BürgerInnen von ihren ArbeitgeberInnen entlassen, einzig weil sie – zum Beispiel auf Facebook oder Twitter – Stellung gegen den Krieg bezogen hätten.<sup>12</sup> Auf Antikriegsdemonstrationen, wie in Haifa und Nazareth, nahm die Polizei Hunderte arabische DemonstrantInnen fest. Den arabischen Solidaritätsbezeugungen mit der Bevölkerung von Gaza begegnete

Außenminister Avigdor Lieberman mit dem Aufruf zum landesweiten Boykott arabischer Geschäfte.<sup>13</sup> Die rassistische Aktion «Kauft nicht bei Arabern!» brachte vielen Gewerbetreibenden erkennbaren Schaden.

Mit «Banalität des Rassismus» betitelt die hebräischsprachige israelische Tageszeitung *Haaretz* einen Beitrag, der den neuen Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit thematisierte. Heute schäme sich niemand mehr, öffentlich zu bekunden, er hasse Araber.<sup>14</sup> Für arabische zivilgesellschaftliche Organisationen wie Adalah, Mossawa oder die Arab Association for Human Rights (HRA) ist es nach dem Krieg noch schwieriger geworden, die Menschen zu erreichen und gemeinsam mit jüdischen Organisationen dem Rassismus entgegenzutreten. Für viele palästinensisch-arabische StaatsbürgerInnen Israels gilt heute, was die Sängerin Mira Awad in den bedrückendsten Tagen des Kriegs auf den Punkt brachte: «Mein Kopf sagt, ich muss hier weg; mein Herz jedoch weiß, dass ich kein anderes Land habe.»<sup>15</sup>

## ANTIKRIEGSPROTESTE

«Der Lackmestest für eine starke Demokratie besteht darin», so Professor Zeev Sternhell von der Hebräischen Universität Jerusalem, «ob ihre Bürger auch in Zeiten der Krise ihre Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern können, ohne Gefahr zu laufen, durch rechte, von der Polizei tolerierte Schläger angegriffen zu werden.»<sup>16</sup> Die israelische Realität bestätigt den Wissenschaftler: Seit Beginn der Gaza-Aktion fanden in Israel jede Woche Antikriegsaktionen statt. Ihre TeilnehmerInnen jedoch wurden in der Öffentlichkeit und in sozialen Netzwerken nicht selten als «Verräter» oder «Feinde Israels» gebrandmarkt.

Zu Protestbekundungen hatten mehrfach insbesondere die jüdisch-arabische Parlamentsfraktion Chadasch, die Friedensorganisationen Gusch Schalom, Forum of Berieved Parents, Combatants for Peace, Coalition of Women for Peace und andere Nichtregierungsorganisationen (NGO) aufgerufen. Mitglieder der linkszionistischen Partei Merez beteiligten sich an den Protesten – auch wenn die Merez-Führung und die Friedensorganisation Peace Now erst gegen Ende der «heißen» Kriegsphase zu öffentlichen Aktionen aufriefen. Häufige Losungen der Demonstranten waren: «Juden und Araber weigern sich, einander Feinde zu sein!», «Unsere Kinder wollen leben – im [palästinensischen] Gaza wie im [israelischen] Sderot!» oder «Politischer Dialog statt Krieg!» Die bedeutendsten Kundgebungen, jeweils mit 7.000 bis 8.000 Teilnehmenden, fanden am 26. Juli und 16. August auf dem Rabinplatz im Zentrum Tel Avivs statt. Noch gäbe es, so der Schriftsteller David Grossman am 16. August, in der israelischen Gesellschaft eine kritische Masse, die Frieden wolle und in der Lage sei, den Konflikt mit den Nachbarn zu lösen.

Mitglieder der NGO Breaking the Silence, ein Zusammenschluss ehemaliger und derzeitiger Angehöriger der israelischen Armee, trugen am 17. Juli auf dem Platz vor dem Nationaltheater Habimah in Tel Aviv Zeugnisse von SoldatInnen aus vorangegangenen Militäraktionen in Gaza vor; am religiösen jüdischen Trauertag Tisha B'Av gedachten sie sowohl der palästinensischen als auch der israelischen Kriegsoffer. Die Stimme der israelischen Linken jedoch ist schwächer als in der Vergangenheit. Kriegerische Stimmungen, Furchtkomplexe beziehungsweise Apathie und Gleichgültigkeit sowie ein geringes Maß an Empathie für die jeweils anderen dominieren in der israelischen Bevölkerung. Zu ge-

meinsamen Protesten jüdischer und arabischer BürgerInnen kam es bis auf Haifa im Land nur selten.

## DIE NEUE QUALITÄT DER RECHTSTRENDS

Zu den innergesellschaftlichen Phänomenen gehörten während der Gaza-Invasion 2014 teilnehmerstarke Aufmärsche rechtsextremer Gruppierungen. Sie attackierten nicht nur verbal die KriegsgegnerInnen, sondern schreckten auch vor physischer Gewalt nicht zurück. Die liberale Tageszeitung *Haaretz* beklagte: «In Israel ist ein innerer Krieg über Recht und Gesetz entbrannt. [...] Seine stärksten beziehungsweise am stärksten Furcht verbreitenden Ausdrucksformen sind militante Angriffe rechtsextremistischer Aktivisten auf Araber, aber auch auf Linke und generell auf Menschen, die sich gegen den Krieg aussprechen.»<sup>17</sup>

Beispiele für den «Tsunami des Hasses»<sup>18</sup> und den «McCarthyismus»<sup>19</sup> à la Israel gibt es für den Sommer 2014 en masse. Weitgehend unwidersprochen blieb zum Beispiel die Äußerung des Nahostwissenschaftlers der Bar-Ilan Universität, Mordechai Kedar, (arabische) «Terroristen könnten einzig abgeschreckt werden durch die Drohung, ihre Schwestern oder Mütter zu vergewaltigen».<sup>20</sup> Als ein Juraprofessor derselben Universität in einer E-Mail seinen StudentInnen mitteilte, er bedaure die jüdischen *und* palästinensischen Opfer im Gaza-Krieg, wurde eine förmliche «Hexenjagd» gegen ihn veranstaltet; die Universitätsleitung forderte eine öffentliche Entschuldigung.<sup>21</sup> Dov Lior, Oberrabbiner in Kiryat Arba und Hebron, bekundete am 21. Juli 2014, das jüdische Recht erlaube die Zerstörung des Gazastreifens, um dem Süden Israels Frieden zu bringen.<sup>22</sup> Als am 26. Juli vorwiegend jüdische Israelis auf dem zentralen Rabin-Platz Tel Avivs ihren Protest gegen Krieg und Rassismus bekundeten, skandierten die ebenfalls zahlreich erschienenen Rechtsnationalen nicht nur wie üblich «Tod den Arabern», sondern «Tod den Linken!» Auch hier suchten gewaltbereite Schläger nach Ende der Kundgebung ihren Emotionen durch tätliche Angriffe auf die «Landesverräter» Ausdruck zu verleihen.<sup>23</sup>

Rassismus, Aushöhlung der Demokratie und die Auseinandersetzung um die Identität und Definition des Staates spiegeln sich in den Debatten des Parlaments, in Entscheidungen der Regierung und im Streit um das nationalstaatliche Selbstverständnis wider. Im Mittelpunkt stehen Forderungen der Rechtskräfte, Israel primär nicht als demokratischen, sondern als *jüdischen* Staat anzuerkennen. Als Zukunftsmodelle künftiger Staatlichkeit gelten vor allem drei Entwicklungs- und Entscheidungsoptionen: «jüdischer Staat», «jüdischer und demokratischer Staat» oder «demokratischer Staat aller seiner Bürger». Zunehmend scheinen sich die VertreterInnen einer Ethnokratie mit säkular-nationalistischem oder jüdisch-religiösem Vorzeichen, also der ersten Option, durchzusetzen. Die Soziologin Eva Illouz von der Hebräischen Universität Jerusalem meint, dass das «Jüdische» bereits «die Demokratie mit ihren universellen Werten in Geiselnhaft genommen» habe.<sup>24</sup> «Die wirkliche Gefahr für Israel» komme nicht von außen, sondern von innen.<sup>25</sup>

## KOMPROMISSFRIEDEN VERSUS FRIEDENSDIKTAT

Die Erfahrung belegt, dass sich nach Militäraktionen häufig ein – mitunter freilich nur kurzzeitiges – *window of opportunity* für eine Konfliktregelung öffnet. Darauf richtet sich derzeit das «Prinzip Hoffnung». Inwieweit existente oder noch zu schaffende Chancen für ein produktives Konfliktmanage-

ment genutzt werden, hängt von den Kriegsparteien wie auch von äußeren Rahmenbedingungen und Akteuren ab.

Bereits während des Krieges legte die Hamas einen zehnfachen Katalog für ein auszuhandelndes politisches Gaza-Agreement vor: Abzug der israelischen Panzer von der Grenze Gazas; Freilassung aller palästinensischen Gefangenen, die nach der Ermordung der drei israelischen Jugendlichen inhaftiert wurden; Beendigung der Gaza-Blockade und Öffnung der Grenzübergänge für Menschen und Waren; Errichtung eines Seehafens und eines von den Vereinten Nationen (UN) kontrollierten internationalen Flughafens; Ausweitung der Fischfangzone Gazas auf zehn Kilometer; Umwandlung der Grenzstelle Rafah in einen von der UN und arabischen Staaten kontrollierten Grenzübergang; Sicherung der Grenzen durch internationale Beobachter; Erleichterung des Zugangs zur Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem für muslimische Gläubige; Verpflichtung Israels, sich nicht in den innerpalästinensischen politischen Versöhnungsprozess einzumischen; Schaffung von neuen Industrie- und Entwicklungszonen im Gazastreifen.<sup>26</sup> Ein frühzeitiges Eingehen auf das moderate Angebot hätte Israel, insbesondere den Süden, sicherer machen können und vielen – auch israelischen – «Opfern der letzten Tage» das Leben gerettet.

Die palästinensische Regierung betont in ihren grundsätzlichen Stellungnahmen stärker den Gesamtkonflikt und geht mit ihren Regelungsvorschlägen über Gaza hinaus. Anfang September sprach sie sich für die Wiederaufnahme der unter US-Schirmherrschaft zustande gekommenen und im Juni gescheiterten israelisch-palästinensischen Verhandlungen, zunächst für maximal neun Monate, aus. Eine Vereinbarung über den Abzug Israels von allen für den künftigen palästinensischen Staat vorgesehenen Territorien solle innerhalb von drei Jahren erreicht werden. Vorgeschlagen wird zudem, während der ersten drei Monate den Grenzverlauf zu definieren und im folgenden Halbjahr andere offene Fragen – Flüchtlinge, Jerusalem, Siedlungen, Sicherheitsvereinbarungen, Wasser – zu regeln. Vertrauensbildende Maßnahmen im Vorfeld seien ein Stopp des Siedlungsbaus (zumindest für die dreimonatige Initialphase der Gespräche) und die bereits für den 29. März 2014 vorgesehene, durch die israelische Regierung seinerzeit abgeblockte Freilassung der vierten Gruppe palästinensischer Häftlinge.<sup>27</sup>

Die Reaktionen der israelischen Regierung lassen erkennen, dass Gespräche mit der Hamas bisher nicht ernsthaft erwogen werden. Netanjahu formulierte am 29. August vielmehr eine Alternative: « Hamas oder Frieden ».<sup>28</sup> Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde dagegen lehnte er nicht generell ab. Voraussetzung sei freilich « eine palästinensische Regierung, die dem Frieden mit Israel, der Beendigung des Terrors und der Einhaltung früherer Vereinbarungen verpflichtet ist ».<sup>29</sup> Inwieweit er künftig zu Gesprächen mit der im Juni 2014 gebildeten palästinensischen Einheitsregierung bereit sein wird, dürfte von inneren wie äußeren Erwägungen beziehungsweise Zwängen abhängen.

Die über den Stopp des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen und die Zerstörung der restlichen Untertunnelung Gazas und Südisraels hinausgehenden israelischen Forderungen, zum Beispiel völlige Demilitarisierung des Gazastreifens, wie auch die unmittelbar nach Kriegsende neu geschaffenen *fait accomplis* (weitreichende Beschlüsse des israelischen Kabinetts über die Fortsetzung und Zementierung des Siedlungsbaus) stehen in diametralem Gegensatz zu jeglicher Kompromissuche beziehungsweise zu allen

Friedenserwartungen. In der israelischen Regierung existieren tiefe Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen wie konkreten Fragen. Die Chancen für die Neuaufnahme erfolgversprechender Verhandlungen erscheinen somit als äußerst gering. Starker äußerer Druck auf die Akteure ist kaum zu erwarten, da sowohl die US-Administration und die führenden EU-PolitikerInnen als auch die politischen Eliten in den arabischen Nachbarstaaten mit anderen Konfliktzonen beschäftigt sind.

Der Schlüssel für einen produktiven Kompromiss – im Gaza-Konflikt wie in den israelisch-palästinensischen Beziehungen – liegt weiterhin eindeutig im israelischen Feld. Er dürfte dort für einen längeren Zeitraum verbleiben. Ein israelisches Interesse und Forderung folgendes Friedensdiktat dürfte an der Haltung der selbstbewusster gewordenen Palästinensischen Autonomiebehörde scheitern. Ein erneuter Waffengang in Gaza oder an der Nordgrenze ist für die nähere Zukunft nicht auszuschließen. Die Antwort auf die Frage, ob sich die Austragungsbedingungen des nächsten Krieges mit Blick auf die Verwerfungen in der arabischen Welt und auf die jüngsten Entwicklungen in der Türkei, in Pakistan und im Umgang mit Iran zugunsten Israels entwickeln werden, sei aus den ungewissen Zukunftserwartungen zunächst ausgeklammert.

Angelika Timm ist Nahostwissenschaftlerin und leitet das Auslandsbüro Israel der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

1 Vgl. Weltmann, Uri: Der lange Weg nach Gaza (Standpunkt 15/2014 der Rosa-Luxemburg-Stiftung), [www.rosalux.de/publication/40719](http://www.rosalux.de/publication/40719). 2 Haaretz, 31.8.2014, S. 3. 3 Die Kampfhandlungen kosteten 2.104 PalästinenserInnen, darunter 518 Kindern, das Leben. Auch unter den 11.000 Verwundeten waren etwa 3.000 Kinder. Im Gazastreifen wurden in sieben Wochen 220 Schulen, 58 Krankenhäuser und 17.000 Wohneinheiten zerstört; die Zahl der Obdachlosen beträgt annähernd 475.000 (Haaretz [englischsprachige Ausgabe], 29.8.2014, S. 10). 4 Vgl. <http://zope.gush-shalom.org/home/en/channels/avner/1406281947/>. 5 Auf Israel wurden 4.532 Raketen abgeschossen; sieben ZivilistInnen, darunter ein Kind, wurden im Süden des Landes getötet. 66 SoldatInnen fielen in Kampfhandlungen bzw. starben an Verletzungen (Haaretz, 1.9.2014, S. 1). 6 Haaretz, 1.9.2014, S. 1. 7 Vgl. [www.haaretz.com/opinion/.premium-1.609037](http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.609037) (7.8.2014). 8 Vgl. [www.haaretz.com/opinion/.premium-1.609037](http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.609037) (7.8.2014). 9 Illouz, Eva: Wir sind abgestumpft, in: Der Spiegel, 32/2014, S. 84. 10 Vgl. [www.haaretz.com/opinion/.premium-1.611197](http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.611197) (19.8.2014). 11 Yaar, Ephraim/Hermann, Tamar: Peace Index August 2014, [en.idi.org.il/media/3676239/Peace\\_Index\\_August\\_2014-Eng.pdf](http://en.idi.org.il/media/3676239/Peace_Index_August_2014-Eng.pdf). 12 Angaben der NGO Mossawa, 13.8.2014. 13 Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 22.7.14, S. 1. 14 Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 31.7.2014, S. 1. 15 Haaretz, 15.8.2014, S. 9. 16 Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 18.7.14, S. 9. 17 Haaretz, 28.7.14, S. 5 (Editorial). 18 Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 8.8.2014, S. 13. 19 McCarthysm in action, Haaretz, 15.8.2014, S. 9. 20 Haaretz, 22.7.2014, S. 4. 21 Haaretz, 30.7.2014, S. 1, und 31. Juli 2014, S. 5. 22 Jerusalem Post, 24.7.2014, S. 7. 23 Vgl. <http://972mag.com/the-night-it-became-dangerous-to-demonstrate-in-tel-aviv/93524/>. 24 Illouz, Eva: Wir sind abgestumpft, in: Der Spiegel, 32/2014, S. 85. 25 Vgl. [www.spiegel.de/international/world/interview-with-sociologist-eva-illouz-about-gaza-and-israeli-society-a-984536.html](http://www.spiegel.de/international/world/interview-with-sociologist-eva-illouz-about-gaza-and-israeli-society-a-984536.html). 26 Maariv, 16.7.2014, [www.nrg.co.il/online/1/ART2/597/047.html?hp=1&cat=666&loc=2](http://www.nrg.co.il/online/1/ART2/597/047.html?hp=1&cat=666&loc=2). 27 Vgl. Times of Israel, 2.9.2014, [www.timesofisrael.com/pa-plan-seeks-new-state-in-west-bank-idf-pullout-within-three-years/](http://www.timesofisrael.com/pa-plan-seeks-new-state-in-west-bank-idf-pullout-within-three-years/). Es wird erwartet, dass das Abbas-Verhandlungsangebot die Zustimmung der Außenminister der Arabischen Liga erlangt. Sollten Israel und die USA die Kompromissformeln ablehnen, will Abbas den Internationalen Gerichtshof anrufen. Er droht in diesem Fall gleichzeitig mit dem Rücktritt und mit der Auflösung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Israel müsste für die Westbank und Gaza erneut die volle Verantwortung übernehmen; eine dritte Intifada läge in der Luft. Vgl. Haaretz, 3.9.2014, S. 2. 28 Vgl. [www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/.premium-1.613230](http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/.premium-1.613230) (30.8.2014). 29 Netanyahu, 20.8.2014, [www.imra.org.il/story.php?id=64701](http://www.imra.org.il/story.php?id=64701) (4.9.2014).

LIZ FEKETE

## RECHTE GEWALT IN EUROPA

### DAS KONZEPT DES ANTI-EXTREMISMUS SCHWÄCHT DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND

Die in Politik und Wissenschaft äußerst populäre Extremismustheorie verschleiert die Gefahren, die aktuell von faschistischen Bewegungen in Europa und von strukturellen und personellen Verstrickungen staatlicher Stellen mit diesem Milieu ausgehen. Dabei hat es seit den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock wohl kaum eine Situation gegeben, in der gesellschaftliche Minderheiten in Europa ähnlich stark vonseiten rechter Bewegungen bedroht und verfolgt wurden wie heute. Betrachtet man das gegenwärtige Ausmaß der Gewalt und die staatlichen Reaktionen darauf, so ist die Lage in gewisser Weise noch viel bedenklicher als in den 1990er Jahren, als vielerorts die Unterkünfte von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen brannten. Im Folgenden geht es um die Gründe und Hintergründe, die dafür sorgen, dass rechte Gewalt und

Rassismus in Europa nur unzureichend angegangen und öffentlich diskutiert werden.

Der erste Grund für die mangelnde Aufmerksamkeit gegenüber rechter Gefahr hängt damit zusammen, dass der Faschismus heute ein viel komplizierteres und vielschichtigeres Phänomen als noch in den 1990er Jahren ist.<sup>1</sup> Wenn gewalttätige Übergriffe von bekennenden Neonazis begangen werden, ist die Verbindung zum Faschismus relativ leicht herzustellen, aber das ist nicht immer der Fall. Schon seit Längerem bildet die extreme Rechte eine eher amorphe Szene, die ständig im Wandel begriffen ist. Sogenannte «Autonome Nationalisten» und «Weiße Widerstandsbewegungen», selbst erklärte «Anti-Dschihadisten» oder neue ultrapatriotische Bewegungen sind nur die jüngsten Ausprägungen. Das nebulöse rechte Bündnis von homophoben Gruppierungen namens *Le Printemps Français* (französischer Frühling mit Anspielung auf den arabischen Frühling) ist ein weiteres Beispiel. Als zu Beginn des letzten Jahres im französischen Parlament die Legalisierung von gleichgeschlechtlichen Ehen verabschiedet werden sollte, nahmen sowohl christliche FundamentalistInnen als auch Ultranationale und Neonazis an von *Printemps Français* organisierten Massenprotesten teil. Die Atmosphäre war derart vergiftet, dass PolitikerInnen, die die Gesetzesinitiative unterstützten, Todesdrohungen erhielten.<sup>2</sup> Einen Monat nachdem das neue Gesetz in Kraft getreten war, im Juni 2013, wurde schließlich der 18-jährige Student Clément Méric in Paris von rechten Skinheads, die ihn zuvor als Teilnehmer an einer antifaschistischen Demonstration gegen die Aufmärsche von *Printemps Français* erkannt hatten, auf offener Straße ermordet.

Viele der homophoben Bewegungen (zumindest in West-

europa) identifizieren sich nicht unbedingt mit dem historischen Faschismus (im Gegensatz etwa zu ihren Pendanten in Russland oder in Osteuropa). Auch die zahlreichen «Islamhasser» verstehen sich in der Regel nicht als faschistisch, aber ihre Praxis ist nicht weit davon entfernt. In England etwa marschieren sie gezielt durch muslimische Stadtviertel, verbreiten dort Angst und Terror, anderswo bedrohen sie Lesben und Schwule sowie PolitikerInnen, die sich für eine Stärkung der Rechte von Minderheiten starkmachen. Dies legt nahe, dass die Selbstdefinition für die Einschätzung von politischen Bewegungen und Organisationen nicht das zentrale Kriterium sein kann.

Zweitens sind die Rahmenbedingungen für das Wiedererstarken des Faschismus in Europa günstiger als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt, an den ich mich erinnern kann, seitdem ich 1992 mit meiner systematischen Untersuchung der extremen Rechten in verschiedenen europäischen Ländern begonnen habe. Ein Beispiel ist die gegenwärtige Lage in Schweden, wo die Präsenz der Schwedendemokraten im Parlament – sie ist mit 48 Sitzen nun die drittstärkste Kraft – Neonazis zu einer Reihe von gewalttätigen Übergriffen ermutigt hat. Hierzu gehört der Angriff auf Showan Shattak, einem bekannten Aktivisten gegen Rassismus und Homophobie, der im März 2014 in Malmö niedergestochen wurde, seitdem im künstlichen Koma liegt und um sein Leben kämpft.<sup>3</sup>

Bei den Europawahlen Ende Mai 2014 konnten rechte Parteien in vielen Ländern enorme Stimmenzuwächse verzeichnen. Einige davon wie die Freiheitliche Partei Österreichs, der Front National in Frankreich, die Goldene Morgenröte in Griechenland, Jobbik in Ungarn oder Ataka in Bulgarien ha-



ben ihre Bewunderung für den Faschismus offen zum Ausdruck gebracht. Was sie mit jüngeren erfolgreichen Rechtsparteien wie etwa der Alternative für Deutschland, der United Kingdom Independence Party, der holländische Freiheitspartei von Geert Wilders oder der bereits stärker etablierten Schweizerischen Volkspartei gemeinsam haben, ist, dass sich ihr Zulauf zum einen aus ihrer migrationsfeindlichen Haltung speist und zum anderen zu einem großen Teil aus den Enttäuschungen der WählerInnen über die alten Mitte-rechts- und Mitte-links-Parteien. Es ist daher nicht nur die sichtbare Präsenz und der Einfluss von explizit rechten, rassistischen und islamophoben Parteien in den nationalen Parlamenten und im Europaparlament, was uns zu denken geben sollte. Noch beunruhigender ist zu beobachten, wie faschistisches Gedankengut vom rechten Rand in die Mitte wandert und sich dort im Mainstream festsetzt.

Drittens ist rechte Gewalt zu einer nicht mehr zu leugnenden unmittelbaren Bedrohung in allen Ländern Europas geworden und überschreitet zunehmend Grenzen, was nicht zuletzt mit einer Neuausrichtung faschistischer Gruppierungen zu tun hat. So sind einige vom Nationalismus alter Schule abgerückt und haben sich rechten paneuropäischen Ideologien und Netzwerken zugewandt. Angesichts einer zunehmenden Mobilität nicht nur von Waren und Kapital stellt sich auch für viele FaschistInnen die Frage nach dem «nationalen Interesse» inzwischen neu. Heute schwenken faschistische und andere rechte Bewegungen nicht nur ihre jeweiligen Nationalfahnen, sondern üben ihre Form der «internationalen Solidarität». Skandinavische Neonazis reisen in den Süden, um für eine «faschistische Ukraine» zu kämpfen. Griechische FaschistInnen stehen bereit, um die von Serben kontrollierte Enklave in Bosnien und Herzegowina Republika Srpska zu unterstützen, sollte es wieder zu Aggressionen gegenüber den muslimischen Bosniaken kommen. Von deutschen Neonnazis wiederum weiß man, dass sie regelmäßig nach Tschechien reisen, um dort ihren slawischen Kameraden dabei zu helfen, die dortige Roma-Bevölkerung zu schikanieren und einzuschüchtern. Hier hatte im letzten Sommer die rechte Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit (Dělnická stranasociální spravedlnosti) fast an jedem Wochenende zu Aufmärschen in von Romafamilien bewohnten Siedlungen aufgerufen. Auch 1.-Mai-Aufmärsche finden dort regelmäßig unter Beteiligung von «internationalen Gästen», unter anderem Mitgliedern der NPD oder Vertretern des Rechten Sektors aus der Ukraine, statt.

### **DIE KURZSICHTIGKEIT UND BLINDHEIT DES ANTI-EXTREMISMUS**

Im Allgemeinen wird Faschismus als historisch-politischer Oberbegriff für verschiedene rechtsgerichtete Ideologien und Bewegungen mit autoritären und hierarchischen Zügen vor allem nach dem Ersten Weltkrieg benutzt, die sich durch eine grundsätzliche Opposition zu Demokratie und Liberalismus auszeichnen. Antifaschismus wurde daher, wenn auch vielfach nur aus taktischen Gründen, als eine ethisch-politische Bewegung anerkannt, die demokratische Errungenschaften verteidigt und sich für Gruppierungen einsetzt, deren Bürgerrechte bedroht sind. Man könnte meinen, dass sich an dieser grundsätzlichen Haltung – trotz veränderter Rahmenbedingungen, unter denen sich Faschismus und Antifaschismus formieren – nichts verändert hat. Dies ist jedoch falsch.

Es ist heutzutage überall in politischen oder akademischen Kreisen angesagt, Faschismus mit anderen Formen des Ex-

tremismus gleichzusetzen. Sogenannte ExtremismusexpertInnen aller denkbaren Fachrichtungen werden nicht müde, vor der symbiotischen Beziehung zwischen verschiedenen Formen des Extremismus und einer «gegenseitigen Radikalisierung» zu warnen.<sup>4</sup> Die dominante Stellung, die der Extremismustheorie inzwischen in der öffentlichen Auseinandersetzung zukommt, ist der vierte Faktor, der den antifaschistischen Kampf schwächt. Nicht nur bestimmen diese neuen ExtremismusexpertInnen die Medienberichterstattung (und verdrängen kritische Stimmen von politischen Initiativen). Problematisch ist auch, wenn NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure aus Opportunismus – etwa weil sie von staatlichen Fördermitteln abhängig sind oder sie ihren politischen Einfluss ausbauen wollen – das Konzept des Anti-Extremismus übernehmen, weil damit die umfassendere Perspektive, die dem Antifaschismus zugrunde liegt, verloren zu gehen droht. Der Antifaschismus war nämlich immer schon eng mit dem Antirassismus verknüpft, und wirkungsvolle antirassistische beziehungsweise antifaschistische Bewegungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie – auch wenn sie manchmal aus praktischen Gründen auf die Neonaziszene fokussieren müssen – einen breiteren Blickwinkel einnehmen, mit dem die politischen, kulturellen und sozialen Realitäten und Bedingungen, die die extreme Rechte stärken, sichtbar gemacht und nicht verschleiert werden.

Ironischerweise ist mit der Durchsetzung des eher kurz-sichtigen und oberflächlichen Ansatzes des Anti-Extremismus eine Schwächung sowohl des Kampfes gegen rechts als auch gegen die anderen unter den Extremismusbegriff subsumierten Bewegungen verbunden. Vernachlässigt wird nämlich, dass Extremismus ein Phänomen mit ganz unterschiedlichen Facetten ist und dass seine diversen Ausprägungen Ergebnis spezifischer historischer Entstehungsbedingungen und Entwicklungsprozesse sind. Sie sind nicht Variationen des immer selben Topus. Das Konzept des Anti-Extremismus verstellt zudem den Blick auf das Verhältnis zwischen faschistischen Bewegungen und Einstellungen an den Rändern der Gesellschaft und dem Rassismus in ihrem Zentrum. So ist zum Beispiel der Hass der FaschistInnen auf Roma und Muslime in Europa nicht losgelöst von staatlichen Regelungen zu betrachten, die diesen Gruppen bestimmte Bürger- und Menschenrechte vorenthalten, oder der Berichterstattung in den Massenmedien, wo sie ständig entmenschlicht, stigmatisiert und als Feinbilder präsentiert werden.

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise und der Unfähigkeit der parlamentarischen Demokratien, die Menschen vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen, hat es unter den im Parlament vertretenen Parteien und in der Politik allgemein einen deutlichen Rechtsruck gegeben. Dies illustrieren verschiedene Gesetzesinitiativen gegen das Tragen des Kopftuches und gegen andere sichtbare Zeichen des Islam, die Zunahme polizeilicher Maßnahmen wie «Racial Profiling», die Verweigerung sozialstaatlicher Unterstützung von MigrantInnen oder die gewaltsame Auflösung von Roma-Camps. Zusammengefasst: Rassistische Ideen diffundieren ständig von den Rändern aus in die Mitte der Gesellschaft und von dort aus wieder zurück an den Rand. Unter Umständen könnte man dieses Phänomen als «kumulativen Rassismus» bezeichnen, wobei die Anerkennung eines solchen Rassismus die Vorstellung von einem neutralen Staat, der widerstreitende extremistische Fraktionen zum Wohle der Demokratie überwacht und in Schach hält, grundlegend infrage stellen würde.

## VARIATIONEN DES TOPOS

### «KUMULATIVER EXTREMISMUS»

Die «Diagnose», die wirkliche Bedrohung in Europa ginge heute von einem kumulativen Extremismus aus, hat verschiedene Ausprägungen. In Großbritannien versucht man uns beispielsweise weiszumachen, es gäbe eine symbiotische Beziehung zwischen dem islamischen Extremismus und der English Defence League, deren Ideologien sich in ihrer Radikalität entsprächen, sich gegenseitig hochschaukelten und eine Spirale der Gewalt beförderten. Tatsächlich ist dies lediglich eine Neuauflage eines wenig überzeugenden Erklärungsansatzes, der zuvor schon des Öfteren zur Anwendung kam, zum Beispiel in Nordirland. So haben unzählige FilmemacherInnen, JournalistInnen und AkademikerInnen immer wieder die «Unruhen» in Nordirland als Teil eines nur schwer zu durchbrechenden Teufelskreises dargestellt, mit katholischen und protestantischen FanatikerInnen als den Hauptverantwortlichen. Dass die Stationierung britischer Truppen, die britische Politik und die systematische Diskriminierung der katholischen Bevölkerung die wesentlichen Ursachen des Konflikts waren, wurde kurzerhand unterschlagen.

In Tschechien erklären PolitikerInnen und Extremismus-expertInnen aus der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft die Gewalt von rechtsaußen gegen Roma damit, dies sei eine «kumulative Reaktion» darauf, dass Roma zu viel sozialstaatliche Unterstützung kassierten und häufig kriminell seien.<sup>5</sup> Und in der Europäischen Union besteht der neueste Trend darin, Populismus *per se* zu untersuchen, wobei links- und rechtspopulistische Strömungen oftmals so behandelt werden, als hätten sie denselben Ursprung und als ginge von beiden aufgrund ihrer gegen Eliten gerichteten Ressentiments eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt der EU aus.<sup>6</sup> In Deutschland, wo im westlichen Teil in den Nachkriegsjahrzehnten sowohl faschistische als auch kommunistische Bewegungen als verfassungswidrig galten und wo eine gewisse Kalte-Kriegs-Mentalität auch nach der Wiedervereinigung immer noch vorherrscht, schlägt sich die Idee vom kumulativen Extremismus darin nieder, dass man links- und rechtsextrem gern gleichsetzt und zur Bedrohung der demokratischen Ordnung hochstilisiert. Angesichts der spezifischen Geschichte des deutschen Faschismus und der besonderen Bedeutung linker Kräfte für den antifaschistischen Widerstand verwundert es kaum, dass sich gerade hier antirassistische Gruppen und Organisationen, die Opfer von rechten Übergriffen unterstützen, offen gegen Regierungsprogramme auflehnen, die keinerlei Unterscheidung machen zwischen rechter und linker sowie sogenannter Ausländergewalt. Die Gruppen monieren zu Recht, dass mit solchen Programmen eine umfassende Kritik an staatlichen Strukturen und alle auf einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel zielenden politischen Ansätze diskreditiert werden sollen.<sup>7</sup>

### ANTI-EXTREMISMUS, DER SICHERHEITSSTAAT UND DIE KRIMINALISIERUNG DES ANTIFASCHISMUS

Der Antifaschismus war in der Nachkriegsperiode schon immer eng mit fortschrittlichen Anliegen verknüpft – vom Kampf gegen die Militärdiktaturen in Spanien, Griechenland und Portugal bis hin zur Verteidigung von bedrohten ethnischen und nationalen Minderheiten. Den Antifaschismus von diesem emanzipatorischen Erbe einfach abzuschneiden und ihm die Logik des Anti-Extremismus überzustülpen bedeutet,

reaktionäre Sicherheitsdiskurse zu akzeptieren und zu reproduzieren, die vielerorts insbesondere im Kontext des «Kriegs gegen den Terror» entstanden sind. Immer mehr setzt sich die Vorstellung durch, nur der Staat, seine Polizei und Geheimdienste könnten uns und unsere Gesellschaften effektiv vor der faschistischen Gefahr und anderen Bedrohungen beschützen. Dies ist jedoch eine äußerst gefährliche Annahme zu einem Zeitpunkt, an dem sich die demokratischen Systeme als recht schwach erweisen, das Demonstrationsrecht zur Disposition gestellt wird (wenn auch nicht auf dem Papier, dann doch zumindest in der Praxis, wie immer mehr polizeiliche Einkesselungen und andere Behinderungen zeigen) und die Enthüllungen von Edward Snowden einen Eindruck davon vermitteln, wie leichtfertig sich Demokratien sogenannten Sicherheitsanforderungen unterwerfen.

Und es gibt eine Reihe von Ereignissen in der jüngeren Geschichte Europas – vom Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof in Bologna 1980 über die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock Anfang der 1990er Jahre, die Anwesenheit von griechischen Faschisten beim Massaker in Srebrenica 1995 bis hin zu Anders Behring Breiviks Massaker 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya –, die uns lehren, dass Faschismus gerade dann entstehen und gedeihen kann, wenn der Staat sich blind stellt oder teilweise sogar in rechte Machenschaften verstrickt ist.<sup>8</sup> Ob dies so ist, weil Faschismus im Grunde eine gesteigerte Form von Nationalismus oder Patriotismus ist (eine Form des Extremismus, mit der staatliche Stellen durchaus sympathisieren können), weil staatliche Behörden grundsätzlich an der Loyalität von ethnischen Minderheiten und antirassistischen und antifaschistischen AktivistInnen zweifeln oder weil rechte Gruppierungen nur selten als ernst zu nehmende Bedrohung staatlicher Institutionen wahrgenommen werden, darüber lässt sich streiten.

Inzwischen kann man auch nicht mehr behaupten, dass Polizei und Geheimdienste in Europa sich gar nicht für das Treiben der extremen Rechten interessieren. Dies gilt insbesondere für Deutschland, wo die aktuellen Enthüllungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) eher nahelegen, dass diese mit ihren vielen bezahlten Informanten und dubiosen Methoden der verdeckten Ermittlung manchmal «zu nah an ihnen dran waren». So konnte der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages trotz der Auswertung von 80.000 Dokumenten und der Anhörung von 800 Zeugen am Ende nicht überzeugend darlegen, warum 34 verschiedene Polizeieinheiten und Geheimdienste in einem Zeitraum von sieben Jahren, in dem die rechte Mörderbande ihr Unwesen trieb, nicht in der Lage waren, diese dingfest zu machen. In zahlreichen Kommentaren und Diskussionen tauchte daher die Frage auf, ob die Sicherheitsbehörden nicht vor allem ihren eigenen Gesetzen gehorchen und inzwischen selbst eine Bedrohung für den Rechtsstaat darstellen.

In Ungarn haben vier Neonazis im Zeitraum zwischen 2008 und 2011 in neun kleineren Städten und Dörfern 20 Anschläge und Übergriffe begangen. Insgesamt töteten sie dabei sechs Menschen: fünf erwachsene Roma und ein kleines Kind. Das Ergebnis einer parlamentarischen Untersuchung war, dass die Staatliche Agentur für Nationale Sicherheit sich wiederholt geweigert hatte, die notwendigen Maßnahmen zur Aufklärung der Morde an den Roma einzuleiten. Sie wurden etliche relevante Informationen erst gar nicht an die ermittelnden Polizeibeamten weitergeleitet. JournalistInnen haben zudem herausgefunden, dass einer der Täter (ein früherer Berufssoldat) vormals als Informant für den mi-

litärischen Geheimdienst tätig war. Obwohl es am Ende zur Verurteilung von drei Neonazis kam, hat die Regierung ihr Versprechen, das Versagen der staatlichen Sicherheitsdienste aufzuklären, nicht eingelöst. Inzwischen liegen Hinweise vor, dass Neonazis in ganz Ungarn geheime Ausbildungslager unterhalten und dass Bürgermeister und Polizeistellen in von der Jobbik-Partei kontrollierten Kommunen gezielt mit diesen zusammenarbeiten, um Roma aus ihren Ortschaften zu vertreiben.

Die schwerwiegendsten Vorwürfe gegen staatliche Sicherheitskräfte werden indessen in Griechenland erhoben, wo sich Angehörige von militärischen Spezialeinheiten unlängst für einen Staatsstreich ausgesprochen haben sollen. Zudem geht die Regierung gerade Vorwürfen nach, wonach Mitglieder der Armee Killerkommandos der Goldenen Morgenröte ausgebildet haben.<sup>9</sup> Diese Beispiele aus Deutschland, Ungarn und Griechenland, die noch um zahlreiche andere ergänzt werden könnten, verweisen darauf, dass es in Europa vielerorts ein zumindest geheimes Einverständnis von staatlichen Stellen mit dem Erstarken der extremen Rechten gibt. Dies drückt sich aus in schlampigen Ermittlungen, in der Weigerung, geheimdienstliche Informationen und Beweise weiterzuleiten, und reicht bis hin zu dem Extrem, dass Staatsbeamte unmittelbar in Mordfälle verwickelt sind.

Anti-extremistische Ansätze mit ihren spezifischen Parametern und ihrer Nähe zu Sicherheitsdiskursen und -interessen sorgen jedoch dafür, dass der Staat und die Verstrickungen seiner Behörden nicht zu sehr ins Visier geraten. Es geht hier nicht um Verschwörungstheorien, sondern darum, auf einen bedeutsamen blinden Fleck in der Debatte hinzuweisen, der es der Polizei und den Geheimdiensten erlaubt, rechte Strukturen nicht anzutasten oder sogar zu stützen, während immer mehr AntirassistInnen und AntifaschistInnen überwacht und kriminalisiert werden. Tatsächlich hat der «anti-extremistische Diskurs» jetzt schon einen wesentlichen Anteil an der Schwächung des Widerstands gegen den Faschismus in Europa – den eigentlich alle demokratisch gesinnten Kräfte als ihre ureigenste Aufgabe betrachten müssten. Nicht nur verfolgt der Staat zahlreiche BürgerrechtsaktivistInnen und AntifaschistInnen als Extremisten und stellt sie vor Gericht, wobei einige der spektakulärsten Fälle in der Vergangenheit mit einem Freispruch endeten.<sup>10</sup> Zugleich möchte eine Reihe von rechten PolitikerInnen in Europa am liebsten ein Verbot von bestimmten linken Gruppierungen und Parteien durchsetzen, so wie der deutsche Bundesverkehrsminister Alexander Dobrinth. Dieser hatte im Januar 2012, damals noch in seiner Funktion als Generalsekretär der CSU, gefordert, die Partei DIE LINKE verbieten zu lassen.<sup>11</sup>

### **ES GEHT DARUM, EINE ANTIFASCHISTISCHE KULTUR AUFZUBAUEN: «THEY SHALL NOT PASS»**

Der Faschismus beginnt damit, dass öffentliche Räume, ob nun eine Straße, ein Dorf, eine Stadt oder ganze Regionen, erobert und in No-Go-Zonen für «Fremde», «AusländerInnen» oder andere unliebsame Gruppen verwandelt werden. In der modernen Welt gehören zu den «Räumen», die FaschistInnen außerdem zu erobern versuchen, das Fernsehen und die sozialen Medien. Sie nutzen das Recht auf freie Meinungsäußerung als Trojanisches Pferd, mit dem sie demokratische Gesellschaften infiltrieren und unterminieren können. Langfristig haben wir wahrscheinlich mehr von der extremen Rechten auf der lokalen als auf der nationalen Ebene zu befürchten. Denn hier kann die kulturelle Revolution der Rech-

ten sich oftmals ungehindert ausbreiten und im europäischen Garten wuchern wie Unkraut. Es ist wohl auch zutreffend, dass die antifaschistische Bewegung auf der lokalen Ebene am dynamischsten und am bedeutsamsten ist. Nun besteht die Gefahr, dass anti-extremistische Ansätze und Diskurse in Zukunft noch stärker als bisher als intellektuelle Rechtfertigung für die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands erhalten müssen. Dies gilt es zu verhindern.

Denn wir benötigen in Europa dringend erfolgreiche lokale Bewegungen gegen die erstarkenden Neonazis. Dazu gehören nicht nur breite Mobilisierungen, um die Straße und bestimmte Nachbarschaften vor ihnen zu schützen, sondern dazu gehört auch, eine robuste und fokussierte antifaschistische Kultur von unten aufzubauen. Denn: «Beim Antifaschismus handelt es sich um einen politischen Kampf darum, wie wir perspektivisch leben wollen [...] Es ist ein Kampf für mehr Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit», so die Beschreibung griechischer AntifaschistInnen, die heute an der vordersten Front des Widerstands stehen.<sup>12</sup> Eine solche antifaschistische Bewegung muss auch die Rathäuser erfassen. Dabei sollten die von uns gewählten VolksvertreterInnen unmittelbar an unserer Seite stehen, uns unterstützen und gemeinsam mit uns skandieren: «They shall not pass!», «On ne passe pas!» «¡No pasarán!» «Sie werden nicht durchkommen!» Modische Theorien und Diskurse sind eine Sache – aber manchmal bringen die alten Parolen das, worum es geht, so viel besser auf den Punkt.

Übersetzung aus dem Englischen: Britta Grell

Liz Fekete ist Geschäftsführerin des Londoner Institute for Race Relations und leitet seit 1992 dessen Forschungsprogramm zu Asyl- und Migrationspolitik sowie rechter Gewalt und Rassismus in Europa.

<sup>1</sup> Vgl. Fekete, Liz: *Pedlars of Hate: the violent impact of the European far Right*, Institute of Race Relations, London 2012. <sup>2</sup> Darunter waren der Präsident der Nationalversammlung Claude Bartolone und die Justizministerin Christiane Taubira (vgl. *Radio France Internationale* v. 22.4.2013 und *Agence France-Presse* v. 6.11.2013). <sup>3</sup> Vgl. Fekete, Liz: *Sweden's counter-extremism model and the stigmatising of anti-racism*, Briefing No. 9, European Research Program, Institute of Race Relations, London 2014. <sup>4</sup> Vgl. zum Konzept des kumulativen Extremismus Eatwell, Roger: *Community Cohesion and Collective Extremism in Contemporary Britain*, in: *Political Quarterly* 77/2006, S. 204–216. <sup>5</sup> Vgl. [https://groups.google.com/forum/#!msg/Hate-Monitor-Net/eMA\\_3zLHUfE/nrAp1GgTJYcJ](https://groups.google.com/forum/#!msg/Hate-Monitor-Net/eMA_3zLHUfE/nrAp1GgTJYcJ). <sup>6</sup> Vgl. Fiesci, Catherine: *A plague on both your populisms*, in: *Open Democracy*, 19.12.2012. <sup>7</sup> Vgl. [www.irr.org.uk/news/german-counter-extremism-programme-a-spying-charter/](http://www.irr.org.uk/news/german-counter-extremism-programme-a-spying-charter/). <sup>8</sup> Vgl. Kundnani, Arun: *Blind Spot? Security Narratives and Far-Right Violence in Europe*, International Centre for Counter-Terrorism, Den Haag 2012. <sup>9</sup> Vgl. Psarras, Dimitris: *Neonazistische Mobilisierung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Nazi-Partei Goldene Morgenröte in Griechenland*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2013. <sup>10</sup> *Statewatch News Online*, Juni 2012, unter: [www.statewatch.org/news/](http://www.statewatch.org/news/). <sup>11</sup> Vgl. [www.zeit.de/politik/deutschland/2012-01/dobrinth-linksparlei-verbot](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-01/dobrinth-linksparlei-verbot). <sup>12</sup> *Statewatch News Online*, Juni 2012.

MANUEL PALZ

## DAS ENDE DER BLOCKADE

**EINIGUNG ZWISCHEN REGIERUNGS- UND OPPOSITIONSPARTEI  
IN KAMBODSCHA KÖNNTE ZU EINER DEMOKRATISIERUNG BEITRAGEN**

Ein gutes Jahr nach den fünften Wahlen zur Nationalversammlung endete der politische Deadlock Kambodschas. Fast ein Jahr lang hatte sich die Oppositionspartei, Partei zur Rettung der kambodschanischen Nation (PRKN), geweigert, die Ergebnisse der letzten Parlamentswahl (Juli 2013) anzuerkennen und ihre Arbeit in der Nationalversammlung aufzunehmen. Überraschenderweise haben die Regierung um Ministerpräsident Hun Sen (Kambodschanische Volkspartei, KVP) und die Opposition nun einen Kompromiss gefunden. Wichtiger Teil davon war die Einigung auf eine Reform der nationalen Wahlkommission. Sollte das Experiment Hun Sens, «mehr Demokratie» wagen zu wollen, gelingen, könnten sich die Menschen in Kambodscha Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen. Aber der Weg dahin scheint noch weit.

Als Ende Juli 2014 durchsickerte, dass sich die Spitzen der KVP und der PRKN darauf geeinigt hatten, die einjährige Blockade der kambodschanischen Nationalversammlung zu beenden, staunten viele ExpertInnen.<sup>1</sup> Traditionell dauert es in Kambodscha immer länger als in anderen Ländern, bis ein Wahlergebnis akzeptiert ist und eine Regierung gebildet werden kann. Zudem war und ist der Wahlsieger seit mehr als 30 Jahren (fast) immer Hun Sen und seine Partei. Doch im Sommer 2013 wurden die Machtverhältnisse im Königreich der Khmer ernsthaft infrage gestellt.<sup>2</sup> Zu offensichtlich waren die Manipulationen des Ergebnisses der Parlamentswahlen, die der regierenden KVP erneut eine Mehrheit einbrachten. Nicht ohne Grund weigerte sich die PRKN, ein Zusammenschluss der zwei größten Oppositionsparteien (der Sam Rainsy-Partei und der Menschenrechtspartei), deren Sieg anzuerkennen und forderte, die Stimmzettel von einer unabhängigen, neutralen Schiedskommission erneut auszählen zu lassen. Nachdem die 68 VertreterInnen der Regierungspartei über ein Jahr auf die verwaisten 55 Plätze der Abgeordneten der PRKN im insgesamt 123 Sitze umfassenden Parlament schauen müssen, scheint heute so etwas wie «politische Normalität» in Kambodscha möglich zu sein. Die Proteste der Straße – angeheizt durch teils fragwürdige, nationalistische Äußerungen des Oppositionsführers Sam Rainsy, die sich vor allem gegen den allumfassenden Herrschaftsanspruch Hun Sens und die ausufernde Korruption, aber auch gegen die vietnamesische Minderheit im Lande richteten – gehören nun (vielleicht) erst einmal der Vergangenheit an.

Ihren traurigen Höhepunkt erlebten die Proteste im Januar 2014, als regierungstreue Sicherheitskräfte streikende Tex-

tilarbeiterInnen niederschossen.<sup>3</sup> Diese Schüsse markierten eine Art Wendepunkt in der Auseinandersetzung zwischen KVP und PRKN. Bereits seit einiger Zeit sympathisierte die politische Opposition werbewirksam mit den streikenden TextilarbeiterInnen. Das Wahlergebnis war einige Monate nur noch ein Thema zweiter Klasse, während die Lebensbedingungen der einfachen kambodschanischen Bevölkerung und die ausbeuterischen, profitgierigen internationalen Produzenten mehr und mehr in den Fokus der Öffentlichkeit drangen. Die ArbeiterInnen machten mit ihren Streiks für einen lebensnotwendigen Mindestlohn von monatlich 160 US-Dollar deutlich, dass auch Jahrzehnte nach dem Bürgerkrieg in Kambodscha der große Teil der Bevölkerung nach wie vor in bitterer Armut lebt. Zudem herrschen in den Fabriken katastrophale Arbeitsbedingungen. Besonders die fast 85 Prozent Frauen unter den knapp 400.000 TextilarbeiterInnen Kambodschas leiden – auch unter sexuellen Übergriffen.<sup>4</sup> Für die Bevölkerung ist dies ein klares Indiz für das Scheitern der Politik.

### **RECHTSWIDRIGE VERHAFTUNG VON GEWERKSCHAFTERINNEN**

Vorher lange Zeit undenkbar, wurde in den letzten beiden Jahren ein Punkt erreicht, an dem die Menschen nicht mehr länger gewillt waren, dem Treiben der «Eliten» tatenlos zuzusehen. Die rechtswidrige und völlig überzogene Verhaftung von 23 GewerkschafterInnen und AktivistInnen, die bei den Streiks Anfang Januar 2014 laut kambodschanischem Sicherheitsapparat eine führende Rolle gespielt hatten, zeugte erneut von Hun Sens Skrupellosigkeit, der mit aller Macht seine Führungsposition verteidigen will. Es kam zu einem

Schauprozess, der von vielen BeobachterInnen als reine Farce angesehen wurde. Die Staatsanwaltschaft versuchte mit allen Mitteln, den Angeklagten oppositionelle, politische Motive nachzuweisen. Erst Monate später kamen die Inhaftierten aufgrund massiven internationalen Drucks unter strengen Bewährungsauflagen wieder frei. Viele von ihnen durchlebten im Gefängnis ein Martyrium und leiden seitdem unter erheblichen gesundheitlichen Folgen.<sup>5</sup>

Nach diesen Ereignissen sah auch die Opposition ein, dass sie ihre politischen Ziele auf Dauer nicht durch eine Blockade der Nationalversammlung erreichen kann. Seit einer Weile bereits wird berichtet, dass die Opposition in zwei Lager gespalten ist: in das Lager um den Vorsitzenden der PRKN Sam Rainsy, das weiterhin auf außerparlamentarischen Druck setzt, und das Lager um Kem Sokha, der an die gewählten PRKN-VertreterInnen plädierte, ihr Parlamentsmandat anzutreten. Sicherlich wird dabei auch die Gewissheit dominiert haben, dass die Leistungen der KVP in der jetzigen Legislaturperiode unter besonderer Beobachtung stehen werden und die eigene Partei PRKN derzeit noch zu schwach ist, um wirklich Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das «Wahlprogramm», das mehr einem Forderungskatalog gleicht, ohne jedoch die Frage nach der Finanzierung von angemahnten Reformen zu beantworten, und der Umstand, dass die zweite Reihe der PRKN politisch noch recht unerfahren ist, unterstreichen diese Einschätzung. Allgemein mangelt es der PRKN an einer durchdachten Strategie und an einem Konzept, wie sie im Falle eines Wahlsieges Kambodscha regieren will. Derzeit vertritt die PRKN von allem etwas. Der starke Menschenrechts- und Freiheitsgrundsatz der Partei wird durch den Nationalismus der Parteiführung karikiert. Während viele KambodschanerInnen den steigenden chinesischen Einfluss kritisch hinterfragen, befürwortet Rainsy ein Bündnis mit der Supermacht. Dies kann als ein Seitenhieb gegen das Nachbarland Vietnam gewertet werden, dem Rainsy vorwirft, Kambodscha seit dem Ende der Schreckensherrschaft der Roten Khmer durch eine Marionettenregierung besetzt zu halten. Dabei kann Rainsy die historisch bedingte Feindschaft zwischen den Nachbarstaaten für seine Politik geschickt missbrauchen. Gerade in jüngster Zeit kam es vermehrt zu Protesten vor der vietnamesischen Botschaft in Phnom Penh, bei denen sogar die vietnamesische Fahne verbrannt wurde.<sup>6</sup>

In monatelangen Verhandlungen trafen sich die VertreterInnen der Parteien, um eine Lösung zur Beilegung des politischen Deadlocks zu finden. Als im Juli acht OppositionspolitikerInnen verhaftet wurden, spitzte sich die Lage erneut zu, und es sah kurz so aus, als werde es zu keiner friedlichen Lösung mehr kommen.<sup>7</sup> Außerdem konnten sich beide Parteien nicht auf eine Reform der nationalen Wahlkommission verständigen – eine laut Verfassung unabhängige Organisation, die die faire und freie Durchführung der Wahlen gewährleisten soll, de facto aber ein Machterhaltungsorgan Hun Sens ist. Eine diesbezügliche Einigung galt als entscheidend für den Erfolg der Verhandlungen zwischen KVP und PRKN. Überraschend stimmten Hun Sen und die KVP vor wenigen Wochen dann aber doch einer Reform der nationalen Wahlkommission zu. Anfangs vermuteten BeobachterInnen, dass es sich lediglich um «Scheinzugeständnisse» handelte, aber je mehr Details über die Reform der Wahlkommission ans Licht kamen, umso größer war die Überraschung. Mittlerweile kann sogar von einem Durchbruch gesprochen werden: Die neue nationale Wahlkommission

besteht aus neun Mitgliedern und soll mit je vier VertreterInnen der KVP und der PRKN besetzt werden. Das neunte und entscheidende Mitglied soll parteilos und unabhängig sein. Als Kandidatin für diesen Posten wurde die angesehene Ärztin und ehemalige Präsidentin der bekannten NGO Kambodschanische Liga für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte (LICADHO), Dr. Pung Chhiv Kek, vorgeschlagen. Ein weiteres Zugeständnis der Regierung an die Opposition war die Vergabe einer TV-Lizenz sowie die Bereitschaft, den kambodschanischen Senat zu reformieren und zukünftig parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzurichten. Auch der derzeit abgesperrte Freedom Park im Zentrum von Phnom Penh, in dem sich zuvor die DemonstrantInnen versammelten, soll wieder für die Öffentlichkeit freigegeben werden.<sup>8</sup>

### **KRITIK WEGEN GRAVIERENDER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN**

Die Einigung zwischen der KVP und der PRKN könnte insbesondere für nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie die wenigen unabhängigen Medienorganisationen in Kambodscha eine erhebliche Erleichterung ihrer Arbeitsbedingungen bedeuten. In den vergangenen Jahren ist das System Hun Sens mehrmals öffentlich wegen gravierender Menschenrechtsverletzungen kritisiert worden. Diese hatten sich immer wieder gegen OppositionsanhängerInnen oder kritische, oppositionsnahe MedienvertreterInnen gerichtet. Gerade im letzten Jahr nahmen die Übergriffe auf JournalistInnen derart zu, dass die Organisation Reporter ohne Grenzen bereits davor warnte, Kambodscha näherte sich mehr und mehr sogenannten medienfeindlichen Systemen wie Vietnam, Laos und China an.<sup>9</sup>

Die existierenden Staatsmedien wusste Hun Sen geschickt zu instrumentalisieren und besetzte Führungspositionen über Jahre mit parteitreuen Verbündeten. Sens autokratisches Herrschaftsverständnis spiegelt mehr ein feudales Politikverständnis wider als ein modernes, demokratisches. Loyale Vasallen werden mit Ländereien oder Geschäftslizenzen an den Herrscher gebunden – bei Treueentzug jedoch können sich die Begünstigungen ebenso schnell in Schikane und Missgunst verkehren. Oppositionelle MenschenrechtlerInnen verschwanden nicht selten von heute auf morgen von der Bildfläche, um letztlich nach Monaten geläutert wieder aufzutauchen.<sup>10</sup> Nichts soll Sens Absicht im Wege stehen, bis ins hohe Alter zu regieren; wohlgemerkt ist der Regierungschef bereits 72 Jahre alt. Diese Haltung Sens erklärt auch, warum sich parteiinterne Reformen nur schwer durchsetzen lassen.

Die Opposition befindet sich nach den Verhandlungen nun in einer vorteilhafteren Ausgangsposition. Die PRKN gewinnt in erster Linie Zeit. Sie kann sich in den kommenden drei Jahren bis zu den nächsten Parlamentswahlen gezielt dem Aufbau der Partei widmen, mithilfe der eigenen TV-Lizenz ihre Kritikpunkte und ihr inhaltliches Programm nun einfacher unter die Leute bringen und sich besser international vernetzen. Langfristig könnte dieser Ansatz deutlich größere Erfolgsaussichten mit sich bringen als der bisher praktizierte Konfrontationskurs.

Sam Rainsy hat also eine gewisse Weitsicht bewiesen und scheint den Regierungswechsel 2018 anzustreben. Vermutlich wird er weiterhin eine zweigleisige Strategie fahren, um sein Ziel zu erreichen. Besonders im Ausland genießt der Oppositionspolitiker einen guten Ruf, trotz der diversen nationa-

listischen Äußerungen in der Vergangenheit. Die jahrzehntelange Regierungszeit von Hun Sen hat auch im Ausland dazu geführt, dass so manches Staatsoberhaupt einen «Wechsel» herbeisehnt und bereit ist, die nationalistischen Fehltritte Rainsys vergessen zu lassen. Im Inland wird Sam Rainsy weiterhin polarisieren, um mehr AnhängerInnen für seine Politik zu gewinnen. Inwieweit die neue nationale Wahlkommission wirklich unabhängig und frei ihrer Arbeit nachkommen kann, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Die Euphorie ist groß, jedoch gibt es auch berechtigte Zweifel, ob dem Konsens zwischen KVP und PRKN in Bezug auf die Person Pung Chhiv Kek als unabhängiges Mitglied zu trauen ist. Pa Ngoung Teang, Leiter des kambodschanischen Nachrichtensenders «Stimme der Demokratie» (VOD), ist diesbezüglich skeptisch und geht davon aus, dass sich vor allem die KVP nicht an die Vereinbarung halten wird. Teangs Radiosender wurde in letzter Zeit häufig zum Ziel von randalierenden Sicherheitskräften, da VOD eine der wenigen Medien ist, die trotz Repressalien die Missstände im Land offen ansprechen. Trotzdem ist Teang optimistisch, dass zumindest die Zugeständnisse im Bereich der Fernsehberichterstattung einen bedeutenden Beitrag zu mehr Pluralismus und Demokratie in Kambodscha leisten können.<sup>11</sup>

## ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE KOMMENDEN JAHRE

Selbst wenn der politische Streit zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien zukünftig fairer und stärker mit Argumenten ausgetragen werden sollte als in der Vergangenheit, bleiben viele Herausforderungen bestehen, die zum Wohle der Gesellschaft angenommen werden müssen. Zuallererst muss eine erneute Eskalation zwischen den politischen Eliten verhindert werden. Der langjährige Konfrontationskurs der politischen Klasse hat sich als schädlich für die gesamte Entwicklung des Landes erwiesen. Besonders besorgniserregend waren einige Kommentare während des vergangenen Wahlkampfes, als die Regierung mit einem Bürgerkrieg für den Fall drohte, sollte Hun Sen die Wahl verlieren. Die regelmäßigen Anspielungen bei Wahlkampfauftritten Sens auf die Schreckensherrschaft der Roten Khmer lassen eine historisch korrekte und objektive Aufarbeitung der Vergangenheit nicht zu und verbreiten Hass, Angst und Schrecken in der heutigen kambodschanischen Gesellschaft. Normale Spielregeln des demokratischen Wettbewerbs, wie zum Beispiel Regierungswechsel nach Wahlen, werden in Kambodscha mutwillig mit dem Untergang des Systems sowie Terror und Leid in Verbindung gebracht. Hun Sen versteht sich selbst als der Befreier des Landes von der damaligen Tyrannei, während die Opposition in ihm lediglich einen Lakaien des sozialistischen Nachbarstaates Vietnam sieht, mit deren Hilfe Sen 1979 Pol Pot und seine AnhängerInnen aus der Hauptstadt vertrieb.

Ein wichtiges Ziel der Politik muss in den nächsten Jahren zudem sein, parteiübergreifend die Korruption einzudämmen. Da viele PolitikerInnen selbst durch dubiose Beziehungen an Landspekulationen<sup>12</sup> und anderen fragwürdigen Geschäften mitverdienen, muss erst ein Wandel innerhalb der Eliten erfolgen, ehe die Reformen auch auf provinzieller Ebene greifen können. Auch die Reform des Rechtssystems wird in den kommenden Jahren ganz oben auf der politischen Agenda stehen müssen. Die Korruption macht auch vor der Justiz nicht halt, und gegenwärtig dienen Gerichtsprozesse weniger einer fairen Urteilsfindung, sondern füllen vor allem

die Geldbeutel der RichterInnen und AnwältInnen.<sup>13</sup> Ab 2015 kommt erschwerend hinzu, dass die Regierung von der Regelung abgerückt ist, dass RichterInnen in Kambodscha parteilos sein müssen. Diese Entscheidung wird zu Recht scharf kritisiert, höhlt sie doch das ohnehin schon schlecht funktionierende Justizsystem noch weiter aus.<sup>14</sup>

Es wird ebenfalls interessant sein, zu beobachten, ob die Oppositionspartei sich an der Macht anders verhalten oder ob sie in ähnliche nepotistische Handlungsmuster wie die regierende KVP verfallen wird. Viele KambodschanerInnen haben das Vertrauen in die staatlichen Strukturen und die politischen Parteien vollkommen verloren. Der Druck von unten ist bereits so stark geworden, dass für die Regierenden die Zeit knapp wird, die Bevölkerung von ihrem Reformwillen zu überzeugen. Eine Strategie könnte sein, zumindest auf kommunaler Ebene mehr Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsprozess zuzulassen.

Dies würde in Zeiten, in denen die Lebenswirklichkeiten der einfachen kambodschanischen Bevölkerung und der Eliten massiv auseinanderklaffen, das Vertrauen der Menschen erhöhen und die Politik wieder an die Interessen der Bevölkerung binden. Zwar wurde in Kambodscha vor einigen Jahren ein Gesetz zur Dezentralisierung vom Parlament verabschiedet, die Implementierung hingegen weist große Defizite aus. Nach wie vor ist der politische Entscheidungsprozess intransparent und mangelhaft. Die Provinzbehörden, denen man neue Zuständigkeiten übertragen hat, kommen ihren Aufgaben oftmals nur unzureichend nach und flüchten sich in Ausreden, indem sie etwa auf die fehlende Unterstützung der Zentralregierung verweisen. Insbesondere im Hinblick auf die ASEAN-Integration 2015,<sup>15</sup> die mit einer Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen einhergehen soll, werden noch weitere Anforderungen auf die Provinzen zukommen. Gerade die ärmeren Regionen im Zentrum und Nordosten des Landes müssen sich darauf einstellen, dass viele Menschen zumindest zweitweise migrieren wollen. Derzeit reichen die lokalen Kapazitäten nicht aus, um entsprechende Dokumente auszustellen und Dienste anzubieten. Viele KambodschanerInnen versuchen deshalb ihr Glück im Ausland, ohne die hierfür benötigten Papiere zu besitzen. Regelmäßig werden Kolonnen illegaler Arbeitskräfte aus Thailand zurück nach Kambodscha transportiert. Dies belastet das ohnehin schon angespannte Verhältnis der Nachbarländer.

Neben Reformen des politischen Systems bedarf es auch dringend einiger Veränderungen der Parteienlandschaft. Gegenwärtig sind nicht politische Inhalte und Konflikte entscheidend, sondern persönliche Bindungen beziehungsweise Interessen. Die gesellschaftlichen Strukturen und Unterschiede spiegeln sich nicht in der Parteienlandschaft wider, und demnach wählen KambodschanerInnen oft nicht nach ihren politischen Interessen, sondern entscheiden sich für bestimmte (charismatische) Persönlichkeiten. Hinzu kommt, dass die politische Führung des Landes recht betagt ist, auf jeden Fall deutlich älter als die Bevölkerung, deren Durchschnittsalter 22 Jahre beträgt. Kambodscha ist außerdem ein von Männern dominiertes Land, in denen Frauen zwar formell die gleichen Rechte genießen, jedoch traditionell im öffentlichen Leben eine untergeordnete Rolle spielen. Häusliche Gewalt gehört zum Alltag und gilt als eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha.<sup>16</sup> Im aktuellen kambodschanischen Parlament finden sich nur 16 Frauen (im Vergleich zu 107 Männern).

## AUSBLICK

Ob die gegenwärtige herrschende Klasse zu den hier skizzierten Reformschritten bereit ist, darf zu Recht bezweifelt werden. Die politische Führung Kambodschas gilt weithin nicht als besonders gemeinwohlorientiert, sondern nutzt ihre Macht vor allem zur Selbstbereicherung. Deshalb stellt sich die Frage, ob das Zweiparteiensystem, das sich in Kambodscha seit den letzten Wahlen zu manifestieren scheint und in dem politische Argumente, Ziele und Programme Auseinandersetzungen um Persönlichkeiten nachgeordnet sind, die politisch beste Lösung für das südostasiatische Land ist.

Inzwischen hat sich außerhalb des Parlaments eine breite Bewegung junger, gebildeter kritischer KambodschanerInnen herausgebildet, die ehrenamtlich und sozial engagiert ist, aber auch nicht mehr davor zurückschreckt, Missstände im Land offen anzusprechen. Die Gewerkschaften, einst ein politisches Instrument der Regierung beziehungsweise der Opposition, sind ebenfalls mutiger geworden und treten mehr und mehr in den politischen Auseinandersetzungen in Erscheinung. Vielleicht benötigt Kambodscha eine neue, junge, unverbrauchte dritte Kraft, die sich aus den vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und sozialen Bewegungen entwickeln müsste. Soziale Medien könnten als Katalysator für eine neue progressive, gemeinwohlorientierte, junge Alternative dienen. Das Potenzial hierfür wäre vorhanden, die politischen Eliten von morgen müssten jedoch noch einiges lernen, um gegen die Intrigen der Herrschenden bestehen zu können. Dies könnte auch ein wichtiger Ansatz für die internationale Zusammenarbeit sein.

In den letzten Jahren ist nämlich vonseiten der Linken das Engagement zahlreicher NGOs und staatlicher Entwicklungsträger immer wieder infrage gestellt worden, da sie trotz ihrer Kritik am politischen Systems Kambodschas keine neuen Ansätze wagten, sondern auch weiterhin das Land mit Entwicklungshilfegeldern in Millionenhöhe fluteten. Damit, so der Vorwurf, würden benötigte Reformprojekte nur halbherzig angegangen. Allerdings sind die internationalen Geber auf die Kooperation mit staatlichen Stellen angewiesen, da sie sonst mit Schikanen und Problemen bei der Projektimplementierung rechnen müssen. Das sollte uns jedoch nicht daran hindern, etwa die Entwicklungsmodelle der Europäischen Union und allen voran deren «Alles-außer-Waffen-Initiative», die der kambodschanischen Landwirtschaft günstigere Bedingungen für Exporte nach Europa verschaffen soll, kritisch zu analysieren und zu hinterfragen.<sup>17</sup>

Besonders groß sind die Herausforderungen für linke alternative Ansätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens

und Wirtschaftens. Aufgrund der schrecklichen Erfahrungen mit den Roten Khmer, die im Namen des Kommunismus bis zu drei Millionen Menschen in sogenannten Arbeitslagern folterten und töteten, sowie der anschließenden Konflikte zwischen Vietnam und den verbliebenen Roten Khmer verbinden die Menschen in Kambodscha eher Negatives mit linken Politikansätzen. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird es in den kommenden Jahren von großer Bedeutung sein, gerade auch in Zeiten von Freihandelsabkommen und Globalisierung in Kambodscha eine Plattform zu bieten, um über alternative Entwicklungsansätze und -möglichkeiten diskutieren und sich auszutauschen zu können. Wenig spricht dafür, dass der gegenwärtig eingeschlagene Pfad die vorhandenen sozioökonomischen Differenzen zwischen Stadt und Land sowie zwischen Herrschenden und Arbeitenden im Land verringern wird. Kambodscha steht also noch ein langer Weg bevor, aber vielleicht war die Einigung zwischen Regierungs- und Oppositionspartei ja der erste Schritt in Richtung einer demokratischeren Zukunft Kambodschas. Den 14 Millionen EinwohnerInnen wäre es zu wünschen.

Manuel Palz hat Politikwissenschaft sowie Mittlere und Neuere Geschichte studiert. Seit Dezember 2012 ist er im Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hanoi tätig.

<sup>1</sup> Dara, Mech/Willemys, Alex: CNRP Agrees to Take National Assembly Seats, in: The Cambodian Daily, 22.7.2014, unter: [www.cambodiadaily.com/news/cnrp-agrees-to-take-national-assembly-seats-64662/](http://www.cambodiadaily.com/news/cnrp-agrees-to-take-national-assembly-seats-64662/). <sup>2</sup> Palz, Manuel: Kambodscha versinkt im Chaos, in: Nachrichten der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 7.1.2014, unter: [www.rosalux.de/news/40139/kambodscha-versinkt-im-chaos.html](http://www.rosalux.de/news/40139/kambodscha-versinkt-im-chaos.html). <sup>3</sup> Ebd. <sup>4</sup> Vijeyarasa, Ramona: Life is complex!, Blog-Eintrag, 24.10.2013, unter: [www.actionaid.org/2013/10/life-complex](http://www.actionaid.org/2013/10/life-complex). <sup>5</sup> Sen, David/Buth Reaksmeay Kongkea: 'The 23' found guilty, released, in: Phnom Penh Post, 30.5.2014, unter: [www.phnompenhpost.com/national/23-found-guilty-released](http://www.phnompenhpost.com/national/23-found-guilty-released). <sup>6</sup> Vgl. [www.dw.de/cambodias-opposition-leader-plays-racist-card/a-17477112](http://www.dw.de/cambodias-opposition-leader-plays-racist-card/a-17477112). <sup>7</sup> Kuch, Naren/Dara, Mech: Four CNRP Leaders Arrested Over Violent Protest, in: The Cambodian Daily, 16.7.2014, unter: [www.cambodiadaily.com/news/police-arrest-four-cnrp-leaders-over-violent-protest-64148/](http://www.cambodiadaily.com/news/police-arrest-four-cnrp-leaders-over-violent-protest-64148/). <sup>8</sup> Dara/Willemys: CNRP Agrees to Take National Assembly Seats. <sup>9</sup> Laut dem letzten Bericht von Reporter ohne Grenzen zum Thema Pressefreiheit vom 12. Februar 2014 rangiert Kambodscha auf Platz 144 von 180 Ländern. Die letzten Parlamentswahlen in Kambodscha waren demnach «weder frei noch fair». Vgl. [www.reporter-ohne-grenzen.de/laender/asien-pazifik/kambodscha/alle-meldungen/meldung/reporter-ohne-grenzen-veroeffentlicht-aktuelle-rangliste-der-pressefreiheit/](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/laender/asien-pazifik/kambodscha/alle-meldungen/meldung/reporter-ohne-grenzen-veroeffentlicht-aktuelle-rangliste-der-pressefreiheit/). <sup>10</sup> Vgl. [www.hrw.org/world-report-2012/world-report-2012-cambodia](http://www.hrw.org/world-report-2012/world-report-2012-cambodia). <sup>11</sup> Interview des Autors mit Pa Ngoung Teang vom 5.8.2014. <sup>12</sup> Vgl. [www.licadho-cambodia.org/concession\\_timelapse/](http://www.licadho-cambodia.org/concession_timelapse/). <sup>13</sup> Vgl. [www.transparency.org/country/#KHM\\_PublicOpinion](http://www.transparency.org/country/#KHM_PublicOpinion). <sup>14</sup> Ebd. <sup>15</sup> ASEAN steht für Association of Southeast Asian Nations und ist eine internationale Organisation zur Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Zusammenarbeit. Im September 2009 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der ASEAN-Mitglieder, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nach dem Vorbild der Europäischen Union zu schaffen. <sup>16</sup> Brickell, Kathrin: Domestic Violence in Cambodia Has to Be Tackled by Law, in: The Cambodian Daily, 7.2.2014, unter: [www.cambodiadaily.com/opinion/domestic-violence-in-cambodia-has-to-be-tackled-by-law-51669/](http://www.cambodiadaily.com/opinion/domestic-violence-in-cambodia-has-to-be-tackled-by-law-51669/). <sup>17</sup> Vgl. Kießling, Fabian Theodor: Gut für Exporteure, schlecht für Arme. Die EU-Handelsinitiative «Everything But Arms» und die massive Landnahme durch Investoren in Kambodscha, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2014, unter: [www.rosalux.de/publication/40597/gut-fuer-exporteure-schlecht-fuer-arme.html](http://www.rosalux.de/publication/40597/gut-fuer-exporteure-schlecht-fuer-arme.html).

STEFAN THIMMEL

## URUGUAY AM SCHEIDEWEG

**DAS MITTE-LINKS-BÜNDNIS FRENTE AMPLIO  
MUSS UM SEINE MEHRHEIT FÜRCHTEN**

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Uruguay am 26. Oktober 2014 treten die drei großen Parteien beziehungsweise Parteienbündnisse mit Kandidaten an, die allesamt für das politische Establishment stehen. Der 74-jährige ehemalige Präsident Tabaré Vázquez, der zwischen 2005 und 2010 die erste Regierung des Mitte-links-Bündnisses Frente Amplio anführte, wird vom 41-jährigen Luis Alberto Lacalle Pou, dem Sohn des liberalkonservativen ehemaligen Staatspräsidenten Luis Alberto Lacalle (1990–1995) von der Nationalpartei (Blancos) herausgefordert. Der Dritte im Bunde ist der 54-jährige Pedro Bordaberry, Kandidat der rechtskonservativen Colorado-Partei und Sohn des 2011 verstorbenen ehemaligen Diktators Juan María Bordaberry (1972–1976).

### **POLITIK- UND GENERATIONENWECHSEL?**

Die seit zehn Jahren die uruguayische Politik dominierende Mitte-links-Koalition Frente Amplio («Breite Front») muss um ihre Mehrheit fürchten. Alle Umfragen gehen von einer Stichwahl zwischen dem Onkologen Tabaré Vázquez und Luis Alberto Lacalle Pou, dem Vertreter einer «neuen, jungen Rechten», am letzten Sonntag im November aus. Anfang Oktober ermittelte das führende uruguayische Meinungsforschungsinstitut factum für die Wahl am 26. Oktober für die Frente Amplio 42 Prozent, für die Blancos 32 und für die Colorados 15 Prozent der Stimmen. Mit einer erneuten Mehrheit der Frente Amplio ist weder im Senat noch im Abgeordnetenhaus des uruguayischen Parlaments zu rechnen.

Ebenso wie in Brasilien steht demnach auch in Uruguay eine der linken, progressiven Regierungen auf der Kippe, die nach der bitteren und grausamen Zeit der Militärdiktaturen Ende des 20. Jahrhunderts und den neoliberal geprägten 1990er Jahren das politische Profil des Subkontinents seit der Jahrtausendwende bestimmt haben. Die Folgen für den regionalen Integrationsprozess in Südamerika würden sich bei einer Niederlage der amtierenden brasilianischen Staatspräsidentin Dilma Rousseff und des Kandidaten Tabaré Vázquez schnell bemerkbar machen. Die Charakterisierung Lateinamerikas als Kontinent «linker Regierungen» und eines «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», wie immer die Entwicklungen in den einzelnen Ländern von Venezuela bis Argentinien auch im Einzelnen zu bewerten sind, wäre sicher so nicht mehr aufrechtzuerhalten. Eines ist aber schon mit dem Abgang des amtierenden Staatspräsidenten José «Pepe» Mujica, der laut uruguayischer Verfassung nicht unmittelbar wiedergewählt werden darf, gewiss: Vorbei ist definitiv die

Ära der charismatischen, caudillohaften, populistischen – der Benennungen gibt es viele – Typen in Lateinamerika. Nach dem (vorläufigen) Rückzug von Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien, nach dem Tod von Néstor Kirchner und Hugo Chávez Frías war der knorrige 79-jährige ehemalige Tupamaro sowohl wegen seiner ungewöhnlichen Biografie als auch wegen seines Amtsstils eines der letzten verbliebenen «Originale».

1972 wurde José Mujica Cordano zum wiederholten Male (das erste Mal 1964 nach einem versuchten Banküberfall) verhaftet und verschwand als eine der sogenannten neun «Geiseln des Staates» in den Kerkern der bis 1985 herrschenden uruguayischen Militärdiktatur. Mehrere Jahre lang war er in ein Erdloch eingegraben («in dieser Zeit habe ich gelernt, dass die Ameisen singen», so Mujica), wurde systematisch gefoltert und immer wieder von einem Ort zum anderen verlegt. Niemand sollte wissen, wo er und seine Mitstreiter gerade festgehalten wurden. Die Militärs hatten öffentlich kundgetan, dass alle Geiseln überleben würden, wenn Ruhe herrsche: keine Proteste, keine Demonstrationen, keine bewaffneten Aktionen. «Pepe», wie der am 20. Mai 1935 während der Herrschaft des ersten uruguayischen Diktators Gabriel Terra geborene Sohn eines pleitegegangenen kleinen Viehzüchters vom Volk genannt wird, überlebte. Und schon wenige Tage nach seiner Entlassung kündigte er an, dass der Kampf um eine gerechtere uruguayische Gesellschaft weitergehe, allerdings nicht mehr mit Waffengewalt. Gut 24 Jahre später, am 29. November 2009, wurde zum Präsidenten gewählt. Zumindest für Lateinamerika ein historischer Tag: Eine Karriere aus dem Folterkeller in den Präsidentenpalast war bis dahin auch in Lateinamerika einzigartig.



## ERFOLGSBILANZ DER PRÄSIDENTSCHAFT MUJICAS

Der Respekt für den Mitbegründer der Stadtguerilla Tupamaros, den ehemaligen Landwirtschaftsminister und Senator, der am 1. März 2010 als 40. Präsident Uruguays sein Amt antrat, spiegelt sich in der Würdigung seiner Person sowohl im Ausland als auch in Uruguay wider. Die internationale Presse ist voller Lobeshymnen für den laut BBC «ärmsten Präsidenten der Welt» (Mujica spendet fast 90 Prozent seines Präsidentengehalts von 12.500 US-Dollar). Das britische Nachrichtenmagazin *The Economist* nominierte Uruguay, nicht zuletzt seines Präsidenten wegen, im Jahr 2013 zum Staat des Jahres. Und der ebenfalls britische *Guardian* fragte im September 2014: «Ist das der radikalste Präsident der Welt?» Und das nicht vorrangig wegen seiner politischen Ansichten und seines Programms als Staatschef, sondern vor allem wegen seiner beharrlichen Weigerung, eine Krawatte anzuziehen, wegen seines bescheidenen Lebensstils auf einem kleinen Bauernhof am Stadtrand der uruguayischen Hauptstadt Montevideo und seines VW-Käfers Baujahr 1987.

Aber auch die ökonomischen Rahmendaten und politischen Veränderungen in dem mit 176.000 Quadratkilometern für südamerikanische Verhältnisse kleinen Land (es hat knapp die Hälfte der Fläche Deutschlands) seit dem Amtsantritt von «Pepe» Mujica nötigen Respekt ab. Die Programme zur Armutsbekämpfung wirken: Der Anteil der 3,5 Millionen UruguayerInnen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ging von 2006 bis 2013 von 34 auf 11 Prozent zurück, und nach Angaben der CEPAL, der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, hat Uruguay den niedrigsten Armutsindex in Lateinamerika. Ebenso greifen die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, aktuell liegt die Rate bei sechs Prozent. Die Einkommen der «Orientales», wie die EinwohnerInnen in Anspielung auf den offiziellen Titel des Landes (República Oriental del Uruguay – Republik östlich des Flusses Uruguay) genannt werden, haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt, der Mindestlohn liegt bei 500 US-Dollar, und das Land steht an der Spitze im Ranking bei der sozialen Inklusion. Das Pro-Kopf-Einkommen war 2013 mit über 16.000 US-Dollar das höchste Lateinamerikas (laut einer Erhebung der Weltbank von 2014). Das Wirtschaftswachstum betrug zwischen 2005 und 2013 durchschnittlich 5,8 Prozent. Auf der anderen Seite sind allerdings die Verbraucherpreise ebenso angestiegen, die Inflationsrate liegt aktuell bei 8,5 Prozent – für Uruguay eher hoch, im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern aber immer noch sehr niedrig. Und es gibt weitere Erfolge: Es existiert ein funktionierendes nationales Gesundheits- und Rentensystem, es gibt keinen nennenswerten Analphabetismus mehr im Land, 98 Prozent der Menschen haben Zugang zu sauberem Trinkwasser, 70 Prozent sind an die öffentliche Abwasserversorgung angeschlossen. Die Elektrizitäts- und Wasserversorgung sind ebenso wie die Erdölgesellschaft staatlich organisiert (in mehreren Referenden schmetterte eine Mehrheit der UruguayerInnen jegliche Privatisierungsversuche ab).

Und nicht wenige der gesellschaftlichen Veränderungen seit der Abwahl der beiden konservativen Traditionsparteien Blancos und Colorados, die seit der Unabhängigkeit im Jahre 1828 fast permanent Regierung und Präsident stellten (mit Ausnahme der beiden Militärdiktaturen in den 1930er Jahren und von 1973 bis 1985), im Oktober 2004 sind nicht nur für Lateinamerika wegweisend. Im Mai 2014 trat das

Ehe-Gleichstellungsprojekt in Kraft, das – durchaus anders als in anderen Ländern, die die «Homo-Ehe» eingeführt haben – einheitliche Rechte für homo- und heterosexuelle Paare vorsieht. So schließen nicht mehr Mann und Frau die Ehe, sondern es wird geschlechtsneutral von Vertragsparteien gesprochen. Schon 2009 wurden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften legalisiert und gleichgeschlechtlichen Paaren ein Adoptionsrecht zugestanden, 2013 wurde das Gesetz zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs verabschiedet. Dieses Gesetz, mit dem die Frente Amplio eines ihrer Wahlversprechen einlöste, sieht vor, dass Frauen innerhalb der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft ein Gespräch mit einem Team aus MedizinerInnen, PsychologInnen und SozialarbeiterInnen führen müssen, in dem sowohl über die Risiken eines Abbruchs als auch über die Alternativen und staatlichen Unterstützungsprogramme informiert wird. Erst nach diesem Gespräch und einer Bedenkzeit von fünf Tagen dürfen sie sich dem Eingriff unterziehen. Das ist eine Regelung, die von den traditionell in Uruguay sehr starken Frauenorganisationen, die sich seit Jahrzehnten für einen legalen, sicheren und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch einsetzen, kritisiert wird, weil ihrer Ansicht nach die Frauen so einem unzumutbaren Druck ausgesetzt werden und ihnen das Recht vorenthalten wird, selbst über ihren Körper zu entscheiden. Insgesamt überwiegt bei den sozialen Organisationen und fortschrittlichen Frauenverbänden aber die Erleichterung, dass der Kampf um die Selbstbestimmung endlich zumindest zu einem Teilerfolg geführt hat und das Land zu einer Praxis zurückkehrt, die so ähnlich schon von 1934 bis 1938 gegolten hatte. Sie war ein Resultat der schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts fortschrittlichen Sozial- und Familienpolitik in Uruguay, wo es schon seit 1916 eine strikte Trennung zwischen Kirche und Staat gibt.

Programme wie der «Plan Ceibal», durch den alle GrundschülerInnen einen Laptop aus dem Projekt OLPC (One Laptop per Child) erhalten haben (bis Mitte 2014 insgesamt fast eine Million), werden international anerkannt und hochgelobt. Uruguay war das erste Land, das diese nach ihrem Initiator benannte Negroponte-Initiative einführte. Und auch die in Uruguay begonnene Revolution bezüglich der Nutzung erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne aufgrund privater und öffentlicher Investitionen zählt zu den Errungenschaften der letzten Jahre. Fast vier Milliarden US-Dollar wurden in diese Branche investiert, durch die das Land bis 2015 rund 90 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Ressourcen decken will.

## DIE FRENTE AMPLIO IN DER DEFENSIVE

All das, die Popularität von «Pepe» und die durchaus beeindruckenden politischen Errungenschaften, garantieren aber nicht die Wiederwahl seines Parteienbündnisses Frente Amplio. Tabaré Vázquez, der mit Raúl Sendic, dem Sohn des legendären gleichnamigen Gründers der Tupamaro-Stadtguerilla als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten antritt, kann nicht davon profitieren. Sein Wahlslogan «Vamos bien» (Es geht uns gut) ist so formal und steif wie der Kandidat selbst. Die Frente Amplio kann kaum noch wie bei früheren Wahlen ihre Kader, die BasisaktivistInnen, aktivieren, geschweige denn begeistern. Weder Vázquez noch dem mit 52 Jahren deutlich jüngeren Sendic gelingt es, die Jugend zu motivieren, nicht von der Ansprache her, nicht mit ihren Inhalten. Die 1971 gegründete Frente Amplio ist keine eilig zusammengeschusterte Wahlallianz, sondern das ältes-

te politische Linksbündnis in Lateinamerika, das unter dem Grundsatz «Dissens in Einigkeit» unter anderem SozialistInnen, ChristdemokratInnen, KommunistInnen und ehemalige bewaffnete Stadtguerillera versammelt. Die für die lateinamerikanische Linke (und generell für die Linke) nicht gerade typische Einigkeit wurde in einem Dialogprozess vor allem seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahre 1985 mühsam erarbeitet.

Die nach der existenziellen Wirtschaftskrise Anfang des Jahrtausends wieder gestärkte Mittelklasse, die aufgrund der erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre stark angewachsen ist, wendet sich in Teilen von der Frente Amplio ab. Nicht wenigen WählerInnen kommt das Bündnis nach zehn Jahren an der Macht schon verbraucht vor. Eine Stimmung, die Lacalle Pou für sich zu nutzen weiß und dem es auch gelingt, ein junges frisches, dynamisches Image zu vermitteln. Etwas, womit der über 30 Jahre ältere Vázquez nicht punkten kann. Die Blancos profitieren davon, dass auch in Uruguay das Thema Sicherheit bei der Mehrheit der WählerInnen ganz oben auf der Agenda steht. Weit entfernt von den Kriminalitätsraten in den Nachbarländern Argentinien und Brasilien, ist auch im traditionell sehr friedlichen Uruguay die Zahl der Gewaltverbrechen angestiegen.

Wie stark das Interesse am Thema Sicherheit ist, wird auch daran deutlich, dass die UruguayerInnen in einer Volksabstimmung, die auch am 26. Oktober stattfinden wird, darüber entscheiden, ob die volle Schuldfähigkeit und Strafmündigkeit von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wird. Eine Initiative, die von der rechten Colorado-Partei eingebracht wurde, die im laufenden Wahlkampf vor allem die Angst vor Kriminalität schürt und nach mehr Polizei ruft. Diese Volksabstimmung ist ein Novum: Die Plebiszite der letzten Jahrzehnte wurden immer von progressiven, linksorientierten breiten gesellschaftlichen Bündnissen initiiert und durchgesetzt. Der Ausgang ist dieses Mal völlig offen, die letzten Umfragen sprechen von einer absoluten Pattsituation.

Mujica hat sich im letzten Jahr seiner Präsidentschaft des Themas Kriminalität ebenfalls angenommen – mit einem Vorschlag, der im Ausland zwar auf sehr große Zustimmung gestoßen ist und ihm weitere Reputation eingebracht hat, dem im Land selbst allerdings eine Mehrheit der UruguayerInnen ablehnend gegenübersteht. Im Mai 2014 wurde auf seine Initiative hin ein Gesetz verabschiedet, das den staatlich kontrollierten Marihuana-Anbau und den Handel damit legalisiert, weltweit das erste Gesetz dieser Art. Vor allem Mujica selbst erhofft sich dadurch eine effizientere Bekämpfung der Drogenkartelle und eben auch einen Rückgang der Kriminalitätsrate, die auch wegen der Zunahme von Beschaffungskriminalität angestiegen ist. Das Gesetz sieht ab Ende 2014 die Möglichkeit des Verkaufs von monatlich bis zu 40 Gramm Cannabis an registrierte KonsumentInnen in ausgewählten Apotheken vor. Ob das Gesetz aber auch zum Tragen kommt, hängt vom Wahlausgang ab. Lacalle Pou hat schon angekündigt, die Legalisierung rückgängig machen zu wollen. Und der Arzt Vázquez steht der Mujica-Initiative ebenfalls skeptisch gegenüber. Vázquez gab jüngst in einem Rundfunkinterview zu, dass die Registrierung von Marihuana-Käufern in den Apotheken letztlich dem Ziel diene, deren Drogenkonsum zu überwachen, sie vom Marihuana abzubringen und ihnen Therapien anzubieten. Dieser «therapeutische» Ansatz bei der Freigabe von Cannabis bringt die Anhänger einer umfassenden Liberalisierung des Konsums von Marihuana auf. Mujica selbst gibt sich für mögliche Kor-

rekturen offen. Falls sich keine Erfolge im Kampf gegen die Drogenkriminalität einstellen, wolle er sich dafür einsetzen, dass das Gesetz notfalls rückgängig gemacht wird.

Eine weitere Leerstelle der Politik der letzten fünf Jahre ist der Bildungssektor: Eine grundlegende Reform ist hier nicht angegangen worden. Galt das öffentliche, laizistische und unentgeltliche Bildungssystem im 20. Jahrhundert noch als vorbildlich, ist heute die Schulabbrecherquote sehr hoch, und Uruguay rangiert mit Ländern wie El Salvador und Honduras am unteren Ende der Skala beim Vergleich aller lateinamerikanischen Länder. Die Ursachen hierfür sehen KritikerInnen vor allem in den fehlenden Investitionen in die schulische Infrastruktur und in den nicht reformierten Schulkonzepten und Bildungsinhalten.

## KRITIK VON LINKS

Von Menschenrechtsgruppen und sozialen Bewegungen wird die Regierung kritisiert, weil sie sich eher zögerlich gegen die Straffreiheit für während der Militärdiktatur begangene Verbrechen engagiert. Im Gegensatz zum Nachbarland Argentinien ist die Aufarbeitung in Uruguay nur schleppend vorangekommen. Auf den ersten Blick erstaunlich in einem Land, in dem der Staatschef selbst eines der prominentesten Opfer der Diktatur war. Aber gerade für die Tupamaros ist das heute kein bestimmendes Thema mehr. Nicht wenige von ihnen, allen voran der amtierende Verteidigungsminister Eleuterio Fernández Huidobro, ebenfalls ein legendärer Tupamaro und mit Mujica eine der «Geiseln des Staates» während der Militärdiktatur, bezeichnen diese Zeit im Nachhinein als Kriegszustand. Und im Krieg gebe es Opfer. Dabei wären die Voraussetzungen für eine Bestrafung der Täter von damals günstig.

1989, als es zum ersten Mal eine Volksabstimmung über das 1986 verabschiedete «Gesetz über die Nichtigkeit des Strafverfolgungsanspruchs des Staates» für während der Militärdiktatur von 1973 bis 1985 von Polizei und Militärs begangene Verbrechen abgestimmt wurde, war die Angst vor einer Rückkehr des Staatsterrors noch sehr groß. Die damalige rechte Regierung unter Julio María Sanguinetti schürte diese Angst geschickt. Trotzdem stimmten 43 Prozent der UruguayerInnen für die Annullierung des mit den Militärs ausgehandelten Gesetzes. 20 Jahre später, bei der zweiten Abstimmung am 25. Oktober 2009, votierten nur fünf Prozent mehr dafür. Erneut wurde keine Mehrheit für die Abschaffung des allen internationalen Menschenrechtsabkommen widersprechenden und von Anfang an von Juristen als verfassungswidrig eingestuften Gesetzes erreicht. Für die Menschenrechtsorganisationen, Basiskomitees, Gewerkschaften und Intellektuellen, die in einer über zweijährigen Kampagne 340.000 Unterschriften für ein erneutes Referendum gesammelt hatten, ist das eine bittere Niederlage. Dafür machen sie auch die amtierende Linksregierung mitverantwortlich, der sie mangelnde Unterstützung vorwerfen. Weder der damalige Präsident Tabaré Vázquez, der sich schon zu Beginn seiner Amtszeit gegen ein erneutes Plebiszit ausgesprochen hatte, noch José Mujica engagierten sich in der Kampagne für die Aufhebung des Gesetzes. Nach seinem Amtsantritt rang sich der Präsident immerhin dazu durch, das von beiden Kammern des Parlaments im Oktober 2011 verabschiedete Gesetz, das faktisch das umstrittene Amnestiegesetz von 1986 aufhebt, zu unterzeichnen. Durch die Novellierung werden während der Militärdiktatur begangene Verbrechen nun als Verbrechen gegen die

Menschlichkeit eingestuft und fallen dann als gewöhnliche Straftaten nicht mehr unter die am 1. November 2011 nach dem alten Gesetz eingetretene Verjährung. Die Opposition kritisierte die Gesetzesänderung heftig und verwies auf die beiden Volksabstimmungen aus den Jahren 1989 und 2009, bei denen sich die Bevölkerung für die Amnestie ausgesprochen hatte. Im Februar 2011 hatte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) Uruguay allerdings angewiesen, die Verbrechen der Diktatur aufzuklären.

Die Opposition links von der Frente Amplio – viele davon ehemalige AktivistInnen aus den verschiedensten Sektoren des Bündnisses und «Militante» (in Uruguay bedeutet das sozial kämpferisch und engagiert) sowie jüngere umweltpolitisch Aktive oder MenschenrechtsaktivistInnen und KünstlerInnen – befindet sich bei der Wahl im Oktober in einem Dilemma. Der sozialdemokratisch geprägte Sozialist und konservative Katholik Vázquez ist für viele von ihnen seit seiner ersten Amtszeit (2005–2010) nicht mehr wählbar. Zum einen, weil er sich aus persönlichen Gründen weigerte, das mit der Mehrheit der Stimmen der Frente Amplio verabschiedete Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung zu unterzeichnen. Zum anderen aber auch wegen seiner Nähe zu den USA, seiner wirtschaftsnahen Investitions- und Wirtschaftspolitik sowie seiner Prahlerei, seinem autoritären Führungsstil etc. Das Potenzial derer, die für die drei linken Kleinparteien votieren könnten (oder ungültig wählen wollen – in Uruguay herrscht Wahlpflicht) wird auf etwa drei bis fünf Prozent ge-

schätzt. Und exakt diese drei bis fünf Prozent könnten am Ende entscheidend sein.

Nach der Wahl ist auch in Uruguay vor der Wahl. Für die Kommunalwahlen 2015 wollen die Blancos und Colorados eigens eine neue Partei gründen, um die seit fast 25 Jahren andauernde Dominanz der Frente Amplio in Montevideo, wo fast die Hälfte der uruguayischen Bevölkerung lebt, zu brechen. Mit dem Rückenwind eines möglichen Sieges bei der Stichwahl am 30. November könnte ihnen das auch gelingen. Und Mujica? Der amtierende Präsident will wieder fürs Parlament kandidieren und hat auch nicht ausgeschlossen, in Lateinamerika weiterhin eine führende Rolle im Integrationsprozess zu spielen.

Stefan Thimmel ist stellvertretender Leiter des Bereichs Politische Kommunikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor war er als freier Journalist vor allem in Lateinamerika tätig. Mehrere Buchveröffentlichungen zu Uruguay.

---

**Weitere Informationen zur Region** erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter: <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

---

GERHARD DILGER

# STICHWAHL IN BRASILIEN: SCHAFFT ES DILMA DOCH NOCH?

Wieder einmal steht Brasilien vor einer Richtungsentscheidung. Bei der Stichwahl um das Präsidentenamt am 26. Oktober kommt es erneut zu einem Duell zwischen den Kandidaten der Arbeiterpartei (PT) und der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB). Doch während die PT die letzten drei Wahlen deutlich für sich entscheiden konnte, ist diesmal der Ausgang völlig offen. Die linke Amtsinhaberin Dilma Rousseff, deren Wiederwahl bis Mitte August gesichert schien, liefert sich nun ein erbittertes Kopf-an-Kopf-Rennen mit Aécio Neves, dem rechtsliberalen Senator und früheren Gouverneur des Bundesstaates Minas Gerais. Die Ökologin Marina Silva von der kleinen Sozialistischen Partei Brasiliens (PSB), der es nicht gelang, die Konturen ihrer «neuen Politik» überzeugend herauszuarbeiten, war im ersten Wahlgang am 5. Oktober mit großem Abstand hinter Rousseff und Neves auf dem dritten Platz gelandet. Nun unterstützt sie den Oppositionskandidaten.

Warum könnte – trotz aller oft gefeierten Erfolge bei der Armutsbekämpfung – die PT-geführte Koalitionsregierung abgewählt werden? Unvergessen ist der umjubelte Amtsantritt von Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Januar 2003: 200.000 begeisterte AnhängerInnen feierten damals den strahlenden Ex-Gewerkschafter, als er im offenen Rolls-Royce durch die weitläufigen Straßen Brasília fuhr. Ein Fan warf sich ihm auf dem Weg zur Vereidigung gar um den Hals. Gut gelaunt bildeten die Stargäste Fidel Castro und Hugo Chávez mit Daumen und Zeigefinger das Lula-L. «Wandel» war das erste Wort und zugleich das Motto von Lulas Antrittsrede: «Wandel ist das Schlüsselwort, das war die große Botschaft der brasilianischen Gesellschaft bei den Wahlen im Oktober. Endlich hat die Hoffnung die Angst besiegt», rief der frisch gekürte Staatschef. Wenn zum Ende seiner Amtszeit alle BrasilianerInnen die Möglichkeit hätten, täglich dreimal zu essen, habe er die Mission seines Lebens erfüllt.

### SOZIALE FORTSCHRITTE

Achteinhalb Jahre später hob seine Nachfolgerin Rousseff das Programm «Brasilien ohne Elend» aus der Taufe. Die Ergebnisse dieser fortschrittlichen Sozialpolitik können sich sehen lassen: Erst im September hat die Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO der südamerikanischen Regionalmacht bescheinigt, den «strukturellen Hunger» überwunden zu haben. Nur noch 1,7 Prozent der Bevölkerung seien von «Ernährungsunsicherheit» betroffen, weniger als in Europa. 2002 hatte dieser Anteil noch 9 Prozent betragen.

Es sind Sozialprogramme wie der hoch gelobte und vielfach nachgeahmte Haushaltszuschuss Bolsa Família, die das Elend lindern – heute bekommen 13,9 Millionen Familien ei-

nen Zuschuss von durchschnittlich 56 Euro im Monat. Sozialer Wohnungsbau, Berufsschulen, das Programm «Wasser für alle», das die Installierung von 670.000 Plastikzisternen im ganzen Land einschließt – die Liste der sozialen Wohltaten ist lang. Sie haben das Leben von Millionen spürbar verbessert und sichern der PT gerade im ärmeren Nordosten satte Mehrheiten. Noch größere Auswirkungen auf die Sozialstruktur hatten die regelmäßigen realen Erhöhungen des Mindestlohns, der jetzt bei 237 Euro liegt. Über 40 Millionen BrasilianerInnen sind in den letzten zwölf Jahren in die sogenannte C-Klasse (in einer Skala von E bis A) aufgestiegen. Marcelo Neri, der Minister für Strategische Angelegenheiten, bezeichnet sie – ähnlich wie der mediale Mainstream – gar als «neue Mittelschicht». Demgegenüber sehen andere SozialwissenschaftlerInnen in ihnen zu Recht eher eine «neue Arbeiterklasse».

Mit ihrer neu erworbenen Kaufkraft und dem Zugang zu preiswerten Krediten treten diese BrasilianerInnen in einem nie gekannten Ausmaß als Konsumenten von Haushaltsgeräten, Fernsehern, Smartphones oder Autos auf. Somit trugen sie maßgeblich zu einer Stärkung des Binnenmarkts bei und sorgten dafür, dass Brasilien die Weltfinanzkrise glimpflich überstehen konnte. Die Arbeitslosigkeit verzeichnet ein Rekordtief, auch wenn die meisten neuen Jobs im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors angesiedelt sind. Bis zum Ende der zweiten Amtszeit Lulas wurde diese Variante sozialdemokratischer Politik, die durch hohe Rohstoffpreise und überdurchschnittliche Wachstumsraten erleichtert wurde, auch von den tonangebenden Medien der westlichen Welt wohlwollend begleitet, profitierten doch Großunternehmen, Banken oder Inhaber von Schuldtiteln noch mehr von

Lulas orthodoxer Finanzpolitik als die Armen. Umverteilung durch Steuerpolitik stand nie ernsthaft zur Debatte. Nichts sei einfacher und billiger, als für die Armen zu sorgen, sagte der Präsident einmal. «Brasilien hebt ab», titelte das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* noch im November 2009. Als Lula 2011 aus seinem Amt schied, lag seine Beliebtheitsrate bei 80 Prozent.

### WACHSTUM UM JEDEN PREIS

Auf «Lula Superstar» folgte die höchstpersönlich von ihm gekürte Nachfolgerin Rousseff. Die technokratische Ökonomin setzte im Großen und Ganzen Lulas Kurs fort, stärkte die neokeynesianischen Elemente in der Wirtschaftspolitik noch und entließ 2011 gleich sieben in Korruptionsaffären verwickelte Minister. Doch zu den sozialen Bewegungen, einem wichtigen Teil der PT-Wählerbasis, blieb ihr Verhältnis kühl. Wo Lula trotz aller demonstrativer Nähe zu Banken und Unternehmen noch den direkten Draht zur kritischen «Zivilgesellschaft» hielt, empfing Rousseff erst nach den Massenprotesten im Juni 2013 VertreterInnen sozialer Bewegungen.

Zudem ist die Landreform vollends zum Erliegen gekommen. Agrarunternehmer mit ihren Soja- oder Eukalyptusplantagen rücken ebenso wie Bergbaukonzerne immer aggressiver auf Gebiete vor, die laut Verfassung indigenen Völkern zustehen oder von anderen «traditionellen Gemeinschaften» bewohnt werden. Die Ausweisung von Indianerland hingegen stockt, und Megaprojekte wie der Amazonasstaudamm Belo Monte werden ohne Rücksicht auf die Bevölkerung vor Ort oder auf die Umwelt durchgesetzt. Das Tempo der Regenwaldvernichtung nahm 2013 und 2014 wieder zu, in der internationalen Klimadebatte ist Brasilien weggetaucht. Schließlich hat sich die neokoloniale Arbeitsteilung, nach der Lateinamerika vorwiegend als Ressourcenlieferant fungiert, in den letzten Jahren sogar noch zugespitzt: Von Januar bis August 2014 machten unverarbeitete Rohstoffe wie Soja oder Eisenerz 50,4 Prozent der brasilianischen Exporterlöse aus – der höchste Wert seit 1978. «Wachstum um jeden Preis» lautete das Motto – doch viele Infrastrukturprojekte verzögerten sich um Jahre, und nun droht eine Rezession.

Anders als etwa in Argentinien oder den Andenländern wird die Debatte um die Sackgasse eines derartigen «Neo-Extraktivismus», bei der sich die progressiv geführten Staaten größere Anteile an der Ausbeutung natürlicher Ressourcen sichern, um damit ihre Sozialprogramme – und vieles mehr – zu finanzieren, in Brasilien nicht einmal innerhalb der Linken geführt. Der Linkskatholik Frei Betto, zum Beginn der Lula-Ära selbst Regierungsmitglied, bedauerte jüngst, die linken Regierungen bemühten sich darum, aus Lateinamerika «eine Oase der Stabilität des Krisenkapitalismus zu machen». Immer noch werde Lebensqualität mit dem «Wirtschaftswachstum in der Logik des Kapitals» gleichgesetzt, unter Buen Vivir, dem guten Leben, verstehe die große Mehrheit der Bevölkerung nur ein «materiell besseres Leben».

### UNBEHAGEN AM SYSTEM

Dass Konsum allein nicht glücklich macht, zeigte sich im Juni 2013, als urplötzlich Millionen junge Leute auf die Straße zogen, um für einen guten öffentlichen Nahverkehr, für eine bessere Bildungs- und Gesundheitsversorgung oder für mehr Sicherheit zu demonstrieren. In diesem «brasilianischen Frühling» machte sich eine tief sitzende Unzufriedenheit mit dem politischen System Luft, besonders mit der allgemein als korrupt wahrgenommenen Politikerkaste. Die

Milliardenausgaben für die überteuerten Luxusarenen der Fußball-WM 2014 wirkten dabei als Katalysator. Wie Studien nahelegen, ging damals ein ziemlich repräsentativer Querschnitt der jungen BrasilianerInnen auf die Straße, Linke und Rechte, vor allem aber eine deutliche Mehrheit, die sich zumindest zahlenmäßig in der Mitte der Gesellschaft verorten lässt: eben die C-Klasse, das «neue Proletariat», dessen Angehörige nicht nur mehr konsumieren können als früher, sondern auch besser ausgebildet sind und nun ihre umfassenden Bürgerrechte für sich und ihre Kinder einklagen.

So sind etwa die Bedingungen an den öffentlichen Schulen nach wie vor miserabel: riesige Klassen, schlecht ausgebildete und bezahlte Lehrer, viel Gewalt. Im internationalen Vergleich landen die brasilianischen SchülerInnen regelmäßig weit hinten. Auch die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen oberer Mittelschicht und der «neuen Arbeiterklasse», bleibt tief, von gleichen Lebenschancen also keine Spur. Von Kriminalität und Polizeigewalt sind die ärmeren Menschen ungleich mehr betroffen als das reichste Fünftel der Gesellschaft – 16 der 50 gefährlichsten Städte der Welt liegen in Brasilien. Das Leben in den Ballungsgebieten ist anstrengend. Seit der Jahrtausendwende hat sich die Anzahl der zugelassenen Autos verdoppelt. Für Millionen heißt der Alltag, jeden Tag stundenlang in meist überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln im Stau zu stecken. Erst 2009 begann die Bundesregierung, massiv in den Wohnungsbau und die städtische Infrastruktur zu investieren, doch die großen Gewinner sind die Spekulanten: Zwischen 2009 und 2012 stiegen die Wohnungspreise in São Paulo um 153, in Rio de Janeiro gar um 184 Prozent.

### POLITISCHE REFORM? FEHLANZEIGE

Die Reform des parlamentarischen Systems mit einer Stärkung partizipativer Mechanismen und zur Eindämmung von Kapitalinteressen, eigentlich ein altes PT-Anliegen, blieb ein Versprechen. Rousseffs konservative Koalitionspartner ließen nach den Juni-Protesten den überstürzten Vorstoß der Präsidentin hierzu ins Leere laufen. Warum auch sollten jene PolitikerInnen, die ihre Privilegien ganz überwiegend dem Klientelismus verdanken oder sich mit ihm bestens arrangiert haben, den Weg etwa für eine Verfassungsgebende Versammlung freimachen, durch die sie entmachtet würden?

Der Arbeiterpartei und anderen progressiven Kräften jedenfalls fehlt jetzt dazu die Legitimität, mit der Lula 2003 angetreten war. Der Präsident entschied sich damals, gegen innerparteilichen Druck von links, für eine sehr behutsame Übergangsphase mit konservativer Fiskalpolitik und breiten parlamentarischen Allianzen – wohl auch aus der Überzeugung heraus, dass die in weiten Teilen immer noch ungebrochene Macht der Rechten, aber auch die generell verhaltene gesellschaftliche Stimmung in Brasilien radikalere Ansätze zum Scheitern verurteilt hätten, anders als etwa zuvor in Venezuela und ab 2006 in Bolivien oder Ecuador. 2004 gründeten linke PT-Dissidenten die Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL), der es jedoch nie gelang, eine landesweite Massenbasis aufzubauen. Im ersten Wahlgang 2014 landete die PSOL-Kandidatin Luciana Genro mit 1,6 Prozent auf Platz vier. Im September 2014 organisierten PT-nahe soziale Bewegungen zwar eine Abstimmung, bei der sich 97 Prozent der 7,8 Millionen TeilnehmerInnen für die Einberufung eines Verfassungskonvents und für eine politische Reform aussprachen. Doch wegen des demonstrativen Desinteresses der großen konservativen Medien, die sich lieber auf den

Wahlkampf konzentrierten, blieb die Wirkung auf die öffentliche Meinung gleich null.

Auffällig ist auch, dass in Umfragen Dilma Rousseff unter den 16- bis 34-Jährigen besonders schlecht abschneidet – bei jenen also, die die PT fast nur noch als Teil eines satten Establishments wahrgenommen haben, nicht aber als jene linke Kraft, die 23 Jahre nach ihrer Gründung schließlich 2003 mit dem Versprechen des sozialen, aber auch eines ethischen Wandels angetreten war. Lula, mit 68 Jahren immer noch der strategische Kopf der PT, scheut sich heute weniger denn je, machtpolitische Allianzen mit notorisch korrupten Regionalfürsten einzufädeln. Diese Schacherei um Einfluss und Posten wirkt auf das Wahlvolk abstoßend. Noch nie war die Zahl der Nicht- und NullwählerInnen so groß wie heute: Im ersten Wahlgang blieb trotz Wahlpflicht ein Fünftel der Wahlberechtigten gleich zu Hause, neun Prozent entschieden sich für eine Null- beziehungsweise «weiße Stimme» – in der offiziellen Wahlstatistik werden diese Voten als ungültig bezeichnet. Selbst Tage vor der Stichwahl sind viele noch immer unentschlossen – auch weil Brasilien gerade den unappetitlichsten Wahlkampf seit 1989 erlebt. Damals unterlag Lula nach unzähligen Attacken unter der Gürtellinie und der Parteinahme von TV Globo im Endspurt Fernando Collor de Mello, der drei Jahre später wegen Korruption abgesetzt wurde. Ironie der Geschichte: Nun wird Rousseff vom soeben wiedergewählten Senator Collor unterstützt.

### **MARINA SILVA WIRD DEKONSTRUIERT**

Auslöserin unfairer Angriffe war ausgerechnet die frühere PT-Politikerin Marina Silva, die unter Lula fünfeinhalb Jahre als Umweltministerin amtiert hatte. Nachdem der PSB-Kandidat Eduardo Campos am 13. August bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war, rückte seine Stellvertreterin Silva nach, die 2010 als Kandidatin der Grünen auf 19,3 Prozent der Stimmen gekommen war. Ende August lag sie in Umfragen deutlich vor Neves und in einem Stichwahl-Szenario sogar bis zu zehn Punkte vor Rousseff. «Die Rechte will, dass Marina ihr Rettungsanker wird», meint der der Arbeiterpartei nahestehende Soziologe Emir Sader. Ihr langjähriger Weggenosse Leonardo Boff warf ihr vor, die Seiten gewechselt zu haben. Die Armen habe Silva aus den Augen verloren, wetteuerte der Befreiungstheologe, stattdessen engagiere sie sich «auf der Baustelle der Unterdrückter, der Reichen, der Banken, des Finanz- und Spekulationskapitals».

In der Tat hatte sich die Kandidatin eines «Dritten Wegs» mit neoliberalen Ökonomen umgeben, plädierte für eine autonome Zentralbank und einen schlanken, effizienten Staat, prangerte die Korruption an und warf Rousseff vor, sie verschrecke mit ihrer interventionistischen Wirtschaftspolitik ausländische Investoren. Zudem ist die Evangelikale gegen die Homo-Ehe, gegen eine gesetzliche Erleichterung von Schwangerschaftsabbrüchen und gegen eine liberalere Drogenpolitik wie im Nachbarland Uruguay. Sie steht damit im Einklang mit dem wertkonservativen Mainstream. Ihren womöglich größten Trumpf, die Umweltpolitik, spielte sie gar nicht aus. Ihre Vertrauten schlugen dagegen Brücken zum mächtigen Agrobusiness. Trotz einer beeindruckenden Vita – Silva stammt aus einer armen Gummizapferfamilie und wurde Umweltikone mit Weltruhm – und ihrem Nimbus als «ethische» Politikerin gelang es der PT und ihren Wahlkampfstrategen, Silvas Widersprüche auszunutzen und die Favoritin innerhalb weniger Wochen zu «dekonstruieren». In den letzten Debatten schien sie dem Druck nicht mehr ge-

wachsen. Aécio Neves, der Spross einer großbürgerlichen Politiker- und Unternehmerfamilie aus dem bevölkerungsreichen Bundesstaat Minas Gerais, hielt sich unterdessen im Windschatten der beiden Favoritinnen auf und kam hinter der Ex-Guerillera Rousseff (41,6 Prozent) auf überraschende 33,6 Prozent der «gültigen» Stimmen. Silva landete abgeschlagen mit 21,3 Prozent auf Platz drei und sagte Neves ihre Unterstützung zu – anders als 2010, als sie in der Stichwahl neutral geblieben war.

### **SCHLAMMSCHLACHT AUF DER ZIELGERADE**

Besonders unangenehm wurde der Präsidentschaftswahlkampf kurz vor der Stichwahl. Die von einem Millionenpublikum verfolgten Fernsehdebatten wurden ganz im Sinne der beiden Marketingteams organisiert: ausschließlich direkter Schlagabtausch zwischen den KontrahentInnen in vier Phasen bei jeweils freier Themenwahl durch den Fragenden. Die gastgebenden JournalistInnen wurden zu Stichwortgebern degradiert. So blieb eine lange Liste von Themen, die für beide KandidatInnen unbequem sein könnten, ausgespart: soziale Ungleichheit, Ökologie, Rassismus, Homophobie, Homo-Ehe, Schwangerschaftsabbruch, Stadtentwicklung, Indigenenrechte, Sport- oder Kulturpolitik, politische Allianzen. Stattdessen gab es jede Menge persönlicher Attacken, die durch die jeweiligen Stoßtrupps in den sozialen Netzwerken aufgebläht wurden.

Der jüngste Korruptionsskandal, der den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras betrifft und bei dem offenbar vor allem Politiker der Regierungsparteien kräftig die Hand aufgehoben haben sollen, ist juristisch noch nicht geklärt. Im Zusammenspiel mit den Medien, denen offenbar wohl dosiert Enthüllungen zugespielt werden, gelingt es der Opposition jedoch, Kapital aus der Petrobras-Affäre zu schlagen. Inwieweit sich das Wahlvolk dadurch beeindrucken lässt, ist unklar. Dass die PolitikerInnen der rechten Parteien weniger korrupt seien als die der PT, glaubt kaum jemand, im Gegenteil. Die Ergebnisse des 5. Oktober zeigen ein klares regionales Gefälle, das mit unterschiedlichen sozialen Strukturen zusammenhängt.

Im wohlhabenden Südosten und Süden, vor allem im Bundesstaat São Paulo mit einer zunehmend reaktionären, rassistischen Mittelschicht, liegt der rechte Kronprinz Neves klar vorn. Der Hass auf die PT nimmt dort bisweilen pathologische Züge an. «Es ist der Hass jener alten Mittelschicht, die den sozialen Aufstieg der ehemals Rechtlosen einfach nicht erträgt», erklärt Ex-Präsident Lula. Amazonien und der Nordosten, wo die Anzahl derjenigen, die von staatlichen Sozialprogrammen profitieren, besonders hoch ist, ist «Dilmland». In einer für ihn typischen Aussage erklärte Fernando Henrique Cardoso (PSDB, Präsident von 1994 bis 2002) die Stärke der PT in diesen Kreisen mit der «Ahnungslosigkeit der Armen». Eine Schlüsselrolle kommt nun dem oft wertkonservativen «neuen Proletariat» zu, das Lula 2006 noch meisterhaft an sich zu binden wusste.

### **RECHTSRUCK IM PARLAMENT**

Selbst wenn Dilma Rousseff gewinnen sollte, müsste sie sich ihre Mehrheiten im konservativsten Parlament seit 1964 suchen. Landesweit bringt es die pragmatisch gewendete Arbeiterpartei nicht einmal mehr auf ein Sechstel der Stimmen – die PT-Fraktion im Repräsentantenhaus schrumpfte von 88 auf 70 Abgeordnete. Insgesamt gibt es 513 ParlamentarierInnen aus mittlerweile 28 Parteien. Dem oft

diagnostizierten Wunsch nach Wandel kam das Wahlvolk durchaus nach: 47 Prozent der Abgeordneten sind neu im Parlament. Die wenigsten Parteien weisen ein erkennbares programmatisches Profil auf. Fraktionsdisziplin gibt es kaum, Parteienwechsel sind dagegen an der Tagesordnung. Parteiübergreifende Interessengruppen wie VertreterInnen des Agrobusiness (nach eigenen, sicher übertriebenen Angaben machen sie im kommenden Abgeordnetenhaus mehr als die Hälfte aller Abgeordneten aus), des Unternehmerlagers, der «Sicherheit», der Fußballlobby oder der Evangelikalen spielen hingegen eine große Rolle.

Im derzeitigen System muss sich die Exekutive auf ein Geschacher um Posten und Sondermittel für die Heimatgebiete der Abgeordneten einlassen, will sie sich parlamentarische Mehrheiten sichern. So kam es 2005 auch zum oben erwähnten *mensalão*. Die üppige, unbegrenzte private Wahlkampffinanzierung sorgt dafür, dass es besonders viele kapitalfreundliche ParlamentarierInnen gibt. Die Spielräume für eine fortschrittliche Politik sind geringer denn je. Zu weiteren Verzerrungen wird es kommen, da im Oberhaus, dem Senat, jedem der 27 Bundesstaaten unabhängig von seiner Größe drei VolksvertreterInnen zustehen. Hier bringt es die PT nur noch auf 12 statt zuvor 14 Senatoren, die größte Fraktion stellt erneut die «Zentrumspartei» PMDB (Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung). Diese programmatisch völlig amorphe Partei zieht breit aufgestellt in den Wahlkampf und findet sich stets in der Regierungskoalition wieder. Der Vorsitzende der PMDB Michel Temer ist Rousseffs Vize. Bei den Regionalwahlen konnte die PT dagegen ihren bisherigen Stimmenanteil in etwa behaupten: In Minas Gerais, in Bahia und in Piauí wird sie künftig den Gouverneursposten besetzen, Chancen in der Stichwahl gibt es in vier weiteren Bundesstaaten.

### DROHENDE WENDE IN DER AUSSENPOLITIK

Besonders viel dürfte sich nach einem Sieg von Aécio Neves in der Außenpolitik ändern. Unter Lula da Silva und Dilma Rousseff hat Brasília im letzten Jahrzehnt die politische Emanzipation Lateinamerikas von den USA angeführt. Zusammen mit Argentinien und Venezuela verhinderte es die von Washington angestrebte Freihandelszone von Alaska bis Feuerland und setzte stattdessen auf ein Zusammenrücken Lateinamerikas, etwa durch die Gründung neuer Staatengemeinschaften wie UNASUR (Südamerika) und CELAC (Lateinamerika und Karibik). Bei der Entschärfung innenpolitischer Krisen in Venezuela und Bolivien spielte die brasilianische Diplomatie eine wichtige Rolle. Weniger erfolgreich war sie in Honduras und Paraguay, wo 2009 beziehungsweise 2012 progressive Präsidenten weggeputscht wurden.

Im Bestreben, eine multipolare Weltordnung mitzugestalten, wurden die Beziehungen nach Afrika und zur arabischen Welt ausgebaut. Zusammen mit Russland, China, Indien und Südafrika bildet Brasilien den regionalen Machtblock BRICS, der im August in Fortaleza beschlossene Aufbau einer BRICS-Bank soll die Abhängigkeit von IWF und Weltbank verringern helfen. Im Gegensatz zu den Nato-Staaten setzt sich Brasilien in der Weltpolitik für zivile Konfliktlösungsmechanismen ein. In seiner Süd-Süd-Politik kann Brasilien weitgehend unbelastet von kolonialer Vergangenheit agieren, der diplomatische Austausch zwischen afrikanischen Ländern und Brasilien ist so rege wie nie zuvor. Freilich stehen auch hier wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund – der Bergbau riesige Vale oder brasilianische Ethanol- und Sojafirmen gehen bei der Aus-

beutung mineralischer oder agrarischer Ressourcen kaum zimperlicher vor als ihre Konkurrenten. An Megaprojekten verdienen Baumultis wie Odebrecht kräftig mit.

Aus der Überzeugung heraus, dass der Ressourcenreichtum des Subkontinents in Zukunft militärisch geschützt werden muss, war auf Betreiben Lulas 2008 innerhalb von UNASUR der Südamerikanische Verteidigungsrat gegründet worden. Linke Kritiker aus den Nachbarländern sehen in Teilen von Brasílias Regionalpolitik subimperiale Züge, doch schwerer wiegen die Befürchtungen, der wirtschaftsliberale Neves werde sich, sollte er Präsident werden, ähnlich wie früher Fernando Henrique Cardoso stärker wieder den USA und Europa sowie den überwiegend neoliberal regierten Staaten der Pazifik-Allianz (Chile, Peru, Kolumbien, Mexiko) zuwenden. Eine Wende in Brasilien würde tatsächlich den gesamten «Linksruck», der den Subkontinent in den letzten 15 Jahren geprägt hat, in Gefahr bringen.

### DIE LINKE BASIS SCHLIESST DIE REIHEN

Vor der Stichwahl gegen die Rechte gelang es der PT seit 2006 stets, durch Polarisierung viele ihrer enttäuschten WählerInnen inner- und außerhalb der sozialen Bewegungen zu mobilisieren. Die reale Möglichkeit eines politischen Rollbacks setzt zusätzliche Energien frei, jüngste Umfragen zeigen einen leichten Trend zugunsten der Amtsinhaberin. Es häufen sich Solidaritätsbekundungen von Kleinbauernbewegungen, Frauen- und LGBT-Gruppen, von Kulturschaffenden, AfrobrasilianerInnen und Gewerkschaften. So heißt es etwa in einem Manifest von Organisationen, die sich für den Biolandbau stark machen: «Wir kritisieren das vorherrschende Entwicklungsmodell, das Monokulturen befördert, Waldzerstörung verursacht, den Einsatz von Agrogiften und genmanipulierten Organismen intensiviert, die Agrarreform und die Anerkennung der Landrechte von indigenen und anderen traditionellen Gemeinschaften verlangsamt.» Allerdings setze man sich «aus historischer Verantwortung» gegen das rückwärtsgewandte Projekt der PSDB und für die Wiederwahl der Präsidentin ein. Ob sich eine «neue Regierung» Rousseff allerdings, wie im Endspurt des Wahlkampfes in Aussicht gestellt, tatsächlich durch «neue Ideen» oder gar Taten auszeichnen würde, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Gerhard Dilger leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo.

---

**Weitere Informationen zur Region** erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter: <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

MARTIN MROCHEN

## MASSAKER IN MEXIKO

**DIE ENTFÜHRUNG VON 43 LEHRAMTSTUDENTEN IM MEXIKANISCHEN BUNDESSTAAT GUERRERO LEGT DIE VERSTRICKUNG STAATLICHER STELLEN IN DEN ORGANISIERTEN DROGENHANDEL OFFEN**

Seit dem Massaker von Iguala im mexikanischen Bundesstaat Guerrero am 26. September 2014 ist die Beteiligung staatlicher Akteure an Menschenrechtsverbrechen in Mexiko offenkundiger als je zuvor. Nun ist unübersehbar, was MenschenrechtsaktivistInnen und Eingeweihte schon seit Jahrzehnten beklagen: Wer sich in Mexiko zum Andersdenken oder zur politischen Opposition bekennt, wer nach Alternativen zu den neoliberalen Reformen der letzten 30 Jahre sucht, riskiert sein Leben. Wirft man einen Blick auf die jüngere Geschichte Mexikos, könnte man denken, die Zeit wäre stehen geblieben. Ein historischer Schlüsselmoment: der 2. Oktober 1968. An jenem Tag wurden friedliche Proteste Hunderttausender StudentInnen im Stadtteil Tlatelolco blutig niedergeschlagen. Jedes Jahr am 2. Oktober gedenken StudentInnen, AktivistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und Intellektuelle mit einer großen Demonstration in Mexiko-Stadt der Opfer. Die damaligen Forderungen nach einem Ende der Menschenrechtsverletzungen, einem funktionierenden Rechtsstaat, demokratischen Wahlen und ernsthaften Bemühungen zur Armutsbekämpfung sind auch heute noch aktuell.

Nach dem Massaker an Lehramtstudenten aus dem süd-mexikanischen Bundesstaat Guerrero am 26. September 2014 wird die Verstrickung der Sicherheitsbehörden in die organisierte Kriminalität immer deutlicher. Bei einer Protestaktion des linken Lehrerseminars aus Ayotzinapa wurden zwei Studenten von der städtischen Polizei erschossen, 43 weitere gelten als vermisst. Kurze Zeit später wurden die verkohlten und verstümmelten Leichen von 28 Personen im nahe gelegenen Pueblo Viejo gefunden. Bei ihnen handelt es sich möglicherweise um einige der vermissten Kommilitonen.<sup>1</sup>

Offiziellen Angaben zufolge sollen die Lehramtstudenten bei ihrer Protestaktion zwei Busse gekapert haben. Bei dem anschließenden Polizeieinsatz seien sie unter Beschuss genommen worden. Insgesamt 30 Polizisten wurden infolge des brutalen Vorgehens festgenommen, bis dato haben jedoch weder der amtierende Bürgermeister noch der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero Verantwortung übernommen. Obgleich eine forensische Untersuchung noch aussteht, ist die Komplizenschaft zwischen staatlichen Polizeikräften und kriminellen Banden mit dem Fall Iguala offen zutage getreten. Eine Woche nach den Ereignissen bekannte sich die kriminelle Gruppe Guerreros Unidos («Vereinigte Krieger») zu den Morden an den Studenten, ein Bandenmitglied soll der örtlichen Polizei die Stelle verraten haben, an der die Leichen gefunden wurden. Wenig später stellten die Guerreros Unidos der mexikanischen Regierung sogar

ein Ultimatum zur Freilassung der inhaftierten Polizisten, die offenbar teilweise Mitglieder derselben kriminellen Gruppierung sind.

Die «Vereinigten Krieger» galten zuvor als bewaffneter Arm des Beltrán-Leyva-Kartells. Héctor Beltrán Leyva, der Anführer des mächtigen Drogenkartells, war am 1. Oktober 2014 in San Miguel de Allende im Bundesstaat Guanajuato verhaftet worden. Über einen möglichen Zusammenhang zwischen der Festnahme Beltrán Leyvas und den Vorkommnissen in Guerrero kann gegenwärtig nur spekuliert werden. Während das Kartell mit Fausto Isidro Meza Flores wohl bereits einen Nachfolger für den verhafteten Drogenboss gefunden hat, bleibt das alte Problem bestehen: Wie identifiziert man die Verantwortlichen für Gewalt und Morde, wenn Polizei und organisierte Kriminalität gemeinsame Interessen verfolgen? Wie glaubwürdig sind Stellungnahmen von FunktionärInnen und MandatsträgerInnen, wenn diese teilweise selbst an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind und waren?

Die Zusammenarbeit zwischen der städtischen Polizei und Verbrecherbanden ist kein Novum. Bereits im Vorjahr wurden drei Mitglieder der Unidad Popular Guerrero, eines Zusammenschlusses zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Region, nach einer Protestaktion in Iguala von bewaffneten Zivilisten getötet. Laut Zeugenberichten soll der amtierende Bürgermeister von Iguala, José Luis Abarca Velázquez, direkt an den Morden beteiligt gewesen sein und für die «Vereinigten Krieger» gearbeitet haben. Seit den jüngs-



ten Ereignissen in Iguala ist Abarca Velázquez unterge-  
taucht. Die mexikanische Bundesregierung hatte ihn zuvor  
zu einer Stellungnahme aufgefordert. Generalstaatsanwalt  
Murillo Karam gab am gestrigen Mittwoch, den 22. Oktober  
2014, dass gegen José Luis Abarca, seine Ehefrau María de  
los Angeles Pineda und den örtlichen Sicherheitschef Felipe  
Flores Haftbefehl erlassen wurde.

Auch der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero, Ángel  
Aguirre Rivero, war in der Vergangenheit in Menschen-  
rechtsverbrechen verwickelt. Im Dezember 2011 ermor-  
deten Polizisten und Sicherheitskräfte des Bundesstaates  
Guerrero zwei Studenten der Lehramtsschule Ayotzinapa  
während einer Protestblockade der sogenannten «Sonnen-  
autobahn» (Autopista del Sol), die zwischen dem Ferienort  
Acapulco und dem Großraum Mexiko-Stadt verläuft. Auch  
diesen Fall klärte die mexikanische Justiz nicht auf, die Täte-  
rInnen blieben unbehelligt. Die jüngsten Ereignisse im Bun-  
desstaat Guerrero sind also kein katastrophaler Einzelfall,  
sondern Ausdruck der fortwährenden politischen Repressi-  
on und Missachtung von Menschenrechten in Mexiko.

Die TäterInnen werden aufgrund der grassierenden Kor-  
ruption und Straflosigkeit nur selten verfolgt und bestraft.  
In den letzten zehn Jahren ist die Lage durch das Auftreten  
neuer Akteure sogar noch unübersichtlicher geworden. Spä-  
testens seitdem Ex-Präsident Felipe Calderón von der kon-  
servativen PAN (Partido Acción Nacional) im Jahr 2006 den  
«Krieg gegen den Drogenhandel» ausrief, verschwammen  
die Grenzen zwischen organisierter Kriminalität und staatli-  
chen Polizei- und Sicherheitskräften. Nach Angaben der me-  
xikanischen Generalstaatsanwaltschaft sind zwischen 2006  
und 2011 insgesamt 47.515 Menschen dieser Allianz zum  
Opfer gefallen.<sup>2</sup> Zivilgesellschaftliche Organisationen ge-  
hen von deutlich höheren Zahlen aus. Sie kommen auf bis zu  
121.683 Tote im Kontext des Drogenkonfliktes.<sup>3</sup>

An der Sicherheitsstrategie hat sich jedoch auch unter  
dem seit Ende 2012 amtierenden Präsidenten Enrique Peña  
Nietos von der «neuen, alten» Staatspartei PRI (Partei der In-  
stitutionellen Revolution) wenig geändert. Mit der neu auf-  
gestellten Nationalen Gendarmerie, die als Spezialtruppe  
der Bundespolizei gegen Drogenbanden vorgehen soll, reiht  
sich nur ein weiterer schwer bewaffneter Akteur in einen  
Konflikt ein, bei dem es schon lange nicht mehr nur um die  
Bekämpfung der Drogenkriminalität geht. Die 5.000 Perso-  
nen starke Truppe soll auch zum «Schutz der volkswirtschaftli-  
chen Produktion» eingesetzt werden – dem Schutz von Un-  
ternehmen und Unternehmensinteressen also.<sup>4</sup> In Iguala  
wird diese Einheit gemeinsam mit Marine und Bundespolizei  
bereits eingesetzt.

Kritische Stimmen befürchten nun, dass sich nach dem  
Massaker an den Studenten in Ayotzinapa die Verantwortli-  
chen wie in der Vergangenheit nicht für ihre Taten werden  
verantworten müssen. Es besteht die Gefahr, dass den fest-  
gesetzten Polizisten als Bauernopfer der Prozess gemacht  
wird, damit die Verantwortlichen, hochrangige Militärs und  
politische MandatsträgerInnen, straflos bleiben können. Die-  
se Strategie kam bereits in Tlatlaya zum Einsatz. In dem ab-  
gelegenen Landkreis im Bundesstaat Mexiko waren im Ju-  
ni dieses Jahres 21 wehrlose Personen hingerichtet worden.  
Acht Soldaten niedrigen Rangs wurden später inhaftiert,  
weitere Nachforschungen eingestellt.

Die deutsche Menschenrechtskoordination, ein Zusam-  
menschluss von 15 Organisationen, kritisiert den Prozess  
der Militarisierung in Mexiko. Als Konsequenz aus den Ereig-

nissen in Guerrero empfiehlt sie den Abgeordneten im Deut-  
schen Bundestag, Anfang 2015 gegen den deutsch-mexika-  
nischen Kooperationsvertrag zu stimmen. Der Vertrag sieht  
eine verstärkte Zusammenarbeit beider Länder im Bereich  
der Sicherheit vor. Dies betrifft auch den Austausch sensibler  
Informationen. Solche Informationen werden in mexikani-  
schen Gefängnissen oftmals unter Einsatz von Folter erlangt.

Zudem ist es wichtig zu klären, gegen wen sich die Ge-  
walt des Staates und krimineller Gruppen eigentlich richtet:  
Die LehramtstudentInnen aus Ayotzinapa entstammen einer  
linken, ländlichen Tradition und sind seit Jahrzehnten poli-  
tisch organisiert. Das Lehrerseminar Isidro Burgos wurde in  
den 1930er Jahren vom sozialistisch orientierten Präsiden-  
ten Lázaro Cárdenas gegründet. Fast zeitgleich begannen  
die StudentInnen, sich im Bäuerlich-Sozialistischen Studen-  
tenbund Mexikos (Federación de Estudiantes Campesinos  
Socialistas de México) für bessere Studienbedingungen und  
die Rechte der KommilitonInnen einzusetzen. Bis zum heu-  
tigen Tag versucht der mexikanische Staat, die Proteste der  
linken StudentInnen zu kriminalisieren und zu bekämpfen.  
Sich für politischen Wandel einzusetzen, bedeutet auch im  
Jahr 2014, Gefahren für Leib und Leben zu riskieren. Insbe-  
sondere die linke Opposition und Andersdenkende stehen  
im Fadenkreuz der Repression.

Aber auch MenschenrechtsverteidigerInnen und Journa-  
listInnen müssen Gewalt und Verfolgung fürchten. Die me-  
xikanische Nichtregierungsorganisation Soforthilfemaß-  
nahmen für Menschenrechtsverteidiger (ACUDEH) zählt  
für den Zeitraum von Juni 2013 bis Mai 2014 insgesamt 274  
Fälle von Aggressionen gegenüber MenschenrechtlerInnen,  
vor allem in den Bundesstaaten Oaxaca, Chiapas, Guerrero  
sowie in Mexiko-Stadt.<sup>5</sup> Auch die Bedingungen für eine freie  
Presse in Mexiko haben sich seit dem Amtsantritt Peña Nie-  
tos nicht merklich verbessert. 2013 belegte Mexiko im Pres-  
sefreiheits-Ranking der NGO Reporter ohne Grenzen Platz  
152 von 180 berücksichtigten Staaten. Nach wie vor gilt Me-  
xiko als eines der gefährlichsten Länder für JournalistInnen  
und Medienschaffende.<sup>6</sup>

Mehr als eine Woche nach dem blutigen Polizeieinsatz in  
Iguala meldete sich Präsident Enrique Peña Nieto in einer An-  
sprache an die mexikanische Bevölkerung zu Wort. In seiner  
Rede verurteilte er die Gewalt in Guerrero, drückte sein Mit-  
gefühl aus und kündigte «Nachforschungen», «Aufklärung»  
und «Gerechtigkeit» an. Insgesamt 250 Einheiten der Gen-  
darmerie wurden im Anschluss nach Iguala entsandt, um  
dort zusammen mit Militär und Bundespolizei die noch ver-  
missten Studenten zu suchen. Konkrete Aussagen darüber,  
wie die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden  
sollen und ein weiterer Fall von Straflosigkeit verhindert wer-  
den kann, traf der Regierungschef nicht. Trotz der enormen  
Schwere der Vorfälle in der Gemeinde Iguala – einem Ort,  
der nur 200 Kilometer von der Hauptstadt Mexikos entfernt  
liegt – blieben die Reaktionen der politischen Elite schwam-  
mig und ausweichend – und sie kommen verspätet. Vier  
Tage verstrichen, ehe der Gouverneur des Bundesstaates  
Guerrero, Ángel Aguirre Rivero, beantragte, die Immunität  
des Bürgermeisters Igualas, Abarca Velázquez, aufzuheben.  
Die früheren Verstrickungen des Gemeindeoberhaupts in die  
organisierte Kriminalität und die Tatsache, dass es bereits  
im Vorfeld zahlreiche Beschwerden über die Zusammenar-  
beit der örtlichen Polizei mit kriminellen Gruppen gegeben  
hatte, zeigen, dass es schwierig ist, solche Konflikte auf lo-  
kaler Ebene zu ahnden. Um die aktuellen Vorkommnisse in

Iguala angemessen aufzuarbeiten und aufzuklären, müssten die verantwortlichen PolitikerInnen auf bundesstaatlicher und nationaler Ebene zudem erklären können, warum Nachforschungen nicht bereits früher angestellt wurden. Sie müssten ihre eigenen Fehler aus der Vergangenheit benennen und Konsequenzen ziehen. Es ist die Pflicht der VertreterInnen des Staates, diesen Teufelskreis der Straflosigkeit zu durchbrechen und die öffentliche Sicherheit zu wahren, so schreibt es die Verfassung vor. Doch wer klagt sich schon freiwillig selbst an, wenn die Vorwürfe so schwer wiegen?

Auch die Nationale Menschenrechtskommission CNDH (Comisión Nacional de los Derechos Humanos) steht in der Kritik, weil sie verspätet auf das Massaker in Guerrero reagierte. MenschenrechtsaktivistInnen warfen der CNDH und seinem Ombudsman Raúl Plascencia Villanueva Gleichgültigkeit und Ineffizienz bei der Anzeige von Menschenrechtsverletzungen vor und forderten dessen Rücktritt. Die mexikanische Regierung hatte die CNDH im Jahr 1990 zur Stärkung der Unabhängigkeit des Menschenrechtsschutzes gegründet.

Die mexikanische Zivilgesellschaft nutzte den Jahrestag des Massakers in Tlatelolco von 1968, um ihren Unmut über die Ereignisse in Guerrero kundzutun. Zwar erwarteten viele BeobachterInnen Ausschreitungen bei der großen Demonstration am 2. Oktober in Mexiko-Stadt. Der Protestmarsch vom historischen Schauplatz Tlatelolco bis zum Hauptplatz (Zócalo) im Zentrum der mexikanischen Metropole verlief jedoch weitgehend friedlich und fast unter Abwesenheit der Polizei. Die rund 25.000 DemonstrantInnen skandierten: «Lebend habt ihr sie uns genommen, lebend wollen wir sie zurück!» Seit dem Marsch vom 2. Oktober forderten zahlreiche weitere Demonstrationen Aufklärung über das Schicksal der verschwundenen Studenten aus Ayotzinapa. Auch in einigen europäischen Städten, unter anderem in London, Paris und Berlin, versammelten sich unter dem Motto «Mexiko ist kein Tourismusziel, sondern ein Massengrab» AktivistInnen vor den mexikanischen Botschaften.

## INTERNATIONALE REAKTIONEN

Indes kritisierten auch internationale Menschenrechtsorganisationen die mexikanische Regierung ungewohnt scharf. Die US-Organisation Human Rights Watch (HRW) wirft Präsident Peña Nieto vor, aus Gründen der Imagepflege die Beteiligung von Militär und Bundespolizisten an dem Massaker zu verschleiern. Die verspätete Reaktion der Regierung sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass Menschenrechtsthemen gewöhnlich wenig Beachtung erhielten.<sup>7</sup> Auch Amnesty International fordert eine lückenlose Aufklärung des Schicksals der Studenten und der Rolle der staatlichen Sicherheitskräfte. Diesen Forderungen schlossen sich 53 Organisationen, die sich um die Betreuung der betroffenen Familien kümmern, an.<sup>8</sup>

Die Welle der Empörung über die gravierende Verletzung der Menschenrechte in Guerrero erreichte auch Brüssel. In einer Erklärung hatte eine länderübergreifende Gruppe von EU-ParlamentarierInnen und einigen deutschen Bundestagsabgeordneten gefordert, die Neuverhandlungen des Globalabkommens zwischen der Europäischen Union und Mexiko so lange auszusetzen, bis das Vertrauen zur mexikanischen Regierung beim Thema Menschenrechte wieder hergestellt sei. Im Deutschen Bundestag gab es eine Anhörung zu dem Thema. Aus den USA meldete sich der Sprecher des Außenministeriums (State Department), Jen Psaki, zu Wort und schloss sich den Forderungen der Menschen-

rechtsorganisationen an. Die Rolle der USA ist jedoch zumindest zwiespältig. Der sicherheitspolitische Kurs früherer mexikanischer Regierungen entstand auch auf Druck der benachbarten USA, im Kontext der Terrorismusbekämpfung infolge der Anschläge vom 11. September 2001. Auch der Drogenkonflikt in Mexiko entstand nicht erst mit der Militäroffensive unter dem mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón im Jahr 2006. Nichtsdestotrotz galt seit diesem Zeitpunkt die organisierte Kriminalität verstärkt als «innerer Feind», der für die Sicherheitsprobleme des Landes verantwortlich sei.

Seit Jahren unterstützen die USA das mexikanische Militär mit Ausrüstung und Infrastruktur im «Anti-Drogenkrieg», nicht zuletzt um die eigenen wirtschaftlichen Interessen jenseits der US-Südgrenze mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Waffen gelangen sowohl legal als auch illegal aus den USA nach Mexiko. 2011 wurde bekannt, dass die US-Drogen- und Waffenbekämpfungsbehörde ATF (Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives) Drogenkartelle in Mexiko «versehentlich» mit 2.500 großkalibrigen Waffen versorgt hatte. Von der sogenannten «Operation Fast and Furious» war auch der US-Inlandsgeheimdienst FBI unterrichtet.<sup>9</sup>

## DER KAMPF FÜR MENSCHENRECHTE IN MEXIKO

Der Kampf für Menschenrechte beginnt nicht mit dem Massaker in Iguala. Die Unterdrückung der politischen Opposition hat in Mexiko seit Jahrzehnten Tradition. Ihr symbolischer Ursprung ist das Massaker von Tlatelolco im Jahre 1968. In einer Zeit der kulturellen Liberalisierung und Öffnung, während des mexikanischen *rocanrol*<sup>10</sup> und der aufkommenden Hippie-Bewegung, schlug der mexikanische Staat unter Präsident Díaz Ordaz Studentenproteste blutig nieder – alles im Vorfeld der Olympischen Spiele, die im selben Jahr in Mexiko stattfanden. Die erschütternde Straflosigkeit existiert in Mexiko seit dem Schlüsseldatum des 2. Oktobers 1968. Die Liste der mexikanischen MandatsträgerInnen, die seitdem in Menschenrechtsverletzungen direkt oder indirekt involviert waren, ist lang. Bezeichnenderweise kann man sich auf der deutschsprachigen Wikipedia-Seite zu Tlatelolco «durch die historischen Massaker Mexikos» klicken.

Weil politische Kämpfe nicht nur in Mexiko immer auch Medienkämpfe sind, ist es wichtig, das Schwarz-Weiß-Bild des *war on drugs* zu überwinden. Spätestens mit den Ereignissen der letzten Wochen muss sich auch international die Einsicht durchsetzen, dass der mexikanische Staat in Menschenrechtsverbrechen selbst involviert ist und dabei vor einer Komplizenschaft mit kriminellen Gruppen nicht zurückschreckt. MenschenrechtsaktivistInnen in Mexiko und informierten BeobachterInnen der mexikanischen Politik mag dies nicht neu erscheinen – in der internationalen Berichterstattung wurde diese Tatsache bislang ignoriert. Es ist also nicht nur an mexikanischen MenschenrechtlerInnen und AktivistInnen, sich gegen das autoritäre Bollwerk der politischen Elite Mexikos zu stellen. Auch die Presse außerhalb Mexikos muss Menschenrechtsverletzungen mit direkter oder indirekter staatlicher Beteiligung aufdecken und verurteilen. 46 Jahre nach dem Massaker in Tlatelolco ist eine breite moralische Empörung über die Ereignisse in Mexiko Pflicht für mexikanische BürgerInnen und die solidarische Weltöffentlichkeit.

Ein erster Schritt aus deutscher Sicht wäre ein Stopp von Waffenexporten nach Mexiko, denn diesen Waffen fielen schon in der Vergangenheit StudentInnen und AktivistInnen zum Opfer. Auch aus der Bundesrepublik Deutschland wurden Waffen illegal in Krisenregionen Mexikos geliefert. Drei Jahre nach der ersten Anzeige und intensiver Recherchearbeit durch den Friedensaktivisten Jürgen Grässlin und den Hamburger Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Jan van Aken, gab der süddeutsche Waffenhersteller Heckler & Koch erstmals zu, Sturmgewehre vom Typ G36 nach Mexiko geliefert zu haben.<sup>11</sup>

Das Verhältnis der mexikanischen BürgerInnen zu den staatlichen Institutionen sowie den «drei großen Parteien» ist beschädigt. Die Kritik gilt nicht nur der PRI und der PAN, sondern mittlerweile auch der PRD (Partido de la Revolución Democrática), die mit ihrem Kandidaten López Obrador bei den Präsidentschaftswahlen 2012 als progressive Alternative zum neoliberalen Kurs der beiden Parteien auftrat. Denn sowohl der Bürgermeister Iqualas als auch der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero sind Mitglieder der PRD. Dass sich unter den für das Massaker verantwortlichen PolitikerInnen zwei Repräsentanten der PRD befinden, wird die Krise der parlamentarischen Linken in Mexiko verschärfen. Auf einer Demonstration in Mexiko-Stadt attackierten aufgebrachte Jugendliche den PRD-Mitbegründer Cuauthémoc Cárdenas tötlich und skandierten «Weder PRI, noch PAN, noch PRD».

Mehr noch: Sowohl José Luis Albarca als auch Ángel Aguirre Rivero traten bei den Wahlen 2012 als Unterstützer Andrés Manuel López Obradors auf, dessen kürzlich als Partei neu gegründete Bewegung zur Nationalen Erneuerung (Movimiento de la Regeneración Nacional, MORENA) parteipolitisch noch in den Kinderschuhen steckt. López Obrador muss sich den Vorwurf gefallen lassen, im Falle Iqualas eine ungewohnte Passivität an den Tag gelegt zu haben. Mehrere LandespolitikerInnen, die offenbar in die organisierte Kriminalität in Guerrero verstrickt sind, stehen seiner neuen Partei nahe. Eine Stellungnahme zu den personellen Verflechtungen ist bis dato nicht erfolgt, obwohl MORENA klar Position gegen die Massaker bezieht und bekannte MORENA-PolitikerInnen wie der Schriftsteller Paco Ignacio Taibo II zu den führenden AktivistInnen der Bewegung gegen die Massaker gehören.

Wenn man die Geschehnisse um die Gewalttaten in Mexiko verfolgt, stellt sich die Frage: Welches Mordmotiv hatten die Täter, warum töteten sie die Studenten? Es handelt

sich um eine Schlüsselfrage, die mit dem Konflikt um den Drogenhandel nicht annähernd beantwortet werden kann. Sicher ist, dass die Straflosigkeit den Wert des Lebens in Mexiko bereits stark beschädigt hat. Militärs, Paramilitärs, DrogenhändlerInnen, organisierte Kriminelle und VertreterInnen des Staates können sich in dem nordamerikanischen Land nahezu sicher sein, für ihre Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Über Jahrzehnte legten PolitikerInnen in Mexiko besonderen Wert auf die Außendarstellung des Landes, auf das Bild Mexikos in der Welt. Sie unterzeichneten zahlreiche Abkommen und Gesetze zum Schutz der Menschenrechte, gründeten Institutionen und versprachen Reformen. Auf dem Papier verfolgt Mexiko eine vorbildliche Menschenrechtspolitik. Es bleibt zu hoffen, dass das Massaker von Iquala dieses Bild endgültig erschüttert, sodass weder die organisierte Kriminalität noch VertreterInnen des Staates sich weiter dahinter verstecken können.

Martin Mrochen ist Politikwissenschaftler und studiert International Development Studies an der Philipps-Universität Marburg.

---

**Weitere Informationen zur Region** erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter: <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

---

<sup>1</sup> Zwar hat die mexikanische Staatsanwaltschaft nach Auswertung der DNA-Proben ausgeschlossen, dass es sich bei den 28 in mehreren Massengräbern in Iquala gefundenen Leichen um die vermissten Studenten handelt, aber das international anerkannte Argentinische Team für Forensische Anthropologie (EAAF) mahnt zur Vorsicht bezüglich definitiver Aussagen. Noch könne es nicht ausschließen, dass es sich bei den 28 Toten nicht doch um Studenten aus Ayotzinapa handle, sagte ein Sprecher gegenüber der zur Zeitschrift *proceso* gehörenden Nachrichtenagentur *apro*. Nach offiziellen Angaben wurden seitdem sechs weitere Massengräber gefunden, inoffizielle Quellen sprechen sogar von 19 illegalen Gräbern. <sup>2</sup> So berichtete die spanische Zeitung *El País* am 12. 1. 2012, vgl. [http://internacional.elpais.com/internacional/2012/01/11/actualidad/1326317916\\_963041.html](http://internacional.elpais.com/internacional/2012/01/11/actualidad/1326317916_963041.html). <sup>3</sup> Vgl. [www.proceso.com.mx/?p=348816](http://www.proceso.com.mx/?p=348816). <sup>4</sup> Vgl. <http://mexico.cnn.com/nacional/2014/08/22/a-20-meses-de-gobierno-el-presidente-pena-nieto-lanza-su-gendarmeria>. <sup>5</sup> ACUDEH begann im Jahr 2008, Fälle von Aggressionen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen zu dokumentieren. Unter Aggressionen versteht sie unrechtmäßige Verhaftungen, Morddrohungen, physische Gewalt und Tötungen. <sup>6</sup> Vgl. <http://en.rsf.org/report-mexico,184.html>. <sup>7</sup> Vgl. [www.proceso.com.mx/?p=384147](http://www.proceso.com.mx/?p=384147). <sup>8</sup> Vgl. [www.jornada.unam.mx/2014/10/07/politica/009n2pol](http://www.jornada.unam.mx/2014/10/07/politica/009n2pol). <sup>9</sup> Vgl. [www.taz.de/172565](http://www.taz.de/172565). <sup>10</sup> In Mexiko umgangssprachlich für Rock 'n' Roll. <sup>11</sup> Vgl. [www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/heckler-koch-lieferte-illegal-gewehre-nach-mexiko-a-898187.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/heckler-koch-lieferte-illegal-gewehre-nach-mexiko-a-898187.html).

ANDREAS BOHNE

## OHNE RÜCKSICHT AUF VERLUSTE

### URANABBAU IN TANSANIA: DAS NEOLIBERALE ENTWICKLUNGSREGIME FORCIERT RESOURCE GRABBING

Es scheint paradox: Während in vielen Teilen der Welt die (langsame) Abkehr von der Atomenergie und damit dem Uranabbau auf der Agenda steht, vergibt die tansanische Regierung seit 2005 Jahr für Jahr Erkundungslizenzen an – zumeist internationale – Unternehmen. Ähnlich wie bei der Extraktion anderer mineralischer und fossiler Rohstoffe argumentieren PolitikerInnen mit Entwicklungseffekten des Uranabbaus. Damit schreibt die politische Elite eine Strategie der aggressiven Rohstoffausbeutung fest. Gegen den Abbau regt sich langsam zivilgesellschaftlicher Widerspruch. Doch bisher kann dieser nicht wirklich Einfluss auf Politikentscheidungen nehmen. Der Staat ignoriert die ökologischen und sozialen Folgen und geht gegen KritikerInnen vor – ein typischer Fall von *resource grabbing*.

Tansania ist auf dem Weg, bei Bergbauaktivitäten zum Global Player aufzusteigen, und reiht sich damit in die Liste anderer afrikanischer Länder ein. Das Land strebt an, größter afrikanischer Nickelproduzent zu werden,<sup>1</sup> liegt bei Goldexporten bereits auf Platz vier und ist bei Tansanit – nomen est omen – einziger Produzent.

Uran soll nun der nächste Rohstoff werden, bei dem das Land in die Weltspitze der Förderstaaten vordringt. Zwar besitzt Tansania bisher kein eigenes Länderprofil bei der World Nuclear Association, sondern wird nur unter der Überschrift «Uranium in Africa» mit aufgeführt. Ginge es nach der tansanischen Regierung, würde sich diese Zuordnung aber bald ändern und das Land eher mit Niger, Südafrika oder Namibia auf einer Stufe stehen als mit Guinea oder Nigeria.<sup>2</sup> Der tansanische Präsident Jakaya Kikwete meint: «Wenn wir alle Reserven, die wir besitzen, vollständig abbauen, kann Tansania der siebtgrößte Uranproduzent der Welt werden.»<sup>3</sup> Andere Quellen führen sogar aus, dass allein die Mkuju-River-Uranmine im Süden Tansanias, für die Mitte 2013 eine Abbaulizenz vergeben wurde, das Land unter die *top five* der weltweiten Produzenten katalysieren würde.<sup>4</sup>

Seit 2005 vergibt das Ministerium für Energie und Bodenschätze Erkundungslizenzen für Uranlagerstätten.<sup>5</sup> Quellen sprechen von bisher 70 vergebenen *prospecting* beziehungsweise *exploration licences*. Potenzielle Abbaugelände wurden bisher in vier Regionen identifiziert.<sup>6</sup> Sind es die mineralischen Vorkommen, die die Unternehmen anlocken, so ist es der von der Regierung geschaffene legislative Rahmen, der sie zum Bleiben bewegt und nationale Beteiligungen fördert.

#### RESOURCE GRABBING

*Resource grabbing* – unter diesem Schlagwort wird die aggressive, oft illegale Hinwendung zu und Aneignung von endlichen Rohstoffen aller Art (von Land über Wasser bis zu Bodenschätzen) zusammengefasst. Die Rohstoffausbeutung erfolgt überwiegend durch multinationale Unternehmen, während der Staat lediglich die entsprechenden investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen mit geringen Steuern und Abgaben schafft.<sup>7</sup> Politisch legitimiert wird das Vorgehen mit erwarteten Entwicklungseffekten wie neuen Arbeitsplätzen oder staatlichen Zusatzeinnahmen. *Resource grabbing* manifestiert sich zudem in einer Orientierung auf den Export und behindert inländische Verarbeitung. Oftmals steht hinter dieser Form eines aggressiven Extraktivismus die Nachfrage aus dem globalen Norden oder aus Schwellenländern, den *emerging economies*.<sup>8</sup> Die Planung und Umsetzung von (Mega-)Projekten erfolgt oftmals ohne Partizipation und Konsultation lokaler Gemeinschaften und ist teilweise verbunden mit der Vertreibung der ansässigen Bevölkerung. In vielen Fällen werden ökologische Folgen negiert und kritische, zivilgesellschaftliche Stimmen bekämpft.

Ist *resource grabbing* als ein Vorgehen an sich bereits kritikwürdig, müsste sich die Ablehnung noch erhöhen, wenn es um Uranabbau geht. Ob bei der zivilen Nutzung zur Energiegewinnung und dem damit verbundenen Problem der Abfallentsorgung oder bei der militärischen Nutzung – die mit dem Abbau einhergehenden Beeinträchtigungen sind nicht zu rechtfertigen. Obwohl Gesundheits- und Umweltfolgen seit Jahrzehnten bekannt sind und die Sanierung von Tagebauen eine hohe finanzielle Belastung darstellt, gibt es nur eine langsame globale Abkehr – in einigen Ländern

kommt es sogar zu einer Forcierung des Uranabbaus wie in der Mongolei oder zu Planungen für neue Atomkraftwerke, wie Überlegungen der südafrikanischen Regierung zeigen.

### «MKAPANOMICS»

#### ALS POLITISCHE GRUNDLAGE

Ab Mitte der 1990er Jahre vollzog sich in Tansania ein Wandel hin zu einer Mehrparteiendemokratie und marktwirtschaftlicher Liberalisierung. So schuf die tansanische Regierung unter anderem einen politischen und legislativen Rahmen im Rohstoffsektor, um Hindernisse für ausländische Direktinvestitionen zu reduzieren. Der tansanische Kolumnist Karl Israel Lyimo bezeichnete diese Politik kritisch als «Mkapanomics», nach Präsident Benjamin William Mkapa (1995–2005). Die Mining Policy 1997 oder der Mining Act 1998 beförderten ein Investitionsklima zugunsten multinationaler Unternehmen, das oftmals im Widerspruch zu den Bedürfnissen der tansanischen Bevölkerung steht. So wurden bisher drei Milliarden US-Dollar in den Rohstoffsektor investiert, so wuchs beispielsweise der Umfang des Goldabbaus zwischen 1998 und 2009 von einer Tonne auf 45 Tonnen pro Jahr. Diesen Mengen stehen nur 15.000 neu geschaffene Arbeitsplätze gegenüber. Negative ökologische und soziale Folgen sind an der Tagesordnung. Insbesondere beim Goldabbau ist das kanadische Unternehmen Barrick Gold oft in den Schlagzeilen zu finden.

Die Fixierung der «Mkapanomics» auf eine exportorientierte, an den Profitinteressen von Unternehmen ausgerichtete Entwicklungsstrategie steht in Widerspruch zur Politik unter Julius Nyerere, dem ersten Präsidenten Tansanias. Der Rohstoffexploration wurde seinerzeit keine große Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung zugeschrieben, jedenfalls nicht solange keine inländische Weiterverarbeitung stattfinden kann. Die gegenwärtige Politik leistet einer Exportorientierung für den Weltmarkt und zur Versorgung der Nachfrage aus Schwellen- und Industrieländern Vorschub. Dabei steht der Abbau nur am Anfang der Wertschöpfungskette. Gleichzeitig begibt sich der Staat in Abhängigkeit von Weltmarktpreisen, die er selbst nicht beeinflussen kann. Beispiel Uran: Nach Spitzenwerten von 137 US-Dollar pro Pfund im Jahr 2005 liegt der Uranpreis zurzeit bei etwa 30 US-Dollar pro Pfund. Für den Rückgang verantwortlich waren die Finanzkrise, die Fukushima-Katastrophe, Politiken zur Förderung erneuerbarer Energien sowie gesellschaftlicher Widerstand gegen Atomkraft.

Rohstoffexploration als Modell der Entwicklungsfinanzierung setzte sich unter Mkapas Nachfolger im Präsidentenamt, Jakaya Kikwete, der seit 2005 das wirtschaftspolitische Programm seines Vorgängers weiterführt, fort. Zwar wurden bestehende Politiken überprüft, doch kam es nur zu geringfügigen Änderungen und Anpassungen.<sup>9</sup> Im sogenannten Bomani Report wurden verschiedene Maßnahmen empfohlen. Unter anderem sollten 40 Prozent der Steuern aus dem Ressourcenabbau den Gemeinschaften in den Minenregionen zugute kommen. 60 Prozent sollen in einen Mineral Development Fund überführt werden, um nationale Infrastruktur aufzubauen. Ferner trat Tansania der Extractive Industries Transparency Initiative bei.<sup>10</sup> Auch wurden als Ergebnis des Bomani-Berichts mit dem Mining Act 2010, der alle Angelegenheiten in Zusammenhang mit der Erkundung von Lagerstätten, dem Abbau und der Verarbeitung reguliert, die direkten Exportsteuern für strategische Minerale wie Uran<sup>11</sup> von drei auf fünf Prozent erhöht, um mehr Einnahmen für

den Staat zu generieren.<sup>12</sup> Dennoch halten KritikerInnen diesen Steuersatz für zu gering. Zudem erhalten Unternehmen Steuerausnahmen, sogenannte *tax holidays*. Hinzu kommen unzureichende Kontrollen durch die Finanzbehörden.

Gleichzeitig steht zu erwarten, dass der tansanische Staat, praktisch als Subvention für den Uranabbau, in Vorleistung gehen muss. Zum einen ist die Infrastruktur im Süden des Landes, wo sich potenzielle Abbaugelände befinden, für umfassende Bergbauaktivitäten nicht ausreichend. Zum anderen werden große Wassermengen benötigt. Anti-Atom-AktivistInnen kritisieren einen geplanten Staudammbau in der Nähe von Dodoma, dem wahrscheinlich zweiten Gebiet, für das der Staat Abbaugenehmigungen erteilen wird.<sup>13</sup>

Politiken und Gesetze mit Bezug zum Uranabbau sind oftmals halbherzig oder widersprüchlich. Die National Energy Policy 2003 wird dafür kritisiert, dass sich dort keine Aussagen zur Entsorgung des radioaktiven Abfalls finden. Während die Mineral Policy 2009 noch vorsah, dass die Regierung verpflichtende Regelungen erarbeiten soll, damit Unternehmen für die Sanierung der Bergbaufolgen aufkommen müssen, ist dies seit dem Mining Act 2010 vom Ermessen des Ministers abhängig. Auch der Environmental Act von 2004, regulativer Rahmen für die nachhaltige Nutzung von Umweltressourcen, gibt Anlass zur Kritik. Zwar schreibt dieses Gesetz Umweltverträglichkeitsstudien für Uranprojekte vor. Doch zugleich beauftragt es den Projektentwickler, also die Unternehmen, mit der Durchführung. Damit wird einer möglichen intransparenten und übertrieben positiven Berichterstattung Vorschub geleistet.<sup>14</sup> Als Fortschritt kann gewertet werden, dass 2011 die Atomic Energy Regulations erlassen wurden, um endlich den Uranabbau sowie dessen Verarbeitung und Transport zu regulieren. Bei deren Ausarbeitung gab es jedoch keine Beteiligung der Öffentlichkeit.

Auch neue Institutionen wurden geschaffen. Der National Environmental Management Council (NEMC) wurde auf Grundlage des Environmental Management Acts von 2004 etabliert. Seine Aufgabe besteht unter anderem in der Koordination von Umweltverträglichkeitsstudien und in der Zusammenarbeit mit relevanten staatlichen Stellen. Zudem ist der NEMC verpflichtet, für öffentliche Partizipation in Umweltfragen zu sorgen. Die Institution, die dem Büro des Vizepräsidenten zugeordnet ist, sieht sich mit den oben genannten Gesetzen und dem regulativen Rahmen ausreichend für diese Aufgaben vorbereitet. Gleichzeitig werden jedoch (selbstkritisch) unzureichende Erfahrungen mit der Umsetzung von Vorschriften zum Uranabbau eingeräumt. Der NEMC beklagt zudem den Mangel an Nuklear- oder AtomkraftexpertenInnen und an Ausstattung, um radioaktive Mineralien während des Abbaus zu kontrollieren – eine Einschätzung, die auch KritikerInnen teilen. Die Tanzania Atomic Energy Commission (TAEC) wurde unter dem Atomic Energy Act No. 7 im Jahr 2003 etabliert und ist verantwortlich für alle Aufgaben rund um die Nutzung von Atomenergie. Sie soll nicht zuletzt die Öffentlichkeit vor dem Risiko radioaktiver Strahlung sowie vor der Verunreinigung von Nahrung oder Wasser schützen.

#### MKUJU RIVER UND BAHI-MANYONI: ZWEI FALLBEISPIELE

Zwei Fallbeispiele sollen die Erkundungsaktivitäten für den Uranabbau kurz umreißen und verdeutlichen, wie ökologische, sozialökonomische und politische Bedenken umgangen werden. Besonders kritisiert wird das am weitesten

fortgeschrittene Projekt, das Mkuju River Project. Erste Erkundungsaktivitäten begannen dort 2005. Das geplante Abbaugelände liegt in der südlichen Ruvuma-Region innerhalb des Undendeule Game Reserve sowie teilweise im Selous Game Reserve. Im April 2010 reichte der Konzern Mantra Resource Tanzania Limited bei der Aufsichtsbehörde NEMC eine Umweltverträglichkeitsstudie ein. Da das Selous Game Reserve als ökologisch sensibles Gebiet Weltnaturerbe ist, stellte Tansania bei der UNESCO einen Antrag auf Verlegung der Grenzen des Nationalparks, dem im Juli 2012 zugestimmt wurde.<sup>15</sup> Das Umweltverträglichkeitszertifikat wurde im August 2012 vom Umweltminister ausgegeben. 2013 erhielt Mantra Resources Tanzania Limited, deren Hauptbesitzer der russische Konzern Atomredmetzoloto ist, eine erste Abbaulizenz. Betreiber des Projektes ist Uranium One, das genauso wie Atomredmetzoloto zum russischen Staatskonzern Rosatom gehört. Die Projektkosten für das Mkuju River Project werden mit 510 Millionen US-Dollar angegeben. Gerechnet wird mit der Schaffung von Arbeitsplätzen für 1.200 bis 1.500 Personen in der Aufbau- und für 450 Personen in der Abbauphase, die 2016 beginnen soll. Die tansanische Regierung gab 2014 bekannt, dass in dem Gebiet 178,8 Millionen Tonnen an Uranerzreserven liegen. Deren Extraktion würde dem Staat mehr als 350 Millionen US-Dollar an Unternehmenssteuern und weitere 50 Millionen Dollar an Einkommenssteuern von den Beschäftigten einbringen.<sup>16</sup> Den wirtschaftlichen Zahlen stehen Bedenken der lokalen Bevölkerung gegenüber. Befragungen zeigten, dass die Bevölkerung in der Vergangenheit nicht über Explorationsaktivitäten unterrichtet wurde und es Befürchtungen gibt, dass Umsiedlungen stattfinden könnten. Auch machen sich die Menschen Sorgen über mögliche Strahlenbelastungen und Wasserknappheit.

Noch größer sind die Bedenken im Bahi-Manyoni-Gebiet im zentralen Tansania, wo seit den 1950er Jahren Uranvorkommen bekannt sind. Auch hier wurden bereits erste Erkundungsbohrungen auf landwirtschaftlichen Flächen durchgeführt, ohne dass Konsultationen mit der Bevölkerung stattfanden. Durchflossen wird die Region von dem Fluss Bubu, der in das 6.800 Quadratkilometer große Bahi-Sumpfgelände mündet. Das Sumpfgelände besitzt sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Bedeutung, es ist für Fischfang, Viehzucht und Nahrungsmittelproduktion der lokalen Gemeinschaften äußerst wichtig. Eine Studie, durchgeführt im Auftrag der tansanischen NGO CESOPE, kommt zu dem Ergebnis, dass Gemeinschaften in dem Bahi-Manyoni-Gebiet mit ernsthaften Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und wirtschaftliche Lebensgrundlagen rechnen müssten. Durch radioaktive Abraumhalden würde die lokale Bevölkerung von erhöhter Strahlung betroffen sein, wenn Winde in den Trockenzeiten Staub aufwirbeln oder in den Regenzeiten Fluten auftreten. Im schlimmsten Fall könnte das gesamte Ökosystem zerstört werden.

Gegenwärtig erkunden mehrere Unternehmen das Gebiet, von denen die australische URANEX das größte ist. Aber auch Mantra Resources ist vertreten. URANEX plant, 92 Millionen Tonnen Uranerz abzubauen. Bereits jetzt gibt es Kritik an den Unternehmen, da selbst minimale Sicherheitsstandards bei den Erkundungen nicht eingehalten wurden. Feldbesuche zeigten, dass Unternehmen offene Löcher zurückließen, aus denen Uranerzproben entnommen wurden. Ebenso konnte bisher nicht ausgeschlossen werden, dass nach den Probebohrungen aufgetretene Hautirritationen

und -verätzungen mit den dabei verwendeten Chemikalien zusammenhängen.

## REAKTIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

In Tansania nahmen in den letzten Jahren die Auseinandersetzungen um den geplanten Uranabbau zu. Jedoch bewirken fehlendes Wissen und Bewusstsein, dass sich bisher nur wenige zivilgesellschaftliche Gruppen gegen den Uranabbau aussprechen. Gründe hierfür sind in dem Informationsmonopol wirtschaftlicher und politischer Strukturen zu suchen, aber auch in der Dominanz anderer (wichtiger) Themen wie *land grabbing*, die das Problem des Uranabbaus und seiner möglichen Folgen in den Hintergrund drängen.

Das tansanische Legal and Human Rights Centre (LHRC), eine vorwiegend von großstädtischen AkademikerInnen getragene NGO, fordert den Ausbau regenerativer Energien und den Stopp der Uranextraktion. Kleinere Organisationen wie CESOPE oder Caritas Songea<sup>17</sup> arbeiten mit der lokalen, oftmals kleinbäuerlichen Bevölkerung zusammen, informieren und sensibilisieren oder leisten juristische Unterstützung. Sie fordern ebenso wie das LHRC den Stopp des Uranbergbaus. Auch religiöse Dachverbände wie das Interfaith Committee on Economic Justice fragen kritisch: «Uranium Mining in Tanzania: Are we ready?». Zwar fordern sie keinen Stopp des Abbaus, doch appellieren sie an die Regierung, Lücken in der Gesetzgebung zu schließen und entsprechende politische Konsultationen zu suchen.

Die Aufklärungsarbeit zielt darauf, Informationen zu den Risiken der Urangewinnung für Mensch und Natur bereitzustellen. Gleichzeitig kritisiert man die Form der politischen Entscheidungsfindung und fehlende Transparenz bei den Erschließungs- und Explorationsmaßnahmen. Obwohl die Explorationsaktivitäten oftmals weit fortgeschritten sind, suchen die Verantwortlichen keinen Kontakt und Austausch mit den potenziell betroffenen lokalen Communities. Zweifel gibt es auch hinsichtlich der versprochenen Arbeitsplatzeffekte. So hatten andere großflächige Bergbauaktivitäten wie der Goldabbau kaum positive Folgen.

Die Regierung reagiert auf mahrende Stimmen unterschiedlich. Zum einen hebt sie die positive Rolle des Staates hervor, indem sie zum Beispiel auf Gesetze verweist, die zum Gesundheitsschutz tansanischer Bürger erlassen wurden, oder auf den Beschluss, dass Unternehmen Gelder für die Sanierung von Altstandorten bereitstellen müssen. Oder aber sie spielt den Ball an die urankritische Zivilgesellschaft zurück und fordert diese auf, mit staatlichen Institutionen zu kooperieren. Zum anderen diffamiert sie das zivilgesellschaftliche Engagement derjenigen («so-called human rights activists»), die sich aus Sicht der Regierenden «gegen Entwicklung stellen».<sup>18</sup> Sowohl den Medien als auch der Mehrheit der Bevölkerung wirft die Regierung vor, einem «sozialistischen Denken» nachzuhängen, demzufolge der Staat Kontrolle und Eigentumsrechte besitzen müsse. Stattdessen müsse Technologie und Kapital aus «entwickelten Ländern» angezogen werden, ähnlich wie es China, Indien oder Dubai getan hätten.<sup>19</sup>

Bisher konnte die tansanische Zivilgesellschaft kaum Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, geschweige denn Explorationsaktivitäten verhindern. Ein Schwachpunkt ist, dass nur wenige NGOs mit der lokalen Bevölkerung zusammenarbeiten. Von einer sozialen und politischen Bewegung, die wie anderenorts einen Zusammenhang zwischen Ressourcenextraktion, Wachstumspostulat und sozialen

und ökologischen Folgen herstellt, kann keine Rede sein. Daher ist es bisher kaum gelungen, die Umwelt- und Sozialkosten ausreichend in eine gesellschaftliche Debatte einzubringen. Aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern ist jedoch mit einer Vergesellschaftung externer Kosten zu rechnen. Mögliche Zugewinne wie neue Arbeitsplätze und zusätzliche Staatseinnahmen müssen gegen Umwelt- und Gesundheitskosten oder degradierte landwirtschaftliche Flächen gegengerechnet werden.

Eine tansanische und afrikanische Vernetzung von Anti-Atom-AktivistInnen ist bisher kaum gelungen. Zwar hat sich Ende 2013 in Tansania eine National Coalition against Uranium Mining aus NGOs wie dem LHRC, CESOPE, LEAT, HakiMadini und anderen gegründet. Doch diese Koalition steckt noch in den Kinderschuhen und konnte bislang kaum Aktivitäten entfalten. Auch die 2009 gegründete, kontinentale African Uranium Alliance konnte bisher nur wenige Aktionen umsetzen, da eine Vernetzung zwischen den lokal agierenden Organisationen in sechs afrikanischen Staaten nur mit viel Aufwand möglich ist. Aufgrund der geringen Vernetzung und der Hindernisse, eine solche zu initiieren und lebendig zu gestalten, scheint die Mobilisierung der lokalen Bevölkerung erfolgversprechender.

Bisher ging es in den Diskursen und Argumentationen der KritikerInnen vor allem um das Ziel, den Uranabbau in Tansania wegen der erwarteten negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen zu verhindern. Sollte dies aufgrund der noch bestehenden zivilgesellschaftlichen Schwäche und der starken politischen und wirtschaftlichen Interessen, die hinter der Urangewinnung stehen, nicht möglich sein, muss es darum gehen, die negativen Effekte des Abbaus zu min-

dern und eine tatsächliche Gewinnbeteiligung der lokalen Bevölkerung einzufordern. Daneben gilt es, die Bergbauunternehmen verbindlich zu verpflichten, für Folgeschäden aufzukommen. Sollte der Uranabbau zukünftig nicht verhindert werden können, darf das Interesse keinesfalls abnehmen. Das würde die Auseinandersetzung um den Uranabbau «entpolitisieren» und die dahinter liegenden neoliberalen Entwicklungsstrategien, Machtstrukturen und Diskurse ausblenden.

Andreas Bohne ist Projektmanager Ostafrika in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**1** African Business, Juni 2013, Nr. 398, S. 12. **2** Vgl. [www.world-nuclear.org/info/Country-Profiles/Others/Uranium-in-Africa](http://www.world-nuclear.org/info/Country-Profiles/Others/Uranium-in-Africa). **3** East African Business Week, 12.8.2013. **4** African Business, Juni 2013, Nr. 398, S. 12. **5** Informationen zum Uranabbau beruhen – wenn nicht anders vermerkt – auf den Broschüren des Interfaith Standing Committee for Economic Justice and the Integrity of Creation (Hrsg.): Uranium Mining in Tanzania: Are We Ready?, Daressalam 2012 sowie Rosa-Luxemburg-Stiftung/Legal and Human Rights Centre (Hrsg.): Uranium Mining. Impact on Health and Environment, Daressalam 2014. **6** East African Business Week, 12.8.2013. **7** Hier liegt der entscheidende Unterschied zu den Diskussionen um den «Neo-Extraktivismus», der die Forcierung der Rohstoffausbeutung durch progressive, als mitte-links einzuordnende Regierungen in Südamerika umschreibt. Vgl. dazu u.a. Peripherie Nr. 132, 33. Jg., 2013 («Alles muss raus! Konfliktfeld Bergbau») oder Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V./Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin 2012. **8** Wobei hinter deren Wirtschaftswachstum oftmals selbst das extraktivistische Modell steht. **9** Lyimo, Karl: False Mkanomics steps: we're suffering, in: The Citizen, 19.7.2014. **10** Kafumu, Dalaly Peter: Reforming Tanzania's mineral sector, in: The Citizen, 19.6.2014. **11** Weitere strategische Mineralien sind Öl und Gas. **12** Interview mit Dr. Dalaly Peter Kafumu; Let's partner with foreigners in mining sector, in: The Citizen, 24.4.2014. **13** Uranium Network 2014, Rundbrief Nr. 2, S. 3. **14** Ein weiterer Vorwurf ist, dass keine Ergebnisse veröffentlicht werden. **15** International Business Times, 5.7.2012. **16** Vgl. [www.ipppmedia.com/frontend/index.php?l=60040](http://www.ipppmedia.com/frontend/index.php?l=60040); Tanzania Daily News, 5.10.2013. **17** Dies sind Partnerorganisationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ostafrika. **18** Kafumu, Dalaly Peter: Politics of reforming mineral sector in Tanzania, in: The Citizen, 22.5.2014. **19** Interview mit Dr. Dalaly Peter Kafumu.

STEPHAN KAUFMANN

## FREIHANDEL ALS WAFFE IM GLOBALEN MACHTKAMPF

JENSEITS VON CHLORHÜHNCHEN UND SCHIEDSGERICHTEN:  
DIE POLITISCHEN ZIELE DES TRANSATLANTISCHEN ABKOMMENS TTIP

Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen den USA und der EU ist ein Mega-Projekt. Von vielen Seiten wird vor Risiken und Gefahren des Abkommens gewarnt. Dennoch treiben die zuständigen Stellen das Projekt immer weiter voran. Damit stellt sich die Frage: Warum wollen die EU und die USA überhaupt TTIP? Oder anders: Wofür nehmen sie mögliche Risiken des Abkommens in Kauf? Die in Aussicht gestellten Effekte auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sind gering. Der Plan der EU, ihrer Mitgliedsstaaten und der USA ist vielmehr, durch eine Kooperation ihre Stellung in der globalen Konkurrenz zu stärken – nicht nur wirtschaftlich, auch machtpolitisch. Damit steckt das Projekt gleichzeitig voller Widersprüche, denn es ist eine Kooperation von Konkurrenten.<sup>1</sup>

Seit Sommer 2013 verhandeln die EU-Kommission und die US-Regierung über den Abschluss des Abkommens TTIP, und damit über einen umfassenden Abbau von Handelshemmnissen. Dazu gehören in geringerem Maße Zölle (die es im Handel zwischen Europa und USA kaum noch gibt); vor allem geht es um den Abbau von «nichttarifären Handelshemmnissen». Das bedeutet unter anderem die Angleichung oder die gegenseitige Anerkennung regionaler beziehungsweise nationaler Produktnormen, Prüfverfahren und Standards. Als «Handelshemmnisse» werden diese Regeln definiert, weil ihre Befolgung den Unternehmen zusätzliche Kosten aufbürdet. Sie müssen ihre Produkte und Dienstleistungen zusätzlichen Prüfverfahren oder Standards anpassen. Eine Vereinheitlichung, würde den Unternehmen eine Menge Kosten ersparen.

Mit TTIP entstünde zudem ein riesiger Wirtschaftsblock: Auf die Mitgliedsstaaten der EU und die USA entfällt fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts, sie bestreiten 30 Prozent des weltweiten Güter- und 40 Prozent des Dienstleistungshandels. Beide Blöcke sind füreinander jeweils der wichtigste Handelspartner.

### DIE VORGESCHICHTE

Anläufe zu einer neuen transatlantischen Wirtschaftskooperation gab es schon viele. Doch sie sind bislang alle gescheitert. Um die neue Dynamik zu verstehen und den besonderen Drang zum Abschluss von TTIP, muss man die Hintergründe betrachten, die den Druck auf die EU und die USA erhöht haben, wieder stärker zusammenzurücken.

### 1. Der relative Machtverlust des «Westens»<sup>2</sup>

Seit einigen Jahren sind Europa und die Vereinigten Staaten mit neuen potenten Konkurrenten konfrontiert. Hierzu zählt in erster Linie die Gruppe der BRICS-Staaten, vor allem China.<sup>3</sup> In der Folge des Aufstiegs dieser Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) haben die alten Mächte des «Westens» Weltmarktanteile verloren.<sup>4</sup> Mit ihrer größeren wirtschaftlichen Potenz wächst den BRICS-Staaten auch politische und militärische Macht zu. In Kooperation treten sie zunehmend als Kontrahenten des «Westens» auf, zum Beispiel in internationalen Gremien wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder der Welthandelsorganisation.

### 2. Die schwindende Bedeutung der Welthandelsorganisation

Für internationale Handelsfragen zuständig war in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Welthandelsorganisation (WTO). Sie «basierte auf einem Konsens der Staaten, wurde aber faktisch gelenkt von den USA und der EU/EG».<sup>5</sup> Für sie war die WTO das Instrument, per Regelsetzung ihre Handelsinteressen für alle anderen Staaten rechtsverbindlich zu machen. Insbesondere sollte die WTO dazu dienen, den chinesischen Markt zu «öffnen». Doch mit dem Machtzuwachs der Schwellen- und Entwicklungsländer lassen sich die gegensätzlichen Interessen nicht mehr auf einen Nenner bringen. Die jüngste Welthandelsrunde (Doha-Runde) ist in einer Sackgasse gelandet. «Der «Club», der 50 Jahre lang Weltwirtschaft und -handel gelenkt hat, ist offensichtlich nicht länger in der Lage, seine Positionen den anderen Parteien aufzuzwingen.»<sup>6</sup>



Da die WTO nicht länger als Mittel zur Durchsetzung europäischer und US-amerikanischer Interessen taugt, wurde damit begonnen, an der WTO vorbei mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen separate Abkommen abzuschließen.

### 3. Die Krise

Vor dem Hintergrund der jüngsten Weltfinanz- und -wirtschaftskrise haben die USA und die EU den Anspruch formuliert, den Weltmarkt künftig stärker für ihr Wirtschaftswachstum nutzen zu wollen. Barack Obama hatte 2010 in seiner Rede zur Lage der Nation angekündigt, die US-amerikanischen Exporte innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln und das chronische Defizit im Außenhandel zu verringern. Dazu müssten die USA «aggressiv neue Märkte suchen, genauso, wie es unsere Wettbewerber tun».<sup>7</sup>

Zu diesem Zweck verfolgen die USA nicht nur das Freihandelsabkommen TTIP mit Europa, sondern auch eine Trans-Pacific Partnership (TPP) mit südamerikanischen und asiatischen Staaten – unter Ausschluss Chinas. Die EU wiederum – und hier insbesondere die Staaten der Euro-Zone – setzt ebenfalls verstärkt auf den Außenhandel. Da aufgrund von Sparprogrammen und Lohnsenkungsstrategien die Binnennachfrage als Wachstumsmotor ausfällt, bleibt nur der Export, um die Konjunktur anzukurbeln und die Staatsschulden zu senken. Im Rahmen der Wachstumsstrategie «Europa 2020» hat sich die EU vorgenommen, zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Diese Strategie hat explizit eine machtpolitische Stoßrichtung, wie Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 25. März 2012 offen formulierte: «Nur ein wettbewerbsstarkes Europa hat Gewicht in der Welt.»

#### DIE ZIELE VON TTIP UND TPP

Zwar wurde von der EU-Kommission der Versuch unternommen, TTIP mit seinen vermeintlich positiven Wirkungen auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu legitimieren. Die einschlägigen Studien – auch die im Auftrag der Kommission – kommen hier aber auf Werte, die zu vernachlässigen sind.<sup>8</sup> Tatsächlich verfolgt der «Westen» mit den Handelsabkommen verschiedene Ziele. Zunächst soll es im Folgenden um diejenigen gehen, die die EU und die US-Regierung gemeinsam verfolgen. Danach werden die Gegensätze beider unter die Lupe genommen.

*Handelsumlenkung:* Zunächst würde ein Abbau von Handelshemmnissen den Unternehmen in der EU und den USA ganz unmittelbar Kosten ersparen und ihnen einen größeren «Binnenmarkt» bescheren. Ihre Wettbewerbsfähigkeit – also ihre relative Konkurrenzposition gegenüber Unternehmen, die von TTIP und TPP nicht erfasst werden – würde dadurch besser, sie könnten billiger anbieten. Erhoffte Folge davon ist zum einen der Gewinn von Weltmarktanteilen, zum anderen eine Umlenkung des Welthandels in die TTIP-Zone. Den Gewinnen der TTIP-Mitglieder stünden damit Verluste jener Länder gegenüber, die nicht Teil des Abkommens sind. Das erwartete Ausmaß der Handelsumlenkung wird allerdings selbst von den Protagonisten der Verhandlungen nicht als sonderlich groß veranschlagt.

*Globale Standards setzen:* Wesentlich bedeutsamer dürfte die Sogwirkung sein, die von TTIP ausgehen würde. Der neue Handelsblock wäre derart groß, dass sich andere Länder ihm anschließen müssten, sprich: seine Regeln übernehmen müssten, was ihnen zusätzliche Kosten verursachen würde. Mit TTIP könnten die USA und die EU damit das erreichen,

was ihnen über die WTO mit ihrem Konsensprinzip nicht mehr gelingt: die Regeln für den weltweiten Wettbewerb zugunsten der eigenen Interessen zu bestimmen. Das wird auch offen gesagt: Mit TTIP habe «Europa vermutlich das letzte Mal die Chance, weltweite Standards zu setzen», verlaublich vor Kurzem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.<sup>9</sup> Was Gabriel hier als Verteidigungsstrategie formuliert, ist im Kern ein Offensivprogramm. Als solches kennzeichnet es Hans-Peter Friedrich (CSU), der in einer Bundestagsdebatte für TTIP mit den Worten warb: «Der eigentliche Kern dieses Freihandelsabkommens besteht aber in der Chance, dass Europa und Amerika künftig in der Lage sind, bei neuen Technologien gemeinsam die Normen zu setzen. [...] Die technischen Normen sind die Reisepässe für Waren und Güter. – Wir, die Europäer und die Amerikaner, können diejenigen sein, die die Reisepässe ausstellen, und das ist ein Riesenvorteil.»<sup>10</sup>

*China – Unterwerfung durch Ausschluss:* Der Hauptkonkurrent des «Westens» ist China. Wirtschaftlich ist die Konkurrenz manifest in den verlorenen Weltmarktanteilen, politisch-militärisch deutet sie sich erst an. Es ist daher kein Zufall, dass die Volksrepublik weder Teil von TTIP noch von TPP ist. «Eine Art, TTIP und TPP zu beschreiben, ist EBC: Everyone But China», so Timothy Garton Ash.<sup>11</sup> Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass der Zweck der Abkommen im Ausschluss Chinas liegt – dafür ist das Land ökonomisch zu groß und zu lukrativ für westliche Unternehmen. Ziel von TTIP und TPP dürfte daher sein, China unter ein von den USA und der EU kodifiziertes Regelwerk zu zwingen – unter der Drohung, das Land von den Freihandelsabkommen auszuschließen, sollte die chinesische Regierung den Vorgaben nicht folgen. Bislang ist die Volksrepublik vielen Forderungen des «Westens» in Richtung Marktöffnung nicht nachgekommen. Häufig beklagt werden der mangelnde Schutz von geistigem Eigentum, wodurch US-amerikanischen und europäischen Firmen Einnahmen entgehen,<sup>12</sup> die Abschottung chinesischer Märkte vor ausländischer Konkurrenz, der Zwang für westliche Unternehmen, mit chinesischen Firmen Kooperationen einzugehen, und allgemein die politische Bevorzugung chinesischer Firmen gegenüber ihren westlichen Konkurrenten.

Wesentliches Mittel der Abschottung und der Subventionierung sind die großen Staatsunternehmen Chinas. «Man sollte es daher nicht für einen reinen Zufall halten, dass ein wichtiges Prinzip von TTIP die Herstellung gleicher Konkurrenzbedingungen und die vollständige Transparenz von staatlicher Unterstützung und Marktinterventionen ist», um auf diese Weise «die Unterstützung für die Staatsunternehmen [Chinas] zu begrenzen».<sup>13</sup> In diesem Sinne betonte Marjut Hannonen, Mitarbeiterin von EU-Handelskommissar Karel de Gucht, China sei herzlich eingeladen, dem TPP oder einem umfassenden Abkommen mit Europa beizutreten – vorausgesetzt, China wäre bereit, die erforderlichen Zugeständnisse zu machen.<sup>14</sup> Die Regeln des «Westens» wären unter TTIP und TPP zudem durch übernationale Schiedsgerichte durchsetzbar. Bereits bislang dienen derartige Gerichte meistens der Durchsetzung der Interessen des globalen Nordens gegen den globalen Süden: Bei den bislang 600 Klagen vor Schiedsgerichten richteten sich drei Viertel gegen Entwicklungs- und Schwellenländer.

*Geopolitik – TTIP als «Wirtschafts-NATO»:* Die Ziele von TTIP reichen weit über das Ökonomische hinaus. Von der ehemaligen US-Außenministerin Hillary Clinton stammt der Spruch, TTIP könne als eine Art «Wirtschafts-NATO» fungie-

ren. Diese Bezugnahme auf das Militärbündnis macht deutlich, welche weitreichenden Wirkungen sich einige PolitikerInnen von TTIP erhoffen oder befürchten. Es geht um nicht weniger als um eine «Erneuerung des Westens»,<sup>15</sup> und dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. «Die Logik von TTIP ist geopolitischer Natur», so die Einschätzung des sicherheitspolitischen Experten Peter van Ham. Auch EU-Handelskommissar Karel de Gucht vertritt die Auffassung, bei TTIP gehe es «um das Gewicht der westlichen freien Welt in wirtschaftlichen wie in politischen Belangen». <sup>16</sup> Wie hängen hier Ökonomie und das Militärische zusammen?

Erstens spielt eine erfolgreiche – und ausreichend große – Ökonomie einem Staat die Mittel ein, um sich eine potente Militärmacht zuzulegen. In diesem Sinne könnten die «erwarteten ökonomischen Gewinne die jeweiligen Bündnispartner revitalisieren», um «eine Allianz gegen China zu schmieden [TPP] oder die Kohäsion des Westens gegenüber Russland zu stärken [TTIP]». <sup>17</sup> Zweitens könnten sich unter dem Dach von TTIP jene Staaten zusammenfinden, die die gleichen «Werte und Interessen teilen». <sup>18</sup> Auf diese Weise könnte das Handelsabkommen als Filter für die NATO in der Frage dienen, mit welchen Ländern militärisch kooperiert wird. Zudem kann «TTIP eine Hierarchie innerhalb der NATO reinstallieren und eine Kerngruppe von gleichgesinnten Staaten bilden». <sup>19</sup>

Die USA haben vor einiger Zeit ihren geostrategischen Fokus auf die pazifische Region gelegt, um den auch militärisch untermauerten Anspruch Chinas in der Region zu begrenzen. Über TPP könnten die USA ein Netzwerk von Partnerstaaten bilden als Alternative zum chinesischen Block. Der EU wiederum geht es darum, per TTIP den Fokus der Vereinigten Staaten wieder verstärkt auf die Union mit Europa zu lenken. Denn die EU braucht die USA, um als Global Player mitzuspielen. Das belegt unter anderem der «Fall der Ukraine» (siehe unten).

## WIDERSPRÜCHE DES PROJEKTS

Das Freihandelsprojekt steckt voller Widersprüche und Gegensätze. Zum einen ist nicht klar, wer von ihm am Ende profitieren wird. Denn das sind nicht alle. Träfe das Credo der Liberalisierer zu, dass Freihandel allen nützt, so wären Verhandlungen und das viel zitierte «zähe Ringen» um die Ausgestaltung der Abkommen überflüssig. Gewinner und Verlierer wird es bei den Unternehmen geben, aufseiten einzelner Staaten, und auch bei den beiden Blöcke EU und USA steht nicht fest, wer am Ende den angestrebten Machtzuwachs für sich verbuchen kann. Die Frage tut sich auf, da die EU und die USA wie alle Vertragspartner zum Teil gegensätzliche Interessen verfolgen. Sie sind Konkurrenten, die sich zu einem übergeordneten Zweck zusammenfinden: Auf sich allein gestellt ist keiner von beiden stark genug, das gesetzte Ziel zu erreichen. Diese Gemeinsamkeit löscht ihre Gegensätze nicht aus, sondern gibt ihnen eine Verlaufsform. Per Kooperation versuchen beide, einander für das je eigene Ziel zu funktionalisieren. Das erzeugt Reibung.

Die Initiative zu TTIP geht von der US-Regierung aus. Sie will über eine atlantisch-pazifische Doppelstrategie ihre Vormachtstellung ausbauen. Per TTIP und TPP «versuchen die USA wahrscheinlich, die beiden Blöcke [Asien und Europa] gegeneinander auszuspielen, um von beiden ein Maximum an Zugeständnissen zu erhalten». <sup>20</sup> Auf diese Weise bildet Washington separate «Koalitionen der Willigen». Mit dieser Agenda konfrontieren sie die EU, China und den Rest der Welt.

Die EU ihrerseits versucht die Potenzen der USA zur eigenen Machtausweitung zu nutzen, denn allein ist sie insbesondere in Asien weder den USA noch China gewachsen. Die Frage, die sich für die europäische Politik stellt, lautet: Ist sie Profiteur oder bloß Mittel der US-Politik? «TTIP-Enthusiasten glauben daran, dass TTIP einen wichtigen Schritt in Richtung Erneuerung der politischen Kraft des Westens ist. [...] Die Frage an dieser Stelle ist jedoch, ob man das Wort «Westen» durch «USA» ersetzen kann?», fragt Roberto Bendini, Berater des Europäischen Parlaments in Handelsfragen. Für ihn gibt es wenig Zweifel daran, dass TTIP eher den strategischen Zielen der USA dienen wird als den «eher verworrenen und begrenzten Zielen der EU». <sup>21</sup> Zwar brauche die EU als weltpolitischer Akteur das Abkommen mit den USA, es habe «eine übergeordnete Bedeutung für die europäische Handlungsfähigkeit». <sup>22</sup> Andererseits hätten die Europäer «kein echtes Interesse daran, in einer kommoden transatlantischen Partnerschaft die Rolle des «Junior-Partners» zu übernehmen». <sup>23</sup>

Dieser Widerspruch entsteht aus der existenziellen Machtasymmetrie der Verhandlungspartner: «Die USA sind noch immer die bei Weitem größte Militärmacht der Welt [...] Die EU ist noch weit von einem gemeinsamen Verteidigungsregime entfernt, und die Kürzungen in den Militärbudgets vergrößern diese Kluft zwischen den USA und der EU noch weiter.» <sup>24</sup> Im Klartext: Wirtschaftlich agiert die EU zwar auf Augenhöhe mit den USA. Militärisch aber sind ihre Mitgliedsstaaten den USA erstens nicht gewachsen; zweitens sind ihre militärischen Potenzen eingebunden in die US-dominierte Struktur der NATO. Bei der Sicherung der globalen Geschäftsordnung ist die EU also auf die USA angewiesen. Auf sich allein gestellt, sind weder die EU noch ihre Mitglieder allein dazu in der Lage, ihre globalen Interessen militärisch abzusichern. Das wird ihnen derzeit an einem aktuellen Fall demonstriert. «In diesem Zusammenhang [TAFTA/TTIP] gewinnt die Krise um die Ukraine ein neues Gesicht.» <sup>25</sup>

## DER FALL UKRAINE

Ausgangspunkt der innerukrainischen Konflikte war ein Assoziationsabkommen mit der EU im Rahmen von deren Osterweiterung. Hierbei geht es um die (nicht nur) ökonomische Einbindung der Ukraine in den EU-Wirtschaftsraum und die Übernahme von EU-Regeln. Dieses Projekt traf auf – ab einem gewissen Zeitpunkt bewaffneten – Widerstand, hinter den sich die russische Regierung als Patron stellte. Als Antwort darauf erließen die USA und die EU Wirtschaftssanktionen gegen Russland – als Ersatz oder Ergänzung eines möglichen militärischen Eingreifens. Daneben verurteilte ein internationales Schiedsgericht im Juli 2014 die russische Regierung zu einer Zahlung von über 50 Milliarden US-Dollar wegen der – nach Ansicht des Gerichts – ungesetzlichen Zerschlagung des Ölkonzerns Jukos. Beides wirft für die EU die Frage auf, inwieweit sie nicht nur Regeln vereinbaren kann, sondern auch in der Lage ist, ihre Interpretation der Regeln gegen mächtige Gegner durchzusetzen? Oder anders formuliert: Sollte die russische Regierung dem Schiedsgerichtsurteil nicht folgen und die Strafe nicht zahlen – wäre die EU bereit, Staatseigentum der weltweit zweitgrößten Atommacht zu pfänden?

In letzter Instanz bleibt die EU also abhängig von der militärischen Schlagkraft der USA, die sie im Konflikt mit Russland nutzen will und muss. Gleichzeitig scheinen die Vereinigten Staaten im Fall Ukraine ein anderes Ziel zu verfolgen: Während die EU offensichtlich – mit den USA im Rücken –

eine weitere Schwächung des russischen Machteinflusses betreibt, gleichzeitig aber auf die Kooperationsbereitschaft Russlands angewiesen bleibt, zielt Washington auf eine Unterwerfung Moskaus gemäß dem Diktum von Zbigniew Brzezinski, dass Russland ohne die Ukraine auf den Status einer Regionalmacht zurückfallen würde. Anders gesagt: Während die EU in Richtung Moskau noch an den Nutzen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen appelliert,<sup>26</sup> scheinen die USA bereit zu sein, diese Beziehungen zu ruinieren, um ihr Ziel zu erreichen.

Der Übergang zur offenen Konfrontation unter Einsatz der wirtschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeiten kennzeichnet auch das TTIP-Projekt: «TTIP [und die USA] könnten die EU in eine strategische Arena drängen, in der sie sich nicht wohl fühlt, zumindest noch nicht.»<sup>27</sup> Innerhalb dieser «strategischen Arena» stellt sich für die anderen Staaten, insbesondere für die BRICS-Staaten, die Frage, ob sie sich dem Projekt der EU und USA anschließen oder ob sie Gegenstrukturen aufbauen. Letzteres scheint der Fall zu sein: Mit einer eigenen Entwicklungsbank und einem eigenen Währungsfonds installieren die BRICS-Staaten Alternativen zur Weltbank und zum IWF. Um Russland im Konflikt mit der EU und den USA beizustehen (und unter Ausnutzung der russischen Notlage für Preiszugeständnisse), vereinbarte Peking einen 30-jährigen Gasliefervertrag über 400 Milliarden US-Dollar. Zudem wurde Russland über Rubel-Renmimbi-Swap-Abkommen Zugang zu Finanzmitteln gewährt.

All das unterminiert die Wirksamkeit der Sanktionen des «Westens». Zugleich zeigt er damit, dass er bereit ist, das globale Wirtschafts- und Finanzsystem als Waffe einzusetzen. Das ist eine Drohung – und ein Risiko: «Derzeit besteht das Risiko, dass die EU und die Vereinigten Staaten am Ende in der schlechtesten aller Welten landen: Die Sanktionen sind nicht stark genug, um Moskaus Verhalten zu ändern oder China von weiteren militärischen Ansprüchen in seiner Nachbarschaft abzuhalten. Gleichzeitig sind sie stark genug, um Russland in eine engere Beziehung zu China zu drängen und China davon zu überzeugen, sich gegen seine Verletzlichkeit im westlichen Finanzsystem zu immunisieren.»<sup>28</sup>

Tatsächlich ist noch nicht klar, wie China auf das westliche Vorgehen gegen Russland und die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und TPP reagieren wird. Bislang verfolgt Peking seine «Regional Comprehensive Economic Partnership» mit asiatischen Ländern als eine Art Gegenpol. Und es versucht, die EU aus dem TTIP-Block herauszubrechen. Bei seinem Europa-Besuch Anfang April 2014 warb Chinas Präsident Xi Jinping für die Eröffnung von Gesprächen über eine Freihandelszone EU–China. «Washington ist sich dessen bewusst, dass China ein starkes Interesse daran hat, seine strategischen Beziehungen zur EU zu stärken, um eine Gegenmacht zur US-Hegemonie zu bilden.»<sup>29</sup> Die EU ist damit ihrerseits vor die Wahl gestellt, mit wem sie kooperieren will, zumal TTIP ihre eigene zerbrechliche Einheit bedrohen könnte. «Genauso wie die NATO die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik überschattet, so könnte TTIP eine Alternative anstatt einer Ergänzung zum EU-Binnenmarkt repräsentieren.»<sup>30</sup>

## WAS AUF DEM SPIEL STEHT

Das ist also das übergeordnete Risiko der transatlantischen Handelsprojekte und des Vorgehens gegen Russland: Der «Westen» versucht, über seine Kooperation den Rest der Welt unter das eigene Regelwerk zu drängen. Gleichzei-

tig befördert er damit die Segmentierung des Weltmarkts, unterminiert die Universalität des bislang bestehenden Welt(handels)systems und riskiert ein Auseinanderbrechen dieses Systems.

Dieses Risiko scheinen die EU und die USA derzeit bereit, einzugehen, um ihre globale Macht zu festigen, zurückzugewinnen oder auszubauen. Dieser Machtfaktor ist der entscheidende Maßstab, den die TTIP-Verhandlungsparteien anlegen, nicht ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts oder des Lebensstandards der Bevölkerung. Zwar warb auch Bundespräsident Gauck für TTIP: «Die angestrebte transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft kann den Wohlstand auf beiden Seiten des Atlantiks mehrer.» Dieser zusätzliche «Wohlstand» wird aber stets eher als nützliche Folge von TTIP genannt, nicht als Ziel. Wäre er das Ziel, so bliebe unklar, warum die Eliten der EU und der USA das Abkommen mit so «ausgeprägter Dringlichkeit»<sup>31</sup> verfolgen. Es bietet ihnen – nach eigener Aussage – die «letzte Chance» auf Machtzuwachs und birgt damit ein großes Risiko: «Das Problem ist: Wenn TTIP scheitert, scheitert es in aller Öffentlichkeit und stellt damit den transatlantischen Westen als leeren Mythos bloß.»<sup>32</sup>

Stephan Kaufmann ist Wirtschaftsjournalist und lebt in Berlin.

**1** Im Folgenden werden immer wieder Formulierungen wie «die USA wollen» oder «die EU fordern» verwendet, wohinter Gegensätze – etwa zwischen konkurrierenden Unternehmen, Arbeitnehmern und Kapital oder zwischen den Regierungen der einzelnen EU-Staaten – verschwinden. Wenn dennoch von der EU und den USA (oder China) quasi als Einheiten gesprochen wird, dann deswegen, weil auf der Ebene des Welthandels Staaten beziehungsweise deren Regierungen die handelnden Subjekte sind. Was sie durchzusetzen versuchen, ist ein – bei allen existierenden Gegensätzen – jeweils übergeordneter Standpunkt, mit dem die jeweiligen im Land oder einer Region dominanten politökonomischen Interessen gesichert werden sollen. Diese Interessen sind nicht zu verwechseln mit denen der EinwohnerInnen dieser Staaten. **2** «Westen» wird hier in Anführungsstriche gesetzt, da die in diesem Wort ausgedrückte Einheit von EU und USA nur begrenzt gilt. **3** Vgl. zum Aufstieg der BRICS in quantitativer Hinsicht Neelsen, John P.: Das Empire schlägt zurück: TTIP vs. BRICS in: Sozialismus, Dezember 2014, im Erscheinen. **4** Deutsch, Klaus Günter: Atlantische Einheit im weltweiten Wettbewerb. TTIP in Perspektive, Deutsche Bank Research, Frankfurt a. M. 2013. **5** Bendini, Roberto: EU and US trade policy and its global implications, Brüssel 2014, S. 11, unter: [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/briefing\\_note/join/2014/522349/EXPO-INTA\\_SP\(2014\)522349\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/briefing_note/join/2014/522349/EXPO-INTA_SP(2014)522349_EN.pdf). **6** Ebd., S. 13. **7** Zit. n. ebd., S. 5. **8** Vgl. hierzu <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10969.pdf>. **9** Vgl. [www.vorwaerts.de/artikel/gabriel-ttip-entmystifizieren](http://www.vorwaerts.de/artikel/gabriel-ttip-entmystifizieren). **10** Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht der 54. Sitzung, Plenarprotokoll 18/54, Berlin 2014, S. 4926. **11** Zit. n. Ham, Peter van: The Geopolitics of TTIP. Clingendael Policy Brief, Den Haag 2013, S. 5. **12** Die USA und die EU halten 40 Prozent der weltweiten Patente. **13** Trigkas, Vasilis: The Strategic Implications of TAFTA/TTIP: Will it Engage or Contain China?, in: The Transatlantic Colossus, Februar 2014. **14** Vgl. <http://chinatradeextra.com/China-Weekly-Update/China-Weekly-Update-9/6/2013/eu-official-signals-china-is-wary-of-ttip-tpa-due-to-potential-market-impact/menu-id-1085.html>. **15** Vgl. <http://english.peopledaily.com.cn/90777/8294139.html>. **16** Ham: The Geopolitics of TTIP, S. 1. **17** Perthes, Volker: TTIP: Die strategischen Prioritäten der Anderen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2012, S. 1. **18** Ham: The Geopolitics of TTIP, S. 4. **19** Ebd. **20** Bendini: EU and US trade policy, S. 15. **21** Ebd., S. 17 f. **22** Deutsch: Atlantische Einheit, S. 61. **23** Bendini: EU and US trade policy, S. 20. **24** Ebd., S. 16 f. **25** Neelsen: Das Empire, im Erscheinen. **26** «Russland wirtschaftlich niederzuringen», dürfe nicht der Sinn von Sanktionen sein, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Zit. n.: [www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-steinmeier-warnt-vor-zu-scharfen-sanktionen-gegen-russland-a-1005327.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-steinmeier-warnt-vor-zu-scharfen-sanktionen-gegen-russland-a-1005327.html). **27** Ham: The Geopolitics of TTIP, S. 7. **28** Small, Andrew: Ukraine, Russia and the China Option. The German Marshall Fund of the United States, Washington D.C. 2014, S. 1. **29** Vgl. [www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/web/riecano\\_en/contentido/WCM\\_GLOBAL\\_CONTEXT=/elcano/elcano\\_in/zonas\\_in/commentary-otero-iglesias-geopolitics-ttip-seen-from-beijing](http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/web/riecano_en/contentido/WCM_GLOBAL_CONTEXT=/elcano/elcano_in/zonas_in/commentary-otero-iglesias-geopolitics-ttip-seen-from-beijing). **30** Bendini: EU and US trade policy, S. 17. **31** Ham: The Geopolitics of TTIP, S. 2. **32** Ebd., S. 6.

CHRISTIAN JAKOB

## ENDE DES VERBOTS DER PKK IST ÜBERFÄLLIG

**SOLIDARITÄT MIT DEN KURDINNEN HEISST IHRE ORGANISATIONEN  
ANZUERKENNEN – AUCH DIE ARBEITERPARTEI KURDISTANS**

Oktober 2014: Ein CDU-Fraktionsvorsitzender, der darüber nachdenkt, die Arbeiterpartei Kurdistan (Partiya Karkerên Kurdistan, PKK) mit deutschen Waffen auszurüsten und von SPD und Grünen daran erinnert wird, dass seine eigene Partei die Kurdenorganisation 1993 verboten hat.<sup>1</sup> Verkehrte Welt. Durch den Aufstieg der Dschihadistenmiliz «Islamischer Staat» (IS) ist die vor Kurzem noch als Terrororganisation geächtete PKK so plötzlich zu einem bedeutenden politischen Faktor geworden, sodass die Debatte in Deutschland kaum hinterherkommt.

Das Bundesinnenministerium erklärte Mitte Oktober, es sehe «keinen sachlichen Grund, in Überlegungen über eine Aufhebung des PKK-Verbots einzutreten»; das Verbot bleibe «im Interesse der nationalen inneren Sicherheit ein unverzichtbares Regulativ».<sup>2</sup> Doch der nationalen Sicherheit Deutschlands diene das Verbot der PKK nie. Die Gewalt der KurdInnen in Deutschland endete im Jahr 1996 allein durch den Dialog mit Öcalan. Das als Flankierung des Krieges der Türkei gegen die KurdInnen ausgesprochene PKK-Verbot aber blieb. Und mit ihm blieben die Stigmatisierung, die Kriminalisierung und die Beschneidung des Rechts auf politische Betätigung der hier lebenden KurdInnen. Die Lage im Nahen Osten hat die Innenpolitik nun überholt. Die KurdInnen haben sich als die vernünftigsten Akteure der im Chaos versinkenden Region erwiesen. Deshalb führt kein Weg an der Anerkennung ihrer Organisationen vorbei.

### **1993: «TIEFE BEFRIEDIGUNG» IN ANKARA**

Das türkische Fernsehen unterbrach sein Programm für die Meldung: Mit «tiefer Befriedigung» habe die türkische Regierung das Verbot der PKK und ihrer Nebenorganisationen in Deutschland zur Kenntnis genommen. Am Morgen des 26. November 1993 verkündete der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) das Verbot. «Die Mittel und Methoden der PKK, wie wir sie kennen – Schutzgelderpressung, Brandanschläge, Geiselnahme, Überfall und auch Mord –, sind kriminell», sagte Kanther.<sup>3</sup> Der Bescheid bestand aus elf einzelnen Verfügungen, gegründet auf das Vereinsgesetz. Kanther verbot die Betätigung von insgesamt 35 Teilorganisationen und ordnete deren Auflösung sowie die Beschlagnahme des Vereinsvermögens an. Er forderte

die in Deutschland lebenden KurdInnen auf, sich von der PKK zu distanzieren. Zeitgleich durchsuchte die Polizei die Räume von bundesweit 160 kurdischen Einrichtungen. Es war der Auftakt für eine zwei Jahrzehnte währende, kaum zu überblickende Reihe weiterer Verbote von kurdischen Vereinen und deren Aktionen. Kultureinrichtungen und kurdische Medien wurden geschlossen, Häuser durchsucht. Es gab Terrorprozesse, Ausweisungen und Ermittlungsverfahren gegen Tausende KurdInnen in Deutschland.

Wegen der gewalttätigen Aktionen, die sie im Nahen Osten und Westeuropa verübt hat, gilt die PKK bis heute vielfach als Terrororganisation. Seit 2002 steht die Partei auf der EU-Terrorliste, obwohl der Europäische Gerichtshof dies 2008 moniert hat.<sup>4</sup>

Dem Konflikt ist jedoch seit jeher eine grundlegende Asymmetrie eingeschrieben, die die Diskussion bis heute bestimmt: Anders als die Armee der Türkei hat die kurdische Guerilla, die seit Ende der 1970er Jahre für die Selbstbestimmung der KurdInnen kämpft, einen höchst strittigen völkerrechtlichen Status. Viele halten ihre Aktionen deshalb automatisch für Terrorismus, während die Rechtmäßigkeit der türkischen Militäroperationen nicht infrage gestellt wird. Es ist nicht leicht, eine Trennlinie zu ziehen zwischen Aktionen mit terroristischem Charakter und solchen, die als militärische Auseinandersetzung gelten können. Hilfreich kann ein Blick auf die näheren Umstände der PKK-Militanz sein. Die umfassendste öffentlich zugängliche Datenbank hierzu ist die Global Terrorism Database des National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (START) an der Universität von Maryland.<sup>5</sup> START wird vom US-Heimatschutzministerium finanziert. Dort sind sämtli-

che Anschläge seit 1984 gelistet. Allerdings sind durch einen Computerfehler die Daten für das Jahr 1993 nur auf Anfrage erhältlich und auch nicht so detailliert wie für den übrigen Zeitraum. Die Angaben zu Anschlägen in Deutschland im Jahr 1993 sind deshalb im Folgenden mit Informationen aus weiteren Quellen ergänzt.

Insgesamt summiert sich die Zahl der militanten Aktionen der PKK demnach auf etwa 1.800. Davon gilt in mindestens 1.218 Fällen die Urheberschaft der Partei laut START als erwiesen. Die PKK selbst bestreitet allerdings in einigen Fällen, verantwortlich zu sein. Die Partei verübte ihre Anschläge vor allem während der Hochphase des Krieges in der Südosttürkei: Rund vier Fünftel der Aktionen fanden in den Jahren zwischen 1991 und 1995 statt. Soweit Zahlen verfügbar sind, waren etwa zwei Drittel der Getöteten türkische SoldatInnen oder PolizistInnen, ein Drittel der Opfer waren ZivilistInnen. Rund die Hälfte der Anschläge richtete sich gegen Militäreinrichtungen, Polizeistationen oder Regierungsgebäude, die übrigen gegen zivile Ziele. Insgesamt wurden laut START etwa 4.500 Menschen durch PKK-Kommandos getötet und weitere 3.000 verletzt. Nicht eingerechnet sind hierbei die Morde an Kadern der PKK, die wegen Abweichlertums getötet wurden. In einem Bericht der türkischen Nationalversammlung 2013 werden hierzu zwei Zahlen genannt: Das Generaldirektorat für Sicherheit zählt 178 interne Morde zwischen 1987 und 2011. Gleichzeitig verweisen die ParlamentarierInnen auf eine Angabe des PKK-kritischen kurdischen Publizisten İbrahim Güçlü, der zwischen 1984 und 1993 insgesamt 727 Morde gezählt hat.<sup>6</sup> Am 21. März 2013 erklärte Öcalan eine bis heute weitgehend gültige Waffenruhe.

Das ist zweifellos eine blutige Bilanz. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass im selben Zeitraum weit mehr Menschen durch die Gewalt des türkischen Militärs zu Tode kamen. Der Konflikt forderte 21.400 zivile Opfer, der frühere Amnesty-International-Rechercheur Helmut Oberdiek rechnet davon zwischen 1990 und 2000 etwa 800 der PKK zu.<sup>7</sup> Bis 1996 wurden nach Zahlen von NGOs wie dem türkischen Menschenrechtsverein IHD rund 8.600 Mitglieder der PKK getötet.<sup>8</sup> Die Türkische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien schätzt, dass die türkische Armee bis zu 1,2 Millionen KurdInnen gewaltsam vertrieben hat.<sup>9</sup> Dabei wurden Tausende Dörfer zerstört.

### **ÖCALAN, DIE AUTOBAHN UND HELMUT KOHL**

Und in Deutschland? Etwa 240 Aktionen der PKK sind hier bekannt. Weit über die Hälfte der Anschläge richtete sich gegen Geschäfte in TürkInnen. Etwa 100 Menschen wurden insgesamt verletzt. Am 24. Juni 1993 überfielen 13 Kurden das türkische Generalkonsulat in München und nahmen 23 Geiseln. Die Aktion endete ohne Blutvergießen. Am 19. März 1994 zündeten sich in Mannheim die KurdInnen Nilgün Yıldırım und Bedriye Taş aus Protest gegen die Politik der Türkei selbst an. Die 21 und 23 Jahre alten Frauen starben an ihren Verbrennungen. Mehrfach besetzten Tausende KurdInnen Autobahnen. Bei PKK-Anschlägen in Deutschland starben drei Menschen, die Umstände sind zum Teil strittig. START rechnet der PKK den Tod zweier Asylbewerber aus Ghana und dem Tschad zu. Sie starben am 29. August 1995 bei einem Brand in einem Hochhaus in Ulm. Unbekannte hatten im Erdgeschoss in einer von TürkInnen betriebenen Dönerbude Feuer gelegt. Allerdings konnten die TäterInnen nicht ermittelt werden. Die PKK stritt zwei Tage später über ihre Vorfeldorganisation ERNK die Beteiligung an dem Anschlag

ab. Darüber hinaus wird der PKK der Anschlag auf die Kneipe «Hermannseck» in Wiesbaden zugerechnet. Dort verbrannte am 4. November 1993 ein 31-jähriger Türke aus Wiesbaden, nachdem Unbekannte Brandsätze in den Gastraum geworfen hatten. Hinzu kommen Morde an Abweichlern innerhalb der PKK, allein im Jahr 1994 waren es vier.

Weil die Bundesrepublik die Türkei bei ihrem Krieg gegen die KurdInnen unter anderem mit Panzerlieferungen unterstützte, drohte der PKK-Führer Abdullah Öcalan noch Anfang 1996 mit weiteren Aktionen in Deutschland. Doch nachdem ein Vertreter des Verfassungsschutzes sowie der damalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) Öcalan 1996 besuchten, änderte dieser seine Linie. Er nannte die Militanz in Deutschland einen «Fehler», die Führung der PKK schrieb dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) einen Brief und kündigte das Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Deutschland an. Die «bedauerlichen Vorfälle» der vergangenen Jahre würden sich nicht wiederholen; man habe «erhebliche Anstrengungen» unternommen, damit sich alle KurdInnen «an die Gesetze der Länder, in denen sie leben, halten».<sup>10</sup> Öcalan erklärte, dies gelte selbst dann, wenn das Verbot bestehen bleibe. Der Innenminister Kanther sprach von «rein taktisch motivierter Propaganda».<sup>11</sup>

Nach Öcalans Erklärung gab es vier weitere Brandanschläge aus den Reihen der PKK in Deutschland. Dann hatte die Gewalt ein Ende. Der damalige Generalbundesanwalt Kay Nehm stufte die Führungsriege der PKK deshalb 1998 nicht mehr als terroristische, sondern – unter anderem wegen Schutzgelderpressung – nur noch als kriminelle Vereinigung ein. Im Jahr 2010 stellte dann der Bundesgerichtshof fest, dass die Partei lediglich «die Voraussetzungen einer terroristischen oder kriminellen Organisation im Ausland erfüllt»<sup>12</sup> – nicht also im Inland. Das Betätigungsverbot blieb jedoch in Kraft. Dabei gibt es für die Verstrickung der PKK in kriminelle oder mafiöse Geschäfte in Europa keine Belege – das hat das Bundesinnenministerium (BMI) Ende November 2014 auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen erklärt. «Organisierte Kriminalität, Drogen- oder Menschenhandel, Geldwäsche, Zwangsprostitution und andere Delikte in Deutschland oder der EU» seien «nicht Gegenstand der Strafverfolgung» der PKK gewesen; es sei «nicht auszuschließen», dass einzelne PKK-Mitglieder in solche Geschäfte verwickelt seien; ihre Zugehörigkeit zu der Kurdenpartei wäre in einem solchen Fall aber «ohne Relevanz».<sup>13</sup>

### **REKRUTINEN UND REVOLUTIONSSTEUER**

Die deutschen Behörden gehen davon aus, dass die PKK in Deutschland heute 13.000 Mitglieder hat, darüber hinaus aber viele der rund 500.000 in Deutschland lebenden KurdInnen mobilisieren kann.<sup>14</sup> Gemeinsam mit ihren Vorfeldorganisationen ist sie die wichtigste, politische Vertretung der KurdInnen. Neben Kundgebungen, Veranstaltungen und Lobbyarbeit bestehen ihre Aktivitäten laut Verfassungsschutz vor allem aus Rekrutierung und Finanzbeschaffung.

Die PKK kassiert von den hier lebenden KurdInnen einen finanziellen Beitrag zum politischen und militärischen Kampf. Dies geschieht in Form der sogenannten Jahresspendenkampagne in den Monaten von September bis zum Newroz-Fest im März des Folgejahres. Dabei handelt es sich nach Meinung der deutschen Behörden um die «zentrale Aktivität der Partei» – und um ihre wichtigste Einnahmequelle.<sup>15</sup> Im Jahr 2013 sollen dabei in Deutschland etwa neun Millionen Euro zusammengekommen sein: «Die PKK konnte auf

eine erhöhte Spendenbereitschaft setzen, einerseits wegen der weiter offenen Kurdenfrage in der Türkei, andererseits wegen der angespannten, aber aus kurdischer Sicht auch vielversprechenden Lage in Syrien», schreibt der Verfassungsschutz.<sup>16</sup> Die Höhe der Zahlungen variiere je nach Jahreseinkommen der SpenderInnen: Von Familien würden einige Hundert Euro jährlich verlangt, von Geschäftsleuten einige Tausend Euro. Praktisch jede Guerilla der Welt finanziert sich so, viele belassen es nicht bei freundlichem Bitten. Auch der PKK wird vorgeworfen, Zwang anzuwenden, dies wird als ein Argument für ihr Verbot angeführt. Doch wenn die PKK tatsächlich Zwang einsetzt, kann dies ohne Weiteres mit den Mitteln des Strafrechts verfolgt werden: Paragraph 240 des Strafgesetzbuches droht für Nötigung mit bis zu drei Jahren Haft, auch schon für den Versuch.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich der PKK in Deutschland besteht in der Werbung von Nachwuchs. So hat die Partei offenbar auch während des Friedensprozesses weiter in Deutschland rekrutiert. Lange ging es dabei um KämpferInnen für die HPG-Guerilla in den nordirakischen Kandil-Bergen. Bekannt geworden ist zuletzt der Fall einer 21-Jährigen aus Köln, die Anfang 2011 angekündigt hatte, sich dem kurdischen Kampf anzuschließen. Im Mai 2011 meldeten ihre Eltern sie als vermisst. Im Juli 2013 berichtete die kurdische

Nachrichtenagentur Roj, dass die junge Frau mit dem Decknamen «Tekoşin Koçgiri» im Oktober 2012 bei Kämpfen nahe des Zab-Flusses getötet worden sei. Seit Herbst 2013 ruff die PKK offenbar verstärkt dazu auf, auch nach Syrien zu gehen. Im Grenzgebiet zwischen der Türkei und dem Irak würden die Männer und Frauen, so heißt es in einem internen Papier der Sicherheitsbehörden, militärisch ausgebildet, um für den PKK-Ableger YPG in Syrien zu kämpfen.<sup>17</sup> Mindestens 50 Männer und Frauen seien bereits dorthin ausgereist.

Man muss die Frage stellen, ob Menschen gut beraten sind, in einen solchen Krieg zu ziehen, und Schicksale wie jenes von «Tekoşin Koçgiri» sind zweifellos tragisch. Trotzdem taugt diese Praxis nicht automatisch als Argument für ein Verbot der PKK. Geht es um Minderjährige oder ist Zwang im Spiel – wofür es keine Belege gibt –, ist die Sache klar: Dann handelt es sich um Erpressung, Nötigung oder Entziehung Minderjähriger, was ohne Weiteres strafbar ist. Aber sonst? Mit der Anwerbung jugendlicher DschihadistInnen aus Deutschland für den verbrecherischen IS ist eine mögliche Rekrutierung für die YPG nicht zu vergleichen. Niemand zieht die Legitimität des Kampfes gegen die DschihadistInnen in Zweifel, die Bundesrepublik unterstützt ihn sogar hochoffiziell. Muss dann nicht auch hingenommen werden, wenn erwachsene KurdInnen freiwillig daran teilnehmen wollen?

## EXKURS – FOLGEN DES PKK-VERBOTS

### Deniz B.: Keine Straftat, doch Deutschland-Verbot

Am 2. Dezember 2014 entschied das Verwaltungsgericht Köln: Der Kurde Deniz B. darf aus Deutschland ausgewiesen werden. Der 33-Jährige hatte zuvor nichts verbochen, es gab kein Ermittlungsverfahren, keine Anklage, keinen Strafprozess gegen ihn. Doch weil er für die PKK in Deutschland politisch aktiv war, entzog ihm die Ausländerbehörde in Bergisch Gladbach das Aufenthaltsrecht. B. lebt seit zehn Jahren in Köln und Umgebung und hatte im Jahr 2005 politisches Asyl bekommen. Im letzten Jahr hatte B. eine Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis beantragt. Verfassungsschutz und BKA meldeten jedoch «Sicherheitsbedenken» an: B. sei Funktionär der PKK. Er habe unter anderem bei einem Hungerstreik für die Freilassung Öcalans mitgemacht, bei einer PKK-Veranstaltung in Hannover Anwesende aufgefordert, sich aktiv an der Vereinsarbeit zu beteiligen und eine Jugendgruppe geleitet. Als Unterstützer müsse sich B. die «Gefährdung, die von dieser Terrororganisation ausgeht, auch persönlich zurechnen lassen», heißt es in der Ausweisungsverfügung. Weil B. in der Türkei Folter droht, kann die Ausweisung nicht vollstreckt werden. «Da mir derzeit die Möglichkeit Ihrer Entfernung aus dem Bundesgebiet nicht gegeben ist, schöpfe ich alle mir vom Gesetzgeber gegebenen Mittel aus, die von Ihnen ausgehende Gefahr für die Allgemeinheit so gering wie möglich zu halten», schreibt die Ausländerbehörde. B. muss nun sich täglich bei der Polizei melden und darf den Landkreis Bergisch Gladbach nicht verlassen. Bei Verstößen drohen Zwangsgeld und Haft. Zu den Auflagen gehört auch, dass B. nicht in einer Wohnung leben darf, sondern sich in einem Flüchtlingslager bei Rösrath aufhalten muss.

### Nicole Gohlke: Immunität verloren

Am 7. November 2014 hob der Bundestag die Immunität der Linken-Abgeordneten Nicole Gohlke auf. Sie hatte am 18. Oktober 2014 auf einer Kundgebung gegen die Angriffe

der Dschihadistenmiliz «Islamischer Staat» (IS) auf die kurdische Stadt Kobanê eine Rede gehalten. Dabei hielt sie die Fahne der PKK hoch. Unter dieser Fahne werde «in diesen Minuten ein Kampf für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie geführt», sagte Gohlke. Nachdem sie ihre Rede beendet hatte, nahm die Polizei sie in Gewahrsam. Jetzt kann die Münchner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren einleiten.

### Selim U.: PKK-ler oder nicht – Hauptsache raus

Der heute 40-jährige Kurde Selim U. wurde 1992 als politischer Flüchtling anerkannt. In den folgenden Jahren baute er in Bremen ein Bauunternehmen mit über zehn Angestellten auf und engagierte sich in der Linkspartei. 2003 beantragte er die Einbürgerung. Doch weil er im Jahr zuvor in den Vorstand des kurdischen Arbeitgeberverbandes KARSAZ gewählt worden war, legte der Verfassungsschutz wegen Sicherheitsbedenken Widerspruch gegen seine Einbürgerung ein. KARSAZ ist nicht verboten, gilt jedoch als PKK-nah. Auch ein Rückzug aus dem Verband nützte U. nichts: «Der Rücktritt des Herrn U. muss als rein strategisch bewertet werden. Wir erhalten unsere Bedenken aufrecht», schrieb der Verfassungsschutz der Einbürgerungsbehörde. Solche Bedenken muss der Verfassungsschutz mit Verweis auf «Quellenschutz» der V-Männer nicht weiter belegen. Das macht es extrem schwierig, einen Gegenbeweis zu führen. Am 14. Dezember 2005 bestätigte das Oberverwaltungsgericht Stade die Ablehnung letztinstanzlich. U. selbst stritt in dieser Zeit jede Verbindung mit der PKK ab. Daraufhin aber traten die Ausländerbehörde und das Bundesamt für Flucht und Migration auf den Plan. U. habe nicht mehr als politischer Flüchtling zu gelten, argumentierten sie. Da er nach eigenen Angaben der PKK nicht nahestehe, brauche er bei einer Rückkehr in die Türkei keine Verfolgung zu befürchten. Die Behörden versuchten jahrelang, ihm den Flüchtlingsstatus zu entziehen.

## DOPPELT UND DREIFACH GESTRAFT

Alles, was im Zusammenhang mit Terrororganisationen sinnvollerweise verboten gehört, ist in Deutschland sowieso verboten: Schutzgelderpressung, Nötigung und Zwangsrekrutierung stehen ebenso wie Brandanschläge oder Landfriedensbruch unter Strafe. Beim PKK-Verbot geht es deshalb um mehr. Sein politischer Zweck besteht darin, politisch missliebige Taten zu sanktionieren, die in einem anderen politischen Kontext legal wären, oder politisch missliebige Akteure besonders hart zu verfolgen. Das Verbot schafft dazu ein Instrumentarium von Doppel- und Dreifachsanktionen, jenseits der regulären Strafbarkeit. Das Verdikt des Terrorismus durchdringt den gesamten politischen Raum justiziell und kontaminiert ihn mit Sanktionsdrohungen. Rede- und Meinungsfreiheit stehen unter dem Vorbehalt des Propagandadelikts oder der «Unterstützungshandlung». Auch Organisationen, die selbst nicht verboten sind, sind davon betroffen. Das gilt praktisch für sämtliche kurdischen Vereine und Personen: Alle stehen unter dem Generalverdacht der PKK-Nähe.

Das Verbot hat die KurdInnen in Deutschland derartig stigmatisiert, dass das Wort «Kurde» zeitweise fast automatisch mit Terrorismus in Verbindung gebracht wurde. Praktisch jede prokurdische Aktivität kann als PKK-Propaganda gewertet werden. Dann droht nicht nur Strafverfolgung, sondern ein ganzer Katalog zusätzlicher, ausländerrechtlicher Sanktionen (siehe Exkurs). Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis kann verweigert werden, Ausweisung kann die Folge sein. Auch bereits gewährtes Asyl kann nachträglich aberkannt werden. Letzteres ist insofern besonders problematisch, als bei KurdInnen in der Regel die Arbeit in kurdischen Organisationen Ursache der Flucht und somit Grundlage der Asylgewährung ist. Die Sicherheit der Bundesrepublik sieht der Staat offenbar selbst durch das Zeigen von Öcalan-Bildern oder das Rufen von Parolen wie «Freiheit für unseren Führer Abdullah Öcalan» bedroht – all dies kann als Propagandadelikt gewertet und entsprechend bestraft werden.

## GROSSE SKEPSIS UND SOLIDARITÄT

Bis heute begegnen viele, auch viele Linke, der PKK mit Skepsis. Das kommt nicht von ungefähr. Wer die Geschichte der Partei anschaut, wird viel entdecken, was mit westlichem Demokratie- und Grundrechtsverständnis unvereinbar ist. Auch an der Überhöhung ihres Führers Abdullah Öcalan hält sie unbeirrbar fest: Für die jungen PKK-AnhängerInnen sei Öcalan mittlerweile «zu einer nicht mehr mit menschlichen Maßstäben fassbaren, nahezu mystischen Gestalt entrückt».<sup>18</sup> Das befremdet umso mehr, als dass es für solchen Herrscherkult weder Platz noch Notwendigkeit geben dürfte, wenn man die libertären Elemente seiner Leitideologie, des «demokratischen Föderalismus» ernst nimmt. Denn zu Öcalans Verdiensten zählt nicht nur, den Kampf gegen Feudalstrukturen und Frauenunterdrückung in Kurdistan aufgenommen zu haben. Vor über zehn Jahren erklärte er die Abkehr von der «nationalen Befreiung», dafür propagiert die PKK jetzt neue Formen poststaatlicher Repräsentation. In Ansätzen sieht sie diese Formen in der nord-syrischen Region Rojava verwirklicht. Die dortige demokratische Selbstverwaltung mit starker Beteiligung der Frauen rühmt sie als Modell für den ganzen Nahen Osten: «Ein säkulares, multiethnisches Gemeinwesen jenseits staatlicher Grenzen in einer Region voller ethnisch-religiöser Konflikte», sagt die Sprecherin des kurdischen Nationalkongresses, Songül Karabulut.<sup>19</sup>

Was man der PKK auch vorwerfen mag – der Sympathie mit dem Dschihad oder anderem religiösen Wahn ist sie unverdächtig. In der Region hat das heute Seltenheitswert. Und nicht zu vergessen: Es war der bewaffnete Arm der PKK, der sich dem IS entgegengestellt und die bedrängten Jesiden im August 2014 aus dem Sindschar-Gebirge gerettet hat. Heute will die Partei nach eigenem Bekunden keinen eigenen kurdischen Staat mehr, sondern regionale Autonomie und eine engere Verflechtung der KurdInnen in Syrien, der Türkei und dem Irak. Belege dafür, dass dies nicht stimmen könnte und es ihr tatsächlich um die gewaltsame Abspaltung geht, gibt es nicht. Sie führt Friedensgespräche mit der Türkei, es herrscht Waffenruhe.

Gleichwohl: Die PKK ist eine zentralistische Kaderpartei mit stalinistischen Wurzeln, die nicht nur eigene Mitglieder, sondern auch ZivilistInnen ermordet hat. Diese Vergangenheit ist bis heute kaum aufgearbeitet. Die Partei begründet das damit, dass auch die Türkei keine Anstalten macht, ihre Verbrechen zu thematisieren. All das muss man nicht sympathisch finden. Doch wird der PKK nicht gerecht, wer sie allein an ihren Taten von vor 20 Jahren misst. Die Welt ist heute eine andere, und bis zum Beweis des Gegenteils darf dies auch die PKK für sich reklamieren.

Der von religiösem Wahn getriebene Zivilisationsbruch des IS richtet sich in besonderer Weise gegen die KurdInnen. Schon deshalb haben sie jede Solidarität verdient. Ohnehin gibt es in der Region sonst weit und breit niemanden, der als fortschrittlicher Bezugspunkt infrage kommt. Die Konsequenz muss lauten, die PKK zu legalisieren und den Dialog mit ihr aufzunehmen. Das würde nicht nur den Friedensprozess mit der Türkei fördern und sie im Kampf gegen die IslamistInnen stärken, sondern auch die KurdInnen in Deutschland vom Generalverdacht des Terrorismus befreien.

Christian Jakob ist Reporter und Recherche-Redakteur bei der *tageszeitung* und hat die kurdischen Gebiete mehrfach bereist. Er lebt in Berlin.

<sup>1</sup> Handelsblatt, 16.10.2014, [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kampf-gegen-den-is-kauder-will-verbotene-pkk-unterstuetzen/10845348.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kampf-gegen-den-is-kauder-will-verbotene-pkk-unterstuetzen/10845348.html). <sup>2</sup> Die Welt, 19.10.2014, [www.welt.de/politik/deutschland/article133426214/Bundesregierung-haelt-an-Verbot-der-PKK-fest.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article133426214/Bundesregierung-haelt-an-Verbot-der-PKK-fest.html). <sup>3</sup> Vgl. [www.infopartisan.net/archiv/kurdenverfolgung/044.html](http://www.infopartisan.net/archiv/kurdenverfolgung/044.html). <sup>4</sup> Vgl. EU.info, 3.4.2008, [www.eu-info.de/dpa-europaticker/130596.html](http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/130596.html). <sup>5</sup> Vgl. Global Terrorism Database, [www.start.umd.edu/gtd/search/Results.aspx?perpetrator=449](http://www.start.umd.edu/gtd/search/Results.aspx?perpetrator=449). <sup>6</sup> Vgl. [www.tbmm.gov.tr/komisyona/insanhaklari/belge/TER%20C3%96R%20VE%20C5%9E%20C4%20B0DET%20OLAYLARI%20KAPSAMINDA%20YA%20C5%9EAM%20HAKKI%20C4%B0HLALLER%20C4%B0N%20C4%B0%20C4%B0NCELEME%20RAPORU.pdf](http://www.tbmm.gov.tr/komisyona/insanhaklari/belge/TER%20C3%96R%20VE%20C5%9E%20C4%20B0DET%20OLAYLARI%20KAPSAMINDA%20YA%20C5%9EAM%20HAKKI%20C4%B0HLALLER%20C4%B0N%20C4%B0%20C4%B0NCELEME%20RAPORU.pdf). <sup>7</sup> Vgl. [http://ob.nubati.net/wiki/Turkey:\\_Killings\\_by\\_Armed\\_Groups](http://ob.nubati.net/wiki/Turkey:_Killings_by_Armed_Groups). <sup>8</sup> Vgl. [http://ob.nubati.net/wiki/1980-1990\\_aras%C4%B1\\_T%C3%BCrkiye%27de\\_ya%C5%9Fam\\_hakk%C4%B1\\_ihlalleri\\_und\\_Jahresberichte\\_des\\_IHD](http://ob.nubati.net/wiki/1980-1990_aras%C4%B1_T%C3%BCrkiye%27de_ya%C5%9Fam_hakk%C4%B1_ihlalleri_und_Jahresberichte_des_IHD), [www.ihd.org.tr/](http://www.ihd.org.tr/). <sup>9</sup> Vgl. <http://eski.bianet.org/2006/12/07/88747.htm>. <sup>10</sup> Der Spiegel, 16.12.1996, S. 16. <sup>11</sup> Agenturmeldung AP-067 pl 4 ap, 20.8.1997. <sup>12</sup> Vgl. [www.hrr-straftrecht.de/hrr/3/10/3-179-10.php](http://www.hrr-straftrecht.de/hrr/3/10/3-179-10.php). <sup>13</sup> Antwort des Bundesinnenministeriums auf Anfrage des MdB Manuel Sarrazin, Arbeitsnummer 11/54. <sup>14</sup> Verfassungsschutzbericht 2013, [www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2013.pdf](http://www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2013.pdf). <sup>15</sup> Ebd. <sup>16</sup> Ebd. <sup>17</sup> Der Spiegel, 27.10.2014, S. 90. <sup>18</sup> Brauns, Nikolaus/Kiechle, Brigitte: PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes. Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam, Stuttgart 2010, S. 66 f. <sup>19</sup> Songül Karabulut in: Die tageszeitung, 4.12.2014, <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=me&dig=2014%2F12%2F04%2Fa0149c&Hash=c09ca20f685dc6a28b2097f9c7f90907>.

ETHAN YOUNG

## WETTLAUF NACH RECHTS?

EINE ANALYSE DER US-KONGRESSWAHLEN 2014

«Obama zieht Demokraten runter», titelte die *New York Daily News* am Morgen nach den US-amerikanischen Kongresswahlen im November 2014. Sie machte Obamas sinkende Beliebtheit dafür verantwortlich, dass die Demokratische Partei beide Kammern des Kongresses sowie die Gouverneursposten in mehreren Bundesstaaten verloren hat. Eine genauere Betrachtung der politischen Hintergründe kommt allerdings zu dem Schluss, dass die gnadenlose rassistische Dämonisierungskampagne der Republikaner so erfolgreich war, dass Obama von vielen WählerInnen, selbst in seiner eigenen Partei, verachtet wurde.

Den Mainstream-Medien zufolge driftet das Land entschieden nach rechts, und die Republikaner erleben einen Aufschwung, während Obama in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit ein Debakel erwartet. Einiges spricht gegen diese Annahme. Obamas Umfragewerte sind zwar tatsächlich niedrig, aber die des Kongresses sind noch wesentlich niedriger. Neben dem Aufstieg der Republikanischen Partei verweisen die Ergebnisse zahlreicher Volksabstimmungen auf einen Trend zum Wirtschaftspopulismus. Zudem konnten mächtige und extrem wohlhabende Konservative ihren politischen Ansichten mithilfe von Millionensummen Ausdruck verleihen, nachdem die Obergrenze für Wahlkampfspenden vom Obersten Gerichtshof aufgehoben worden war. Um den Anteil nichtweißer WählerInnen zu reduzieren, sind etliche Wahlkreise von der republikanischen Mehrheit neu aufgeteilt worden, sodass traditionell links- und Mitte-links-orientierte Wählerschichten marginalisiert werden und die Republikaner im Repräsentantenhaus auch dann die Mehrheit haben, wenn sie insgesamt deutlich weniger Stimmen erhalten als die Demokraten. Nur bei zwei der elf Senatswahlen konnten die demokratischen Kandidaten eine deutliche Mehrheit erlangen. Die Republikaner dominierten die Gouverneurswahlen, und in industriell geprägten Bundesstaaten im Mittleren Westen gewannen ausgesprochen arbeitnehmerfeindliche Kandidaten. Dennoch befürworteten die WählerInnen in fünf Bundesstaaten Volksentscheide zur Erhöhung des Mindestlohns – selbst in jenen Bundesstaaten, in denen die Demokratische Partei die Wahlen verlor.

Sowohl im Kongress als auch beim Obersten Gerichtshof, wo fünf erzkonservative vier moderaten RichterInnen gegenüberstehen, wird Obama eine starke Mehrheit gegen sich haben. Seine Probleme mit der Republikanischen Partei und den Bevölkerungsgruppen, um die beide Parteien wetteifern, haben jedoch wenig mit Politik zu tun. In Wahrheit geht es bei

den Rivalitäten zwischen Demokraten und Republikanern primär um zwei politische Themen: erstens um die Einflussmöglichkeiten von Gewerkschaften und damit von ArbeitnehmerInnen auf die Politik, und zweitens um die Frage, ob die Regierung Maßnahmen zum Ausgleich früherer rassistischer Ungerechtigkeiten durchsetzen soll und darf. Der Widerstand gegen Gewerkschaften zieht sich durch beide Parteien und umfasst auch die Mehrheit der demokratischen Parteispitze. Die wenigen demokratischen KandidatInnen, die ihre Differenzen gegenüber den Republikanern deutlich gemacht und sich auf Obamas Seite gestellt haben, wurden auch gewählt. Es bleibt jedoch unklar, ob dies tatsächlich der Grund für ihren Erfolg war. Die demokratische Parteispitze wird diese Möglichkeit wahrscheinlich nicht einmal in Erwägung ziehen.

### DIE AUSNUTZUNG DER WEISSEN ANGST

Nun, da Obama keine Wahlen mehr vor sich hat, scheint er von seiner bisherigen Kompromissbereitschaft und seinen Appellen an Überparteilichkeit abzurücken. Seit 2008 hatte er Schritte vermieden, die möglicherweise den Unwillen weißer WählerInnen provoziert und die Polarisierung zwischen den Parteien verstärkt hätten. Nun will er eine Einwanderungsreform durchsetzen, er hat sich gegen die Keystone-XL-Pipeline ausgesprochen und die Neutralität des Internets verteidigt. In der Analyse der Schwächen Obamas werden die aggressiven rassistischen Untertöne der Debatten über seine Politik häufig heruntergespielt. Dieser Rassismus kennzeichnete bereits die Diskussion über seine Kandidatur für das Amt des Präsidenten im Jahr 2008. Um rassistische Ressentiments zu bedienen, die Obama mit seinen Wahlerfolgen teilweise durchbrochen hatte, werfen ihm Republikaner jetzt immer wieder eine unrechtmäßige Machtaneignung und Verschwörung vor. Die erneute Verwendung einer rassistischen Sündenbock-Rhetorik im Mitte-rechts-



Spektrum kommt den Rechtsradikalen zugute, die immer zahlreicher werden: gewalttätige Einwanderungsfeindlichkeit, Zunahme von Waffenbesitz, rassistische Angriffe auf das Wahlrecht, positive Bezugnahme auf die Konföderierten Staaten von Amerika und eine dramatisch ansteigende Inhaftierungsrate. Diese Phänomene hängen ohne Frage mit den derzeitigen Versuchen der Republikaner zusammen, die Ängste weißer AmerikanerInnen auszunutzen, und zwar zu einem Zeitpunkt, da die Zahl nichtweißer EinwohnerInnen der USA bald jene weißer EinwohnerInnen übersteigen wird. Die Agenda der Republikaner hat wenig mit konkreter Politik zu tun, sondern zielt vor allem darauf ab, Obamas Regierung in den Schmutz zu ziehen. Den durch die Wahlen erreichten Machtzuwachs werden sie gezielt dafür nutzen. Dabei gehen sie noch einen Schritt weiter, als nur die sozialstaatlichen Errungenschaften des New Deal zurückzunehmen. Die Republikaner haben die von den sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre erkämpften politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Visier.

### NIEDRIGSTE WAHLBETEILIGUNG SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Die Zwischenwahlen zeichnen sich traditionell durch eine niedrige Wahlbeteiligung aus, was der Republikanischen Partei zugutekommt. Deren Basis ist zwar kleiner, geht aber regelmäßig wählen. Als die Umfragen eine Wiederholung des republikanischen Wahlerfolgs von 2010 vorhersagten, hatten die Demokraten eine schwere Entscheidung zu treffen. Sie hätten auf eine starke Unterstützung Obamas setzen, den Rückhalt ihrer Basis stärken und so für eine höhere Wahlbeteiligung sorgen können. Stattdessen wurde Obamas Politik im demokratischen Wahlkampf entweder überhaupt nicht unterstützt oder versucht, sich von ihr zu distanzieren. Beispielsweise trat die Demokratische Partei, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich gegen die rassistisch aufgeladene Kampagne gegen Obamas Gesundheitsreform ein. Dies führte zu einer Akzeptanz der Logik der Rechten, sodass die Demokratische Partei die rassistische Diffamierung ihrer eigenen Führung faktisch verteidigte und ihre Kernwählerschaft sich selbst überließ.

Die Vorstellung, unter Weißen herrsche Konsens, hat sich in der amerikanischen Politik so stark durchgesetzt, dass sie selbst im Mitte-links-Spektrum nahezu selbstverständlich geworden ist. DemokratInnen, die konservativer sind als Obama, erachten es nach wie vor für geboten, den Rassismus ihrer GegnerInnen weitgehend zu billigen, als ob ihnen dies die Anerkennung durch unentschiedene WählerInnen und durch die Mächtigen bescheren könne.

Diese Hoffnung bewahrheitete sich nicht: Die Wahlergebnisse zeugen nicht von der Wiedergewinnung verloren gegangener Stimmen durch die Demokratische Partei, sondern von der resignierten Wahlenthaltung großer Teile ihrer Stammwählerschaft. Insgesamt haben 64 Prozent der weißen Männer für die Republikanische Partei gestimmt. Bei den Volksentscheiden für Gesetzesinitiativen fand jedoch tatsächlich ein politischer Seitenwechsel statt: Die Mehrheit der WählerInnen stimmte für Initiativen, die der Politik der Republikaner zuwiderliefen und links von Obamas gemäßigtem Ansatz einzuordnen sind. Zu nennen sind hier vor allem die Marihuana-Legalisierung und die Referenden zur Erhöhung des Mindestlohns. Letztere waren ausgerechnet in Bundesstaaten erfolgreich, in denen gleichzeitig die Republikanische Partei die Kongresswahlen gewann. Dieser schein-

bare Widerspruch fügt dem Argument, traditionelle AmerikanerInnen würden gegen ihre eigenen Interessen stimmen, einen neuen Aspekt hinzu. Sowohl die WählerInnen als auch die NichtwählerInnen haben Obama und den demokratischen AmtsinhaberInnen und KandidatInnen eine Abfuhr erteilt. Aber die Wahlergebnisse sprechen nicht dafür, dass WechselwählerInnen, die für republikanische KandidatInnen stimmen, diese Partei auch an der Regierung sehen möchten oder sich mit der konservativen Koalition identifizieren, die den Kern ihrer Parteibasis ausmacht. Selbst in den USA merken die ArbeitnehmerInnen, dass ihr Lebensstandard sinkt und sie weniger Freiheiten als früher haben. Wenige von ihnen interessieren sich für das Laissez-faire-Programm der Partei; sie kümmern sich mehr darum, wie viel Essen sie im Kühlschrank haben. Für sie hat das Recht, Marihuana zu konsumieren, Vorrang gegenüber dem Vorhaben der Republikaner, die sozialkonservative Politik der 1950er Jahre wiederzubeleben. Auf die Politik der Republikaner im Kongress werden diese politischen Prioritäten jedoch leider keinen Einfluss haben. Die Republikanische Partei profitiert zudem massiv von der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2010, die Obergrenze für Wahlkampfspenden aufzuheben. Dieser Beschluss öffnete Tür und Tor für Konzerne und private Geldgeber, die die Medien mit (Negativ-)Werbung überfluten.

Die Wahlbeteiligung war so niedrig wie seit 72 Jahren nicht mehr. Die überwiegende Mehrheit der Wahlberechtigten sah schlichtweg keinen Sinn darin, zur Wahl zu gehen. Es lässt sich eine tief greifende Entfremdung vom Wahlprozess und von jeglicher Beteiligung der Öffentlichkeit am Regierungsgeschäft feststellen.<sup>1</sup> Davon profitieren die Republikaner, in deren Augen die Demokratie tendenziell ein Hindernis auf dem Weg zur Macht darstellt. Sie sind sehr darum bemüht, den Zugang zu Wahlen für einkommensschwache und nichtweiße WählerInnen einzuschränken. Zusätzlich zur allgemeinen Entfremdung hatte die viel diskutierte *voter suppression* (Wählerunterdrückung) einen erheblichen Einfluss auf die Wahlergebnisse.<sup>2</sup> Der Politikwissenschaftler Michael P. McDonald umriss verschiedene Formen, die bei den jüngsten Wahlen angewandt wurden:<sup>3</sup>

- Fast sechs Millionen vorbestrafte Personen durften aufgrund von Gesetzen, die bei Vorstrafen den Ausschluss von Wahlen vorsehen, nicht wählen.
- In denjenigen Bundesstaaten, in denen die WählerInnen aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen Ausweisungspapire vorlegen mussten, fiel die Wahlbeteiligung nach Angaben des US-Bundesrechnungshofs um durchschnittlich 4,4 Prozentpunkte niedriger aus.
- Mit dem Argument, dass diese Verfahren zu Wahlfälschungen führten, wurde in einigen Staaten zudem das Recht auf vorzeitige Stimmabgabe und Stimmabgabe per E-Mail eingeschränkt. Der Journalist Greg Palast schrieb dazu: «In 27 Bundesstaaten haben zumeist republikanische Wahlvorsteher ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das eine massive Säuberung der Wählerlisten zur Folge haben könnte. Millionen von Wählern, insbesondere Schwarze, hispanische und solche asiatischer Herkunft sind potenziell betroffen.»<sup>4</sup>

Der Oberste Gerichtshof war unmittelbar daran beteiligt, diese Wählerunterdrückung zu ermöglichen. Durch seine Entscheidung im Fall *Shelby County/Alabama vs. Holder* höhlt er 2013 das Wahlrechtsgesetz von 1965 aus, einen hart erkämpften Meilenstein der Bürgerrechtsbewegung.

## **DER REPUBLIKANISCHE GRIFF NACH DER MACHT**

Die Republikaner bedienen gezielt die verschiedenen Segmente der republikanischen Stammwählerschaft – kleine UnternehmerInnen, sozial absteigende Weiße, WaffenfanatikerInnen (von denen es viele gibt) und vor allem fundamentalistische Kirchenmitglieder. Dieses Spektrum wird lose von einem gemeinsamen Gefühl der Unsicherheit und rassistischen Ressentiments zusammengehalten. Jenseits dieser Basis beruht die Strategie der Republikaner teilweise auch auf der leeren Behauptung eines Konservatismus, der angeblich über die Klassengrenzen hinausreicht. Drei Faktoren erschweren ihren beständigen Griff nach der Macht. Erstens haben sie beschlossen, auf eine Wählerschicht zu setzen, deren Obsessionen sich immer weiter von den Bedürfnissen der übrigen Bevölkerung entfernen. Die religiöse Rechte ist stark, aber gleichzeitig auch zunehmend isoliert, da die sozial-libertäre Tendenz der US-Gesellschaft gegenwärtig erstarkt. Von den geburtenstarken Jahrgängen der Nachkriegszeit bis zur Jahrtausendwendegeneration haben immer weniger AmerikanerInnen ein Problem mit dem offenen Ausleben von Sexualität, ethnischer Integration und dem Recht jedes und jeder Einzelnen, für sich selbst zu definieren, was das Streben nach Glück bedeutet.

Ein zweiter gegenläufiger Faktor ist das Beharren der Partei darauf, dass der freie Markt – aller Erfahrung zum Trotz – alles richten wird. Durch Angriffe der Republikanischen Partei auf die Sozialhilfe und die Besteuerung mittlerer Einkommen und kleiner Unternehmen steigt die finanzielle Unsicherheit der ArbeitnehmerInnen mit mittleren Einkommen rapide, und viele sind bereits verzweifelt. Ob sie nun nach links oder weiter nach rechts driften – das politische Vertrauen dieser republikanischen Wählerschicht ist erschüttert.

Der dritte und für die Demokratische Partei verhängnisvollste Faktor besteht in der unausweichlichen Verwirklichung ihrer uralten Angst: Die Zahl der nichtweißen EinwohnerInnen ist dabei, die der weißen Bevölkerung zu übersteigen. Das Einwanderungsthema droht die Republikanische Partei weiter nach rechts zu kippen. Indem sie Feindseligkeit gegenüber Latinos schürte, die einen enormen Teil der arbeitenden Bevölkerung und einen wachsenden und zunehmend entschiedeneren Wählerblock darstellen, ist die Parteispitze auf gewalttätige EinwanderungsgegnerInnen zugegangen. Jetzt könnten die Republikaner auf lange Sicht in einer Zwickmühle stecken. Von AfroamerikanerInnen sind sie bereits vollkommen entfremdet. Und die von der Partei versprochenen marktliberalen Lösungen haben für aufstrebende EinwandererInnen aus dem Globalen Süden nur wenig Anziehungskraft, da ein sozialer Aufstieg für diese nationalen Minderheiten kaum möglich ist. Das könnte nach hinten losgehen, sollte der demografische Wandel den «weißen Konsens» weiter infrage stellen. Die radikale Rechte hat mehr Einfluss auf die republikanische Führung, als die meisten BeobachterInnen zugeben. Das von ihr verbreitete Narrativ eines «Rassenkriegs» ergänzt ihre klassenbasierten Angriffe auf die Arbeitnehmerschaft. Die Frage ist, ob der Rekurs auf die rassistische Identifikation mit der Nation (d. h. dem System) seine historische Wirkungsmacht behalten wird. In dem Augenblick, in dem sich ethnische und nationale Minderheiten ihrer steigenden Zahl und potenziellen politischen Stärke bewusst werden, steigt das Risiko, sie als Sündenbock zu gebrauchen. Trotz dieser düsteren Prognose konnten die Republikaner die Demokratische Partei einstwei-

len schwächen, und eine Menge gewählter AmtsträgerInnen werden es sich und ihren FreundInnen und Angehörigen nun gut gehen lassen können und versuchen, Obama für seine Wiederwahl zu bestrafen. Dass sie ihn erfolgreich aus Washington vertreiben, ihn also wie angedroht seines Amtes entheben, ist unwahrscheinlich, und selbst wenn sie erfolgreich sein sollten, wäre der Kampf um das Weiße Haus für sie weder eine sichere noch eine schmerzlose Angelegenheit.

## **DEMOKRATEN AUF DER SUCHE NACH POLITIK OHNE RISIKO**

Aber haben die Republikaner dieses Jahr eigentlich wirklich gewonnen? Oder haben die Demokraten einfach nur dafür gesorgt, dass sie unmöglich verlieren konnten?

Die vorherrschenden Themen in der Diskussion über die Wahlergebnisse sind die Ernüchterung über Obama und das Versäumnis der Demokratischen Partei, weiße ArbeitnehmerInnen anzusprechen. An diesem Argument ist einiges wahr. Viele WählerInnen sind enttäuscht von Obama, zwar nicht unbedingt so sehr, dass sie nunmehr gegen ihn sind, aber doch genug, um bei der Wahl zu Hause zu bleiben. Die Demokraten sind sich einerseits durchaus bewusst, dass progressive Rhetorik bei vielen WählerInnen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Milieus gut ankommt. Andererseits sehen sie aber, dass hoch qualifizierte Berufstätige und ArbeitnehmerInnen mit hohen und mittleren Einkommen dazu neigen, rechts zu wählen, und bekommen Panik, finanzielle Unterstützung und die Stimmen von Weißen an die Republikaner zu verlieren. Aus Sicht der Demokraten erscheint dieses breite Spektrum von mehrheitlich weißen, männlichen Wählern aus verschiedenen Klassen als undifferenzierte, rechte Masse, die sie einst, in besseren Zeiten, ihr eigen nennen konnten. Kurz gesagt graut es ihnen davor, die mega-reichen SpenderInnen abzuschrecken, die wiederum Steuern für Reiche und die Einschränkung ihrer Geschäfte befürchten. Deshalb vermeiden die Demokraten die Diskussion über die Umverteilung von Reichtum und eine gerechte Besteuerung. Sie setzen auf WählerInnen, die auf soziale Dienste, Gewerkschaften und gleichen Zugang zum Recht angewiesen sind, wollen aber gleichzeitig nicht mit ihnen identifiziert werden. Sie sehen, wie die Republikanische Partei ihnen haushoch überlegen ist, und sind davon überzeugt, dass sie sich durch Nachahmung schützen können. So verschenken sie den einzigen wirklichen Trumpf, den sie in der Hand haben.

Diese Wahlen haben auch die Grenzen der Taktik der Demokraten aufgezeigt, nur auf die WählerInnen aus einer einzigen sozialen Bewegung zu setzen, in diesem Fall die Wählerinnen. Frauen neigen nach wie vor dazu, demokratisch zu wählen, aber dies spiegelt nur die andauernd starke Unterstützung schwarzer Frauen wider. Weiße Frauen hingegen haben mehrheitlich dazu beigetragen, dass dieses Jahr die Republikaner gewonnen haben. Die Demokraten müssen vieles überdenken, und es sieht so aus, als ob sie dies tun werden, ohne sich mit dem Weißen Haus abzusprechen. Den bisherigen Erfahrungen nach zu urteilen, wird dabei nichts Gutes für sie herauskommen.

## **DER WEG VOR UNS UND DIE ROLLE DER LINKEN**

Die Republikaner haben für die nächsten zwei Jahre eine klare Mehrheit in der Legislative, und sie werden versuchen, sich damit eine Grundlage für die Präsidentschaftswahl 2016 zu schaffen. Der derzeit wahrscheinlichste Kandidat ist George W. Bushs jüngerer, klügerer Bruder Jeb. Wie Oba-

mas Wiederwahl nach dem letzten Sieg der Republikaner 2010 allerdings gezeigt hat, bedeutet deren gutes Abschneiden nicht automatisch, dass sie 2016 leichtes Spiel hätten. Das größte Problem der Demokraten ist, Obamas Basis für einen Kandidaten zu begeistern, der das gleiche zentristische (oder ein schlimmeres) Programm hat, aber ohne die symbolische Attraktivität eines Underdogs mit Street Credibility antritt. Hillary Clinton ist genau so eine Kandidatin, sie würde loyale DemokratInnen anziehen. Man sollte indes nicht vergessen, dass sie 2008 daran gescheitert ist, eine relevante Anzahl von Stimmen aus sozialen Bewegungen des linken demokratischen Wählerspektrums oder aber WechselwählerInnen für sich zu gewinnen. Die Möglichkeit eines organisierten Vorstoßes der Linken in den Vorwahlen scheint vielversprechend, doch ein/e wirtschaftspopulistische/r KandidatIn müsste es mit einer zu ihr oder ihm in Frontstellung gehenden Bourgeoisie aufnehmen. Sollte sich die demokratische Führung wie die Labour Party in Großbritannien aufgrund der großzügigen Versprechen der Wall Street von den Gewerkschaften lossagen, würde sie sich allerdings ins eigene Fleisch schneiden. Immerhin gehören die Lehrer- und Dienstleistungsgewerkschaften zu den größten Geldgebern der Partei.

Das oben beschriebene Szenario bietet der US-amerikanischen Linken zwar nicht viel, aber doch etwas Spielraum. Angesichts des derzeitigen Zustandes der Linken sollte man jedoch ehrlicherweise nicht allzu viel von ihr erwarten. In diesem Fall ist die Linke aber immerhin breiter angelegt als kleine Grüppchen, und sie ist inhaltlich auch klarer definiert als die vagen progressiven Sympathien, die Teile der Öffentlichkeit hegen. Allgemein lassen sich drei Formen unterscheiden:<sup>5</sup> progressive soziale Bewegungen, die politische Linke und die akademische Linke. Innerhalb dieser Formen gibt es unterschiedliche Strömungen mit gegensätzlichen Herangehensweisen an die politische Praxis. Eine Strömung lehnt Wahlen als Strategie oder Taktik ab. Ihre VertreterInnen erwarten eine Revolution und glauben, dass jede Praxis, die nicht zur Revolution aufruft, ein Zugeständnis an den Kapitalismus darstellt. Durch ihre völlige Abstinenz von der elektoralen Arena verschenken sie politischen Einfluss. Eine andere Strömung betrachtet Wahlen als mehr oder weniger wichtige Taktik, aber nur wenn dabei von den Demokraten unabhängige Parteien eine Rolle spielen. Wie die erstgenannte Strömung sehen ihre VertreterInnen ebenfalls keinen Unterschied zwischen der Demokratischen und der Republikanischen Partei. Sie neigen dazu, sich selbst zu marginalisieren, und sind damit zufrieden, frei vom Makel der beiden großen Parteien zu sein. Sie wollen von den Massen entdeckt werden, und einige von ihnen arbeiten sehr hart daran, dieses Ziel zu erreichen.

Eine dritte Strömung erachtet Wahlkämpfe der Demokratischen Partei als Jagdgrund für die Linke. Einige ihrer VertreterInnen begreifen Wahlkämpfe als eigenständiges strategisches Feld, andere nicht, aber alle sehen einen deutlichen Unterschied zwischen den beiden Parteidosauriern und wollen jeden politischen Spielraum nutzen. Das Problem, mit dem diese Strömung zu kämpfen hat, ist die Linke selbst. Es mangelt ihr an Konzentration, Koordination und an den organisatorischen Mitteln, um ihre Anstrengungen zu intensivieren. Da die Bedingungen für eine politische Offensive derzeit rapide Gestalt annehmen, stellt dies ein dringliches Problem dar. Aber immerhin: Die Bewegungen zur Erhöhung des Mindestlohns, zur Bekämpfung der Klimakrise und zur Be-

endigung der epidemisch um sich greifenden Polizeigewalt nehmen allmählich Massencharakter an. Etabliertere Kräfte mit organisatorischen Ressourcen und Geld sind ebenfalls aktiv und werden, unabhängig von ihrer traditionellen Politik, eine Rolle spielen. Möglicherweise wird das Mitte-rechts-Lager um Clinton vor 2016 in demokratischen Kampagnen und Veranstaltungen herausgefordert werden. Unterstützer des sozialistischen Senators von Vermont, Bernie Sanders, und der progressiven Anti-Wall-Street-Senatorin aus Massachusetts, Elizabeth Warren, sind bereits dabei, eine wirtschaftspopulistische Plattform zu erstellen. Sie machen sich keine Illusionen über ihre Chancen gegen den Kandidaten oder die Kandidatin, der/die von der Parteiführung ausgewählt wird, sei es Hillary Clinton oder ein anderer Zentrist, begrüßen aber die Möglichkeit, linke Positionen bundesweit zu artikulieren. Um den aktuellen politischen Anforderungen gerecht zu werden, müssen die tatsächlichen – nicht die von uns gewünschten – Kapazitäten der linken Kräfte bewertet und entwickelt werden. Die AktivistInnen aus vielen Teilen der Linken müssen stärker miteinander in Kontakt treten, zusammenkommen, sich auf eine gemeinsame Richtung einigen und damit unter die Menschen gehen.

In dieser Situation ist das, was den Republikanern und zentristischen Demokraten als Schwäche gilt, eine der größten Stärken der Linken: die Entrechteten zu repräsentieren. Wenn eine Bevölkerungsschicht auf dem Vormarsch ist, dann ist es diese Gruppe. Sie wird durch soziale Beziehungen kontrolliert, die ihre Nützlichkeit fürs Profitmachen überlebt haben, aber dennoch die gesellschaftlichen Hierarchien weiterhin von oben nach unten prägen. Wirkliche demokratische Macht liegt in diesen unteren Schichten der Arbeitnehmerschaft und an ihren «Schnittstellen» mit anderen Bevölkerungsgruppen. Sollte es der Linken gelingen, bei Wahlen eine selbstbewusste Kraft zu werden, könnte sie in beinahe beliebig vielen Auseinandersetzungen das Zünglein an der Waage sein. Dies wird nicht möglich sein, ohne die politische Konfrontation mit einigen skrupellosen und schwer bewaffneten Feinden zu suchen. Aber viele Uhren ticken, und einige von ihnen sind Zeitbomben.

Ethan Young schreibt für Portside.org und arbeitet im Left Labor Project. Er lebt in Brooklyn, New York City.

<sup>1</sup> Vgl. Nichols, John: Die Aushöhlung der Demokratie. Wie der Bedeutungsverlust der Wahlen Ungleichheit und Ungerechtigkeit befördert, unter: [www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org). <sup>2</sup> Vgl. Hare, James: Steal the Vote. Voter Suppression in the Twenty-first Century, unter: [www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org). <sup>3</sup> Vgl. McDonald, Michael P.: 2014 November General Election Turnout Rates, unter: [www.electproject.org/2014g](http://www.electproject.org/2014g). <sup>4</sup> Palast, Greg: Voter purges alter US political map, Aljazeera America, 14.11.2014. <sup>5</sup> Vgl. Young, Ethan: Mapping the Left. Progressive Politics in the United States, unter: [www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org).

**Redaktion**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Bereich Politische Kommunikation  
Verantwortlich: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin  
Tel. +49 30 44310-130 · heine@rosalux.de

**Bestellung von Druckexemplaren**

(auch der einzelnen Standpunkte) – soweit vorrätig

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Bereich Politische Kommunikation  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin  
Tel. +49 30 44310-123 · bestellung@rosalux.de

**Download als PDF**

(auch der einzelnen Standpunkte) unter  
[www.rosalux.de/publikationen](http://www.rosalux.de/publikationen)

